



DER BERLIN-MONITOR 2023

Berlin in Zeiten multipler Krisen

Gert Pickel

Oliver Decker

Katrin Reimer-Gordinskaya

zu Klampen!



Mit der Studienreihe „Berlin-Monitor“ werden seit 2018 Berlinerinnen und Berliner zu ihren politischen Einstellungen, Möglichkeiten der Partizipation, aber auch zu Diskriminierungserfahrungen befragt.

Im „Berlin-Monitor 2023“ werden die Ergebnisse der dritten repräsentativen Befragung aus dem Jahr 2023 vorgestellt. Sie fokussieren darauf, wie die politischen Krisen der Gegenwart von der Berliner Bevölkerung wahrgenommen und eingeschätzt werden. Schwerpunkte sind antimuslimische und transfeindliche Einstellungen oder die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Bei all diesen Faktoren handelt es sich um wichtige Brücken zu Rechtsextremismus und antidemokratischen Positionen, welche in Berlin zwar in der Minderheit, allerdings dennoch vorhanden sind.

DER BERLIN-MONITOR 2023

Berlin in Zeiten multipler Krisen

Gert Pickel

Oliver Decker

Katrin Reimer-Gordinskaya

zu Klampen! 

Der Berlin-Monitor ist ein seit 2019 von der Beliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und seit 2023 von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördertes Forschungsprojekt, durchgeführt in der Kooperation der Universität Leipzig und der Hochschule Magdeburg-Stendal.

www.berlin-monitor.de

© 2024 zu Klampen Verlag, Röse 21, 31832 Springe, zuklappen.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Herausgegeben von Gert Pickel, Oliver Decker und Katrin Reimer-Gordinskaya (auch Reihenherausgeber:innen)

Beteiligte Autor:innen: Kazim Celik, Oliver Decker, Johanna Niendorf, Fiona Kalkstein, Gert Pickel, Susanne Pickel, Heinrike Rustenbeck

Lektorat: Tilman Meckel

Gestaltung und Satz: Uta-Beate Mutz, Leipzig

Druck: BoD – Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-98737-020-5

ISBN E-Book-Epub 978-3-98737-410-4

ISBN E-Book-Pdf 978-3-98737-409-8

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	
		LANDESSTELLE FÜR GLEICHBEHANDLUNG – GEGEN DISKRIMINIERUNG	

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort und Einleitung in den Berlin-Monitor 2023	8
	<i>Gert Pickel und Oliver Decker</i>	
	Literatur.....	11
2	Stichprobe und Methode der Repräsentativbefragung	13
	<i>Kazim Celik</i>	
2.1	Stichprobe des Berlin-Monitor 2023	13
2.2	Fragebogenentwurf, Stichprobenziehung und Gewichtung	13
2.3	Erhebung des Migrationshintergrunds	16
	Literatur.....	18
3	Die Politische Kultur Berlins im Zeitverlauf – Ergebnisse der repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors von 2019 bis 2023	19
	<i>Kazim Celik & Gert Pickel</i>	
3.1	Berlin in Zeiten von Krisen	19
3.2	Theoretische Grundlage und Prämissen der Politischen Kulturforschung	20
3.3	Politische Kultur in Berlin im Zeitverlauf	23
3.4	Autoritäre Einstellungen und Ressentiments in Berlin	26
3.5	Soziales Engagement und Vorurteile am Beispiel der Haltung zu sozialen Gruppen	31
3.6	Gewaltbereite Gruppen in Berlin	32
3.7	Fazit	33
	Literatur.....	35
4	„Was sind für Sie persönlich die wichtigsten Merkmale der Demokratie?“ Eine offene Frage an die Berliner:innen	37
	<i>Susanne Pickel & Kazim Celik</i>	
4.1	Einleitung	37
4.2	Konzepte und Definitionen für Demokratie	38
4.3	Messung von Demokratieverständnis im Berlin-Monitor.....	39
4.4	Antwortverhalten im Detail.....	40

4.5 Vertiefende Auswertung der Antworten	46
4.6 Reihenfolge der Eigenschaften	50
4.7 Zusammenhänge der Eigenschaften.....	53
4.8 Demokratieverständnis und Parteipräferenz	55
4.9 Fazit.....	58
Literatur.....	59
5 Antimuslimische Einstellungen und antimuslimischer Rassismus	61
<i>Gert Pickel</i>	
5.1 Einführung – Die Ablehnung von Muslim:innen.....	61
5.2 Antimuslimische Einstellungen in Berlin.....	63
5.3 Die Sozialstruktur antimuslimischer Einstellungen in Berlin.....	70
5.4 Triebkräfte antimuslimischer Einstellungen und antidemokratische Folgen	72
5.5 Folgen antimuslimischer Einstellungen für die politische Kultur und Politik	78
5.6 Fazit: Antimuslimische Einstellungen als rechte Brückenideologie und Vorbote von Rassismus.....	84
Literatur.....	85
6 Transfeindlichkeit und Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin	90
<i>Gert Pickel & Johanna Niendorf</i>	
6.1 Einführung – Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt.....	90
6.2 Konzeptionelles zu Antifeminismus und Transfeindlichkeit	91
6.3 Antifeminismus und traditionaler Sexismus in Berlin	94
6.4 Transgeschlechtlichkeit als das neue Feindbild	97
6.5 Triebkräfte in der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt	101
6.6 Fazit: Markante Probleme der Geschlechterdemokratie	107
Literatur.....	108

7 Multiple Krisen in Berlin und ihre Folgen. Einstellungen zum Klimawandel und russischen Angriffskrieg	113
<i>Gert Pickel, Susanne Pickel & Heinrike Rustenbeck</i>	
7.1 Einführung – Aktuelle Krisen.....	113
7.2 Einstellungen zu aktuellen Krisen in Berlin.....	114
7.3 Klimawandel und russischer Angriffskrieg im Kontext	119
7.4 Krisen, Demokratie und demokratischer Zusammenhalt	123
7.5 Fazit: Krisen als Nahrung für antidemokratische Einstellungen.....	126
Literatur.....	127
8 Die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft	129
<i>Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Kazim Celik & Gert Pickel</i>	
8.1 Elemente der rechtsextremen Einstellung in Berlin 2023	130
8.2 Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung über die Jahre 2019–2023	137
8.3 Rechtsextreme Einstellungen nach Soziodemografie und Parteiwahlen	140
8.4 Das Bedürfnis nach Autorität und die autoritären Aggressionen – Autoritarismus in Berlin 2023.....	142
8.5 Die Entwicklung des Autoritarismus über die Jahre 2019–2023	145
8.6 Zustimmung zu weiteren Erscheinungsformen des Antisemitismus im Berlin-Monitor 2023.....	146
8.7 Diskussion	150
Literatur.....	152
9 Fazit: Einstellungen in Berlin 2023	156
<i>Gert Pickel und Oliver Decker</i>	
Fragebogen „Erhebung Berlin-Monitor 2023“	161

1 Vorwort und Einleitung in den Berlin-Monitor 2023

Gert Pickel und Oliver Decker

Mit dem vorliegenden Band präsentieren wir die repräsentative Befragung Berlin-Monitor 2023. Er ist der dritte Berlin-Monitor nach 2019 und 2021.¹ Damit fällt seine Erhebungszeit in bewegte Zeiten. Seit 2020 führte die Covid-19-Pandemie zu einer Verschärfung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Gegner der staatlichen Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie verschafften sich lautstark Gehör und verbanden sich über die Zeit mit tiefer reichenden, antidemokratischen Protesten zu einer unübersichtlichen Melange aus Politikkritik und Demokratieablehnung. Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der auch an Deutschland und Berlin nicht vorüberzieht. Während die Aufnahmebereitschaft der deutschen und Berliner Bevölkerung gegenüber den ukrainischen Geflüchteten groß war und ist, stellt sich die Lage bei der Frage nach den politischen Implikationen des Krieges vielschichtiger dar. So wie Debatten über die Hilfsleistungen an die Ukraine fast täglich über die Sendeanstalten der Fernseh- und Radiosender vermittelt werden, werden seitens der russischen Führung immer wieder Drohszenarien geäußert. Vor diesem Hintergrund haben sich unterschiedliche Positionen zu den Ukrainehilfen, aber auch zur Einschätzung des Krieges in Deutschland und Berlin etabliert. Begleitet werden diese Entwicklungen durch eine Verteuerung von Energie, die teils als „Energiekrise“ gelabelt wird, sowie der immer stärker in den Blick und die Diskussionen geratenden Klimakrise oder gar am Horizont vermuteten Klimakatastrophe. Zu all diesen Krisenentwicklungen summierte sich der Terroranschlag der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 samt der darauf reagierenden israelischen Bodenoffensive, die zu einem Aufflammen sowohl von Antisemitismus als auch von antimuslimischem Rassismus führten.

Die Haltungen zu all diesen Punkten scheinen in Deutschland und Berlin kontrovers und stärker von Affekten als von rationaler Entscheidung bestimmt. Die wachsende Unsicherheit über die Verlässlichkeit von Medienberichten, alternative Informationsangebote und *filter bubbles* verschärfen die mit den Krisen verbundene Gefahr einer

¹ Leiter:innen des Berlin-Monitors sind Gert Pickel, Oliver Decker und Katrin Reimer-Gordinskaya. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat den Berliner Senat mit der Umsetzung eines „Berlin-Monitors“ beauftragt, welcher mit Vereinbarung vom 25.06.2019 vom wissenschaftlichen Berlin-Monitor-Team in Kooperation mit der Abteilung Antidiskriminierung/„Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung durchgeführt wird. Er soll wichtige Wissensgrundlagen zur Einschätzung der politisch-kulturellen Situation in Berlin und bestehenden Vorurteilsstrukturen liefern sowie Impulse für die Weiterentwicklung der demokratischen Alltagskultur in Berlin geben.

Polarisierung in der Bevölkerung. Dass eine solche wahrgenommen wird, zeigt sich anhand der rasant zugenommenen Nutzung des Ausdrucks „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Er beschreibt die Sorge um dessen Krise und die Sorge über eine Polarisierung der Gesellschaft entlang von bestimmten Ereignissen, die zuletzt für diese Gesellschaft und die Demokratie toxisch sein könnten. Die Wahlerfolge der mittlerweile vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall und in einigen Bundesländern als rechtsextremistischer Beobachtungsfall (Thüringen, Sachsen-Anhalt) klassifizierten AfD sowie eine immer stärkere Präsenz von rechtsextremen Gruppierungen und Reichsbürgern können als Hinweis darauf gesehen werden. Entsprechend stellt sich die Frage, ob die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschlands demokratisch bleibt (Pickel, Pickel & Yendell 2020). Die gleiche Frage kann man natürlich für Berlin stellen.

Krisen- und Polarisierungsphasen besitzen die Eigenschaft, dass in ihnen nicht die besten Seiten der Menschen sichtbar werden. Gerade zuletzt konnte wieder ein Anstieg von Abwertungen wie Rassismus, Antifeminismus, Transfeindlichkeit oder auch Antisemitismus konstatiert werden (BMI 2022), worüber in den letzten Jahren bereits verstärkt diskutiert wird (Kalkstein et al. 2023; Lüter et al. 2022). Und diese Messung ist noch nicht betroffen von dem Zuwachs an Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus seit dem 7. Oktober 2023. Insgesamt zeigt sich eine weit dynamischere politische Situation als noch vor einigen Jahren. Es ist zu erwarten, dass diese Krisen und Veränderungen auch auf die Einstellungen der Berliner Einfluss haben. Dem wollen wir im Berlin-Monitor 2023 nachgehen. Dies impliziert sowohl den Blick auf Entwicklungen seit 2019, den Vergleich mit Entwicklungen im Bundesgebiet als auch neue Analysen und Betrachtungen für 2023.²

Jede Erhebung des Berlin-Monitors fokussiert auf die Untersuchung bestimmter gesellschaftlicher Ressentiments, die als wichtige Brückenkonstrukte für den Erfolg rechter Gruppierungen auch in der Mitte der Gesellschaft angesehen werden können. Nach Antisemitismus und antisemitischen Ressentiments 2019 (Pickel, Reimer-Gordinskaya & Decker 2019) sowie Klassismus und antischwarzen Rassismus 2021 (Pickel, Decker & Reimer-Gordinskaya 2023) liegt 2023 der Schwerpunkt auf der Erhebung von antimuslimischen Einstellungen sowie Einstellungen gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Unter Letzteren wird speziell die Ablehnung von Homosexuellen (Homosexuellenfeindlichkeit) und Transfeindlichkeit herausgehoben. Bereits im Bericht zum Berlin-Monitor 2021 (Pickel & Decker 2023, S. 9) haben wir darauf hingewiesen, dass der Zugang einer quantitativen Befragung nur begrenzt über alle Phänomene von Rassismus Auskunft geben kann. Dies gilt nicht nur für den 2021 gemessenen antischwarzen Rassismus, sondern auch für den 2023 zu messenden antimuslimischen

2 Für den Vergleich mit Entwicklungen im Bundesgebiet verwenden wir weitgehend die Leipziger Autoritarismus Studie. Zwar weist sie eine andere Erhebungsform (Face-to-Face mit Selbstausfülleroption) auf als der Berlin-Monitor (TOM: telefonisch und onlinebasierte Befragung), allerdings bietet sie am ehesten vergleichbare Indikatoren zum Berlin-Monitor (Decker et al. 2022). Wenn möglich werden auch die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung als Vergleichsgrundlage herangezogen. Sie sind vergleichbar erhoben, allerdings gleichen nur wenige Variablen den im Berlin-Monitor erhobenen Items (Zick & Küpper 2021; Zick, Küpper & Mokros 2023).

Rassismus. Gleichzeitig ermöglicht die Erfassung von antimuslimischen Einstellungen, Anhaltspunkte für Überzeugungen und Problemlagen mit Bezug auf Muslime zu identifizieren. Um auch den Betroffenen Möglichkeit zur Äußerung zu geben, haben wir parallel eine Befragung zu Diskriminierungserfahrungen unter Muslimen gestartet.

Bei der Messung von antimuslimischen Einstellungen knüpfen wir an vorangegangene und etablierte Messungen an, fügen diese aber zu einer breiteren Erhebungsskala als bislang üblich zusammen (siehe auch Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023). Dabei berücksichtigen wir die Differenzierung zwischen Bewertungen von Muslimen als sozialer Gruppe und Bewertungen des Islams. Zudem erheben wir Informationen über die soziale Distanz gegenüber Muslimen und einer Einschätzung ihrer wahrgenommenen Bedrohlichkeit.

Die Erhebung von Transfeindlichkeit steckt dagegen in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Zwar haben wir bereits früher erste Zugänge zum Thema mitbetrachtet (Pickel & Niendorf 2023), diese blieben aber noch unbefriedigend. Auf Vorschlag der „Landesstelle für Gleichstellung – gegen Diskriminierung“ haben wir ein neues Instrument mit sechs Items verwendet, welches wir mit weiteren bekannten oder auch neuen Items ergänzt haben. Dadurch erhalten wir einen breiten Blick auf die Haltung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin.

Ergänzend wurden einzelne Items zur Beurteilung der Covid-19-Pandemie (inkl. Covid-19-Verschwörungserzählungen), der Einstellung zu Hilfen für die Ukraine, Verschwörungsmentalität (Offenheit für einen Glauben an Verschwörungserzählungen), soziale Distanz, Bedrohungsgefühle und die Haltung zu Maßnahmen gegen den Klimawandel erfasst. Wie auch 2019 und 2021 wurden Aspekte der demokratischen politischen Kultur, von rechtsextremen Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen aufgenommen. Die verschiedenen Ergebnisse unserer Erhebung werden in verschiedenen in sich geschlossenen Kapiteln vorgestellt. Teils schließen die Ergebnisse an frühere Berlin-Monitor-Veröffentlichungen sowie Publikationen aus dem interdisziplinären Projekt des Berlin-Monitors an (Celik & Pickel 2022; Pickel, Decker & Reimer-Gordinskaya 2023; Pickel, Reimer-Gordinskaya & Decker 2019; Pickel et al. 2020; Reimer-Gordinskaya et al. 2020, 2023). Wir hoffen, dass die vorgelegten Ergebnisse die Diskussion in Zivilgesellschaft und Wissenschaft in Berlin anregen.

Allen an den Auswertungen und der Vorbereitung der Studie beteiligten Personen ist an dieser Stelle genauso herzlich zu danken wie der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung als Förderinstitution, ohne die weder diese Publikation noch unsere Arbeit möglich wäre. Ebenfalls danken wir der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ (LADS) für ihre Zusammenarbeit und auch der Hilfe in der Konstruktion von Items für die Erfassung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Auch danken wir allen Autoren dieses Bandes, ob sie nun Mitglied des Teams des Berlin-Monitors sind oder dieses durch ihre aktive Beteiligung unterstützt haben. Für die vorgelegten Ergebnisse sind allein die Projektleiter des Berlin-Monitors und die jeweiligen Autoren der Artikel verantwortlich.

Literatur

- BMI (2022). *Politisch motivierte Kriminalität 2022*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Celik, K. & Pickel, G. (2022). Migration und demokratische politische Kultur in Berlin – Antimuslimischer Rassismus als Gefahr für die Demokratie. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 6 (2), 431–461.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial.
- Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial.
- Lang, J. (2017). Feindbild Feminismus: Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In S. Grigat (Hrsg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*. Interdisziplinäre Antisemitismusforschung/Interdisciplinary Studies on Antisemitism 7 (S. 61–78). Baden-Baden: Nomos.
- Lüter, A., Breitscheid, D., Greif, P., Imhof, W., Konradi, M. & Riese, S. (2022). *Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt. Zweite Ausgabe 2022. Schwerpunktthema Transfeindliche Gewalt*. Berlin: Camino.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik* 4 (1), 7–43.
- Pickel, G. & Decker, O. (2023). Vorwort und Einleitung in den Berlin-Monitor 2021. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 8–9). Springer: zu Klampen.
- Pickel, G. & Niendorf, J. (2023). Die Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 58–70). Springer: zu Klampen.
- Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 89–118). Gießen: Psychosozial.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springer: zu Klampen.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springer: zu Klampen.
- Reimer-Gordinskaya, K., Decker, O. & Pickel, G. (2020). *Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springer: zu Klampen.
- Reimer-Gordinskaya, K., Pickel, G., Tzschiesche, S., Grella-Schmidt, F. & Obermüller, C. (2023). *Immer noch arm, aber sexy? Ungleiche Lebenslagen und Klassismus in Berlin. Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor*. Springer: zu Klampen.
- Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (2023). *Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz*. Berlin: Bundesministerium des Inneren und der Heimat.

Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.) (2021). *Die Geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.

Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

2 Stichprobe und Methode der Repräsentativbefragung

Kazim Celik

2.1 Stichprobe des Berlin-Monitor 2023

Im Rahmen der nun mittlerweile dritten *repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Berlin-Monitors* wurden im Zeitraum von Ende Mai bis Ende Juli 2023 insgesamt 2.048 Berlinerinnen und Berliner im Alter ab 18 Jahren befragt. Die Umfrage wurde, wie die Erhebung des Berlin-Monitors 2021, durch das Meinungs- und Sozialforschungsinstitut *UADS – Institut für Umfragen, Analysen und DataScience* als sogenannte TOM-Befragung durchgeführt, bei der die Stichprobe durch zwei Methoden erhoben wird. Etwa zwei Drittel der Personen wurde telefonisch befragt, ein Drittel hat den Fragebogen online ausgefüllt (1.422 CATI/626 CAWI). Für viele der erhobenen Daten liegen Vergleichswerte aus den bundesweiten Umfragen der Leipziger Autoritarismus Studie sowie der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung³ vor (u. a. Decker et al. 2022; Zick & Küpper 2021). Daneben dienen auch die Ergebnisse der vergangenen Umfragen des Berlin-Monitors (2019, 2021) als Referenz. Die im zweijährigen Rhythmus erhobenen Daten ermöglichen es, konstant gemessene Phänomene im Zeitverlauf von 2019 bis 2023 zu betrachten. Sie werden an gegebener Stelle in den folgenden Kapiteln aufgegriffen.

2.2 Fragebogenentwurf, Stichprobenziehung und Gewichtung

Die Umfrage wurde mittels eines *standardisierten Fragebogens* durchgeführt, der Fragen nach soziodemografischen Angaben zu Geschlecht, Alter, Schulbildung, Einkommen, Religiosität und Migrationshintergrund sowie auch Messinstrumente zur Erfassung verschiedener Einstellungen inkludiert (siehe Fragebogen im Anhang). Die diesjährige Studie des Berlin-Monitors legt einen besonderen Fokus auf die Themen

³ Für die aufgeführten Studien bleibt anzumerken, dass sie unterschiedliche methodische Zugänge nutzen und die Ergebnisse im Vergleich leichte Verzerrungen aufweisen können. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, wie auch der Berlin-Monitor, eine Telefonbefragung, während die Leipziger Autoritarismus Studie als Face-to-Face-Befragung durchgeführt wird. Erfahrungsgemäß ergibt sich für Face-to-Face-Befragungen eine stärkere Antwortbereitschaft normabweichender Gruppen. Weiterhin werden im Rahmen der Mitte-Studien nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt, während die Berlin-Monitor Umfrage und die jüngsten Umfragen der Leipziger Autoritarismus Studie auch Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der Ergebnisdarstellung umfasst.

antimuslimische Einstellungen und damit Antimuslimischer Rassismus (siehe Kapitel 5) sowie Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit dem Unterschwerpunkt Transfeindlichkeit (siehe Kapitel 6), für die entsprechend erweiterte Fragen-Sets erarbeitet und eingesetzt wurden. In den meisten Fällen wurden Likert-Skalen (Antwortmöglichkeiten in Abstufung zwischen Zustimmung und Ablehnung) zur Erfassung von persönlichen Einstellungen genutzt. Für die Vergleichbarkeit mit Daten anderer Bevölkerungsumfragen sind diese Skalen jeweils vier- oder fünfstufig, je nachdem wie sie in den Vergleichsumfragen verwendet werden. Die fünfstufigen Skalen beinhalten neben den jeweils zwei Antwortmöglichkeiten, um Zustimmung oder Ablehnung auszudrücken, eine Mittelkategorie (teilweise Zustimmung/teilweise Ablehnung). Die eigene politische Orientierung auf einem Links-Rechts-Spektrum wurde mithilfe einer zehnstufigen Skala gemessen. Zur Verbesserung der Validität und zur Reduktion fehlender Werte wurde bereits vor dem Einsatz des Fragebogens (im Pretest und der Haupterhebung) die Qualität des Fragebogenentwurfs erprobt. Dies geschah unter Einsatz sogenannter Fragebewertungssysteme durch das UADS (*question appraisal systems*; Willis & Lessler 1999; Faulbaum et al. 2009). Mithilfe eines Standard-Pretests unter Feldbedingungen wurde der Fragebogenentwurf weiter optimiert und finalisiert.

Der Prozess der Stichprobenziehung wurde in mehreren Schritten realisiert. Für die CAWI-Befragung erfolgte sie über ein *Online-Access-Panel*, mithilfe dessen die Befragten repräsentativ für das Land Berlin rekrutiert wurden. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Festnetz-Befragung erfolgte nach dem *Random-Digital-Dialing-Verfahren* (RDD) (ADM 2013; Gabler & Häder 2015; Häder 2000; Häder et al. 2019). Es erlaubt in einem ersten Schritt eine einfache Zufallsauswahl von Privathaushalten mit Telefonanschlüssen unter Berücksichtigung der im Telefonbuch nicht eingetragenen Haushalte. In einem zweiten Schritt wurde eine Zufallsauswahl unter den Personen des jeweiligen Haushalts durchgeführt (*Within Household Sampling*; z. B. Gaziano 2005). Dabei wird diejenige Person im Haushalt ausgewählt, die zuletzt Geburtstag hatte. Nach amerikanischen Untersuchungen ist diese „pseudoprobabilistische“ Methode einer Zufallsauswahl von Personen im Haushalt gleichzusetzen (Gaziano 2005). Pro Haushalt wurde nur eine Person ausgewählt, um sozialstrukturelle Klumpungseffekte durch (familiäre) Verhaltensähnlichkeiten zu vermeiden.

Verzerrungen, die durch Ausfälle (z. B. Non-Response) auftreten, wurden mithilfe einer sogenannten Anpassungsgewichtung korrigiert. Als Hilfsvariablen der Gewichtung wurden die soziodemografischen Variablen Geschlecht, Alter und Schulabschlüsse berücksichtigt. Da in der vorliegenden Stichprobe die Häufigkeiten, die sich aus der Kreuzung der drei Merkmale ergeben, deutlich zu klein ausfallen, wurde auf die Soll/Ist-Gewichtung für Merkmalskombinationen verzichtet. Stattdessen wurde auf ein komplexeres Verfahren zurückgegriffen, das mit Randhäufigkeiten mehrerer Merkmale gleichzeitig umgehen kann: die *Maximum-Entropie-Methode* (Wittenberg 2010).

Tabelle 2.1 gibt Auskunft über die Verteilung verschiedener soziodemografischer Merkmale in der Stichprobe. Tabelle 2.2 zeigt die Verteilung der befragten Berlinerinnen und Berliner über die 12 Berliner Bezirke.

Tabelle 2.1: Soziodemografische Beschreibung der Stichprobe

Verteilung		absolut	in %
Altersgruppen	16–30 Jahre	166	8
	31–60 Jahre	1.066	52
	ab 61 Jahre	808	40
Geschlecht	männlich	979	48
	weiblich	1.068	52
	divers	0	0
Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund	Deutsche Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund	1.842	90
	Deutsche Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund	142	7
	ohne deutsche Staatsbürgerschaft	64	3
Schulabschluss	ohne Schulabschluss	22	1
	Hauptschule/8. Klasse	84	4
	Mittlere Reife/Realschule	345	17
	POS/10. Klasse	171	8
	Fachschule	74	4
	Abitur/oder abgeschl. Studium	492	24
	abgeschl. Hochschul-/FHS-Studium	840	41
	Schülerin/Schüler einer allg. Schule	1	0
Haushaltsnettoeinkommen/Monat	bis unter 1.250 €	196	10
	1.250 bis unter 2.750 €	649	35
	über 2.750 €	1.037	55
Religionszugehörigkeit	christlich-katholisch	271	13
	christlich-protestantisch	417	20
	christlich-orthodox	32	2
	jüdisch	17	1
	muslimisch-sunnitisch	74	4
	muslimisch-schiitisch	12	1
	muslimisch-alewitisch	13	1
	keine Religionsgemeinschaft	1.150	56

Quelle: Berlin-Monitor 2023, 2.048 befragte Berlinerinnen und Berliner, davon 1.422 CATI und 626 CAWI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

Tabelle 2.2: Verteilung der Befragten über die 12 Berliner Bezirke

Stadtbezirke	absolut	in %
Mitte	222	11
Friedrichshain-Kreuzberg	150	7
Pankow	253	12
Charlottenburg-Wilmersdorf	199	10
Spandau	109	5
Steglitz-Zehlendorf	213	10
Tempelhof-Schöneberg	177	9
Neukölln	128	6
Treptow-Köpenick	127	6
Marzahn-Hellersdorf	177	9
Lichtenberg	142	7
Reinickendorf	122	6

Quelle: Berlin-Monitor 2023, 2.048 befragte Berlinerinnen und Berliner, davon 1.422 CATI und 626 CAWI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

2.3 Erhebung des Migrationshintergrunds

Der Migrationshintergrund einer Person wurde im Rahmen der bisherigen Berlin-Monitor Studien über die eigene Staatsbürgerschaft sowie in Abhängigkeit vom eigenen Geburtsland und Geburtsland der Eltern erfasst. Der Mikrozensus-Definition folgend wird dann von einem Migrationshintergrund gesprochen, wenn mindestens ein Elternteil nicht bereits seit der Geburt über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt.⁴ Im Rahmen unserer Studien erfassen wir den Migrationshintergrund befragter Personen, da er ein relevantes Merkmal im Rahmen der Beschreibung von Diskriminierungserfahrungen und politischen Teilhabemöglichkeiten darstellt. Allerdings ist darauf hinzuweisen,

⁴ Die Definition umfasst folgende Personen: Zugewanderte und nicht zugewanderte Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler:innen, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben sowie mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen. Vertriebene des zweiten Weltkrieges, welche bis 1949 zugewandert sind, gehören hingegen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ebenso wenig Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im Ausland geboren sind und deren beide Eltern keinen Migrationshintergrund haben (z. B. während eines Auslandsaufenthalts geboren wurden).

dass die deutsche Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine ausgesprochen heterogene Gruppe darstellt und Aussagen zu ihr entsprechend nur beschränkt möglich sind. Sowohl der Begriff des Migrationshintergrundes sowie auch seine Erfassung entlang der beschriebenen Kriterien bleiben umstritten (siehe Nesterko & Glaesmer 2019).

Unter Berücksichtigung der genannten Einschränkungen ermöglicht die Nutzung des Begriffs „Migrationshintergrund“ entlang der Mikrozensus-Definition dennoch eine Ablösung vom Vergleich zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft. In standardisierten Fragebögen haben sich kaum Alternativen zur Erfassung verschiedener migrantischer Gruppen etablieren können, sodass Vergleichbarkeit und Praktikabilität auch weiterhin Gründe für diese Handhabung darstellen.

Tabelle 2.3 gibt einen Überblick über die Verteilung von Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit über die Berliner Bezirke. In allen Stadtteilen hat die Mehrheit der Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft und keinen Migrationshintergrund.

Tabelle 2.3: Verteilung von Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund in den Berliner Bezirken

	Deutsche Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund in %	Deutsche Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund in %	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft in %
Mitte	89	9	2
Friedrichshain-Kreuzberg	87	10	3
Pankow	87	10	3
Charlottenburg-Wilmersdorf	90	6	4
Spandau	93	5	2
Steglitz-Zehlendorf	88	8	4
Tempelhof-Schöneberg	87	9	4
Neukölln	90	8	2
Treptow-Köpenick	94	2	4
Marzahn-Hellersdorf	94	4	2
Lichtenberg	92	6	2
Reinickendorf	96	2	2

Quelle: Berlin-Monitor 2023, 2.048 befragte Berlinerinnen und Berliner, davon 1.422 CATI und 626 CAWI; Daten ungewichtet; Prozentwerte gerundet.

Nähere Beschreibungen zu den einzelnen Fragen-Sets und ihrer Verwendung folgen in den jeweiligen Kapiteln. Für die statistischen Analysen wurde hauptsächlich auf gut einsehbare deskriptive Verfahren oder Häufigkeitsdarstellungen zurückgegriffen. Sofern multivariate statistische Verfahren verwendet wurden, sind diese auch in den entsprechenden Kapiteln näher beschrieben. Sie dienen der Ermittlung komplexer Zusammenhänge und werden in der Folge inhaltlich verständlich dargestellt.

Literatur

- Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (2013). *Stichprobenverfahren in der Umfrageforschung* (2. Auflage). Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen*. Gießen: Psychosozial.
- Faulbaum, F., Prüfer, P. & Rexroth, M. (2009). *Was ist eine gute Frage? Die systematische Evaluation der Fragenqualität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gabler, S. & Häder, S. (2015). *Stichproben in der Theorie (GESIS Survey Guidelines)*. Mannheim: GESIS.
- Gaziano, C. (2005). Comparative analysis of within-household respondent selection techniques. *Public Opinion Quarterly*, 69, 124–157.
- Häder, S. (2000). *Telefonstichproben (ZUMA-How-to-Reihe No. 6)*. Mannheim: ZUMA.
- Häder, S., Häder, M. & Schmich, P. (2019). *Stichproben in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nesterko, Y. & Glaesmer, H. (2019). Warum fragen wir nicht direkt nach? Eine Analyse zur subjektiven Zuschreibung des Migrationshintergrundes. *Psychologische Rundschau*, 70, 101–108.
- Willis, G. & Lessler, J. (1999). *Question Appraisal System*.
- Wittenberg, M. (2010). An introduction to maximum entropy and minimum cross-entropy estimation using Stata. *The Stata Journal*, 10 (3), 315–330.
- Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.) (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*. Bonn: Dietz Verlag.

3 Die Politische Kultur Berlins im Zeitverlauf – Ergebnisse der repräsentativen Erhebungen des Berlin-Monitors von 2019 bis 2023

Kazim Celik & Gert Pickel

3.1 Berlin in Zeiten von Krisen

Seit 2019 werden regelmäßige, im zweijährigen Rhythmus angesetzte, repräsentative Bevölkerungsumfragen im Rahmen des Berlin-Monitors durchgeführt. Neben wechselnden Schwerpunktthemen ist die Beobachtung von Entwicklungen hinsichtlich der politischen Kultur in Berlin ein zentrales Anliegen des Berlin-Monitors. Eine demokratische politische Kultur, wie sie durch die letzten Umfragen für Berlin ausgewiesen werden konnte, wird von der Unterstützung der Bevölkerung getragen (Almond & Verba 1963; Easton 1975; Pickel & Pickel 2006). Für die mittel- bis langfristige Stabilität eines demokratischen politischen Systems ist wiederum der Erhalt einer demokratischen politischen Kultur unerlässlich (Pickel & Pickel 2023, 30–35). Besondere Relevanz kommt der politischen Kultur in Zeiten von Krisen zu, die sich als eine Herausforderung für die Demokratie erweisen. So wurde die politische Kulturforschung nicht selten als Krisenwissenschaft bezeichnet.

In gewisser Weise durchlebt die deutsche Gesellschaft seit einigen Jahren eine solche krisenreiche Zeit. Genannt seien an dieser Stelle etwa die sogenannte Flüchtlingskrise, die Covid-19-Pandemie, der Klimawandel bzw. die Klimakatastrophe, der russisch-ukrainische Krieg sowie die steigenden Energiekosten mit ihrer Auswirkung gerade auf Haushalte in bereits prekärer finanzieller Lage. Teilweise treten die Krisen gleichzeitig auf, weswegen auch gelegentlich von *multiplen Krisen* oder einer *polycrisis* gesprochen wird. Politische Bewegungen und Gegenbewegungen reagieren auf diese Krisen und die mit ihnen einhergehenden Maßnahmen. Dabei befeuern sie sich teilweise gegenseitig in ihren Haltungen und unterliegen der Gefahr einer Radikalisierung. So führen Meinungen und Gegenmeinungen, die sich vermeintlich nicht vereinbaren lassen und einander in ihrer Rigidität übertreffen, zu Rissen in einer demokratischen politischen Kultur oder des gesellschaftlichen Zusammenhalts (McCarthy 2019; Pickel 2023; kritisch: Mau et al. 2020).

Auch in Berlin hinterlassen diese Krisen Spuren. Eindrücklich wurde dies etwa am Sturm auf den Reichstag im August 2020 im Rahmen von Demonstrationen gegen die Corona-Politik (Lenze 2023). Ein anderes Beispiel findet sich im Klimawandel und den dazugehörigen Protesten – so kündigte die Letzte Generation jüngst „unbefristete“ Proteste in Berlin an (Marshall 2023). Andere Gruppen wiederum stellen einen menschengemachten Klimawandel generell in Frage (Salheiser & Richter 2023). Nicht

zuletzt zählen zu den polarisierenden Debatten auch jene über Rassismus (siehe Kapitel 5) und über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt (siehe Kapitel 6). Zwar werden diese Auseinandersetzungen im ganzen Bundesgebiet ausgetragen, oft fokussieren sie sich aber in Berlin.

Für 2019 und 2021 konnte als Ergebnis festgehalten werden, dass nur eine kleine Gruppe von Berlinerinnen und Berlinern manifest antidemokratische Einstellungen vertritt, diese Einstellungen aber rigider werden (Celik et al. 2023, 21f.; Pickel et al. 2019, 101–104; Pickel et al. 2023, 107–109). Dies drückt sich insbesondere in der steigenden Zustimmung zu Aussagen aus, die sich vehement gegen die demokratische Grundordnung richten, und betrifft antidemokratische Einstellungen wie z. B. Antisemitismus, Rechtsextremismus, gruppenbezogenen Vorurteile und Ressentiments sowie Autoritarismus. Wie sich die Einstellungen der Berlinerinnen und Berliner über die Zeit hinweg entwickelt haben und welche Tendenzen für die Politische Kultur Berlins ersichtlich werden, wird im Folgenden erörtert.

3.2 Theoretische Grundlage und Prämissen der Politischen Kulturforschung

Die Entwicklung der Politischen Kultur Berlins bewerten wir auf Grundlage der Prämissen und des Konzepts der *politischen Kulturforschung* (Almond & Verba 1963; Dalton & Welzel 2014; Übersicht: Pickel & Pickel 2006, 59–68). Sie ermöglicht es, anhand von Einstellungen der Bevölkerung und ihrer Kongruenz mit dem jeweiligen politischen System Erkenntnisse über die Stabilität politischer Systeme zu ziehen. Ihr Bezugspunkt ist immer das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine grundlegende Bedingung für die Stabilität eines demokratischen politischen Systems ist die politische Unterstützung der Institutionen eines politischen Systems. Dieser Prämisse folgend beschäftigt sich die politische Kulturforschung neben der Frage nach dem Wissen, das die Bürgerinnen und Bürger über das demokratische System und seine Institutionen haben, mit deren Empfindungen und Bewertungen ihm gegenüber (Almond & Verba 1963). Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Unterstützung der Demokratie in ihrer Idee und die Akzeptanz der Staatsform Demokratie. Auch wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger ein politisches System unterstützen oder akzeptieren müssen, sollte es die Mehrheit schon tun, damit eine gewisse Stabilität des Systems gewährleistet ist.

Das Konzept der politischen Unterstützung nach Easton (1975, 1979) erweitert die politische Kulturforschung um die Frage nach der Ausrichtung politischer Einstellungen, die für die Stabilität des politischen Systems als relevant erkannt wird. Dabei wird der Begriff der (politischen) Unterstützung als eine Einstellung verstanden, mit der sich eine Person gegenüber einem (politischen) Objekt orientiert. Alle politischen Objekte können nach Easton positiv oder negativ unterstützt werden, für die Stabilität eines politischen Systems ist allerdings eine überwiegend positive politische Unterstützung notwendig. Er identifiziert drei Objekte des politischen Systems (Easton 1979, 171–210): Die *politische Gemeinschaft* umfasst die Mitglieder eines politischen Systems und ihre grundlegenden Wertmuster. Das Unterstützungsobjekt *politisches Regime*

umfasst die politische Unterstützung der Institutionen an sich, also beispielsweise des Verfassungsgerichts oder des Bundestags, sowie der Rollen im politischen System, wie z. B. die Position der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten. Die jeweiligen Trägerinnen und Träger der Rollen werden unter dem Objekt der *politischen Autoritäten* beurteilt. Den Personen, die eine politische Autoritätsrolle innehaben, wird politische Unterstützung hauptsächlich durch die Akzeptanz der von ihnen getroffenen Entscheidungen seitens der Bürgerinnen und Bürger zuteil.

Unterstützungsobjekte				
	Politische Gemeinschaft	Politisches Regime	Politische Autoritäten	
Quelle der Unterstützung	Identifikation mit politischer Gemeinschaft (Legitimität der Demokratie)	Regime-Legitimität Regime-Vertrauen	Autoritäten-Legitimität Autoritäten-Vertrauen	<i>Diffuse Unterstützung</i>
			Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs	<i>Spezifische Unterstützung</i>

Abb. 3.1: Das Konzept politischer Unterstützung nach David Easton

Quelle: Fuchs 1989, 18; Pickel & Pickel 2023, 40.

Die *spezifische Unterstützung* (*specific support*) resultiert aus der Zufriedenheit mit den Outputs des politischen Systems bzw. mit den Autoritäten, die diese Outputs produzieren (siehe Abb. 3.1; Pickel & Pickel 2006, 80). Davon zu unterscheiden ist die *diffuse Unterstützung* (*diffuse support*). Hier wird die Zustimmung zu den politischen Objekten um ihrer selbst willen gegeben und das politische System grundsätzlich akzeptiert. Easton unterteilt die diffuse Unterstützung zusätzlich in Legitimität und Vertrauen. Legitimität ist ein Produkt der von den Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommenen Übereinstimmung der eigenen Werte und Vorstellungen mit dem politischen System, während das Vertrauen die Hoffnung auf eine Gemeinwohlorientiertheit der politischen Objekte bzw. der sie tragenden Personen beinhaltet (Pickel & Pickel 2023, 39f.). Vertrauen speist sich aus Sozialisation und generalisierten Output-Erfahrungen. Für den Berlin-Monitor interessant sind die Einstellungen zur Demokratie als bestmöglichem System (Legitimität des politischen Systems), die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie (Systemunterstützung) sowie die Performanzbewertung (politisch und wirtschaftlich) (vgl. Pickel & Pickel 2016, 553; Pickel & Pickel 2023, 42).

Die Zufriedenheit mit dem demokratischen politischen System sowie das Vertrauen in ihre Institutionen sind fundamentale Bestandteile einer demokratischen politischen Kultur. Nach Easton befinden sie sich zwischen diffus und spezifisch. Die Performanz-

bewertung beeinflusst sie erst einmal nicht direkt, aber über längere Zeit mittelbar. So verwies bereits Seymour Martin Lipset (1981) darauf, dass die *Legitimität* des politischen Systems/der Demokratie zwar von der Effektivität, also den Performanzbewertungen beeinflusst wird, aber eher über einen längeren Zeitverlauf. Generell geht Lipset davon aus, dass die Legitimität eines politischen Systems oder einer Staatsform das Zentrum der Stabilität ist. Anders gesagt: Eine grundsätzlich stabile Demokratie kann durchaus Performanzkrisen überleben. Dauern diese aber zu lang und werden nicht bearbeitet, kann sich dies auf die Stabilität des Systems und sein langfristiges Bestehen auswirken, da die Legitimität zu erodieren beginnt und möglicherweise andere Staatsformen bevorzugt werden. Zur Messung dieser Faktoren dienen Item-Sets in repräsentativen Bevölkerungsumfragen, so etwa auch im Rahmen der Umfragen des Berlin-Monitors.

Hieran anschließend stellt sich die Frage nach den *zentralen Faktoren*, anhand derer die Politische Kultur letzten Endes bewertet werden kann. Während über die Bedingungsfaktoren des Demokratieverständnisses nur wenige Kenntnisse vorliegen, sind die Legitimität des politischen Systems, die Systemunterstützung und das Vertrauen in politische Institutionen öfter Bezugspunkt kausaler Analysen. Eine hohe Erklärungskraft kommt der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik für die Systemunterstützung zu und übersteigt in allen Analysen die Wirkung der eigenen ökonomischen Lage und des Haushaltseinkommens (Pickel 2002, 299). Als abträglich für die Systemunterstützung erweisen sich hingegen eine schlechte Einschätzung der eigenen politischen Effektivität und die Unzufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert. Politische Deprivation bezieht sich hierbei auf das Gefühl, politisch angemessen vertreten zu werden. Auch das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard des Landes zu erhalten, wirkt sich schädlich aus (Pickel 2002, 299–302; Pickel & Pickel 2022, 31). Die Demokratielegitimität ist schwieriger nachzuvollziehen, handelt es sich doch um eine diffuse Form politischer Unterstützung, die auf grundsätzlichen Faktoren ihrer Verankerung in der Bevölkerung (Sozialisation, Erfahrung) beruht. Zumeist finden sich nur geringe Erklärungswerte in Kausalmodellen, in denen Grundwerte wie Toleranz und soziales Vertrauen das Zentrum ausmachen (Pickel 2002; Welzel 2013).

In der klassischen politischen Kulturforschung spielen sozialpsychologische Indikatoren bisher kaum eine Rolle. Neuere Studien zeigen aber erhebliche Effekte *sozialpsychologischer Skalen* für die Erklärung prodemokratischer und antidemokratischer Einstellungen (u. a. Pickel et al. 2020). Besonders stechen unter ihnen Einstellungsbündel der autoritären Dynamik hervor: Autoritarismus und Verschwörungsmentalität (Decker & Brähler 2020; Douglas et al. 2017; Pickel et al. 2022; Van Prooijen & van Wugt 2018). Diese Erkenntnisse knüpfen an Überlegungen Adornos zu einer antidemokratischen Relevanz autoritärer Überzeugungen an (Adorno 1973). Begleitet wird die Erfassung autoritären Einstellungen von Messungen gruppenbezogener Vorurteile, also der Abgrenzung und Abwertung einzelner Gruppen der Gesellschaft, vor allem von Minderheiten. Die hierbei gewonnenen Daten geben Aufschluss über die Akzeptanz von Pluralität, einem zentralen Aspekt der Demokratie.

3.3 Politische Kultur in Berlin im Zeitverlauf

In der Umfrage des Berlin-Monitors von 2019 wurden Aussagen zur politischen Unterstützung und Demokratie durch Aussagen gemessen, zu denen die Befragten jeweils mithilfe von fünf Antwortkategorien ihre Zustimmung bzw. Ablehnung ausdrücken konnten (Pickel et al. 2019, 21): (1) stimme voll und ganz zu; (2) stimme eher zu; (3) stimme teilweise zu, teilweise nicht zu; (4) stimme eher nicht zu; (5) stimme überhaupt nicht zu (siehe Tabelle 1 für Items). Für die Umfragen von 2021 und 2023 wurden – vergleichbar zu den meisten bundesweiten Studien – nur noch vier Antwortkategorien zur Option gestellt, sodass die Mittelkategorie (stimme teils zu, teils nicht zu) entfiel (Pickel et al. 2023, 18–21). Dies hat den Vorteil, dass die Befragten sich hinsichtlich der Aussagen nicht in die Unentschlossenheit von teils/teils flüchten können. In Tabelle 3.1 führen wir die im Berlin-Monitor 2023 gemessenen Konstrukte und die dafür verwendeten Items auf.

Tabelle 3.1: Operationalisierung von politischer Kultur und politischer Unterstützung

		Items
Politische Kultur	Legitimität des politischen Systems (Demokratie)	Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.
	Systemunterstützung (Demokratie)	Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert, alles in allem zufrieden.
	Vertrauen (Politiker)	Alles in allem kann man Politikern doch vertrauen.
	Performanzbewertung (Politische Deprivation)	Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
		Die Parteien wollen nur die Stimmen ihrer Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
Performanzbewertung (Wirtschaftliche Effektivität)	Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?	

Quelle: Eigene Darstellung.

Durch das Vorhandensein der Mittelkategorie zeigt sich für 2019 eine ambivalente Haltung gegenüber der Demokratie (siehe Abb. 3.2). Betrachten wir die Zustimmung sowie die teilweise Zustimmung insgesamt, dann gaben etwa 78 Prozent der Befragten an, mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zufrieden zu sein. Demgegenüber steht mit 49 Prozent ein vergleichsweise geringes Vertrauen gegenüber



Abb. 3.2: Demokratiebefürwortung und Politische Deprivation in Berlin (2019)

Quelle: Berlin-Monitor 2019; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

Politikerinnen und Politikern. In gleicher Weise meinen 2019 etwa 48 Prozent der Befragten, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung nehmen, und 55 Prozent, dass Parteien nur ihre Stimme wollen und sich nicht für ihre Ansichten interessieren.

Die Differenzierung zwischen Zustimmung und teilweiser Zustimmung zeigt hierbei noch einmal das besonders geringe Vertrauen in Politikerinnen und Politiker auf (6 Prozent manifeste Zustimmung), während aber auch die entschiedene Zufriedenheit mit der Demokratie erstaunlich gering ausfiel (26 Prozent manifeste Zustimmung). Vergleichen wir nun die Ergebnisse aus dem Jahr 2019 mit denen von 2021 und 2023, zeigt sich trotz der unterschiedlichen Erhebungsform eine gewisse Entwicklung. Hatten 2019 Personen viele Personen noch die Mittelkategorie teils/teils gewählt, entschied sich 2021 und 2023 aufgrund des Fehlens dieser Kategorie der größere Anteil vergleichbar denkender Berliner und Berlinerinnen für eine positive Antwort. Am deutlichsten wird dies bei der Zufriedenheit mit der Demokratie und dem Vertrauen in Politiker. Personen, die in diesem Zusammenhang teils/teils antworteten, neigen bei einem Zwang zu einer Entscheidung zur politischen Unterstützung, obwohl sie offenbar auch gewisse Probleme ausmachen.

Für die beiden folgenden Umfragen 2021 und 2023 wurde im Bereich der politischen Kultur nicht nur die Antwortskala verändert, sondern auch ein zusätzliches Item ergänzt (siehe Abb. 3.3). Es wurde die Frage gestellt, inwieweit die Demokratie am besten zu unserer Gesellschaft passt.

Dass die Demokratie am besten zu unserer Gesellschaft passt, finden etwas über 90 Prozent der Berlinerinnen und Berliner. Dies ist ein hoher Wert, der knapp über dem Wert im Bundesgebiet im Jahr 2022 liegt (Pickel et al. 2022). Nichtsdestotrotz zeigt sich eine Abnahme der Zustimmung im Zeitverlauf (wie übrigens auch im Bundesgebiet: Pickel et al. 2020, 101; Pickel et al. 2022, 189). Auch im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie, dem Vertrauen gegenüber den Politikerinnen und

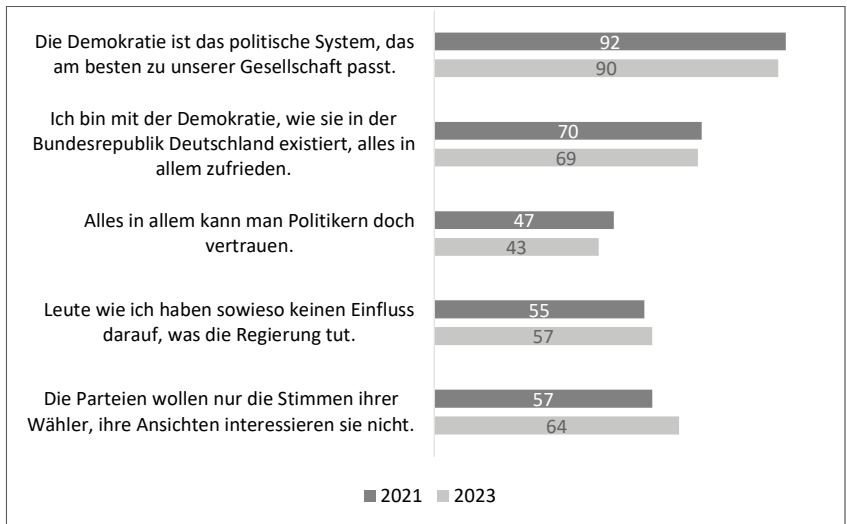


Abb. 3.3: Politische Unterstützung und politische Kultur in Berlin (2021 und 2023)

Quelle: Berlin-Monitor 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

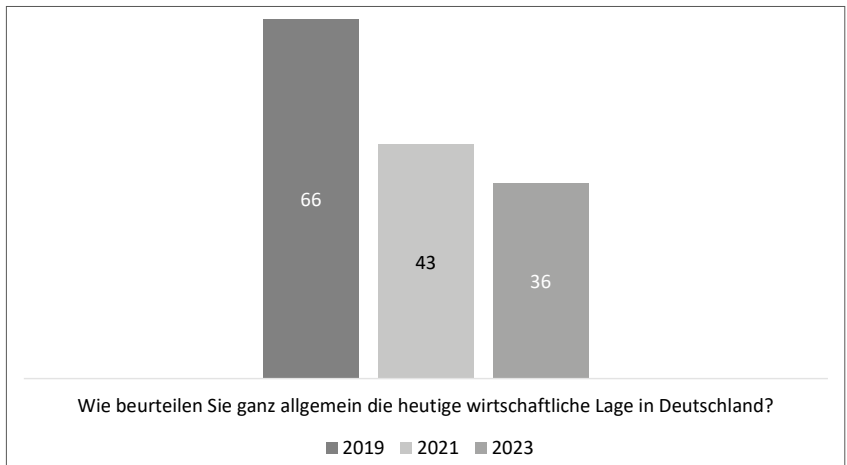


Abb. 3.4: Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Berlin im Zeitvergleich

Quelle: Berlin-Monitor 2019, 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Werte der Kategorien (1) „sehr gut“ und (2) „gut“; Prozentwerte gerundet.

Politikern sowie der politischen Effektivität lässt sich eine ähnliche Entwicklung konstatieren. Setzt man die Ergebnisse 2021 bis 2023 in Perspektive, dann zeigt sich für Berlin ein absteigender Trend in der Demokratiebefürwortung und dem Vertrauen in Politikerinnen und Politiker. Umgekehrt findet sich ein aufsteigender Trend für politische Deprivation.

Noch dramatischer ist der Rückgang in der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage im Land. Diese leidet unter den oben angesprochenen multiplen Krisen. Im Zeitverlauf zeigt sich für Berlin, dass die positive Bewertung der wirtschaftlichen Lage stetig abnimmt (Abb. 3.4). Waren 2019 noch zwei Drittel der Berliner Bevölkerung zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage, bewerten diese heute nur noch 36 Prozent der Berlinerinnen und Berliner gut.

Angesichts der dramatischen Verschlechterung der Bewertung der wirtschaftlichen Lage bleibt die Legitimität der Demokratie weiterhin hoch und selbst das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker sowie die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie wirkt relativ wenig betroffen. Dies ist überraschend, wird doch die Demokratiezufriedenheit, wie in Abschnitt 3.2 beschrieben, auch abhängig von Performanz angesehen. *Offenbar gehen viele Berlinerinnen und Berliner derzeit noch von einem Abklingen der Effektivitätskrise aus und bleiben der Demokratie weitgehend treu.*

Das dies aber nur bedingt gilt, zeigt Abbildung 3.5. So findet sich ein *Anstieg der Zustimmung für eine rechtsautoritäre Diktatur*. In der jüngsten Umfrage wünschen sich etwa 31 Prozent der Berliner Bevölkerung eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt vertritt. Fast ein Fünftel der in Berlin lebenden Personen würden einen Führer mit starker Hand präferieren und etwa acht Prozent halten die Diktatur unter Umständen sogar für die bessere Staatsform gegenüber der Demokratie. Insgesamt lässt sich also beobachten: Während die politische Unterstützung für die Demokratie im Zeitverlauf langsam erodiert, steigt im gleichen Zuge die Unterstützung für ein rechtsautoritäres politisches System. Entsprechend erweist sich die Performanzkrise als hilfreich für die Verbreitung antidemokratischer Forderungen.

Eine vergleichsweise erfreuliche Entwicklung lässt sich hingegen für das soziale Engagement in Berlin beobachten. Während das Engagement in einem Verein oder einer anderen sozialen Gruppe von 2019 auf 2021 abnahm, ist es 2023 wieder fast auf das ursprüngliche Niveau gestiegen (siehe Abb. 3.6).

In diesem Zusammenhang lässt sich vermuten, dass die Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie, vor allem der Lockdown, hierauf einen Einfluss gehabt haben könnten. Betrachten wir die Zahlen für sich, dann ist der Anteil der Berlinerinnen und Berliner, die sich sozial engagieren, mit 41 Prozent im Jahr 2023 recht hoch.

3.4 Autoritäre Einstellungen und Ressentiments in Berlin

Wie die bisher vorgestellten Ergebnisse erwarten lassen, sind auch autoritäre Einstellungen im Zeitverlauf gestiegen. Mit autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit und Konventionalismus werden im Rahmen des Berlin-Monitors drei Elemente des Autoritären Syndroms erfasst, deren Einfluss auf das Zustandekommen rechtsextremer und ethnozentrischer Einstellungen vielfach belegt wurde (Decker & Brähler 2000; Lederer 2000; Oesterreich 2000; Fuchs 2003). Sie erfassen die Dynamik aus Unterwerfung unter gesellschaftliche und politische Autoritäten, die Abfuhr von Aggressionen durch die Verurteilung sozial abweichenden Verhaltens sowie ein Festhalten an

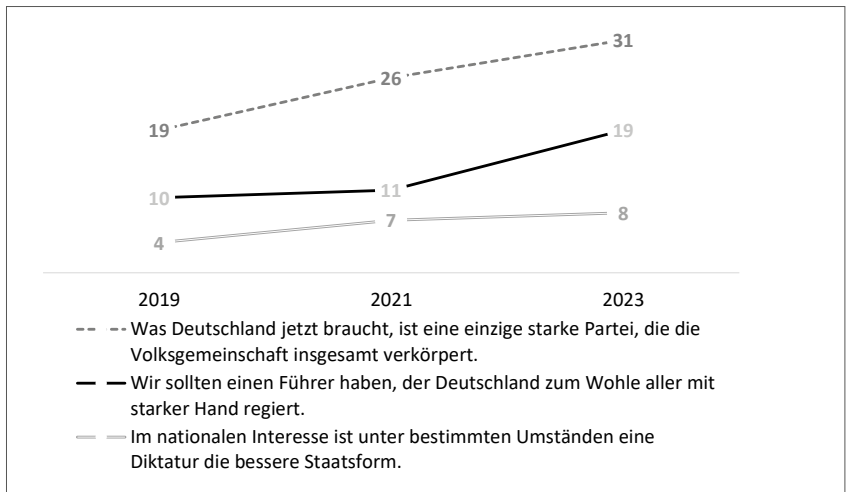


Abb. 3.5: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur im Zeitverlauf

Quelle: Berlin-Monitor 2019, 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

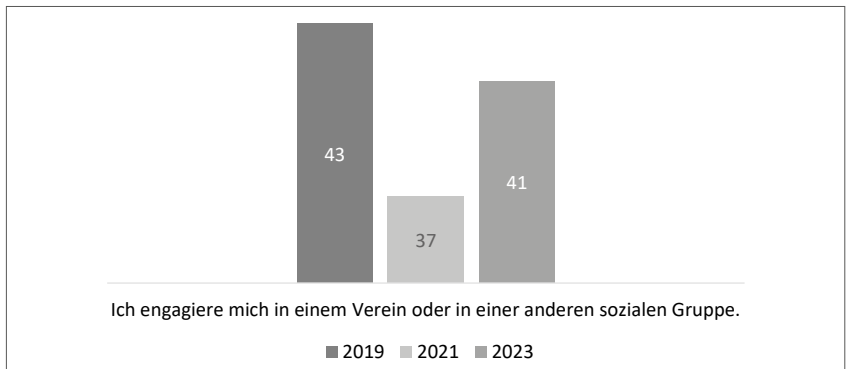


Abb. 3.6: Soziales Engagement in Berlin

Quelle: Berlin-Monitor 2019, 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

der bestehenden Ordnung (Decker et al. 2022, S. 77). Neben diesen Elementen, welche die sadomasochistische Dynamik des Autoritären Syndroms abbilden (Decker et al. 2020), wird auch die Dimension der Projektivität erfasst, die sich aus den beiden Elementen Verschwörungsmentalität und Aberglauben zusammensetzt. Dieser Dimension kam insbesondere im Kontext von Corona und den Demonstrationen gegen die Maßnahmen der Bundesregierung eine zunehmende Relevanz in öffentlichen Debatten zu.

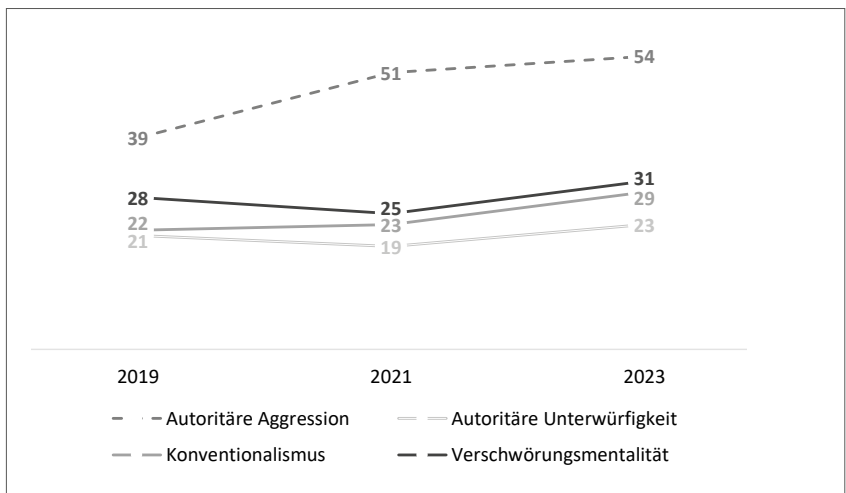


Abb. 3.7: Elemente der Autoritären Dynamik im Zeitverlauf

Quelle: Berlin-Monitor 2019, 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme ziemlich zu“; Prozentwerte gerundet.

Während autoritäre Unterwürfigkeit sowie Verschwörungsmentalität einen vergleichsweise geringen Anstieg der Werte seit 2019 aufweisen, fällt die Zustimmung der Berlinerinnen und Berliner zu Aussagen der Dimensionen Konventionalismus und autoritärer Aggression bemerkenswert hoch aus (siehe Abb. 3.7). So würden über die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner Unruhestiftern deutlich zu spüren geben, dass sie unerwünscht sind (autoritäre Aggression).

Fast ein Drittel der befragten Personen findet, dass bewährte Verhaltensweisen nicht in Frage gestellt werden sollten (Konventionalismus). Im Zuge der Erhebungen 2021 und 2023 wurde die Erfassung der projektiven Dimension weiter ausdifferenziert und nun auch in Bezug auf die Corona-Pandemie gemessen. 2021 stimmten 35 Prozent der Berlinerinnen und Berliner der Aussage zu, dass die Hintergründe der Corona-Pandemie nie ans Licht der Öffentlichkeit kommen werden. 2023 stimmen bereits 41 Prozent der Aussage zu (siehe Abb. 3.8). Die Zusammenhänge zu einer allgemeinen Verschwörungsmentalität fallen sehr hoch aus.

Im Vergleich zwischen Verschwörungsmentalität und Aberglaube lässt sich für 2023 weiterhin beobachten, dass es eher die Aussagen zur Verschwörungsmentalität sind, denen die Berlinerinnen und Berliner zustimmen (siehe Abb. 3.9). Etwa ein Drittel meint, dass „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten [...] nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ sind und dass die Menschen nicht erkennen, „in welchem Ausmaß unser Leben von Verschwörungen bestimmt wird“.

Mit 34 Prozent glauben mehr als ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner an geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben. Demgegenüber stimmen nur jeweils etwas mehr als 10 Prozent der Berliner Bevölkerung

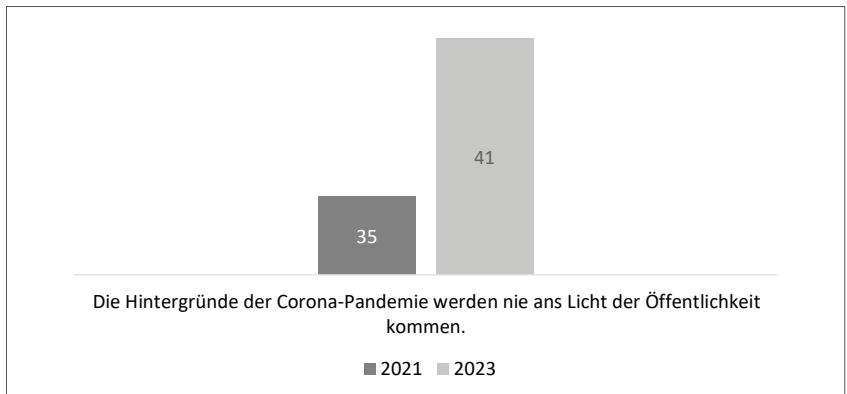


Abb. 3.8: Corona-bezogene Verschwörungsmentalität im Zeitverlauf

Quelle: Berlin-Monitor 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme ziemlich zu“; Prozentwerte gerundet.

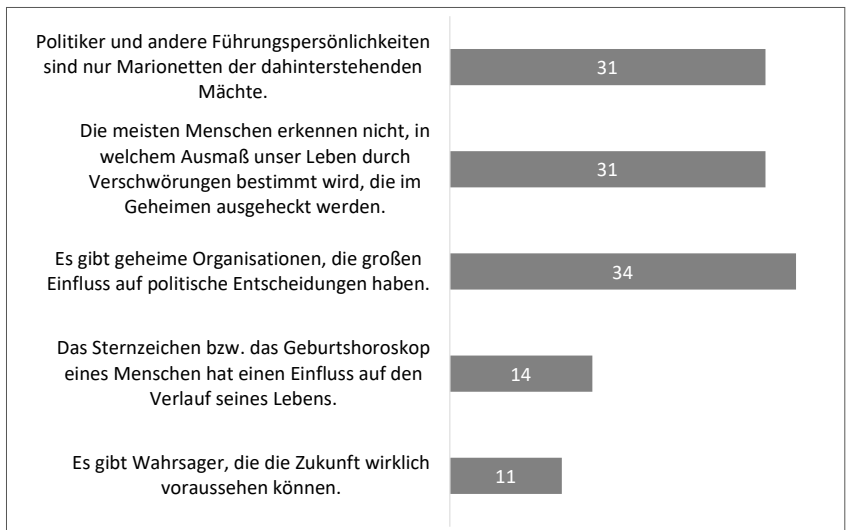


Abb. 3.9: Verschwörungsmentalität und Aberglaube

Quelle: Berlin-Monitor 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme ziemlich zu“; Prozentwerte gerundet.

den Aussagen zu, dass Sternzeichen einen Einfluss auf den Verlauf des Lebens und Wahrsager die Fähigkeit hätten, die Zukunft vorzusehen. Aberglaube oder Esoterik sind in Berlin wenig verbreitete Phänomene, während der Glaube an Verschwörungserzählungen (Douglas et al. 2017, Pickel et al. 2022) in beachtlichem Maß in Berlin verbreitet ist. Interessant ist auch ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Verschwörungsmentalität und politischer Unterstützung. Hierfür haben wir *Korrelationsanalysen* zwischen den angesprochenen Konstrukten durchgeführt.

Tabelle 3.2: Politische Unterstützung und die autoritäre Dynamik

	Klassischer Autoritarismus (Skala)	Verschwörungsmentalität (Skala)	Wirtschaftliche Effektivität
Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.	-.12**	-.31**	-.32**
Ich bin mit der Demokratie, wie sie in Deutschland existiert, alles in allem zufrieden.	-.06*	-.35**	-.51**
Alles in allem kann man Politikern doch vertrauen.	n. s.	-.29**	-.46**
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	+.26**	+.49**	+.31**
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	+.26**	+.41**	+.19**

Quelle: Berlin-Monitor 2023; Pearson Produkt-Moment-Korrelationen; * < .01, ** < .001; n. s. = nicht signifikant; klassischer Autoritarismus setzt sich zusammen aus autoritärer Aggression, autoritärer Unterwerfung und Konventionalismus.

Das Ergebnis bestätigt unsere bisherige Argumentation. Zwar geben Korrelationen nur Bezüge und nicht Kausalitäten wieder, aber wir denken doch annehmen zu können, dass Autoritarismus und eine Verschwörungsmentalität den Haltungen zu Demokratie und Politik vorausgehen. Sowohl autoritäre Einstellungen als auch Verschwörungsmentalität reduzieren die politische Unterstützung der Demokratie. Dabei besitzt die Verschwörungsmentalität, also der Glaube an Verschwörungserzählungen, einen starken Bezug (siehe Tabelle 3.2). Eine Verschwörungsmentalität reduziert eine politische Unterstützung der Demokratie und ist für eine demokratische politische Kultur gefährlich (siehe Pickel et al. 2022, S. 200–204). Gleichzeitig zeigt sich auch die Wechselwirkung der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Unterstützung der Demokratie. Besonders stark ist diese Wechselwirkung mit der Demokratiezufriedenheit. Auch hier dürfte eine Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage der Haltung zur Demokratie vorausgehen. Ebenfalls eng verbunden ist die Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Effektivität (Vertrauen in Politiker und Politikerinnen. Nach diesen Bezügen ist es fast schon verwunderlich, dass die eingangs gezeigten Werte der politischen Unterstützung der Demokratie in Berlin nicht sogar weit stärker gefallen sind.

3.5 Soziales Engagement und Vorurteile am Beispiel der Haltung zu sozialen Gruppen

Politische Unterstützung und ihre Gegenüber sind nicht das Einzige, was eine Gesellschaft ausmacht. An die politische Kulturforschung anschließend kann man den Blick auf die Akzeptanz von anderen Gesellschaftsgruppen und Minderheiten lenken. Dabei beschränken wir uns auf klassistische Diskriminierung und die Diskriminierung von Geflüchteten, Schwarzen Menschen sowie Sinti und Roma. Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie antimuslimische Einstellungen (und Rassismus) werden in den Kapiteln 5 und 6 ausführlich behandelt. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich von 2019 bis 2023 ein leichter Anstieg der Zustimmung für die aufgeführten Vorurteile vollzogen hat. Die Einstellung, dass Sinti und Roma aus den Innenstädten verbannt werden sollten, ist über die Zeit von 2019 bis 2023 von 18 Prozent auf mittlerweile 29 Prozent gestiegen.

Dies bedeutet, Antiziganismus ist bei einer (wachsenden) Minderheit der Berlinerinnen und Berliner nachweisbar. Auch die Ablehnung von Schwarzen Menschen ist auf niedrigem Niveau leicht angestiegen, auf höherem Niveau findet sich ein kleiner Anstieg für die Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Insgesamt ist für diese Vorurteile aber aufgrund der Schwankungstoleranzen von Umfragen eher eine gewisse Stabilität zu konstatieren. Dies zeigt z. B. auch die geringe Abnahme bei der Abwertung von Wohnungslosen. Hier können gesellschaftliche Diskussionen eine große Rolle spielen, ohne dass sie tief liegende Ablehnungen und Vorurteile gänzlich überwinden. Neben dem bemerkenswerten Klassismus muss man zudem darauf verweisen, dass Einstellungsdaten über strukturellen und institutionellen Rassismus und Klassismus nur begrenzt etwas aussagen können. Als Orientierung zeigen sie allerdings sehr wohl auf, welche Gruppen gegenwärtig in Berlin unter einem stärkeren Druck durch Vorurteile und Abwertung stehen.

Als weiterer Indikator für die Offenheit der Bevölkerung gegenüber Minderheiten kann die Akzeptanz gegenüber Geflüchteten gewertet werden. Sie wurde in allen Umfragen des Berlin-Monitors gemessen, 2023 allerdings differenziert erfasst. 2019 und 2021 wurde die Aussage „Flüchtlinge müssen in Deutschland immer willkommen sein“ zur Bewertung gestellt, 2023 wurde spezifisch nach „ukrainischen Flüchtlingen“ und „syrischen Flüchtlingen“ gefragt (siehe Abb. 3.10). Die Ergebnisse zeigen, dass von 2019 bis 2021 auch die Akzeptanz für Geflüchtete gesunken ist. Hieß 2019 noch etwa 77 Prozent der Berlinerinnen und Berliner Geflüchtete willkommen, so waren es 2021 nur noch 63 Prozent. Für 2023 können wir beobachten, dass 65 Prozent der Berliner Bevölkerung – also etwas mehr als 2021 – meinen, „syrische Flüchtlinge“ sollten willkommen sein, während bei „ukrainischen Flüchtlingen“ sogar 78 Prozent dieser Ansicht sind. Diese deutliche Schere zwischen der Akzeptanz „syrischer Flüchtlinge“ und „ukrainischer Flüchtlinge“ deutet auf (unterschiedlich) ausgeprägte Vorurteile sowie eine verbreitete Abwertungsbereitschaft innerhalb der Berliner Bevölkerung hin (Pickel et al. 2019, S. 27–49). Vermutlich ist hier auch medialen Darstellungen eine große Bedeutung zuzuweisen.



Abb. 3.10: Einstellungen gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen in Berlin

Quelle: Berlin-Monitor 2019, 2021 und 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

3.6 Gewaltbereite Gruppen in Berlin

Einstellungen sind meist die Grundbedingung für Handeln, auch wenn nicht alle Personen diesen Sprung vollziehen. Als Übergang messen kann man die Bereitschaft zu gewaltvollem Handeln und rigidem Denken. Teile der Berliner Bevölkerung zeigen sich in ihren Einstellungen durchaus rigide. Diese Rigidität drückt sich beispielsweise in der Gewaltbereitschaft bzw. -befürwortung aus. Zwar wurde diese Komponente im Rahmen der Berlin-Monitor Umfragen nicht konstant gemessen, 2019 und 2023 aber mithilfe von verschiedenen Item-Sets aufgegriffen. Die Ergebnisse der Umfrage von 2019 zeigen, dass 11 Prozent der Berlinerinnen und Berliner angaben, für eine Sache zu kämpfen, auch wenn dabei Gewalt gegen Personen notwendig werden würde. 3 Prozent gaben an, dies schon einmal getan zu haben.

Demgegenüber stehen die Ergebnisse der Umfrage von 2023 (siehe Abb. 3.11). Fast ein Viertel der Berliner Bevölkerung teilt die Meinung, dass manchmal Gewalt gegen Sachen in dieser Gesellschaft notwendig wäre. 21 Prozent geben an, dass sie nie selbst Gewalt anwenden würden, es aber gut finden, wenn es andere im Zweifel

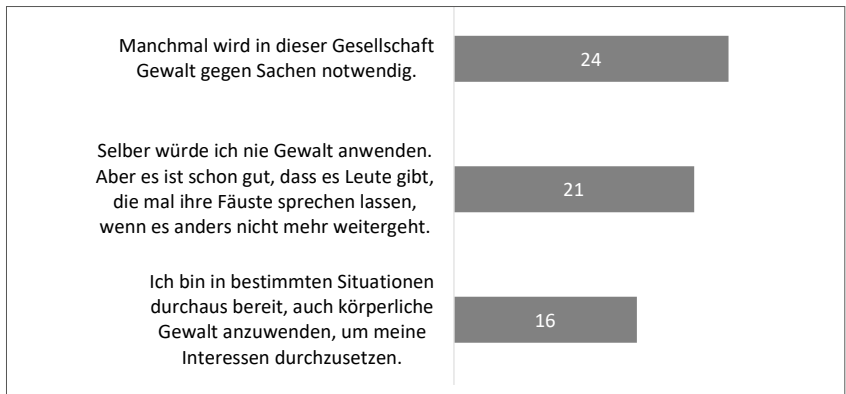


Abb. 3.11: Gewaltbereitschaft und -befürwortung in Berlin

Quelle: Berlin-Monitor 2023; aufgeführt sind die zusammengefassten Zustimmungswerte der Kategorien (1) „stimme voll und ganz zu“ und (2) „stimme eher zu“; Prozentwerte gerundet.

ten. Zuletzt geben 16 Prozent der Berlinerinnen und Berliner an, dass sie in bestimmten Situationen durchaus bereit wären, auch körperliche Gewalt anzuwenden. Antidemokratische Haltungen sind dabei mit den Einstellungen zu Gewalt positiv verbunden (siehe Tab. 3.3). So zeigt sich in den Korrelationen durchweg ein positiver und hochsignifikanter Zusammenhang zwischen Gewalt einerseits sowie der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Autoritarismus und einer Verschwörungsmentalität andererseits.

Tabelle 3.3: Gewalt und autoritäre Einstellungen

	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	Klassischer Autoritarismus (Skala)	Verschwörungsmentalität (Skala)
Gewaltbereitschaft	+.40**	+.33**	+.32**
Gewaltbefürwortung	+.44**	+.33**	+.31**
Gewalt gegen Sachen	+.34**	+.27**	+.22**

Quelle: Berlin-Monitor 2023; Pearson Produkt-Moment-Korrelationen; * < .01, ** < .001; n. s. = nicht signifikant; klassischer Autoritarismus setzt sich zusammen aus autoritärer Aggression, autoritärer Unterwerfung und Konventionalismus.

3.7 Fazit

Die Legitimität der Demokratie ist in Berlin weiterhin hoch, auch wenn sich im Zeitverlauf teils ungünstige Entwicklungen hinsichtlich der Einstellungen der Berliner Bevölkerung zeigen. Zeichnete sich 2019 noch das Bild einer besonders offenen und

demokratischen Stadtgesellschaft ab, so liegen die Zustimmungswerte für viele der vorgestellten Faktoren der politischen Kultur, Autoritarismus und gruppenbezogenen Ressentiments nun eher im Bundesdurchschnitt (vgl. Decker et al. 2022, S. 31–90). Unabhängig vom Bundesvergleich zeigt sich, die Berlinerinnen und Berliner werden immer skeptischer gegenüber der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert. Zudem steigt die Zustimmung für eine autoritäre Herrschaftsform an, auch wenn es sich hierbei weiterhin nur um eine Minderheit handelt. Doch immerhin fast ein Drittel der Berliner Bevölkerung könnte sich eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert, als Alternative oder Ergänzung zur Demokratie vorstellen. Ein Fünftel wünscht sich 2023 einen starken Führer.

Während die Unterstützung für das demokratische politische System sowie auch ihre Legitimität in den vergangenen Jahren (sehr) langsam abnahmen, steigt die politische Deprivation und vor allem die wirtschaftliche Unzufriedenheit merklich an. So denken mittlerweile mehr als die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung hätten und dass Parteien nur ihre Stimmen wollen. Vertrauen gegenüber Politikerinnen und Politikern äußert, wenig überraschend, weniger als die Hälfte der Berliner Bevölkerung. Da die entsprechenden Werte nur um einige Prozentpunkte abweichen, ist dies zwar aus umfragetechnischen Gründen nicht überzubewerten, aber doch ein Hinweis auf eine Tendenz: Die Ambiguität gegenüber der aktuellen Demokratie sowie ihren Politikerinnen und Politikern hat sich im Zeitverlauf insgesamt leicht verschärft. Noch wichtiger ist: Vergleichsweise wenige Berlinerinnen und Berliner schätzen die wirtschaftliche Lage im Bundesgebiet noch entschieden als gut ein. Dieses Effektivitätsproblem dürfte auch auf lange Sicht verzögerte Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie besitzen (Pickel & Pickel 2023, S. 38). Eine positive Entwicklung findet sich hingegen für soziales Engagement in Berlin – über 40 Prozent der Menschen engagieren sich in einem Verein oder einer anderen sozialen Gruppe.

Es passt ins Bild der abnehmenden Unterstützung des demokratischen Systems, dass autoritäre Einstellungen und gruppenbezogene Vorurteile zugenommen haben. Dabei sind einige Gruppen stärker von Vorurteilen und Abwertung betroffen als andere. So fällt beispielsweise die Akzeptanz für ukrainische Geflüchtete innerhalb der Berliner Bevölkerung höher aus als für syrische Geflüchtete. Letztere werden oft als muslimisch gelesen, was ihre Einschätzung nicht verbessert (siehe Kapitel 5). Von den autoritären Einstellungen ist die autoritäre Aggression am weitesten verbreitet, sie findet sich mittlerweile bei über der Hälfte der Bevölkerung. Tatsächliche Gewalt gegen Personen würden aber „nur“ 16 Prozent der Berlinerinnen und Berliner anwenden. Gewalt gegen Sachen empfinden demgegenüber schon etwa ein Viertel der Berliner Bevölkerung in manchen Fällen als legitim.

Vor dem Hintergrund der eingangs genannten Krisen und korrespondierenden Protesten drängt sich der Verdacht einer zunehmenden Polarisierung der Berliner Gesellschaft auf. Endgültig klären lässt sich der Verdacht mit den vorgestellten empirischen Daten des Berlin-Monitors 2023 derzeit aber zugegebenermaßen nicht. Gleichwohl stellt sich für die Zukunft die Frage, ob sich der schwach sichtbare Trend eines Rückgangs der politischen Unterstützung bestätigt. Noch scheint die Legitimität der Demokratie wenig

von den Effektivitätsproblemen belastet. Allerdings zeigen erste Anzeichen, dass dies kein dauerhafter Zustand sein muss. Folgt man der politischen Kulturforschung, dann kommt es auch auf die Länge der Effektivitätsprobleme und das Demokratieverständnis an. Letzteres wird in Kapitel 4 behandelt.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Almond, G. & Verba, S. (1963). *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. University Press.
- Celik, K., Pickel, G. & Pickel S. (2023). Demokratische und politische Einstellungen in Berlin 2021. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 17–27). Springer: zu Klampen.
- Dalton, R. & Welzel, C. (2014). *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*. University Press.
- Decker, O. & Brähler, E. (2000). Antisemitismus und Autoritarismus im vereinten Deutschland. *Psychosozial* 24, 31–51.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kalkstein, F., Schuler, J., Celik, K., Bähler, E., Clemens, V. & Fegert, J. M. (2022). Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 91–126). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 31–90). Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schliebler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimension und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Alte Ressentiments – Neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 179–210). Gießen: Psychosozial.
- Douglas, K., Sutton, R. & Chiocka, A. (2017). The Psychology of Conspiracy Theories. *Current Directions in Psychological Science* 26(6), 538–542.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5, 435–457.
- Easton, D. (1979). *A System Analysis of Political Live*. New York: Wiley & Sons.
- Fuchs, M. (2003). Rechtsextremismus von Jugendlichen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 55, 654–678.
- Lederer, G. (2000). Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit im deutsch-deutschen Vergleich. Ein Land mit zwei Sozialisationskulturen. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 199–214). Opladen: Leske + Budrich.
- Lenze, D. (2023). Wie es zum Sturm auf den Reichstag kam. *Zeit Online*, 29.08.2023. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-08/reichsbuerger-sturm-reichstag-2020-berlin-demonstration>.

- Marschall, M. (2023). Letzte Generation kündigt unbefristeten Protest in Berlin an. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 08.09.2023. <https://www.faz.net/aktuell/politik/letzte-generation-kuen-digt-unbefristeten-protest-in-berlin-an-19160067.html>.
- Mau, S., Lux, T. & Gülzau, F. (2020). Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie* 30, 317–346.
- McCarty, N. (2019). *Polarization. What Everyone Needs to Know*. Oxford: Oxford University Press.
- Oesterreich, D. (2000). Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus: Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In S. Rippl, C. Seipel & A. Kindervater (Hrsg.), *Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung* (S. 69–92). Opladen: Leske + Buderich.
- Pickel, G. (2002). *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen in Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pickel, G., Celik, K., Schuler, J. & Decker, O. (2020). Bedrohungsempfinden als Quelle gruppenbezogener Vorurteile durch Religionen in einer heterogenen Stadtgesellschaft. Analysen des Berlinmonitors. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4, 7–43. <https://doi.org/10.1007/s41682-020-00054-w>.
- Pickel, G., Öztürk, C., Schneider, V., Pickel, S. & Decker, O. (2022). Covid-19-Related Conspiracy Myths, Beliefs, and Democracy-Endangering Consequences. *Politics and Governance* 10(4), 177–191.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2023). From Prejudice to Polarization and Rejection of Democracy. Attitudes to social Plurality as the Litmus Test of a Democratic Political Culture. *Analyse & Kritik* 25(1), 55–84.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K., & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2022). The Wall in the Mind – Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany. *German Politics* 32(1), 20–42.
- Pickel, S. (2023). Spielen auf den Außenbahnen des Feldes der Demokratie – Gravitationszentren politisch-ideologischer, religiöser und weltanschaulicher Radikalisierung. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 147–178). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2023). *Der Bürger in der Demokratie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Salheiser, A. & Richter, C. (2023). Klimakrise und gesellschaftlicher Zusammenhalt. *Wissenschaft & Frieden* 2023/3 Gesellschaft in Konflikt, 11–13.
- Van Prooijen, J.-W. & van Wugt, M. (2018). Conspiracy Theories: Evolved Functions and Psychological Mechanisms. *Perspectives on Psychological Science* 13(6), 770–788.
- Welzel, C. (2013). *Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation*. Cambridge University Press.

4 „Was sind für Sie persönlich die wichtigsten Merkmale der Demokratie?“ Eine offene Frage an die Berliner:innen

Susanne Pickel & Kazim Celik

4.1 Einleitung

Demokratie erschien über viele Jahrzehnte als unhinterfragtes, wünschenswertes politisches System in der Bundesrepublik Deutschland – als „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ im Grundgesetz verankert, als streitbare Demokratie mit wirkungsvollen Mechanismen zur Abwehr innerer Feinde ausgestattet und bei einer übergroßen Mehrheit der Bürger:innen als legitim anerkannt. Spätestens seit der Gründung der rechtsradikalen AfD und der in ihrem Kontext wiederkehrenden öffentlichen und privaten Debatten um die in Deutschland angeblich nicht mehr praktizierte Demokratie stellt sich die Frage, ob die deutsche Bevölkerung über Vorstellungen von Demokratie verfügt, die den wissenschaftlichen Kriterien eines freiheitlichen, rechtsstaatlichen politischen Systems entsprechen. Das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 2017 und die derzeit erklärten Wahlabsichten bei den 2023 und 2024 anstehenden Landtagswahlen – nicht nur in den neuen Bundesländern – verdeutlichen, dass es innerhalb der Wählerschaft offenbar Gruppen von nicht unerheblicher Größe gibt, die sich ein politisches System vorstellen können, das von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik abweicht. Die Legitimität der Demokratie ist nicht mehr unhinterfragt (siehe Kapitel 3). Das, was sich manche Personen unter Demokratie vorstellen, ist nicht immer eindeutig als liberale Demokratie zu erkennen. Dies gilt für die Berliner Bevölkerung ebenso wie für die Menschen im restlichen Bundesgebiet. Zwar sind die politischen Einstellungen der Berliner:innen insgesamt etwas demokratischer als im Bundesdurchschnitt (Pickel & Pickel 2023), ein freiheitlicheres Demokratieverständnis im Geiste von Pluralismus und Toleranz kann daraus jedoch nicht zwangsläufig abgeleitet werden.

Um feststellen zu können, was genau die Berliner:innen unter Demokratie verstehen, muss man sie befragen und ihr Demokratieverständnis wissenschaftlich aufbereiten – man spricht auch vom „Messen“. Ein Messinstrument mit offener Befragung, das bislang innerhalb Deutschlands selten zum Einsatz kam, kann aufklären, welche Demokratievorstellungen innerhalb der Bevölkerung herrschen. Es wurde bei der Erhebung des Berlin-Monitors von 2019 einmalig eingesetzt (Pickel et al. 2019). Der vorgestellte Beitrag untersucht die Nennung von Eigenschaften der Demokratie in Verbindung mit sozialstrukturellen Eigenschaften und der jeweiligen Parteipräferenz.

4.2 Konzepte und Definitionen für Demokratie

Die Politikwissenschaft verfügt über ebenso plausible wie anerkannte Konzepte, die das politische System der Demokratie definieren und eine Ableitung von Messinstrumenten aus diesen Definitionen erlauben. Sparsame Konzepte kommen mit der Wahl von Repräsentanten des Wahlvolkes als kennzeichnendes Element einer Demokratie aus (Schumpeter 1950, S. 428). Andere beziehen hingegen weitere Faktoren wie Freiheit, Gleichheit und Kontrolle mit ein (Lauth 2004; Merkel 2004, S. 43), und wieder andere, ausführlichere Konzepte ergänzen die Demokratiedefinition um ergebnisorientierte Elemente (z.B. soziale Demokratie; Fuchs 1999, S. 125; Møller & Skaaning, 2013, S. 98). Das Kernelement der freien, gleichen, (un)mittelbaren und geheimen, oft auch als fair bezeichneten Wahl ist allen Konzepten gemein – ohne echte Auswahl keine Demokratie. Politische Systeme, die mindestens dieses Kriterium erfüllen, werden als elektorale Demokratien bezeichnet (Diamond 1999; Merkel 2004; Møller 2006). Die Prozedur der Auswahl aus zumindest zwei Kandidat:innen ist hierbei derart legitimitätsstiftend, dass auch Autokratien zuweilen auf sie zurückgreifen und sich so einen demokratischen Anstrich geben (elektorale Autokratien; Kailitz & Wurster 2017; Wahman et al. 2013).

Der Anspruch einer „liberalen Demokratie“ hingegen ist, zusätzliche, prozedurale Kriterien zu erfüllen: Die Bevölkerung muss vollumfängliche politische und persönliche Freiheiten genießen, die bürgerlichen Rechte müssen gewährleistet sein, die Bürger:innen müssen gleichberechtigt Zugang zur politischen Willensbildung besitzen, sie müssen vor dem Gesetz gleich sein und die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative muss vollumfänglich funktionieren (prozedurale Definition; Merkel 2004).

Demokratische politische Systeme streben, so Robert Alan Dahl (1971), das Ideal der Demokratie an, sind aber de facto sogenannte Polyarchien. Sie sind das Ergebnis der Bemühungen um Liberalisierung und Demokratisierung politischer Institutionen. So ziehen auch Shin & Kim (2018, S. 226f.) den Schluss: „By and large, definitions become idealistic with the conception of democracy-in-principle, while becoming realistic with that of democracy-in-practice“. Democracy-in-practice kann aber auch heißen, dass prozedurale Elemente einer liberalen Demokratie auf reale Outputs politischen Handelns treffen und Irritationen verursachen, etwa Einschränkungen von Freiheitsrechten oder das Ansteigen sozialer Ungleichheit. Wie nehmen die Bürger:innen diese Diskrepanzen zwischen dem, was sie im Rahmen ihrer politischen Sozialisation als „demokratisch“ erlernt haben, und dem, was ihnen täglich als politische Realität begegnet, wahr? Werden die Definitionen für Demokratie aus der Wissenschaft in der Bevölkerung überhaupt geteilt? Und wenn nein, welche Vorstellungen und Konzepte von Demokratie sind verbreitet? Diese Fragen zum Anlass nehmend, wurde im Rahmen der Berlin-Monitor Umfrage von 2019 eine offene Befragung angeschlossen, die im nachfolgenden Unterkapitel vorgestellt werden soll.

4.3 Messung von Demokratieverständnis im Berlin-Monitor

Im Rahmen der repräsentativen Erhebung des Berlin-Monitors von 2019 wurden die Berliner:innen nach der Bedeutung der Demokratie aus ihrer Perspektive gefragt. Die Umfrage erfasst die politischen und weltanschaulichen Einstellungen sowie die Verbreitung von Vorurteilen und die Erfahrung von Diskriminierung von 2.005 Berliner:innen ab 16 Jahren (Wohnbevölkerung) mittels eines standardisierten Fragebogens. Die Auswahl der Teilnehmenden erfolgte durch eine bevölkerungsproportionale Telefonstichprobenziehung. Eine ausführliche Darstellung der Stichprobe, Gewichtung sowie des Gesamtfragebogens findet sich in Pickel et al. (2019). Anders als bei den anderen Fragen der Erhebung, war es den Teilnehmer:innen im Rahmen der offenen Befragung möglich, selbst eine Antwort darüber zu formulieren, was sie persönlich für wichtige Kennzeichen einer Demokratie halten (sog. offene Frage), anstatt aus einem festen Set aus Antwortkategorien auszuwählen (sog. geschlossene Fragen). Diese Form der Erhebung ist für Teilnehmende anspruchsvoller als die Auswahl aus einem festen Spektrum von Antwortmöglichkeiten, da sie aktiv und in eigenen Worten formulieren müssen (Dalton et al. 2007, S. 145; Canache 2012, S. 1139). Das Ziel bei der Verwendung einer solchen offenen Frage beschreiben Shin & Kim (2018, S. 230) folgendermaßen: „In general, open-ended questions are intended exclusively to identify the specific terms with which people associate with democracy, and discern their dimensions and complexity.“

Die Vorteile der beschriebenen Erhebungsmethode liegen in der Möglichkeit, Verständnisunterschiede innerhalb von Gesellschaften identifizieren und im nächsten Schritt genauer bestimmen zu können. Die Antworten geben Auskunft darüber, ob die Befragten das gesamte Spektrum der Merkmale einer Demokratie erfassen, welche Priorisierungen vorgenommen werden und welche Variationen bei der Nennung von Kernkriterien verbreitet sind (Schaffer 2014). Auch wenn Merkmale genannt werden, die nicht zu den wissenschaftlichen Kriterien einer (liberalen) Demokratie gehören, kann mithilfe der Methode der offenen Befragung eher Art und Umfang des Verständnisses erfasst werden (Hybridität; Schubert 2016, S. 290). Durch die Einbindung der offenen Befragung in ein standardisiertes Erhebungsinstrument, wird die Vergleichbarkeit der Erhebungssituation gewahrt, eine hinreichend große und repräsentative Anzahl an Proband:innen erreicht und die Vorteile der statistischen Auswertung mit einer qualitativen Bewertung und Bündelung der Antworten verbunden.

Die offene Frage nach der Bedeutung der Demokratie ist an Miller et al. (1997, S. 164)⁵ angelehnt: „Derzeit wird in der Öffentlichkeit viel darüber diskutiert, was Demokratie eigentlich ist. Was sind für Sie persönlich die wichtigsten Merkmale der Demokratie?“ Es konnten bis zu fünf Merkmale formuliert werden. Die genannten

5 Die Originalfrage lautet: „There is considerable argument concerning the meaning of democracy. What does democracy personally mean to you?“ Die Frage wurde an Bürger:innen und Bürgern sowie politische Akteure gerichtet, um Unterschiede bei der Bedeutungszuschreibung festzustellen.

Eigenschaften wurden in einem Codierungsprozess zu inhaltlichen Dimensionen zusammengefasst. Zusätzlich sollten die Teilnehmenden angeben, inwiefern sie die von ihnen genannten Eigenschaften einer Demokratie in Deutschland umgesetzt sehen. Antwortmöglichkeiten waren hierbei: 1 = „überhaupt nicht“, 2 = „wenig“, 3 = „überwiegend“, 4 = „vollständig“.

Ausgangspunkt der Auswertung war die Frage, ob die Teilnehmenden die zentralen Merkmale der Demokratie in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Kriterien beschreiben. Dazu wurden folgende Aspekte bestimmt:

- 1) Wie viele Eigenschaften werden genannt?
- 2) Welche Eigenschaften werden genannt?
- 3) In welcher Reihenfolge werden sie genannt? Unterscheiden sich die Nennungen in ihrer Bedeutung von internationalen Studien, die in Deutschland durchgeführt wurden?
- 4) Erfassen sie die Eigenschaften, die die Wissenschaft vorgibt, um ein politisches System als demokratisch zu definieren?
- 5) Lassen sich Dimensionen der Demokratie (Prozeduren, Outputs und Outcomes) identifizieren?
- 6) Unterscheiden sich die Nennungen nach der sozialstrukturellen Verortung der Probanden?
- 7) In welchem Verhältnis stehen die Nennungen zur Unterstützung bestimmter politischer Parteien?

Darüber hinaus sind weitere Auswertungen möglich, auf die wir aus Praktikabilitätsgründen an dieser Stelle verzichten.

4.4 Antwortverhalten im Detail

Betrachten wir uns zuerst das detaillierte Antwortverhalten. Dieses fällt wenig überraschend breit gefächert aus. Dominant gewählt als wichtigste Eigenschaft ist in Berlin die Meinungsfreiheit oder das Recht auf freie Meinungsäußerung, gefolgt von der Freiheit Wählen zu dürfen (Tab. 4.1). Hinter den Freiheiten nehmen die Gleichberechtigung und die Mitbestimmung die nächsten Plätze ein. Diesen folgen die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen und weitere Freiheitsrechte. Interessant ist noch, dass nur 8 Prozent der befragten Berliner:innen keine Angabe vornahmen oder vornehmen konnten. Es fällt also fast jedem oder jeder Berliner:in zu Demokratie etwas ein.

Tabelle 4.1: Häufigkeiten von Eigenschaften

Meinungsfreiheit/Redefreiheit; freie Meinungsäußerung	41,5
allg. Wahlrecht/Wahlfreiheit/Wahlloffenheit/Wählbarkeit/freie und geheime Wahlen	25,5
Freiheit, Rechte insgesamt/umfassend	17
Mitbestimmung/Mitarbeit/Mitsprache/gesellschaftliche + politische Teilhabe, Teilnahme	14,2
Gleichberechtigung/Gleichheit (unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Herkunft; keine Diskriminierungen); Gleichstellung Mann-Frau	13,7
Mehrheitsentscheidungen/Mitentscheidung/Volksbeteiligung, -entscheide; Bürgerbeteiligung (Einfluss auf die Politik)	10,3
Presse-, Medienfreiheit/Unabhängigkeit der Medien/freie Presse/keine Zensur o. andere staatl. Kontrolle	9,4
persönliche Freiheit/Selbstbestimmung des Individuums/persönliche Entscheidungsfreiheit/selbstbestimmtes Leben/Schutz der Persönlichkeit	8,9
Keine Angabe	8
Rechtstaat/Rechtstaatlichkeit/Rechtsgerechtigkeit/Rechtssicherheit/Gleichheit vor dem Gesetz/unabhängige Justiz	5,1
Staatsgewalt/Macht aus dem Volk heraus/Volk=Souverän/„Herrschaft des Volkes“/(auf Zeit) gewählte Regierung	5
Sonstige/Einzelnennungen	4,9
Toleranz, Akzeptanz Anderer/keine Ausgrenzung Anderer/ Meinungsakzeptanz/Respekt/Verständnis/Offenheit/Schutz vor Diskriminierung	3,9
Gerechtigkeit	2,9
Reisefreiheit/Bewegungsfreiheit	2,8
Sozialstaat/soziale Sicherungssysteme (Gesundheit, Kranken-, Rentenversicherung)/soziale Gerechtigkeit/Sozialgesetzgebung	2,7
Verfassung/Grundgesetz/freiheitliche Grundordnung/Grundrechte	2,5
Gewaltenteilung (Legislative-Exekutive-Judikative)	2,4
Demonstrations-/Versammlungsfreiheit/-recht	2,2

Tabelle 4.1: Häufigkeiten von Eigenschaften (Fortsetzung)

Glaubensfreiheit/Religionsfreiheit/Gleichstellung der Religionen	2,2
Transparenz der Politik/Kontrolle Regierung, Parlament, Politik(er) durch die Bürger bzw. den „Souverän“/Rechenschaftspflicht	2,1
Einsatz der Politik für die Menschen, die Bürger/Gemeinwohlorientierung/Lebenssicherheit/für menschenwürdiges Leben (kein Hunger, keine Armut)/Verringerung der Schere Arm <-> Reich	2,1
Menschenrechte/Schutz, Einhaltung der Menschenrechte	2,1
Bürger-, Volksnähe/Ehrlichkeit der Politik/Vertrauen in Politik/Regierungsarbeit entspr. Wählerwillen	2
Parteien/föderales Parteiensystem/Parteienvielfalt/Mehrparteiensystem	1,5
Berufsfreiheit/freie Berufswahl/freie berufliche Entwicklung/Niederlassungsfreiheit	1,4
Bürgerrechte und Bürgerpflichten	1,4
Frieden/(int.) Sicherheit/Friedenserhaltung	1,4
Recht auf Bildung/Bildungschancen/Bildungssystem/freie Bildungs- und Ausbildungswahl (auch Schulpflicht)	1,2
Freiheit der politischen Betätigung/Recht sich zu organisieren/Organisationsfreiheit	1
Negativ: Demokratie nicht/so gut wie nicht vorhanden	1
Freiheit des Wohnsitzes/Recht auf Wohnen/freie Wohnortwahl/bezahlbare Wohnung/Unverletzlichkeit der Wohnung	0,8
Recht auf Arbeit	0,8
Würde des Menschen (Grundgesetz Art. 1)	0,7
offene Gesellschaft/Vielfalt im Zusammenleben/Solidarität/soziales Miteinander	0,7
Minderheitenschutz/-rechte	0,6
Sicherheit/Gewaltfreiheit (all., umfassend)	0,6
Informationsfreiheit/freier Zugang zu Informationen + Informationsmedien	0,5

Tabelle 4.1: Häufigkeiten von Eigenschaften (Fortsetzung)

sexuelle Freiheit; -toleranz/Anerkennung sexueller Orientierung/ sexuelle Selbstbestimmung	0,5
Freizügigkeit/Großzügigkeit	0,4
Zuwanderung/Einwanderung/Migration/Integration (aber auch: gesetzl. Regelungen, Abschiebungen)	0,4
Chancengleichheit allg.	0,4
Trennung Staat-Kirche/Religion	0,3
keine Diktatur/Gegenteil von Diktatur	0,3
Aufenthalts-/Niederlassungsrecht	0,3
freie Forschung/freie Wissenschaft	0,2
Umwelt-/Klimaschutz/Zugang zu sauberer Luft und Trinkwasser	0,2
Liberalismus/Liberalität	0,1
Streikrecht	0,1
Chancengleichheit	0,1
Angleichung/Gleichheit Ost <-> West	0,1
Eigentumsrechte/-garantien/Schutz des Eigentums	0,1
ist die beste aller Möglichkeiten	<0,1
Kultur/kulturelle Freiheit	<0,1

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet.

Nun ist es schwierig mit diesen sehr ausgefächerten Antworten weiterzuarbeiten. Zudem gibt es bei Durchsicht der Antworten trotz unterschiedlicher verwendeter Begriffe Überschneidungen. Entsprechend werden die Einzelantworten für weitere Analysen zusammencodiert. Das Ergebnis zeigt Tabelle 4.2.

Tabelle 4.2: Thematische Zuordnung

Freiheiten

- Meinungsfreiheit/Redefreiheit; freie Meinungsäußerung
- Freiheit, Rechte insgesamt/umfassend
- Presse-, Medienfreiheit/Unabhängigkeit der Medien/freie Presse/keine Zensur oder andere staatl. Kontrolle
- persönliche Freiheit/Selbstbestimmung des Individuums/persönliche Entscheidungsfreiheit/selbstbestimmtes Leben/Schutz der Persönlichkeit
- Reisefreiheit/Bewegungsfreiheit
- Glaubensfreiheit/Religionsfreiheit/Gleichstellung der Religionen
- Demonstrations-/Versammlungsfreiheit/-recht
- Berufsfreiheit/freie Berufswahl/freie berufliche Entwicklung/Niederlassungsfreiheit
- Freiheit der politischen Betätigung/Recht sich zu organisieren/Organisationsfreiheit
- Freizügigkeit/Großzügigkeit
- sexuelle Freiheit; -toleranz/Anerkennung sexueller Orientierung/sexuelle Selbstbestimmung
- Aufenthalts-/Niederlassungsrecht
- freie Forschung/freie Wissenschaft
- Kultur/kulturelle Freiheit

Freie Wahlen

- allg. Wahlrecht/Wahlfreiheit/Wahloffenheit/Wählbarkeit/freie und geheime Wahlen

Mitbestimmung

- Mitbestimmung/Mitarbeit/Mitsprache/gesellschaftliche + politische Teilhabe, Teilnahme
- Mehrheitsentscheidungen/Mitentscheidung/Volksbeteiligung, -entscheide; Bürgerbeteiligung (Einfluss auf die Politik)
- Bürger-, Volksnähe/Ehrlichkeit der Politik/Vertrauen in Politik/Regierungsarbeit entspr. Wählerwillen
- Staatsgewalt/Macht aus dem Volk heraus/Volk = Souverän/„Herrschaft des Volkes“ / (auf Zeit) gewählte Regierung

Kontrolle

- Gewaltenteilung (Legislative-Exekutive-Judikative)
- Transparenz der Politik/Kontrolle Regierung, Parlament, Politik(er) durch die Bürger bzw. den „Souverän“/Rechenschaftspflicht

Gleichheit und Gleichberechtigung

- Gleichberechtigung/Gleichheit (unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Herkunft; keine Diskriminierungen); Gleichstellung Mann–Frau

Tabelle 4.2: Thematische Zuordnung (Fortsetzung)

- Toleranz, Akzeptanz Anderer/keine Ausgrenzung Anderer/Meinungsakzeptanz/Respekt/Verständnis/Offenheit/Schutz vor Diskriminierung
- offene Gesellschaft/Vielfalt im Zusammenleben/Solidarität/soziales Miteinander
- Zuwanderung/Einwanderung/Migration/Integration (aber auch: gesetzl. Regelungen, Abschiebungen)
- Chancengleichheit
- Chancengleichheit allg.

Rechtsstaatlichkeit

- Rechtsstaat/Rechtsstaatlichkeit/Rechtsgerechtigkeit/Rechtssicherheit/Gleichheit vor dem Gesetz/unabhängige Justiz
- Gerechtigkeit
- Verfassung/Grundgesetz/freiheitliche Grundordnung/Grundrechte
- Menschenrechte/Schutz, Einhaltung der Menschenrechte
- Würde des Menschen (Grundgesetz Art. 1)
- Minderheitenschutz/-rechte
- Eigentumsrechte/-garantien/Schutz des Eigentums

Sozialstaatlichkeit und Solidarität

- Sozialstaat/soziale Sicherungssysteme (Gesundheit, Kranken-, Rentenversicherung)/soziale Gerechtigkeit/Sozialgesetzgebung
- Einsatz der Politik für die Menschen, die Bürger/Gemeinwohlorientierung/Lebenssicherheit/für menschenwürdiges Leben (kein Hunger, keine Armut)/Verringerung der Schere Arm <-> Reich

Mehrparteiensystem

- Parteien/föderales Parteiensystem/Parteienvielfalt/Mehrparteiensystem

Rechte und Pflichten

- Bürgerrechte und Bürgerpflichten

Frieden und Sicherheit

- Frieden/(int.) Sicherheit/Friedenserhaltung
- Sicherheit/Gewaltfreiheit (all., umfassend)

materielle Rechte

- Recht auf Bildung/Bildungschancen/Bildungssystem/freie Bildungs- und Ausbildungswahl (auch Schulpflicht)
- Recht auf Arbeit
- Streikrecht

Mit den so entstehenden Oberkategorien arbeiten wir im Folgenden weiter.

4.5 Vertiefende Auswertung der Antworten

Bei der einfachen Auszählung der genannten Merkmale zeigen sich bereits deutliche Unterschiede für die Anzahl der Nennungen (siehe Abb. 4.1): Ungefähr ein Viertel der Befragten (28 Prozent) kann nur eine einzige Eigenschaft benennen, die meisten (33 Prozent) nennen zwei Kriterien, die für sie Demokratie bedeuten, jede:r Fünfte (20 Prozent) nennt drei Charakteristika, gerade einmal 8 Prozent nennen vier und 4 Prozent fünf Eigenschaften. Fast 8 Prozent der Befragten wollen oder können sich gar nicht dazu äußern, was Demokratie für sie bedeutet. Insgesamt verweigern deutlich weniger Berliner:innen als Befragte internationaler Studien eine Antwort auf die offene Frage nach der Bedeutung von Demokratie. Im Vergleich zu den internationalen Befragungen nennen weniger Befragte in Berlin nur eine Eigenschaft der Demokratie.

Die häufigste Anzahl an Nennungen (Median) liegt im Berlin-Monitor bei zwei Antworten. Damit liegt der Median für Berlin über dem Median internationaler Befragungen, in denen lediglich drei Antworten gegeben werden sollten. Das Angebot, bis zu fünf Eigenschaften benennen zu können oder sollen, führt dazu, dass sich insgesamt mehr Proband:innen bemühen, mehr als eine Eigenschaft aufzuzählen. Bezieht man die Häufigkeit der Nennungen auf sozialstrukturelle Eigenschaften der befragten Berliner:innen, so bleibt der Median bei zwei Nennungen, unabhängig vom Geschlecht oder Alter der Befragten (siehe Tab. 4.3). Es besteht somit kein Zusammenhang von Geschlecht und Alter mit der Anzahl der Nennungen.

Hingegen kann festgestellt werden, dass Personen mit höherer Bildung deutlich häufiger zwei oder mehr Antworten geben als Personen mit niedrigerer Bildung (siehe Tab. 4.4). Bildung in Sekundarschulen und universitäre Ausbildung fördern die Fähig-

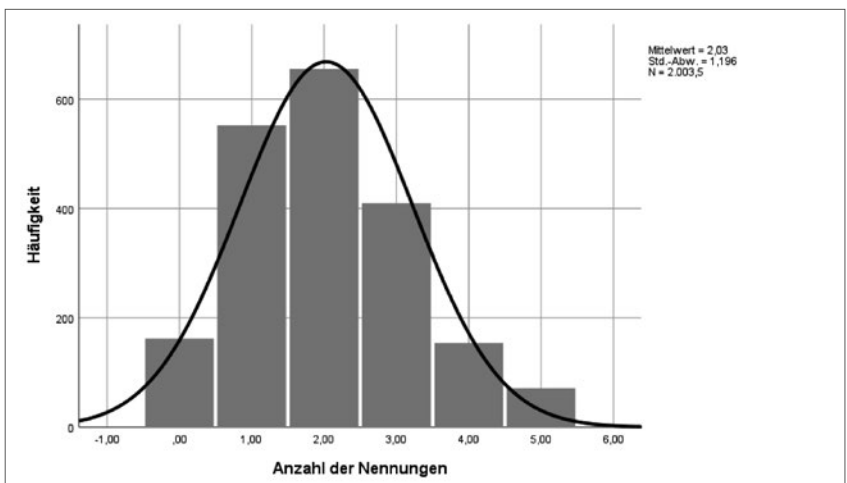


Abb. 4.1: Häufigkeitsverteilung der Nennungen

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet.

Tabelle 4.3: Häufigkeitsverteilung der Nennungen, Alter und Geschlecht

	Anzahl der Nennungen					
	0	1	2	3	4	5
Frau	9	28	33	18	7	4
Mann	7	27	32	23	8	3
16–17 Jahre alt	4	44	46	7	0	0
18–29 Jahre alt	13	27	36	14	6	4
30–39 Jahre alt	6	30	26	27	8	3
40–49 Jahre alt	6	23	29	28	9	4
50–59 Jahre alt	7	30	32	18	9	3
60–69 Jahre alt	9	23	39	17	9	4
70+ Jahre alt	9	28	33	20	6	4

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet; gültige Prozentwerte innerhalb der Gruppenvariablen.

Tabelle 4.4: Häufigkeitsverteilung der Nennungen und Bildung

	Anzahl der Nennungen					
	0	1	2	3	4	5
ohne Abschluss	15	29	35	20	1	0
Haupt-/Volksschulabschluss	12	36	36	12	4	0
Mittlere Reife/Realschulabschluss	10	30	34	17	8	2
Polytechnische Oberschule	7	39	37	15	2	1
Fachschulabschluss	10	27	23	27	10	3
Abitur	5	25	27	27	9	5
abgeschlossenes Studium	7	18	33	24	11	7

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet; gültige Prozentwerte innerhalb der Gruppenvariablen.

keit der Berliner:innen, Angaben zu vermutlichen Eigenschaften der Demokratie zu machen. Dies sagt jedoch noch nichts über Zusammenhänge der Sozialstruktur mit der Komplexität des Demokratiebegriffs aus. Hierzu müssten unterschiedliche Aspekte der Demokratiedefinition, etwa Freiheits-, Gleichheits- und Kontrollaspekte angesprochen werden. Wissenschaftler:innen, die sich an prozeduralen Definitionen orientieren, führen v.a. Freiheit, (politische) Gleichheit und (politische) Kontrolle als Eigenschaften einer Demokratie an. Die Berliner:innen nennen an erster Stelle Freiheiten, dann das Recht auf freie Wahlen und die Möglichkeit zur Mitbestimmung (Teilnahme und Teilhabe). Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit rangieren an vierter und fünfter Stelle. Damit kommen die Vorstellungen der Berliner:innen denen der Wissenschaftler:innen schon recht nahe.

Allerdings werden die Eigenschaften der Demokratie nicht gleichgewichtet (siehe Tab. 4.5): Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit werden in deutlich geringerem Umfang genannt als dies aufgrund der Grundlagen der Demokratie nicht nur in den theoretischen Ansätzen, sondern auch durch deren Verankerung im Grundgesetz vielleicht zu erwarten wäre. Zudem werden die Definitionsmerkmale der Demokratie meist nicht in hochabstrakte Begriffe gefasst, sondern als Einzelaspekte angegeben. So werden neben dem Begriff „Freiheit“ auch die Unterbegriffe „Redefreiheit“ oder „Freiheit der politischen Betätigung“ genannt.

Die befragten Berliner:innen haben ein überwiegend prozedurales Verständnis von Demokratie. Substantielle Aspekte wie Sozialstaat oder Frieden und Sicherheit, die als Outputs bzw. Outcomes mit der Demokratie verbunden sind, nennen 2019 nur wenige. Gewaltenteilung, Transparenz der Politik, eine Rechenschaftspflicht der Regierenden gegenüber den Regierten oder auch „nur“ Kontrolle der Regierung durch das Parlament, die Justiz und die Bürger:innen werden ebenfalls von wenigen Berliner:innen als subjektiv bedeutsame Eigenschaften der Demokratie erlebt. Demokratie wird in erster Linie mit verschiedenen Formen von Freiheiten gleichgesetzt.

Disaggregiert man die Themen zu ihren Bedeutungsgehalten, erkennt man den wichtigsten Aspekt, den die Berliner:innen mit Freiheit assoziieren (siehe Tab. 4.5): die Meinungsfreiheit. Sie steht im Zentrum einer aktuellen politischen Debatte, die vor allem geführt wird zwischen Anhänger:innen der rechtsradikalen AfD – mit populistischen Antworten auf vermeintliche Demokratiedefizite v.a. im Bereich der freien Meinungsäußerung („Redeverbote“) – und Anhänger:innen der übrigen Parteien, die in der Regel mit Meinungsfreiheit den liberal-demokratischen Begriff von Rede und Gegenrede unter Wahrung der Menschenwürde assoziieren.

Welche Deutung hier jeweils vorgenommen wird, wenn Meinungsfreiheit als Kriterium der Demokratie genannt wird, lässt sich aus der Antwort nicht ablesen.

Freie Wahlen, das Minimalmerkmal der Demokratie, eine Eigenschaft, die politische Systeme nach Schumpeter (1950) und Merkel (2004) überhaupt erst zu Demokratien macht, nennt nur ein Viertel der Berliner:innen. Mitbestimmung ist ihnen offenbar ebenfalls wichtig (14 Prozent), es geht um „echte“ politische Teilnahme mit Effekt

Tabelle 4.5: Nennungen nach thematischen Blöcken

	Nennungen in %
Freiheiten	60
Freie Wahlen	26
Mitbestimmung	23
Gleichheit	18
Rechtsstaat	13
Sozialstaat	5
Kontrolle	5
Materielle Rechte	2
Frieden und Sicherheit	2
Parteien	3
Bürgerrechte und Bürgerpflichten	1

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet; summierter Index aus im Anhang genannten Nennungen; dichotomisiert: 0 = keine Nennung, 1 = min. 1 Nennung.

auf die politische Willensbildung. Wahlen allein sind offenbar nicht ausreichend, um wirksam am politischen Willensbildungsprozess in der Demokratie zu partizipieren. Gleichheit als Kennzeichen einer Demokratie hat in Berlin viele Facetten. Gleichheit, auch Chancengleichheit, soll für alle Menschen gleichermaßen gelten, unabhängig von Geschlecht, Ethnie oder Herkunft. Diskriminierung ist unerwünscht, Toleranz erwünscht (Tab. 4.6). Eine weitere Eigenschaft der Demokratie ist die Rechtstaatlichkeit, die als Rechtsgerechtigkeit, Rechtssicherheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Erwartung an die Unabhängigkeit der Justiz formuliert wird. Hier werden auch Bezüge zum Grundgesetz, zur freiheitlichen Grundordnung, zu Grundrechten, Menschenrechten und Menschenwürde, Minderheitenschutz und Eigentumsrechte angeführt.

Weitere Eigenschaften werden in geringem Umfang genannt und zeigen die starke Fokussierung auf die prozeduralen Kernkriterien.

Tabelle 4.6: Einzelnennungen

	Nennungen in %
Meinungsfreiheit/Redefreiheit; freie Meinungsäußerung	42
allg. Wahlrecht/Wahlfreiheit/Wahloffenheit/Wählbarkeit/ freie und geheime Wahlen	26
Freiheit, Rechte insgesamt/umfassend	17
Mitbestimmung/Mitarbeit/Mitsprache/gesellschaftliche + poli- tische Teilhabe, Teilnahme	14
Gleichberechtigung/Gleichheit (unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Herkunft; keine Diskriminierungen); Gleichstellung Mann–Frau	14
Mehrheitsentscheidungen/Mitentscheidung/Volksbeteiligung, -entscheide; Bürgerbeteiligung (Einfluss auf die Politik)	10
Presse-, Medienfreiheit/Unabhängigkeit der Medien/ freie Presse/keine Zensur o. andere staatl. Kontrolle	9
persönliche Freiheit/Selbstbestimmung des Individuums/ persönliche Entscheidungsfreiheit/selbstbestimmtes Leben/ Schutz der Persönlichkeit	9
Keine Angabe	8
Rechtstaat/Rechtstaatlichkeit/Rechtgerechtigkeit/Rechtssicher- heit/Gleichheit vor dem Gesetz/unabhängige Justiz	5
Staatsgewalt/Macht aus dem Volk heraus/Volk = Souverän/ „Herrschaft des Volkes“/(auf Zeit) gewählte Regierung	5

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet.

4.6 Reihenfolge der Eigenschaften

Für die Bedeutung der Eigenschaften einer Demokratie für den:die Einzelne:n ist nicht die Häufigkeit der Nennung aufschlussreich, sondern an welcher Stelle der Aufzählung sie genannt werden. Welche Aspekte fallen den Berliner:innen als erste ein? Meinungsfreiheit, Redefreiheit, freie Meinungsäußerung – diese Errungenschaften der Demokratie werden am häufigsten zuerst, aber auch am häufigsten als zweites genannt (siehe Tab. 4.7). Alle anderen Eigenschaften der Demokratie erscheinen den Berliner:innen scheinbar nachrangig. Die Häufigkeit der Nennung spiegelt in diesem Fall auch die individuelle Wichtigkeit dieser Eigenschaft für die Befragten wider. Wahlen folgen am zweithäufigsten und zwar recht gleichverteilt über weitere Nennungen.

Ähnlich verhält es sich – allerdings auf deutlich geringerem Niveau – mit der Gleichberechtigung, während Presse- und Medienfreiheit sowie Mehrheitsentscheidungen und die Rechtsstaatlichkeit wichtige Eigenschaften sind, die aber erst nachgeordnet genannt werden. Hingegen fallen den Befragten allgemeine Freiheitsrechte entweder sofort ein oder praktisch gar nicht.

Tabelle 4.7: Reihenfolge der Nennungen

Nennung	1	2	3	4	5
Meinungsfreiheit/Redefreiheit/freie Meinungsäußerung	29	17	10	6	
allg. Wahlrecht/Wahlfreiheit/Wahloffenheit/Wählbarkeit/freie und geheime Wahlen	13	12	13	13	6
Freiheit, Rechte insgesamt/umfassend	14	6			
Mitbestimmung/Mitarbeit/Mitsprache/gesellschaftliche und politische Teilhabe, Teilnahme	8	8	5		
Gleichberechtigung/Gleichheit (unabhängig von Geschl., Ethnie, Herkunft; keine Diskriminierungen); Gleichstellung Mann/Frau	7	7	6	7	
persönliche Freiheit/Selbstbestimmung des Individuums/persönliche Entscheidungsfreiheit/selbstbestimmtes Leben/Schutz der Persönlichkeit		5			
Presse- und Medienfreiheit/Unabhängigkeit der Medien/freie Presse/keine Zensur oder andere staatliche Kontrolle		7	9	7	7
Mehrheitsentscheidungen Mitentscheidung/Volksbeteiligung, -entscheide; Bürgerbeteiligung (Einfluss auf die Politik)		6	8	5	
Rechtsstaat/Rechtsstaatlichkeit/Rechtsgerechtigkeit/Rechtssicherheit/Gleichheit vor dem Gesetz/unabhängige Justiz					10
Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative)					9
Reisefreiheit/Bewegungsfreiheit					6
Andere Nennungen	23	26	37	46	45

Quelle: Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet; aufgeführt sind ausschließlich Nennungen > = 5%.

Eine, wenn auch eingeschränkte, Möglichkeit der externen Validierung bietet ein Vergleich der Daten des Berlin-Monitors mit der Erhebung des World Values Survey (WVS) der 6. und 7. Welle (2013 und 2017; Tab. 4.8) in Deutschland. In beiden Wellen wird die Zustimmung zu diversen Statements als Bestandteile der Demokratie abgefragt. Auch hieraus lässt sich eine individuelle Wichtigkeit der jeweiligen Eigenschaft für das individuelle Demokratieverständnis der Deutschen erkennen. Insgesamt werden neun Charakteristika demokratischer Systeme zur Bewertung angeboten. Die Befragten können mithilfe einer Skala von 1 (in keinem Fall ein notwendiger Bestandteil einer Demokratie) bis 10 (ein notwendiger Bestandteil einer Demokratie) entscheiden, für wie wichtig sie die jeweilige Eigenschaft für eine Demokratie einschätzen.

Tabelle 4.8: Notwendige Eigenschaften einer Demokratie in Deutschland WVS 2013 und 2017

Zustimmung in %	2013	2017
Frauen haben die Gleichen Rechte wie Männer.	73	87
Das Volk wählt seine politischen Führer in freien Wahlen.	71	84
Bürgerliche Rechte schützen die Freiheit der Menschen vor staatlicher Unterdrückung.	44	60
Die Menschen erhalten staatliche Arbeitslosenunterstützung.	34	50
Die Regierungen besteuern die Reichen und subventionieren die Armen.	21	34
Der Staat macht die Einkommen der Menschen gleich.	12	14
Die Armee übernimmt die Macht, wenn die Regierung unfähig ist.	3	2
Die Menschen gehorchen ihren Herrschern.	3	2
Religiöse Autoritäten legen die Gesetze aus.	2	1

Quelle: WVS Wellen 6 und 7 Deutschland; Zustimmung zu Skalenwert 10; Prozentwerte gerundet; eigene Berechnung.

Ausgehend von der höchstmöglichen Bewertungsoption „10“ zeigen sich einige Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zu den Ergebnissen des Berlin-Monitors: Die Unterschiede belegen die Annahme, dass eine offene Befragung die Prioritäten der Befragten bei der Benennung von Eigenschaften einer Demokratie tatsächlich inhaltlich differenzierter und mit anderen Schwerpunkten wiedergibt als eine geschlossene Befragung mit Vorschlägen von Wissenschaftler:innen. Freiheitswerte werden im WVS z. B. gar nicht abgefragt. Die bedeutendsten Eigenschaften einer Demokratie sind hier die Gleichheit zwischen den Geschlechtern und die Existenz freier Wahlen, Eigenschaf-

ten, die bei der freien Abfrage keine so deutliche Priorisierung erfahren. Bürgerrechte erscheinen im WVS in beiden Wellen auf Platz 3 der prozeduralen Eigenschaften. Substanzielle Kriterien (z. B. Aspekte des Sozialstaats) sind auch bei der geschlossenen Abfrage eher nachgeordnet, Alternativen zur Demokratie (Armee, Autoritätsgläubigkeit oder religiöse Führer) kaum erwünscht. Auffällig ist auch, dass die tatsächlichen notwendigen Eigenschaften einer Demokratie 2017 noch mehr Zustimmung erfahren als 2013 (d. h. mehr Befragte haben den Wert „10“ = „unbedingt notwendig“ vergeben). Auch die substanziellen Eigenschaften werden positiver eingeschätzt. Hier zeigt sich auch die Relevanz des Erhebungsjahres (vor und nach der starken Fluchtbewegung) sowie die zunehmende Debatte um die Gestaltung der deutschen Demokratie in Politik und Medien.

Die Struktur der Ergebnisse – die Unterscheidung in prozedurale (Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit) und substanzielle Eigenschaften (Sozialstaatlichkeit) und ihre Bedeutung für die Demokratie – sind bei beiden Erhebungsformen ähnlich und belegen, dass die offene Befragung im Berlin-Monitor die Demokratieverstellungen der Berliner:innen detaillierter und breiter erfassen kann als eine geschlossene Befragung mit Antwortangeboten der Wissenschaftler:innen und trotzdem nicht am Gegenstand „vorbei misst“.

4.7 Zusammenhänge der Eigenschaften

Die Nennung der Eigenschaften ist für sich genommen bereits ein interessanter Aspekt für die Bewertung der Breite der zugeschriebenen Eigenschaften der Demokratie. Um sich jedoch ein Bild von dem Profil des Demokratieverständnisses machen zu können, müssen die jeweils genannten Kriterien zueinander in Beziehung gesetzt werden (siehe Tab. 4.9).

Die aus den Nennungen zu politischen Freiheiten generierte Dimension hängt mit keiner anderen geäußerten Eigenschaft der Demokratie positiv zusammen. Vielmehr werden wichtige prozedurale Kriterien wie Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit gerade nicht oder nur unsystematisch erwähnt, wenn Freiheiten für die Befragten ein wichtiges Kriterium darstellen. Freie Wahlen hingegen korrelieren mit weiteren prozeduralen Aspekten, zwar eher in geringem Maße, aber doch signifikant: Hierzu gehören Kontrolle, Parteien sowie Bürgerrechte und -pflichten. Sie bilden ein eher traditionelles prozedurales Demokratieverständnis, aber auch eine umfangreichere Kenntnis prozeduraler Eigenschaften ab. Substanzielle Merkmale der Demokratie wie Sozialstaat, materielle Rechte sowie Frieden und Sicherheit hängen untereinander zusammen, werden aber offenbar weniger mit den prozeduralen Kriterien zusammengedacht. Somit ergeben sich drei Hauptmuster – Freiheit sowie ein prozedurales und ein substanzielles Demokratieverständnis, die im Wesentlichen getrennt voneinander von den Berliner:innen geäußert werden.

Tabelle 4.9: Korrelation der Nennungen

	Freiheit	Freie Wahlen	Mitbestimmung	Kontrolle	Gleichheit	Rechtsstaat	Sozialstaat	Parteien	Bürgerrechte/Bürgerpflichten	Freiheit und Sicherheit
Freie Wahlen										
Mitbestimmung	-0,21**									
Kontrolle	-0,06**	+0,05*	+0,11**							
Gleichheit		-0,11**	-0,09**	-0,05**						
Rechtsstaat										
Sozialstaat	-0,09**	-0,05*		+0,05*						
Parteien	-0,05*	+0,05**			-0,04*					
Bürgerrechte/ Bürgerpflichten		+0,06**								
Frieden und Sicherheit	-0,07**	-0,05*					+0,26**			
Materielle Rechte			-0,05**		+0,07**		+0,07**			+0,06**

Quelle: Pearson Korrelation; Berlin-Monitor 2019: 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; auf zwei Nachkommastellen gekürzt;

** sig. < .01; * sig. < .05.

4.8 Demokratieverständnis und Parteipräferenz

Bereits eingangs wurde thematisiert, wie in jüngerer Zeit zunehmend Debatten das politische Klima bestimmten, die das demokratische System Deutschlands in seiner derzeitigen Form in Frage stellen. Insbesondere die Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit, eines „Meinungsdiktats“, Gefühle, nicht ausreichend durch bestehende Parteien repräsentiert zu werden, und ein wahrgenommener Mangel an demokratischer Teilhabe prägen die Diskurse um das „richtige“ Verständnis von Demokratie. Diese Debatte hat sich nach 2019 während der Covid-19-Pandemie noch deutlich verstärkt. Innerhalb der politischen Parteien hat vor allem die AfD diese Vorstellungen zu einem Teil ihrer politischen Programmatik gemacht.⁶

Wie aber stellt sich das Demokratieverständnis der Anhänger:innen der verschiedenen Parteien tatsächlich dar? Möglicherweise nennen diejenigen Berliner:innen, deren Repräsentant:innen die Meinungsfreiheit und Möglichkeiten zu politischer Teilhabe eingeschränkt sehen (AfD-Wähler:innen/-Sympathisant:innen), andere Eigenschaften als die Anhänger:innen der anderen Parteien.

In Tabelle 4.10 sind die Häufigkeiten der Nennungen in Abhängigkeit von Parteipräferenz dargestellt.⁷ Betrachtet man zunächst die Rangfolge der am häufigsten genannten Merkmale der Demokratie, so zeigt sich, dass Anhänger:innen der AfD Freiheiten (darin auch freie Meinungsäußerung), freie Wahlen sowie Mitbestimmung zwar insgesamt seltener aufzählen als Anhänger:innen anderer Parteien. Diese Eigenschaften werden jedoch auch von den AfD-Wähler:innen am häufigsten genannt. Man kann daraus schließen, dass die Anhänger:innen der AfD freien Wahlen, politischer Teilhabe und Freiheiten/Meinungsfreiheit einen vergleichbaren Stellenwert zukommen lassen, wie die Anhänger:innen der anderen Parteien. Innerhalb der Nennungen lassen sich also durchaus Ähnlichkeiten in den formalen Vorstellungen von Demokratie zwischen den Anhänger:innen der AfD und Anhänger:innen anderer Parteien finden. Was die jeweiligen Parteigänger:innen konkret unter den genannten Eigenschaften, insbesondere unter „Meinungsfreiheit“ verstehen, kann jedoch nicht ermittelt werden. Die Struktur der Antworten enthüllt aber bereits wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Ansichten von einer konkreten Ausgestaltung der Demokratie: Die Demokratievorstellungen der AfD-Anhänger:innen weichen in Bezug auf die Wichtigkeit von

⁶ So hält die AfD in ihrem Grundsatzprogramm etwa fest: „Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen Korrektheit und des Meinungsdiktats in allen öffentlichen Diskursen. Nur direkt-demokratische Entscheidungen des Volkes können die Parteien wieder in das demokratische System integrieren. Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandatare der Bürger verloren.“ (Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. S. 20, aufgerufen am 16.01.2020 unter: https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf).

⁷ Grundlage für die Parteipräferenz war die sogenannte „Sonntagsfrage“: Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Partei sie wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Wahl wäre.

Tabelle 4.10: Häufigkeitsverteilung der thematischen Blöcke nach Parteipräferenz

Eigenschaften	Gesamt	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen	AfD	Nicht- wähler
Freiheiten	60	66	60	63	60	66	58	48
Freie Wahlen	26	23	28	24	28	38	32	20
Mitbestimmung	23	17	24	32	29	33	16	14
Kontrolle	4	2	4	3	6	8	12	4
Gleichheit	18	19	17	16	24	16	8	12
Rechtsstaat	13	10	18	21	9	18	8	10
Sozialstaat/Solidarität	5	7	8	4	5	2	9	5
Mehrparteiensystem	2	3	1	1	1	4	3	0
Rechte und Pflichten	1	1	1	0	0	4	1	0
Frieden und Sicherheit	2	3	4	4	2	0	0	5
Materielle Rechte	2	2	1	1	1	2	8	10
Eigenschaften umgesetzt	74	83	83	81	68	91	42	42
Zufriedenheit mit der Demokratie	78	96	87	85	66	91	39	55

Quelle: Berlin-Monitor 2019; 2.005 befragte Berliner:innen; Daten gewichtet; Prozentwerte gerundet; gültige Prozentwerte innerhalb der Gruppenvariablen.

„Gleichheit/Gleichberechtigung“, „Kontrolle“ und „materiellen Rechten“ deutlich von den Prioritäten der übrigen Berliner:innen ab.

Während „Gleichheit/Gleichberechtigung“ von 18 Prozent der gesamten Befragten als wichtige Eigenschaft der Demokratie genannt wird, sind es innerhalb der AfD-Anhänger:innen lediglich 8 Prozent, die dies genauso sehen. „Kontrolle“ ist im Durchschnitt nur 4 Prozent der Berliner:innen, jedoch 8 Prozent der AfD-Anhänger:innen wichtig. „Materielle Rechte“ wie etwa das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit, werden innerhalb der AfD-Anhänger:innen mit 8 Prozent deutlich häufiger als wesentliche Merkmale der Demokratie genannt als von den übrigen Befragten (2 Prozent). Was bedeuten die Nennungen in Bezug auf die Zufriedenheit mit der Demokratie? Aus der Feststellung allein, welche Merkmale als für die Demokratie wichtig erachtet werden, lässt sich noch nichts über die Zufriedenheit mit dem deutschen demokratischen System als solchem aussagen. Aus diesem Grund wurden die Befragten zusätzlich zur Nennung von wichtigen Merkmalen gebeten anzugeben,

- 1) ob sie die von ihnen genannten Merkmale als hinreichend in unserem demokratischen System umgesetzt ansehen und
- 2) wie zufrieden sie mit der Demokratie sind, so wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert.⁸

Während die Zufriedenheit mit der Umsetzung der relevanten Merkmale der Demokratie wie auch die allgemeine Demokratiezufriedenheit über Anhänger:innen der meisten Parteien mit Zustimmungsraten über 80 Prozent sehr hoch ausfällt,⁹ gibt die Mehrheit der AfD-Anhänger:innen an, dass sie weder die für sie relevanten Merkmale der Demokratie umgesetzt sehen noch mit dem deutschen demokratischen System insgesamt zufrieden sind.

Wenngleich sich also Ähnlichkeiten in den Häufigkeiten bestimmter Nennungen zeigen ließen, so weicht die Zufriedenheit mit der Umsetzung der Merkmale der Demokratie doch innerhalb der AfD-Anhänger:innen deutlich von der Zufriedenheit der übrigen Berliner:innen ab. Somit unterstützt auch dieses Ergebnis die Vermutung, dass AfD-Anhänger:innen zwar ähnliche Eigenschaften wie die übrige Bevölkerung nennen, inhaltlich jedoch etwas anderes z. B. unter „Meinungsfreiheit“, „freien Wahlen“ und „Kontrolle“ verstehen und der Meinung sind, dass diese in Deutschland nicht „richtig“ verwirklicht seien.

⁸ Die Zufriedenheit mit der Umsetzung der genannten Merkmale sowie die allgemeine Zufriedenheit mit dem demokratischen System der BRD sind stark miteinander assoziiert ($r = .504$, $p < .01$). Befragte, die das Gefühl haben, dass die für sie relevanten Merkmale einer Demokratie nicht ausreichend in der BRD umgesetzt sind, sind auch weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland.

⁹ Lediglich unter Anhänger:innen der Partei Die Linke findet sich ebenfalls eine etwas geringere Zufriedenheit. Diese liegt jedoch noch deutlich über den Zufriedenheitswerten der Anhänger:innen der AfD.

4.9 Fazit

Um dem „wahren“ Gehalt der Demokratievorstellungen der Berliner:innen auf die Spur zu kommen, eignet sich die offene Befragung besser als eine geschlossene Befragung. Sie gibt Aufschluss darüber, mit welchen Begriffen Demokratie assoziiert wird. Lediglich 8 Prozent der Befragten haben sich nicht zu dieser Frage geäußert. Dies legt den Schluss nahe, dass die große Mehrheit der Berliner:innen recht genaue Vorstellungen davon hat, wie eine Demokratie ihrer Meinung nach beschaffen sein sollte. Die Dimensionen und die Komplexität des Demokratieverständnisses sind gut zu erfassen. Die genannten Eigenschaften kommen den wissenschaftlichen Definitionen inhaltlich recht nahe, zumindest, wenn man sie zu Dimensionen zusammenfasst. Schwerpunkte (z. B. prozedurale, substanzielle Merkmale) werden ebenso sichtbar wie die Breite (minimalistische bzw. maximalistische Ansätze) der Demokratieverständnisse. Eigenschaften, die nicht in das Merkmalsprofil einer Demokratie gehören, sind gut zu erkennen – im Fall des Berlin-Monitors werden keine direkt gegensätzlichen Merkmale genannt. Die offene Befragungsform bietet auch die Möglichkeit, zwischen den Prioritäten verschiedener Gruppen mit sozialstrukturellen oder politischen Eigenschaften zu trennen und somit Verständnisunterschiede zwischen Gesellschaftsgruppen zu bestimmen. Diese Unterschiede treten bereits bei einfachen Häufigkeitsvergleichen zwischen den Anhänger:innen der deutschen Parteien offen zu Tage und zeigen die Verschiedenheit der konkreten Demokratievorstellungen.

Die Bevorzugung prozeduraler Eigenschaften durch die Berliner:innen deckt sich mit dem Profil der gesamtdeutschen Befragten in den beiden letzten Wellen des World Values Survey und entspricht dem Grundmuster des deutschen Demokratieverständnisses. Grundsätzlich bildet „Freiheit“ Demokratie am besten ab – im Berlin-Monitor repräsentiert durch „Meinungsfreiheit“. Sie wird sowohl am häufigsten insgesamt als auch am häufigsten an erster Stelle genannt, steht für sich allein und bildet somit das Kernkriterium der Demokratie. Was genau die Berliner:innen jedoch unter „Meinungsfreiheit“ verstehen, wäre zusätzlich zu eruieren, denn genau dieser Begriff wird derzeit in der medialen Öffentlichkeit heftig diskutiert. Seine Omnipräsenz kann also auch ein Hinweis auf die Prägung des Demokratieverständnisses durch die öffentliche Debatte sein und darauf hinweisen, dass Periodeneffekte einen nicht unerheblichen Einfluss auf das subjektive Demokratieverständnis und die relativen subjektiven Wertigkeitsunterscheide der Kriterien haben. Die Ergebnisse des World Values Survey von 2013 und 2017 zeigen jedoch auch, dass sich die Reihenfolge der Wichtigkeit der prozeduralen und der substanziellen Dimension zumindest nicht kurzfristig verschiebt.

Literatur

- Alvarez, A. M. & Welzel, C. (2011). *How Values shape people's views of Democracy: A global comparison*. www.democracy.uci.edu/files/docs/conferences/2011/Moreno%20Welzel_Chapter.pdf.
- Barnes, S. H. & Kaase, M. (Hrsg.) (1979). *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*. Sage.
- Bratton, M., Mattes, R. & Gyimah-Boadi, E. (2005). *Public Opinion, Democracy, and Market Reform in Africa*. New York: Cambridge University Press.
- Canache, D. (2012). Citizens' Conceptualizations of Democracy: Structural Complexity, Substantive Content, and Political Significance. *Comparative Political Studies*, 45(9), 1132–1158.
- Cho, Y. (2013). How Well Global Citizens are Informed about Democracy? *Political Studies*, 63(1), 1–19.
- Cho, Y. (2014). To Know Democracy is to Love it: A Cross-National Analysis of Democratic Understanding and Political Support for Democracy. *Political Research Quarterly*, 67, 478–488.
- Dahl, R. A. (1971). *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Dalton, R., Shin, D. C. & Jou, W. (2007). Understanding Democracy: Data from unlikely places. *Journal of Democracy*, 18(4), 142–156.
- Diamond, L. (1999). *Developing Democracy: Toward Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Ferrin, M. & Kriesi, H. (Hrsg.) (2016). *How Europeans View and Evaluate Democracy*. Oxford University Press.
- Fuchs, D. (1999). The Democratic Culture of United Germany. In P. Norris (Hrsg.), *Critical Citizens* (S. 123–145). New York: Oxford University Press.
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/New Jersey.
- Jennings, M. K. & van Deth, J. W. (1990). *Continuities in Political Action: A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: De Gruyter.
- Kailitz, S. & Wurster, S. (2017). Legitimationsstrategien von Autokratien. Eine Einführung. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 11, 141–152.
- Lauth, H.-J. (2004). *Demokratie und Demokratie messung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS.
- Merkel, W. (2004). Embedded and Defective Democracies. *Democratization*, 11(5), 33–58.
- Møller, J. (2006). The Gap between Liberal and Electoral Democracy Revisited. Some Conceptual and Empirical Clarifications. *EUI Working Papers* (1). <https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/4204/WPSPSMoller2006.01.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.
- Møller, J. & Skaaning, S. E. (2013). The ThirdWave: Inside the Numbers. *Journal of Democracy*, 24(4), 97–109.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, S. (2016). Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa. In S. Schubert & A. Weiß (Hrsg.), *Demokratie jenseits des Westens. PVS-Sonderheft 51* (S. 318–342). Baden-Baden: Nomos.

- Pickel, S. & Pickel, G. (2023). Die politische Kultur in Berlin – Demokratie-Ultras vs. Brückenbauer in die Antidemokratie. In S. Bröckler & B. Höhne (Hrsg.), *Politik und Regieren in Berlin*. Wiesbaden: Springer VS. i.E.
- Schaffer, F. C. (2014). Thin Descriptions: The Limits of Survey Research on the Meaning of Democracy. *Polity*, 46(3), 303–330.
- Schubert, S. (2012). *Die globale Konfiguration politischer Kulturen. Eine theoretische und empirische Analyse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schubert, S. (2016). Inwiefern universal? Zum Demokratiebegriff in der vergleichenden Demokratieforschung. In S. De La Rosa, S. Schubert & H. Zapf (Hrsg.), *Transkulturelle Politische Theorie. Eine Einführung* (S. 285–303). Wiesbaden: Springer VS.
- Schumpeter, J. (1950). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: Verlag A. Francke.
- Shin, D. C. & Cho, Y. (2010). How East Asians Understand Democracy: From a Comparative Perspective. *Asien*, 116, 21–40.
- Shin, D. C. & Kim, H. J. (2018). How Global Citizenries Think about Democracy: An Evaluation and Synthesis of Recent Public Opinion Research. *Japanese Journal of Political Science*, 19(2), 222–249.
- Wahman, M., Teorell, J. & Hadenius, A. (2013). Authoritarian regime types revisited: updated data in comparative perspective. *Contemporary Politics*, 19(1), 19–34.
- Welzel, C. (2013). *Freedom Rising: Human Empowerment and the Quest for Emancipation*. New York: Cambridge University Press.

5 Antimuslimische Einstellungen und antimuslimischer Rassismus

Gert Pickel

5.1 Einführung – Die Ablehnung von Muslim:innen

Der erst kürzlich erschienene Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit kommt 2023 zu dem Befund, dass „Muslimfeindlichkeit in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung verbreitet“ ist (Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, S. 8).¹⁰ Im Bericht wird aber nicht nur die Einstellungsebene adressiert, es wird auch die Existenz weiterer Dimensionen von antimuslimischem Rassismus auf institutioneller und struktureller Ebene angesprochen (Benedict 1940; Lavorano 2019; Melter & Mecheril 2011; Memmi 1982). Dieser Befund ist kein wirklich neues Ergebnis. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt und deutlich vor den Fluchtbewegungen 2015 wurden beachtliche Vorurteile gegenüber Muslim:innen in der deutschen Bevölkerung festgestellt (z. B. Allen 2010; Bleich 2011; Pollack et al. 2014). Entsprechend ist die Ablehnung und Abwertung von Muslim:innen nicht alleine eine Konsequenz dieser Fluchtbewegungen. 2015 traten die existierenden Vorurteile, Rassismus und die Abwertung von Muslim:innen nur stärker an die Öffentlichkeit und wurden politisch virulent (Attia & Keskinilic 2018).

Ebenfalls virulent wurden die gegenüber dem Islam und letztendlich Muslim:innen bestehenden Ängste. Laut dem Bertelsmann Religionsmonitors 2013 schätzte bereits zum damaligen Zeitpunkt mehr als die Hälfte der Deutschen den Islam als gefährlich ein (Pickel 2013, S. 80). Diese Einschätzung hat sich durch die Fluchtbewegungen nicht wesentlich geändert, wie beispielsweise die Daten des Religionsmonitor 2017 zeigen (Pickel 2022, S. 759). Muslim:innen werden als fremd kategorisiert, als gefährlich stereotypisiert und als Gruppe abgelehnt. Die gruppenspezifische Ablehnung und Abwertung kann man sozialpsychologisch als Vorurteil oder Muslimfeindlichkeit einordnen, es ist aber auch legitim, sie als Ausdruck von antimuslimischem Rassismus anzusehen (Blumer 1958; Benedict 1940; Tajfel & Turner 1986). Dies gilt vor allem dann, wenn naturalisierende Zuschreibungen von Gruppenunterschieden vorliegen, die als Ausgrenzungsgrund verwendet werden (Arndt 2017, 2020). Dies lässt sich anhand der Definition von Essed (1992) bestimmen: Unter Rassismus wird „eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess verstanden, mittels der bestimmte Gruppierungen

10 Die Debatte zur verwendeten Begrifflichkeit sowie ihrer Vor- und Nachteile wird ausführlich in dem Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (2023, S. 23–31) diskutiert.

auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartet und minderwertige ‚Rasse‘ oder ethnische Gruppe angesehen werden“ (Essed 1992, S. 375). So ist dann auch deutlich zwischen antimuslimischem Rassismus und einer durchaus berechtigten Kritik zu unterscheiden. Kritik kann sich beispielsweise auf Muslim:innen mit antisemitischen Ressentiments beziehen, auf Muslim:innen, die modernen Auffassungen von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ablehnend gegenüberstehen, oder auf öffentliche Solidarisierungen von Muslim:innen mit Terrorangriffen, wie sie jüngst in Israel stattfanden.¹¹ Entsprechend sollte man berechnete Kritik an muslimischen Organisationen und Gruppen durch den Verweis auf (angeblichen) antimuslimischen Rassismus nicht einfach abtun, sondern auf ihre Stichhaltigkeit prüfen. Gleichzeitig wäre antimuslimischem Rassismus jedoch Tür und Tor geöffnet, wenn pauschalisierend „alle Muslim:innen“ in Verantwortung genommen werden (Zick 2017; Pickel 2013). Auch sollte im Auge behalten werden, von wem die Kritik kommt, um sich nicht auf Instrumentalisierungen der extremen Rechten einzulassen.

Für den vorliegenden Text halte ich mich an die konzeptionell breite Phänomenbeschreibung vom Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit. Dieser hat die salomonische Entscheidung getroffen auf den Begriff Muslimfeindlichkeit zu setzen, aber antimuslimischen Rassismus als deckungsgleich oder ergänzend aufzunehmen. Dies zeigt sich in der verwendeten Definition: „Muslimfeindlichkeit (auch Antimuslimischer Rassismus) bezeichnet die Zuschreibung pauschaler, weitestgehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften gegenüber Muslim:innen und als muslimisch wahrgenommener Menschen (Yendell 2013). Dadurch wird bewusst und unbewusst Fremdheit oder sogar Feindlichkeit konstruiert. Dies führt zu vielschichtigen gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen, die sich diskursiv, individuell, institutionell oder strukturell vollziehen und bis hin zu Gewaltanwendung reichen können“ (Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, S. 24). Auf diese Weise werden die oft heftigen Debatten zwischen Einstellungsforscher:innen und Aktivist:innen der kritischen Rassismusforschung, wobei letztere die Einstellungsforschung und ihre Ergebnisse nicht selten als Verschleierung eines grundlegenden strukturellen Rassismus ansehen, erst einmal umschifft. Einstellungen, wie sie die Umfrage des Berlin-Monitor 2023 misst, können über Rassismus nur begrenzt Auskunft geben (siehe auch Pickel & Wandt 2023, S. 44f.). Anders als manchmal behauptet wird, kann die Einstellungsforschung allerdings Hinweise auf rassistische Einstellungen geben, die sich bei genauer Betrachtung als Rassismus interpretieren lassen. Es hängt von den genauen Items und ihre Zuordnung zu Rassismus ab. Da die Einstellungsmessung somit erst einmal noch keine direkte Abbildung von Rassismus ist, werde ich im Folgenden konkret von antimuslimischen Einstellungen sprechen. Dass diese teilweise als Ausdruck von antimuslimischem Rassismus interpretierbar sind, werde ich an den jeweiligen Stellen zeigen. Um eine hinreichende Abbildung antimuslimischer Einstel-

11 So zeigen Studien zu antisemitischen Ressentiments unter Muslim:innen in Deutschland (genauso wie für Anhänger:innen der rechtspopulistischen AfD) höhere Werte als im Durchschnitt der Bevölkerung (Pickel & Öztürk 2022; Öztürk & Pickel 2023).

lungen zu ermöglichen, wird im Text eine ausführliche Erhebungsskala von antimuslimischen Items verwendet, die im Projektverbund RIRA (Radikaler Islam – Radikaler Anti-Islam) (Pickel et al. 2023, S. 1–30) ausgearbeitet wurde und die einen breiteren Blick auf Dimensionen antimuslimischer Einstellungen ermöglicht. Ergänzend zu dieser Skala werden Daten zur Einschätzung der sozialen Distanz der Berliner:innen gegenüber Muslim:innen sowie der Einschätzung, für wie bedrohlich man Muslim:innen in Berlin hält, verwendet.

5.2 Antimuslimische Einstellungen in Berlin

Beginnen wir mit einer Übersicht über die im Berlin-Monitor 2023 erfragten antimuslimischen Einstellungen. Abbildung 5.1 zeigt eine doch beachtliche Spannweite in der Beantwortung der Einstellungsitems. Zentraler Grund ist die unterschiedliche Radikalität der verwendeten Items. Zudem ist zu beachten, dass sowohl gegen Muslim:innen gerichtete Aussagen als auch Aussagen zum Islam, also der Religion, erhoben wurden (Diekmann 2022, S. 17f.). Diese unterschiedlichen Adressaten können Differenzen hervorrufen. Dies soll allerdings nicht bedeuten, dass eine Ablehnung eines pauschal beurteilten Islam für Muslim:innen ohne Relevanz ist (Hafez 2013). Kommen wir zu den Ergebnissen. Gerade einmal 39% der Berliner:innen denken, dass sich Muslim:innen für eine offene Gesellschaft einsetzen. Dies sind zwar mehr als in der Gesamtbevölkerung (RIRA 2022), aber noch immer eine Minderheit. Diese kritische Haltung wird von einer in Berlin mehrheitlichen Einschätzung des Islam als frauenfeindlich begleitet (Uenal 2016). Nimmt man noch die ebenfalls mehrheitlich geteilte Ansicht hinzu, dass der Islam eine rückständige Religion ist, die unfähig ist, sich der Gegenwart anzupassen, dann zeigt sich die starke Präsenz eines Stereotyps vom ‚rückständigen Islam‘.

Dieser ‚rückständige Islam‘ teile – so die Auffassung von 43% der Berliner:innen – nicht die Prinzipien des (deutlich positiver beurteilten) Christentums (Abb. 5.1). Eine solche auf eine Religionsgemeinschaft bezogene Einschätzung geht über eine Interpretation als Vorurteil hinaus und öffnet den Raum für eine Interpretation als rassistische Einstellung. Die Zuschreibung von Unfähigkeit, sich anderen Gesellschaftsformen anzupassen, verweist auf ein naturalistisches – also auch rassistisches – Denken, welches unveränderliche Ungleichwertigkeiten annimmt. Faktisch geschieht eine Rassifizierung der Religionszugehörigkeit. Der Aspekt der Frauenfeindlichkeit öffnet antimuslimische Einstellungen für alle Bildungsschichten. So ermöglicht der Hinweis auf ein ebenfalls als rückständig gesehenes Frauenbild auch Menschen aus höheren Bildungsschichten antimuslimische Einstellungen zu begründen. Dieses Einstellungsset (Rückständigkeit bzw. fehlende Möglichkeit der Veränderung, Frauenfeindlichkeit) unterscheidet sich in der Höhe der Zustimmung von den weiteren antimuslimischen Aussagen.

Zwar ist auch ein Anteil von 42% der Berliner:innen, die meinen, dass zu viele Muslim:innen in Deutschland leben, kein niedriger Wert, allerdings liegen die konkret auf Muslim:innen bezogenen Abwertungen doch hinter den antiislamischen Stereotypen zurück. Ein Drittel der Berliner:innen geht davon aus, dass „die Muslime“ den Westen islamisieren und die Scharia einführen wollen. Damit liegen die Berliner:innen auch in

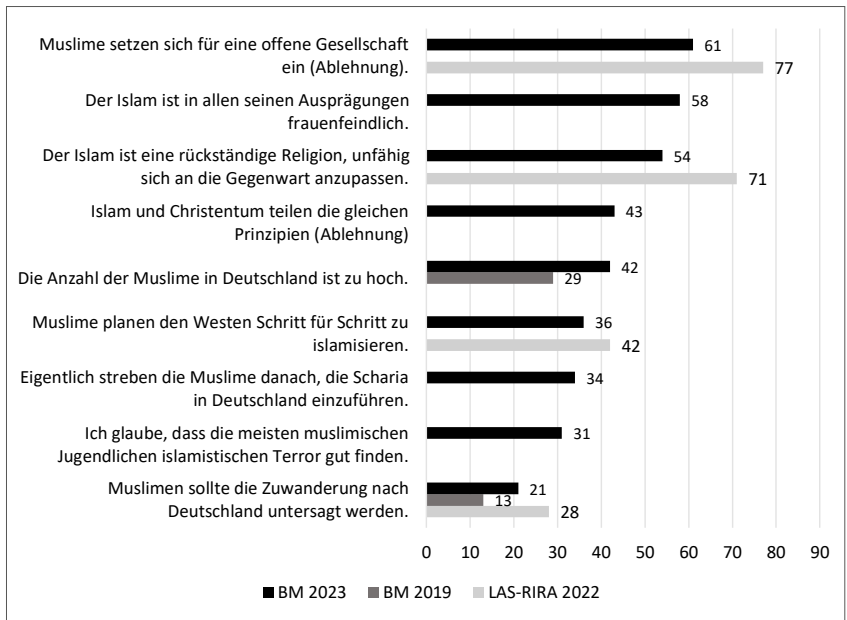


Abb. 5.1: Antimuslimische Einstellungen in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; Vergleichsdaten aus der kombinierten Leipziger Autoritarismus Studie 2022 und der Studie „Radikaler Islam versus Radikaler Anti-Islam 2022 (Decker et al. 2022; Pickel et al. 2023) sowie aus dem Berlin-Monitor 2019 (Pickel et al. 2019, S. 36).¹²

dieser Aussage unter den gesamtdeutschen Werten. Nahezu ebenso viele Berliner:innen (31%) glauben, dass muslimische Jugendliche islamistischen Terror gut finden. In diesen Aussagen manifestieren sich Hinweise auf Ängste, aber auch massive Zuschreibungen, welche die religiöse Komponente der Religionsgemeinschaft aufgreifen. Die Religionsgemeinschaft Islam wird pauschal und ohne Differenzierung der unterschiedlichen islamischen Glaubensgemeinschaften als Merkmal kultureller Andersartigkeit, Fremdheit und teils auch Unveränderlichkeit ausgelegt (auch Öztürk et al. 2023).

Bemerkenswert ist die im Vergleich zu den bisherigen Ergebnissen niedrige Prozentzahl von Berliner:innen mit dem Wunsch eines Zuwanderungsverbotes für Muslim:innen. Obwohl also in Berlin antimuslimische Einstellungen recht verbreitet sind, bleibt die Forderung von weitreichenden Handlungskonsequenzen auf nicht einmal ein Viertel der Berliner:innen beschränkt. Diese Zahl liegt unter dem in der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 ermittelten Wert von 28% (Decker et al. 2022, S. 71 f.), allerdings über den Werten der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2023 (18%), die

¹² An dieser Stelle muss man darauf verweisen, dass die Erhebungsform in der Leipziger Autoritarismus Studie wie auch der RIRA-Studie (*Paper Pencil* mit Selbstausfülleroption) nicht direkt mit der TOM-Erhebung des Berlin-Monitor 2023 vergleichbar ist. Wir denken allerdings, dass die Unterschiede – wenn vielleicht auch etwas geringer – plausibel sind und so interpretiert werden können.

aber mit einer zusätzlichen Mittelkategorie versehen waren und damit nicht direkt mit dem Berlin-Monitor vergleichbar sind (Mokros & Zick 2023, S. 160f.). Entsprechend dieser Zahlen gibt es nicht wenige Berliner:innen, die zwar die Zahl der Muslim:innen in Deutschland für zu hoch halten, aber vor der Konsequenz eines Schließens der Grenzen gegenüber Muslim:innen zurückschrecken.

Gleichzeitig überschreiten diese Ergebnisse jedoch den Befund von 2019, als nur 13% der Berliner:innen ein Zuwanderungsverbot für Muslim:innen forderten (Pickel et al. 2019, S. 36). Ähnliches zeigt sich beim Vergleich des zweiten Items, welches wir bereits 2019 erhoben haben: der Einschätzung, dass die Zahl der Muslim:innen in Deutschland zu hoch ist. Waren es 2019 noch 29% der Berliner:innen, die dies so sahen, hat sich die Zahl 2023 auf 42% erkennbar erhöht. Ob dies bedingt ist durch die Wahrnehmung neuer Fluchtbewegungen, lässt sich nur schwer sagen. Unplausibel ist so eine Deutung allerdings nicht. Ebenso dürften rechtsradikale Kampagnen eine Wirkung besitzen. Auf jeden Fall fällt die Differenz zwischen beiden Werten höher aus, als dies Zufallsfehler der Messung in beiden Studien erzeugen könnten. Damit ist klar: Antimuslimische Einstellungen haben in Berlin seit 2019 zugenommen, liegen aber vermutlich noch unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Eine weitere Möglichkeit, antimuslimische Einstellungen zu messen, ist die Erfassung der sozialen Distanz zu Muslim:innen. Sie kennzeichnet, inwieweit Menschen Mitglieder bestimmter sozialer Gruppen nicht in ihrer Nähe haben wollen oder den Kontakt mit ihnen meiden. Der Gedanke hinter der Ermittlung der sozialen Distanz ist es, affektive Positionierungen gegenüber anderen Gruppen zu ermitteln, ohne gezielt Vorurteile oder Kategorisierungen über oft aggressiv klingende Items abzufragen. In der Umfrageforschung werden hierbei zwei unterschiedliche Erfassungsmöglichkeiten angewandt. Zum einen ist dies die Frage, inwieweit man jemanden aus einer sozialen Gruppe als Nachbarn angenehm oder unangenehm finden würde. Diese Frage wird zum Beispiel gelegentlich in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) oder aber auch im Bertelsmann Religionsmonitor gestellt. Immerhin 30% der Ostdeutschen und 15% der Westdeutschen gaben 2017 an, dass ihnen Muslim:innen als Nachbarn unangenehm sind (Pickel 2019, S. 76). Zum anderen kann die soziale Distanz über die Frage erfasst werden, inwieweit man die Einheirat von jemandem aus einer spezifischen sozialen Gruppe (hier Muslim:innen) als angenehm oder unangenehm empfinden würde. Im Berlin-Monitor 2023 verwenden wir diese zweite Frageform nach der Einheirat, die ebenfalls im Bertelsmann Religionsmonitor genutzt wird. Die Einheirat in die eigene Familie liegt im persönlichen Radius näher als der Einzug eines Nachbarn, wie die höheren Referenzwerte des Bertelsmann Religionsmonitors 2017 deutlich zeigen: So würden 45% der Deutschen die Einheirat eines:r Muslim:in in die eigene Familie als unangenehm empfinden (Pickel 2019, S. 78).

Wie sieht dies 2023 in Berlin aus? Konzentrieren wir uns zunächst auf die uns besonders interessierende Gruppe der Muslim:innen. Immerhin nur jede:r vierte Berliner:in würde die Einheirat eines:r Muslim:in als unangenehm empfinden. Dieser Wert liegt deutlich unter den 2017 für Deutschland ermittelten Werten des Bertelsmann Religions-

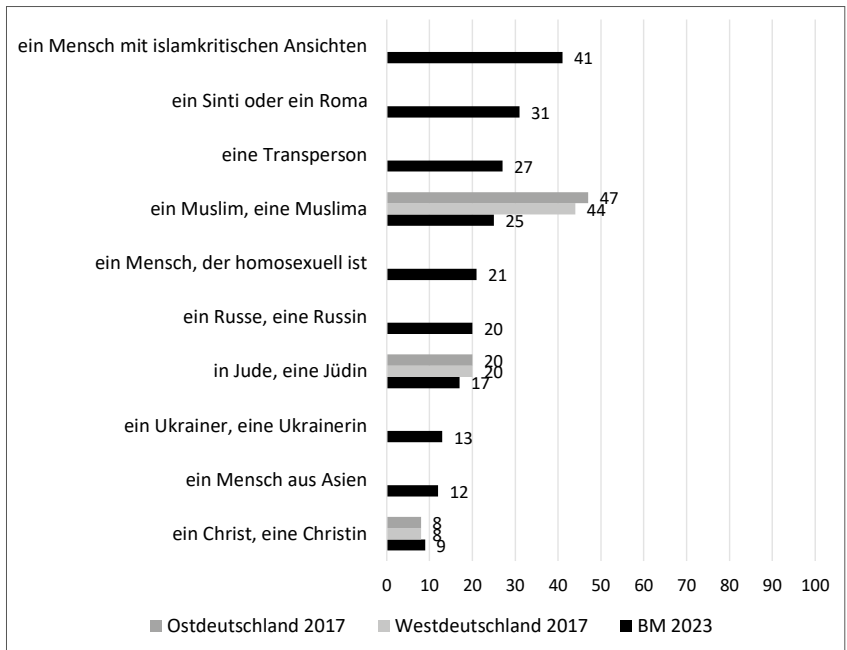


Abb. 5.2: Soziale Distanz in Berlin (Einheirat in die eigene Familie sehr oder eher unangenehm)

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Gesamtdesche Werte: Bertelsmann Religionsmonitor 2017; Pickel 2019, S. 78); Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; Fragestellung = „Wie angenehm oder unangenehm wäre es Ihnen, wenn folgende Person in ihre Familie einheiraten würden? <Gruppennennung>“.

monitors. Nun kann der zeitliche Unterschied Differenzen hervorbringen, allerdings ist es (auch nach den vorangegangenen Ergebnissen) nicht unplausibel, in Berlin eine etwas geringere soziale Distanz anzunehmen. Gleichzeitig bleiben Muslim:innen die religiöse Gruppe, die unter allen religiösen Gruppen in Berlin am häufigsten als unangenehm eingeschätzt wird (in Berlin leben mehrheitlich Menschen ohne Religionszugehörigkeit oder Christ:innen).

Allerdings gibt es noch andere Menschen, die man auch nicht gerne in seiner Familie sehen würde. So werden Menschen mit islamkritischen Ansichten, Sinti:zzen und Romn:ja sowie Transpersonen in Berlin häufiger als Muslim:innen als unangenehm kategorisiert. Vor allem die Einstufung von islamkritischen Menschen von immerhin 41% der Berliner:innen als unangenehm zeigt die Breite der Haltungen, aber vermutlich auch eine beträchtliche Zahl an Berliner:innen, die Muslim:innen mittlerweile vollständig anerkannt haben.¹³

¹³ Die Ergebnisse sind unter allen religiösen Gruppen und Menschen ohne Religionszugehörigkeit stabil und werden nicht alleine von der Einschätzung von Muslim:innen getragen, die zu 67% islamkritische Menschen als unangenehm einstufen.

Dass die Beurteilung von Muslim:innen etwas mit einem zugeschriebenen Status als Migrant:innen zu tun hat, ist zwar kaum zu leugnen (Pickel & Pickel 2019). Aber die Bewertung geht über den Status als Migrant:in hinaus. So besteht eine mit 12-Prozentpunkten beachtliche Distanz zur Haltung von ukrainischen Geflüchteten (13% unangenehm), welche auf systematische Einschätzungsunterschiede zwischen Geflüchteten aufgrund der Religionszugehörigkeit verweist. Migrant:in ist eben nicht Migrant:in. Entsprechend dürfte die Ablehnung und Abwertung von Muslim:innen sich an vielen Stellen von dem Migrationsbezug unabhängig machen und den Weg zu rassistischer Abwertung gehen (Kaya 2015; Kalmar 2018; Celik & Pickel 2022).

Doch auch innerhalb antimuslimischer Einstellungen bestehen verschiedene Differenzierungen (Diekmann 2022; Uenal 2016). So kann beispielsweise zwischen Haltungen gegenüber „dem Islam“ oder aber gegenüber Muslim:innen unterschieden werden. Darüber hinaus werden auch inhaltliche Differenzen sichtbar, wenn „der Islam“ als antimodern bezeichnet oder als bedrohlich eingeschätzt oder eine nach spezifischen Ausrichtungen des Islam differenzierte Einschätzung vorgenommen wird. Bei diesen Unterscheidungen handelt es sich um latente Dimensionen oder Überzeugungen, die über einzelne Items hinausgehen.

Um Aussagen über latente Dimensionen oder Überzeugungen treffen zu können, kann mittels statistischer Verfahren berechnet werden, inwieweit enge Übereinstimmungen im Antwortverhalten bei Personen festzustellen sind. Dabei geht man davon aus, dass Übereinstimmungen im Antwortverhalten auf eben jene dahinter liegenden (latenten) Überzeugungen – z. B. spezifische Formen antimuslimischer Einstellungen – verweisen. Dementsprechend wurde mit den antimuslimischen Aussagen des Berlin-Monitors 2023 eine Faktorenanalyse durchgeführt, durch die sich drei latente Dimensionen identifizieren ließen. Diese sind zwar nicht vollständig voneinander unabhängig, können aber doch der statistischen Analyse nach Eigenständigkeit für sich beanspruchen.

Dabei ergeben sich recht klare Zuordnungen der Items zu Dimensionen, was man technisch als Einfachstruktur beschreibt. Diese ist statistisch in der Faktorenanalyse immer angestrebt (Pickel & Pickel 2018). Da Bezeichnungen von Dimensionen immer ein hohes Maß an Subjektivität besitzen, sollte man sich von diesen weniger lenken lassen als von dem Inhalt, der sich aus dem Zusammenspiel der einzelnen Items ergibt. Um allerdings gut nachvollziehbar weiterarbeiten zu können, ist eine markierende Bezeichnung schlicht sinnvoll. Entsprechend versuche ich dies entlang der Daten in Abbildung 5.3.

Der erste statistisch ermittelte Faktor oder die erste Dimension fasst ein ganzes Bündel an abwertenden und ausgrenzenden Aussagen über Muslim:innen zusammen. Dies reicht von dem Vorwurf, die Scharia in Deutschland einführen zu wollen, (welches das Item ist, welches am stärksten zur Dimension beiträgt) bis zur Forderung nach einem Zuwanderungstop für Muslim:innen. Alle Items beziehen sich auf Muslim:innen als Personengruppe und nicht direkt die Religion (auch wenn diese natürlich eine Hintergrundrolle spielt). Faktisch bündelt diese Dimension die zentralen antimuslimischen Einstellungen, weswegen ich diese Dimension als *Muslimfeindlichkeit* bezeichne.

	Dimension		
	Muslim- feind- lichkeit	Religiöser Universa- lismus	Islam- feind- lichkeit
Eigentlich streben Muslime danach, die Scharia in Deutschland einzuführen.	.89		
Die Anzahl der Muslime in Deutschland ist zu hoch.	.88		
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	.85		
Muslime planen den Westen Schritt für Schritt zu islamisieren.	.82		
Soziale Distanz zu Muslimen	.79		
Ich glaube, dass die meisten muslimischen Jugendlichen islamistischen Terror gut finden.	.61		
Islam und Christentum teilen die gleichen ethischen Prinzipien.		.91	
Muslime setzen sich für eine offene Gesellschaft ein.		.78	
Der Islam ist in allen seinen Ausprägungen frauenfeindlich.			.88
Der Islam ist eine rückständige Religion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen.			.83

Abb. 5.3: Mustermatrix der Faktorenanalyse

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Faktorenanalyse; Hauptkomponentenanalyse; schiefwinklige Rotation; ausgewiesene Faktorladungen der Mustermatrix; Faktorladungen unter .30 aus Übersichtlichkeitsgründen unterdrückt.

Überschneidungen mit der Definition des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit sind dabei gegeben.

Als zweiter Faktor finden sich Aussagen, die nach Allport (1979, S. 455f.) auf einen religiösen Universalismus und die Anerkennung von Muslim:innen als Mitglieder in einer offenen Gesellschaft hindeuten. Demgegenüber steht nach Allport eine partikulare und utilitaristische Vorstellung (Allport 1979, S. 454). Speziell die Gleichsetzung der ethischen Prinzipien des Christentums und des Islams sprechen für eine universalistische Sicht. Entsprechend bezeichne ich für den weiteren Gebrauch diese Dimension als *religiöser Universalismus*.

Der dritte Faktor konzentriert sich im Gegensatz zum ersten stärker auf negative Zuschreibungen gegenüber dem Islam (auch Diekmann 2022). Gerade die Überzeugung von einer fehlenden Wandelbarkeit des Islam, wie sie sich im Item „der Islam ist

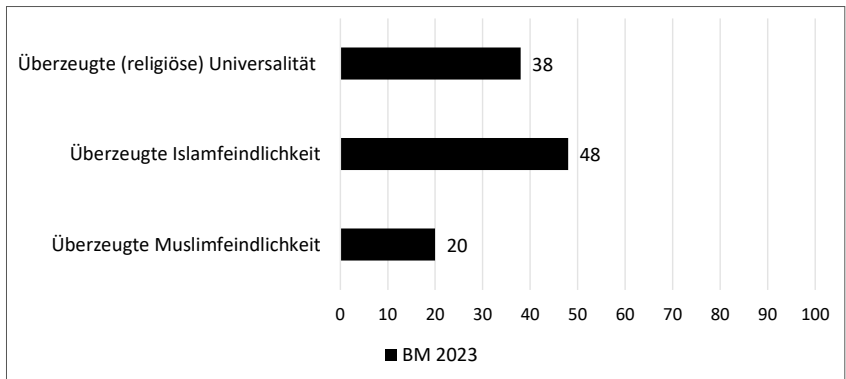


Abb. 5.4: *Überzeugte Positionen gegenüber dem Islam und Muslim:innen in Berlin*

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Angaben in Prozent; Berechnung überzeugter Zustimmung; Personen mit durchgehender Zustimmung zu allen Items der Dimension.

eine rückständige Religion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen“ manifestiert, verweist auf (strukturellen) Rassismus (Benedict 1940). Auch wenn diese Dimension eine starke rassistische Komponente beinhaltet, nenne ich sie entsprechend an anderer Stelle gemachter Bezeichnungen als *Islamfeindlichkeit* (Diekmann 2022; Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit 2023, S. 26f.).

Die ermittelten Faktoren geben nun Auskunft über die Haltung zu den Dimensionen (Abb. 5.4). Dies drückt sich in Differenzen zwischen Menschen, die weniger oder mehr antimuslimische Einstellungen aufweisen, aus. So ergeben sich in den aus den Dimensionen gebildeten Skalen große Spannbreiten der Haltung zu Muslim:innen und Islam (z. B. für die Islamfeindlichkeit sieben Positionen). Dieses Wissen hilft vor allem für multivariate Analysen, bei denen es um die differenzierte Analyse von Unterschieden geht. Für die deskriptive Darstellung wäre eine breite Darstellung der Skalen maximal unübersichtlich. Primär interessiert uns jedoch die Zahl überzeugter Muslimfeind:innen, Universalist:innen und Berliner:innen, die den Islam als un- oder antimodern ablehnen (Islamfeind:innen). Diese kategorialen Unterscheidungen bilden wir entlang der Grenzen, die eine grundsätzliche Zustimmungsbereitschaft zur Dimension ausmachen – das heißt, allen Items muss zumindest eher zugestimmt werden. Dies erbringt für die breiter gefächerte Muslimfeindlichkeit folgendes Bild: 20% der Berliner:innen sind überzeugte Muslimfeind:innen¹⁴ und 48% relativ überzeugt davon, dass der Islam eine rückständige und frauenfeindliche Religion ist (Islamfeindschaft). Immerhin 38% der Berliner:innen sind überzeugte Universalist:innen, die z. B. Islam und Christentum mit den gleichen ethischen Prinzipien versehen sehen.

¹⁴ Hierbei ist anzumerken, dass statistisch die Dimension Muslimfeindlichkeit mit sechs Items dem größten Risiko unterliegt, dass ein:e Berliner:in abweichend antwortet. Entsprechend ergibt sich eine größere Zahl an Personen, die zwar keine überzeugten Muslimfeind:innen sind, aber doch eine beachtliche Muslimfeindschaft aufweisen.

Angesichts der Ergebnisse kann von einer mehrheitlichen Ablehnung von Muslim:innen in Berlin nicht gesprochen werden. Was nicht heißen soll, dass muslimfeindliche Einstellungen nicht vorhanden wären. Schon eine weniger strenge Grenzziehung würde die Zahl der Muslimfeind:innen beachtlich erhöhen (vgl. Anm. 14). Allerdings besitzen eben nicht alle von ihnen eine feste antimuslimische Überzeugung – dies gilt nur für 20%. Weit verbreitet sind jedoch islamfeindliche Einstellungen wie die grundsätzlichen Zuschreibungen von Rückständigkeit und Frauenfeindlichkeit.¹⁵ Diese können als verfestigte rassistische Denkstrukturen der Ungleichwertigkeit mit Blick auf den Islam gedeutet werden. Zudem ist zu bedenken, dass zu den in diesen Einstellungen überzeugten Berliner:innen noch diejenigen hinzukommen, die zumindest in Teilen abwertende Einstellungen oder Vorurteile aufweisen (siehe Abb. 5.1). Immerhin 38% der Berliner:innen stehen Muslim:innen und dem Islam ausnahmslos offen gegenüber oder besitzen positive Einschätzungen. Diese stehen wenig überraschend im Gegensatz zu Islam- und Muslimfeindlichkeit.

Insgesamt zeigen die deskriptiven Ergebnisse eine differenzierte Existenz von antimuslimischen Einstellungen. Nicht nur kann man sie in muslimfeindliche und islamfeindliche sowie auf der positiven Seite eher universale Einstellungen unterteilen, auch entlang der Einzelitems zeigt sich eine beachtliche Spannbreite der Einstellungen gegenüber Muslim:innen in Berlin. Der Islam unterliegt in pauschalen Bewertungen oft beachtlicher Abwertung und sichtbarem Rassismus. Und Muslim:innen müssen häufig Abwertung erfahren, geht man davon aus, dass ein Fünftel (überzeugte Muslimfeind:innen) bis ein Drittel (Einzelitems) der Berliner:innen muslimfeindliche Einstellungen aufweisen.

5.3 Die Sozialstruktur antimuslimischer Einstellungen in Berlin

Wie sind antimuslimische Einstellungen nun entlang sozialstruktureller Merkmale verteilt? Eine typische Annahme wäre, dass Menschen mit höherer Bildung weniger Vorurteile besitzen oder eher rassistische Strukturen durchschauen. Eine andere Annahme schreibt Angehörigen der nachwachsenden Generationen, also heute jüngeren Menschen, eine größere Offenheit und weniger Vorurteile zu. Doch ist dies wirklich so? Um diese Annahmen auf ihre Richtigkeit für Berlin zu überprüfen, verwenden wir die im vorherigen Kapitel gebildeten Skalen der überzeugten Muslimfeindlichkeit, der überzeugten Islamfeindlichkeit und der überzeugten Universalität. Zur Illustration der weiteren Verbreitung wird zudem auf zwei spezifische Einzelitems aus dem Itemkomplex der muslimfeindlichen Einstellungen zurückgegriffen. Diese setzen wir mit sozialstrukturellen Indikatoren (Alter, Bildung, Geschlecht) in Beziehung.

Das Ergebnis ist in Abbildung 5.5 dargestellt und bestätigt die Vermutungen. So wie Berliner:innen mit formal hoher Bildung etwas häufiger Universalisten sind und unterdurchschnittlich muslim- und islamfeindlich, ist dies bei Berliner:innen mit formal

¹⁵ Diese Einschätzung des Islam als frauenfeindlich ist dabei nicht als überzeugte antifeministische Haltung zu interpretieren.

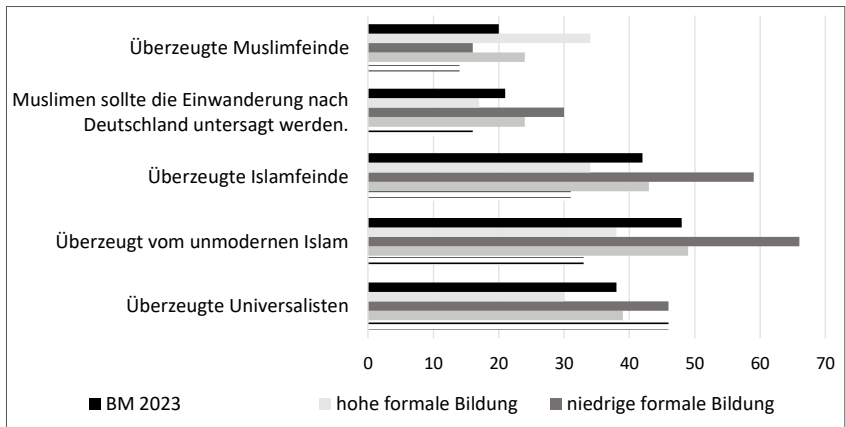


Abb. 5.5: Antimuslimische Einstellungen entlang verschiedener Merkmale

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 1.911.

niedriger Bildung umgekehrt. Besonders stark ausgeprägt ist die Islamfeindlichkeit unter Berliner:innen mit formal niedriger Bildung.

Auch die geringeren antimuslimischen Einstellungen der jüngsten untersuchten Alterskohorte sind bemerkenswert und bestätigen die Annahme, dass jüngere Menschen über eine größere Offenheit verfügen. Berliner:innen dieser Altersgruppe neigen auch etwas häufiger zu Universalität. Betrachtet man (hier nicht ausgewiesen) alle Altersgruppen, so zeigt sich eine über Generationen gehende Entwicklung, was die Offenheit gegenüber Muslim:innen betrifft. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind so gering, dass sich aufgrund der Schwankungsintervalle von Umfragen eine Interpretation verbietet.¹⁶ Auch die Höhe der Einkommen erwies sich bei Analysen als irrelevant für die antimuslimischen Einstellungen und wurde deshalb hier nicht ausgewiesen.

Nun ist der Islam eine Religionsgemeinschaft. Entsprechend könnte man annehmen, dass eine allgemeine Ablehnung von Religion bei antimuslimischen Einstellungen eine Rolle spielt. Dies ist in begrenzter Stärke tatsächlich der Fall. Während es mit der überzeugten Muslimfeindlichkeit keine statistische Beziehungen gibt, sind Konfessionslose (oder Konfessionsfreie) etwas seltener Universalisten (Pearsons $R = -.12$, signifikant bei $p < .01$) und sehen etwas häufiger den Islam als rückständig oder frauenfeindlich (Islamfeindlichkeit) an (Pearsons $R = +.15$, signifikant bei $p < .01$). Ohne ausschließen zu können, dass sich diese Effekte nicht durch andere Erklärungsfaktoren mitbestimmen lassen, scheint Religionszugehörigkeit selbst ein beschränkter Erklärungsfaktor zu sein (für das Bundesgebiet siehe Pickel et al. 2022).

¹⁶ Schwankungsintervalle sind notwendig, da repräsentative Umfragen die Gesamtheit Berlins abbilden. Dabei gibt es einen Zufallsfehler, der in der Regel 2–3% Unterschied ausmachen kann. Entsprechend sind Abweichungen in dieser Größe als unsicher und nicht signifikant zu betrachten.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so weisen Berliner:innen mit niedriger formaler Bildung, die über 30-Jährigen sowie Konfessionslose eher antimuslimische Einstellungen bzw. ein ungünstiges Bild über den Islam auf. Jung zu sein und über eine höhere formale Bildung zu verfügen, erhöht dagegen die Neigung zu einem differenzierteren, ja offenerem Bild des Islam und von Muslim:innen, auch wenn beides, wie die Ergebnisse zeigen, nicht vollständig vor antimuslimischen Einstellungen schützt.

5.4 Triebkräfte antimuslimischer Einstellungen und antidemokratische Folgen

Ein weiterer Erklärungsansatz für antimuslimische Einstellungen verweist auf die Zuschreibung von Gefährlichkeit und Bedrohung (Stephan et al. 2000; Pickel & Yendell 2016; Pickel 2022). So werden Muslim:innen aufgrund eher negativer (medialer) oder keiner Kontakte häufig pauschal als gefährlich und bedrohlich eingeschätzt. Die Ereignisse vom 11. September 2001 wie auch spätere Anschläge im Umfeld des Islamischen Staats und dessen für Muslim:innen unheilvoller Fernsehpräsenz besitzen hier eine große Bedeutung. So schätzten laut dem Bertelsmann Religionsmonitor sowohl 2013 als auch 2017 über 50% der Deutschen den Islam als bedrohlich ein (Pickel 2019, S. 80; Ciftci 2012; Pickel 2013; Pickel 2022). Wie sieht dies nun für Berlin aus? Wir haben im Berlin-Monitor 2023 zwar nicht nach dem Islam, aber nach der Bedrohlichkeit von Muslim:innen gefragt. 38% der Berliner:innen sehen Muslim:innen als bedrohlich an (Abb. 5.6). Die Angst vor Muslim:innen ist damit höher als die vor Jüd:innen, Asiat:innen, Sinti:zze und Romn:ja oder Christ:innen, aber doch deutlich geringer als die Angst vor extremistischen (Rechtsextreme oder Linksextreme) und muslimfeindlichen Menschen sowie als die Bedrohlichkeitseinschätzung von Russland.¹⁷

Gerade die Bedrohungswahrnehmung hinsichtlich muslimfeindlicher Menschen ist interessant: Während mehr als ein Drittel der Berliner:innen Muslim:innen als bedrohlich empfindet, sehen knapp zwei Drittel wiederum muslimfeindliche Menschen als Bedrohung an. Offenbar werden in Berlin Haltungen oder Aktivitäten, die sich offen gegen Muslim:innen richten, nicht positiv konnotiert oder honoriert.

Interessant ist, dass bei einer Kombinatorik von Bedrohungsängsten gegenüber Muslim:innen und muslimfeindlichen Menschen die relational größte Gruppe (31%, Abb. 5.7) nur muslimfeindliche Menschen für gefährlich hält, während immerhin 21% der Berliner:innen beide Gruppen als bedrohlich einschätzt. Ebenfalls 21% sieht keine der beiden Gruppen als bedrohlich an und 16% allein Muslim:innen. Berliner:innen haben mehrheitlich mit muslimfeindlichen Menschen und ihren Aussagen Probleme. Ein demgegenüber kleinerer, allerdings signifikanter Anteil der Berliner:innen schätzt Muslim:innen als bedrohlich ein.

¹⁷ Die Abfrage der Bedrohung durch Russland fällt etwas aus dem Muster dieser Frage. Gleichzeitig ermöglicht die Antwortmöglichkeit „Russland“, ein Bedrohungsszenario zu überprüfen, weswegen wir sie mit in diese Befragungsskala aufgenommen haben.

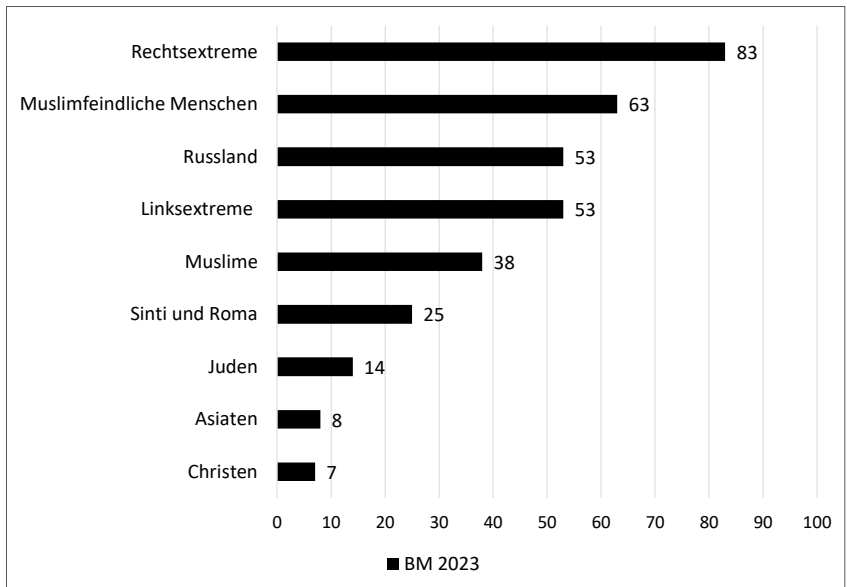


Abb. 5.6: *Wahrnehmung von Gruppen als bedrohlich in Berlin*

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala.

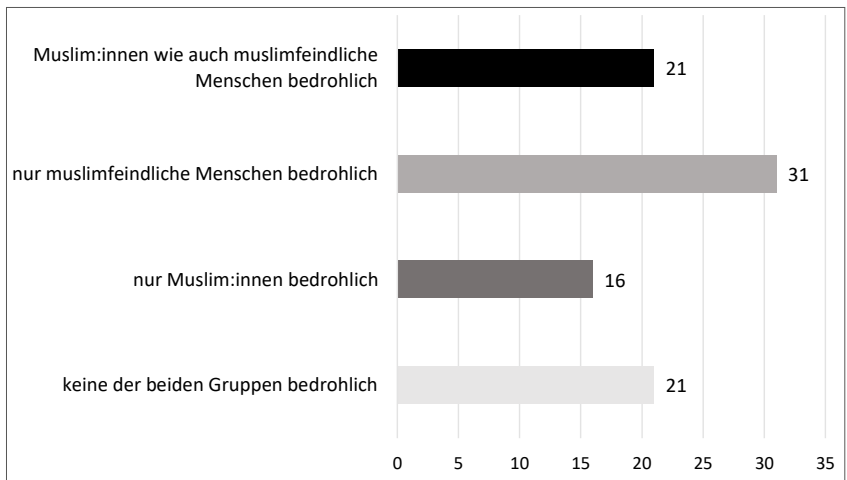


Abb. 5.7: *Kombination Bedrohungsängste Muslim:innen/muslimfeindliche Menschen*

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 2.005.

Diese Angst vor Muslim:innen für Berlin liegt sichtbar hinter den beim Bertelsmann Religionsmonitor gemessenen Aussagen einer Angst vor dem Islam für Gesamtdeutschland zurück (Pickel 2019, S. 80).¹⁸ Dies belegen auch noch nicht veröffentlichte Ergebnisse aus der mit der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 kombinierten RIRA-Befragung 2022 (RIRA-Studie 2022). Dort schätzen 2022 48% der Deutschen Muslim:innen als bedrohlich ein. Damit bleiben die Bedrohungsängste gegenüber Muslim:innen in Berlin unter dem Bundesdurchschnitt.

Nun wird von Rassismusforscher:innen in Diskussionen zu antimuslimischem Rassismus bei Hinweisen auf in der Bevölkerung existierende Bedrohungsängste gelegentlich auf die Problematik seiner Legitimierung durch die Erklärung über reale Ängste verwiesen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Ängste nur eine Verschleierung von strukturellem Rassismus darstellen. Dies soll hier keineswegs der Fall sein. Im Gegenteil gilt es zu fragen, wie solche Bedrohungsängste zustande kommen und welche Stereotypisierungen dahinterstehen. Die kritische Rassismusforschung verweist an dieser Stelle immer wieder auf einen in der Gesellschaft historisch tief verankerten Rassismus, der sich gegen die als fremd und nicht dazugehörig markierten Muslim:innen als Gruppe richtet (Delgado & Stefancic 2017). Dieser strukturelle Rassismus ist in Umfragen nicht wirklich zu messen. Gleichzeitig gibt es Instrumente, die eine offensichtliche und überzeugte Verankerung der Verteidigung von Machtstrukturen ermöglicht. Dies ist das Instrument der sozialen Dominanzorientierung (Sidanius & Pratto 1999). Es misst, wie stark Personen auf den Erhalt bestehender Machtverhältnisse hinwirken. Hinzu kommt die Auswirkung autoritärer Erziehung, die sich in autoritären Überzeugungen verfestigen kann, oder die mit einer autoritären Dynamik in Beziehung stehende Offenheit für Verschwörungserzählungen. Daneben gibt es noch eine weitere Anzahl an möglichen Einflussfaktoren.

Wir haben versucht, alle diese potenziellen Einflussfaktoren antimuslimischer Einstellungen so breit wie möglich für den Berlin-Monitor 2023 zu berücksichtigen. Um ihren Einfluss in Relation zu jeweils anderen Einflussfaktoren abzuschätzen, haben wir eine Regressionsanalyse durchgeführt.

¹⁸ Nun könnte man berechtigt einwenden, dass im Bertelsmann Religionsmonitor die Bedrohlichkeit des Islam und nicht von Muslim:innen erfragt wurde und dies eine Verzerrung erzeugt. Auf den ersten Blick scheint dieser Zweifel schlüssig und sogar empirisch belegt: So wurde z. B. im Allbus 2018 nach der Bedrohungeinschätzung von Muslim:innen gefragt – und man kam zu einem Ergebnis von nur 36% Einschätzungen von Muslim:innen als bedrohlich seitens der Gesamtbevölkerung (Allbus 2018; eigene Berechnungen). Allerdings wurde in der Allbus-Messung gegenüber dem Berlin-Monitor und dem Bertelsmann Religionsmonitor eine zusätzliche Mittelkategorie verwendet. Sie verzerrt das Ergebnis erheblich, öffnet die Mittelkategorie doch die Möglichkeit einer Umwegkommunikation. Dass es sich bei der Wahl der Mittelkategorie nicht unbedingt um eine Unsicherheit oder Unkenntnis über Muslim:innen handelt, zeigt sich gut in den Daten des Bertelsmann Religionsmonitors, wo nur eine geringe Zahl der Befragten aussagte, keine Meinung zu Muslim:innen zu besitzen, obwohl gerade in Ostdeutschland die Zahl der Muslim:innen heute nur knapp über einem Prozent liegt (Pickel 2013; Pickel 2022). Selbst wenn man also Unsicherheiten einrechnet, dürfte die Einschätzung des Islam als bedrohlich ungefähr der Einschätzung von Muslim:innen als bedrohlich entsprechen.

Die Ergebnisse zeigen sowohl übergreifende Einflussfaktoren als auch Unterschiede zwischen den Einflussfaktoren der drei Dimensionen antimuslimischer Einstellungen. Dabei ist die Erklärungskraft der Muslimfeindlichkeit erkennbar höher als die der Islamfeindlichkeit oder der Universalität (siehe R-Quadrat in Tab. 5.8).

Tabelle 5.8: Regressionsanalyse auf antimuslimische Einstellungen

	Dimension Muslim- feindlichkeit (Skala)	Dimension Islamfeind- lichkeit (Skala)	Universalität (Skala)
<i>Sozialstrukturelle Indikatoren</i>			
Geschlecht: Mann			
Alter	+ .12**	+ .28**	- .10**
hohe formale Bildung			+ .08**
niedrige formale Bildung		+ .06*	
Migrationshintergrund			
Konfessionslosigkeit		+ .10**	
Haushaltseinkommen			
<i>Ökonomisches und soziales Kapital</i>			
Finanzielle Sorgen			
Einschätzung Wirtschaftliche Lage im Land (positiv)	- .08**		+ .20**
Gerechter Anteil am Lebensstandard (gerecht)	- .06*	- .08**	
Soziales Vertrauen	- .07*	- .08**	+ .16**
Engagement in einer zivilgesellschaft- lichen Bewegung	- .05*		
<i>Politische Faktoren</i>			
Politische Deprivation (kein Einfluss auf Regierung)	+ .15**	+ .11**	- .09**
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)	+ .14**	+ .07**	- .14**
<i>Kontakte zu Muslim:innen</i>			
Habe Kontakt zu Muslimen	- .08**	- .13**	+ .24**
Von Muslimen erfahre ich eigentlich nur in den Medien	+ .17**	- .13**	+ .08**

Tabelle 5.8: Regressionsanalyse auf antimuslimische Einstellungen (Fortsetzung)

Sozialpsychologische Skalen			
Autoritarismus (Skala)	+.21**	+.07*	-.09**
Verschwörungsmentalität (Skala)	+.16**		
Soziale Dominanzorientierung	+.24**	+.10**	-.09**
Gesamtmodellgüte R²	.55	.28	.30

Quelle: Eigene Berechnungen, standardisierte beta-Werte der linearen Regression; Methode: paarweise; ** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; leere Zellen repräsentieren keinen statistischen Effekt; Überprüfung der Kollinearität ergab als höchsten VIF-Wert 1.9, womit keine Kollinearität vorliegt.¹⁹

Zwei Gruppen von Erklärungsfaktoren treten besonders hervor:

- 1) Zuerst zu nennen sind die sozialpsychologischen Skalen, wie Autoritarismus oder soziale Dominanzorientierung (Adorno 1973; Allport 1979; Sidanius & Pratto 1999). Beide Skalen besitzen durchweg einen Einfluss auf alle drei Dimensionen, für die muslimfeindlichen Einstellungen sogar einen beachtlich hohen und relational den stärksten Einfluss. Da gerade die soziale Dominanzorientierung den Erhalt sozialer Hierarchie abbildet, kann man hier von grundsätzlichen (rassistischen) Abwertungen sprechen. Es wird nicht gewünscht, dass die Gruppe der Muslim:innen den Weg nach oben in der Gesellschaft findet. Man möchte die „alten“ Machtverhältnis in die Zukunft perpetuieren. Autoritäre Einstellungen sind an dieser Stelle besonders von der autoritären Aggression einer aktiven Abwehr „nach unten“ geprägt. Auch hier möchte man die bisherigen Autoritäten erhalten und möglichst keinen neuen Gruppen den Zugang dazu gewähren (auch Schlueter et al. 2020).
- 2) Ebenfalls einen starken Effekt besitzt der konkrete *Face-to-Face*-Kontakt mit Muslim:innen. Er reduziert antimuslimische Einstellungen und steigert am deutlichsten ein universelles Verständnis im Bezug auf Einstellungen gegenüber Muslim:innen. Dieser Effekt ist im Einklang mit der sogenannten Kontakthypothese (Allport 1979; Pettigrew 1998; Pettigrew & Tropp 2008), welche durch Kontakte eine Reduktion von Vorurteilen sieht. Bemerkenswert ist ein weiterer Befund in Bezug auf Kontakte. So sind antimuslimische Einstellungen (Muslimfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit) eher bei Menschen zu finden, die der Aussage „Von Muslimen erfahre ich eigentlich nur in den Medien“ zustimmen. Dies ist Ausdruck der parasozialen Kontakthypothese (Pickel & Yendell 2016). Sie geht davon aus, dass die Wahrnehmung von Muslim:innen, wenn man Kenntnisse über sie allein aus den Medien gewinnt, durch die eher negativ ausgerichtete Medienberichterstattung ungünstig geprägt wird (Hafez & Richter 2007). Die Konstruktion entsprechender antimuslimischer Haltungen und ihre Bestätigung durch die Medienberichterstattung erfüllt eine Leis-

¹⁹ In Regressionsanalysen wird statistisch ermittelt, welchen Einfluss ein Indikator oder eine Skala unter Berücksichtigung anderer Einflussfaktoren auf eine abhängige Variable besitzt.

tung für den Einzelnen: Er geht nach dem Konsum der Medienberichte davon aus, über Muslim:innen an sich Bescheid zu wissen (Hafez & Schmidt 2015; Öztürk 2022).

Eine politisch rechte Orientierung und das Gefühl, seitens der Politik nicht beachtet zu werden, sowie ein fehlendes soziales Vertrauen fördern ebenfalls und unabhängig von den bereits genannten Faktoren antimuslimische Einstellungen. Während der erste Befund zu den politischen Faktoren vielen weiteren Befunden in der Forschung entspricht (z. B. Öztürk & Pickel 2022; auch Strabac & Listhaug 2008), korrespondiert der zweite Befund des sozialen Vertrauens mit Überlegungen der sogenannten Sozialkapitaltheorie nach Robert Putnam (Putnam 2000; Putnam & Campbell 2011; Task Force FGZ-Datenzentrum 2022). Soziales Vertrauen, so Putnam, reduziert Vorurteile und ist ein Produkt von zivilgesellschaftlicher Vergemeinschaftung. Nur in sozialen Gruppen lernen seiner Ansicht nach Menschen Vertrauen in andere Menschen. Das vorliegende Ergebnis für Berlin verweist darauf, dass sich dies auch auf Muslim:innen überträgt – wirkt doch soziales Vertrauen antimuslimischen Einstellungen entgegen.

Antimuslimische Einstellungen finden sich zudem eher in älteren als in jüngeren Generationen. Dieser schon in der Deskription aufgefallene Befund tritt im Kontext anderer Einflussfaktoren noch stärker hervor. Anders verhält es sich hinsichtlich der Auswirkungen des formalen Bildungsniveaus. Während eine niedrige Bildung Islamfeindlichkeit leicht fördert und Personen mit höherer Bildung eher zu Universalität neigen, findet sich bei Berücksichtigung der weiteren Faktoren kein Effekt des Bildungsniveaus auf muslimfeindliche Einstellungen. Anders gesagt, eine höhere Bildung schützt keineswegs vor antimuslimischen Einstellungen.

Was wir in der Regressionsanalyse nicht berücksichtigt haben, sind andere Formen der Abwertung. Zum einen vermieden wir so Multikollinearität, zum anderen befinden sich andere Abwertungen und Vorurteile auf der gleichen Ebene wie muslimfeindliche Einstellungen. Dabei gibt es beachtliche Ähnlichkeiten im Abwertungsverhalten (Abb. 5.9). Speziell zu Antiziganismus – oder besser antiziganistischen Einstellungen – besteht eine hohe Nähe. Das heißt, Menschen mit muslimfeindlichen Einstellungen sind auch oft Träger:innen von antiziganistischen Einstellungen (Pickel 2022b; Pickel et al. 2022). Überhaupt sind die muslimfeindlichen Überzeugungen mit allen hier erhobenen Abwertungsformen und Vorurteilen eng verbunden. Man könnte in Umwandlung gemeinsamer Diskriminierungserfahrungen von einer Intersektionalität der Abwertung sprechen. Neben dem Antiziganismus ist der sekundäre Antisemitismus, welcher einen starken nationalistischen Charakter aufweist, im Antwortverhalten der Berliner:innen der Muslimfeindlichkeit am ähnlichsten. Da gleichzeitig hohe Korrelationen mit dem primären Antisemitismus bestehen, kann man auch hier von einer Verwandtschaft sprechen.

Die Beziehungen zu Sexismus oder Klassismus ermöglichen zudem intersektionale Abwertung bei Betroffenen. Ähnliches wie für die Muslimfeindlichkeit findet sich für die Islamfeindlichkeit und die Universalität nicht. Immerhin sind es erneut der sekundäre Antisemitismus und der Antiziganismus, die in einer befördernden Beziehung zur Islamfeindlichkeit bzw. im Gegensatz zu Universalität stehen. Es handelt sich vielleicht

	Dimension		
	Muslimfeindlichkeit (Skala)	Islamfeindlichkeit (Skala)	Universalität (Skala)
Antisemitismus (primär)	+ .47**	+ .08**	-.15**
Antisemitismus (sekundär)	+ .56**	+ .22**	-.08*
Sexismus	+ .36**	n. s.	-.20**
Antifeminismus	+ .39**	n. s.	-.17**
Homosexuellenfeindlichkeit	+ .50**	+ .10**	-.07*
Transfeindlichkeit	+ .48**	n. s.	-.08*
Klassismus	+ .48**	+ .06*	-.06*
Antiziganismus	+ .49**	-.15**	n. s.

Abb. 5.9: Verbindungen zu weiteren Abwertungen

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; ** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; leere Zellen repräsentieren keinen statistischen Effekt.

nicht vollständig um einen Komplex Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, aber Verbindungen zwischen den Abwertungen sind nicht zu leugnen.

5.5 Folgen antimuslimischer Einstellungen für die politische Kultur und Politik

Bislang wurden die Verbreitung antimuslimischer Einstellungen sowie die Faktoren, die diese begünstigen, untersucht. Noch ungeklärt ist jedoch die Frage, ob solche Überzeugungen politisch relevant oder gar demokratiegefährlich sind. Dem gehe ich im Folgenden nach und beginne mit dem zweiten Aspekt, der Demokratiefeindlichkeit oder Demokratiegefährlichkeit. Hierzu greife ich auf Indikatoren zurück, die in Kapitel 3 (Politische Kultur und Einstellungen zur Demokratie) vorgestellt wurden. Sie kennzeichnen, inwieweit die Bürger:innen bereit sind, die Demokratie in Deutschland zu unterstützen (Easton 1975; Pickel & Pickel 2006, 2023). Zudem werfe ich den Blick auf die antidemokratischen Systemalternativen Diktatur, Einparteiensystem, starker Führer. Eine aus der Literatur abgeleitete Annahme ist die antidemokratische Ausrichtung von antimuslimischen Einstellungen sowie deren Brückenfunktion hin zum Rechtsextremismus (Kallis 2018; Öztürk & Pickel 2019). Die Zusammenhangsanalysen in Abbildung 5.10 zeigen ein deutliches Bild: Während die Muslimfeindlichkeit in hohem Maße mit antidemokratischen Einstellungen harmoniert und sich eindeutig negativ auf die Beurteilung der aktuellen Demokratie und der Demokratie als Staatsform und Idee auswirkt, fallen diese Werte bei der Islamfeindlichkeit akzentuierter und niedriger aus. Die in der Berliner Bevölkerung weiter verbreitete Islamfeindlichkeit scheint ein gesellschaftliches Breitenphänomen mit begrenzterer antidemokratischer Auswir-

	Dimension		
	Muslim- feindlichkeit (Skala)	Islam- feindlichkeit (Skala)	Universalität (Skala)
<i>Demokratielegitimität</i> „Demokratie ist das System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.“	-.27**	-.15**	+.26**
<i>Demokratiezufriedenheit</i> „Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht, alles in allem zufrieden.“	-.30**	-.23**	+.40**
<i>Diktaturbefürwortung</i> „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen die Diktatur die bessere Staatsform.“	+.41**	+.10**	+.06
<i>Einparteiensystem</i> „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“	+.48**	+.18**	-.05*
<i>Starker Führer</i> „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“	+.43**		

Abb. 5.10: Antimuslimische Einstellungen und Indikatoren der politischen Kultur

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt/Moment Korrelationen;

** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; leere Zellen repräsentieren keinen statistischen Effekt.

kung zu sein, während die Muslimfeindlichkeit einen massiven antidemokratischen Zug besitzt.

Sowohl Islamfeindlichkeit und noch erheblich stärker Muslimfeindlichkeit sind Bestandteile, die eine Offenheit für antidemokratische Systemalternativen befördern (auch Gomolla et al. 2018). Ein universales oder pluralistisches Verständnis erweist sich – wenig überraschend – als stärkend für eine demokratische politische Kultur, wobei dies jedoch insbesondere für die Einstellungen zur Demokratie gilt und die Wirkung gegen antidemokratische Systemalternativen überschaubar bleibt. Insgesamt sind antimuslimische Einstellungen eine Brückennideologie antidemokratischer Kräfte in die Berliner Bevölkerung hinein. Um die Korrelationsanalysen anschaulich zu machen, werden in Abbildung 5.11 die Zustimmungswerte zu Einzelvariablen in Abhängigkeit von Überzeugungen aufgezeigt. Deutlich wird beispielsweise, dass mehr als ein Drittel der Berliner:innen, die Muslim:innen die Zuwanderung nach Deutschland verwehren wollen, klar antidemokratische Vorstellungen aufweisen. Antimuslimische Einstellungen machen Berliner:innen nicht automatisch zu Feinden der Demokratie, sie können aber dazu beitragen, antidemokratische Einstellungen auch in weitere Teile der

Bevölkerung zu bringen (Pickel, Pickel & Yendell 2022). Sie stellen damit eine Brücke dar zu Berliner:innen, die doch relational öfter an der Demokratie zweifeln und sich einen starken Führer sowie auch ein Einparteiensystem vorstellen können. Manche dieser Menschen mit entsprechenden Überzeugungen würden sich selbst noch für Demokrat:innen halten, sind aber nach den Grundnormen der Demokratie keine mehr (Pickel & Pickel 2022).

An dieser Scharnierstelle, wo antimuslimische Einstellungen in Richtung einer antideokratischen politischen Kultur wirken und instrumentalisiert werden können, bewegen sich Rechtspopulist:innen und Rechtsradikale bzw. Aktivist:innen der extremen Rechten. So zeigen die Aktivitäten rechter Akteure, dass sie die Bedeutung einer gegen Muslim:innen und muslimische Immigration gerichteten Dauerkampagne erkannt haben. Gerade die letztgenannte Kampagnenaktivität gehört spätestens seit 2015 zum Zentrum der Öffentlichkeitsdarstellung rechter Parteien. In Deutschland hat die AfD eine entsprechende Position übernommen (Hambauer & Mays 2018; Pickel 2019b). Es überrascht daher wenig, dass Werte für überzeugte antimuslimische Einstellungen bei Anhänger:innen der AfD in Berlin am höchsten ausfallen (Abb. 5.12; Messerschmidt 2018). Immerhin drei von vier Wähler:innen der AfD in Berlin sind von der Rückständigkeit des Islam überzeugt, zwei Drittel der AfD-Wähler:innen kann man als überzeugte Muslimfeinde bezeichnen (auch Rippl & Seipel 2018). Daneben liegt nur die Berliner Wählerschaft der CDU noch über dem Mittelwert – allerdings nicht weit. Die Partei, deren Wählerschaft am geringsten antimuslimische Einstellungen aufweist, sind in Berlin die Grünen, gefolgt von der Linken.

Auch unter SPD- und FDP-Wähler:innen sind antimuslimische Einstellungen überwiegend weniger verbreitet als unter Berliner:innen insgesamt, die Werte bewegen sich aber näher am Durchschnitt. Deutlich wird die Verbindung von antimuslimischen Einstellungen – und in gewisser Hinsicht auch antimuslimischen Rassismus – in der Bevölkerung und der Wahl der rechtspopulistischen AfD. Vermutlich dürfte die scharfe Kampagnenstruktur gegen Migration und vor allem gegen Muslim:innen ein wichtiger Grund für die Wahl der AfD sein (Hambauer & Mays 2018; Pickel & Yendell 2018; Yendell & Pickel 2019). Wähler:innen wählen die AfD nicht trotz dieser Haltungen, sondern wegen dieser Position, die in Europa insgesamt Teil des antipluralistischen Denkens der extremen Rechten ist. Für die eigenen Wähler:innen wird die Situation vereinfacht, indem man klare Feinde und Sündenböcke markiert, die bisherige Politik als falsch ausmacht und die Exklusion von Muslim:innen und auch von anderen als nicht dazugehörig identifizierten Gruppen als Allheilmittel für alle Probleme des Landes und der Personen ausmacht. Islamistische Anschläge und islamistischer Terror wie jüngst in Israel erweisen sich dabei als Pushfaktoren für antimuslimische Einstellungen und Futter für die pauschalisierenden Instrumentalisierungskampagnen der extremen Rechten. Dass Pluralität generell ein wichtiges Feindbild der Rechtspopulist:innen und extremen Rechten darstellt, zeigt auch Kapitel 6 zur Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Antifeministische oder transfeindliche Positionen sind im Spektrum der extremen Rechten stärker als im Bundesdurchschnitt verbreitet (Kapitel 6).

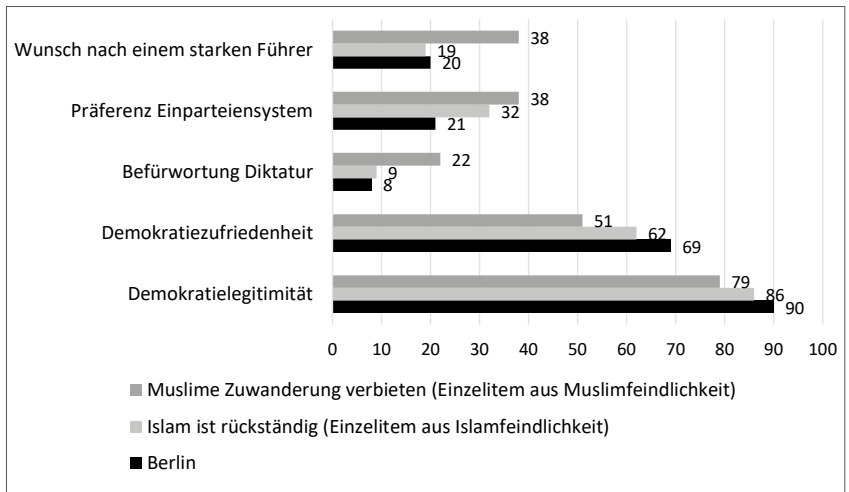


Abb. 5.11: Kombination Bedrohungsängste Muslim:innen/muslimfeindliche Menschen

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; Zustimmung zu antidemokratischen Systemalternativen und Einstellungen zur Demokratie; n = 2.048.

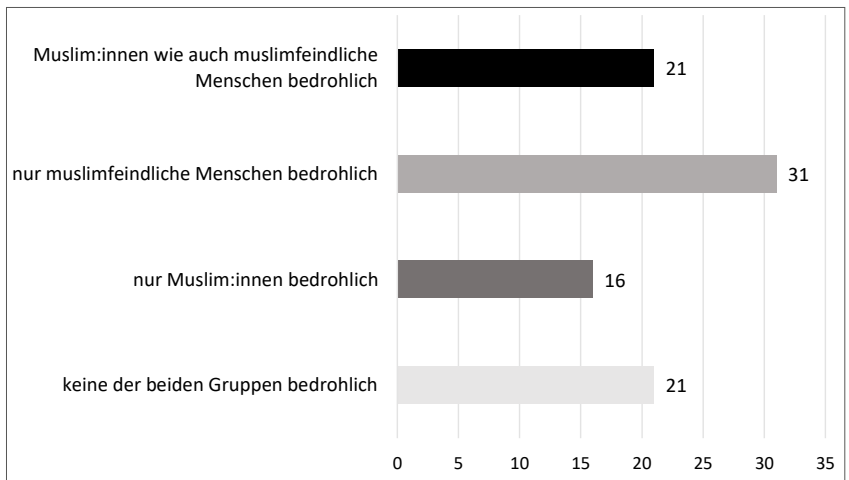


Abb. 5.12: Antimuslimische Einstellungen nach Parteiwählerschaft

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; Zustimmung zu antidemokratischen Systemalternativen und Einstellungen zur Demokratie; n = 2.048.

Bei der Wahl der AfD in Berlin handelt es sich wie im Bundesgebiet mittlerweile nur noch begrenzt um eine Protestwahl (Pickel 2019). Vielmehr wählen Berliner:innen wie Bundesbürger:innen die AfD aus Überzeugung oder wegen der extremen Position hinsichtlich antimoderner Themen. Für extrem rechte Parteien wie die AfD sind gerade antimuslimische Kampagnen erfolgversprechend, weil antimuslimische Einstellungen in beachtlicher Weise in die (Berliner) Bevölkerung hineinreichen. Menschen mit antimuslimischen Einstellungen ist es dabei meist egal, ob die als Feind identifizierten Muslim:innen gerade immigriert sind oder bereits in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben. Die politische Instrumentalisierung seitens der extremen Rechten trifft somit auf bestehende Einstellungsstrukturen und Ängste. Diese Ängste gehen zum Teil sogar weiter und richten sich gegen den Wandel in der Spätmoderne überhaupt. Man kommt mit diesem nicht zurecht und möchte diesen Wandel aufgehalten sehen und eine angeblich früher vorhandene Klarheit zurück. Dies inkludiert ein Deutschland oder Berlin ohne Muslim:innen und Migrant:innen, die Existenz allein der traditionellen Familie mit Mann, Frau und Kind sowie klare hierarchische Verhältnisse, in denen man aufgrund seiner Geburt in Deutschland immer weiter oben in der Hierarchie steht als andere (Abb. 5.13; Kalkstein et al. 2022). Dieses Bild offerieren Rechtspopulist:innen. In Abbildung 5.13 legen wir die ermittelten antimuslimischen Einstellungsdimensionen an Einstellungen zu gegenwärtigen Konfliktlagen an (Klimawandel, russischer Angriffskrieg, Transgeschlechtlichkeit) und prüfen, inwieweit man die Struktur der Gesellschaft in den Hierarchien erhalten haben möchte, die es gibt oder von der man denkt, dass es sie gibt („unterlegene Gruppen“).

Sowohl eine Ablehnung des menschengemachten Klimawandels als auch die Wahrnehmung einer Kriegsschuld der USA stehen mit Muslimfeindlichkeit in einer wechsel-

	Zustimmung in %	Dimension		
		Muslim- feindlich- keit (Skala)	Islam- feindlich- keit (Skala)	Univer- salität (Skala)
Der Klimawandel hat mit dem Verhalten der Menschen nichts zu tun.	14–25%	+.36**	+.16**	n. s.
Der Krieg in der Ukraine wird von den USA gesteuert.	14–25%	+.40**	+.06*	n. s.
Transgeschlechtlichkeit ist unnatürlich.	25%	+.44**	+.10**	n. s.
Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören.	14%	+.46**	+.10**	-.10**

Abb. 5.13: Antimuslimische Einstellungen im Kontext der Ablehnung der Moderne

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; ** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; n. s. repräsentiert einen fehlenden statistischen Effekt; Häufigkeitsspannen bilden das Antwortverhalten zwischen ziemlich und etwas Zustimmung bei einer Skala mit fünf Antwortkategorien ab.

seitig förderlichen Beziehung. Hier könnte die Ablehnung seitens Anhänger:innen der extremen Rechten einen bestimmten Blick auf die Gegenwart gebildet haben. All dies sind Punkte, in denen die extreme Rechte auf radikale Gegenpositionen zu den verbreiteten Positionen innerhalb der politischen Landschaft Deutschlands setzt. Da sie in bei diesen Aspekten jedoch auch im klaren Gegensatz zur Mehrheitsmeinung der Bürger:innen steht (Abb. 5.13, Spalte 2), ist und bleibt die Offenheit von Berliner:innen für antimuslimische Einstellungen ein zentraler Hebel der politischen Kampagnenarbeit der AfD. Die Werte islamkritischer und auch einzeln betrachteter muslimkritischer Einstellungen übersteigen deutlich die Zustimmungswerte von maximal 25% für Aussagen, die den Klimawandel nicht als menschengemacht anerkennen, die USA als Strippenzieher des Krieges zwischen der Ukraine und Russland sehen oder Transgeschlechtlichkeit als unnatürlich bezeichnen. Antimuslimischen Einstellungen kommt somit eine zentrale Bedeutung für rechtsextreme, rechtsradikale und rechtspopulistische Mobilisierung zu. Und dies auch in Berlin.

Antimuslimische Einstellungen können auch zu Handlungen führen, die über die Wahl einer Partei der extremen Rechten hinausgehen: Gemeint sind damit sowohl eine höhere Gewaltbereitschaft als auch eine verbreitetere Akzeptanz von Gewalt für die eigenen Zwecke. In Abbildung 5.14 werden Korrelationen zwischen Aussagen zur Gewaltbereitschaft und den drei Dimensionen antimuslimischer Einstellungen durchgeführt.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Muslimfeindlichkeit erhöht die Offenheit für eigene und akzeptierte Gewalt. Die Ablehnung von Muslim:innen erweist sich als ein Element, dass Radikalisierung hervorbringen kann (Pickel et al. 2023). Interessanterweise gilt

	Dimension		
	Muslimfeindlichkeit (Skala)	Islamfeindlichkeit (Skala)	Universalität (Skala)
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	+ .28**	n. s.	n. s.
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal die Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr weitergeht.	+ .32**	+ .06*	+ .10**
Manchmal wird in dieser Gesellschaft Gewalt gegen Sachen notwendig.	+ .19**	n. s.	+ .11** ⁶

Abb. 5.14: Antimuslimische Einstellungen und Gewaltorientierung

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; ** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; n. s. repräsentiert einen fehlenden statistischen Effekt; Häufigkeitsspannen bilden das Antwortverhalten zwischen ziemlich und etwas Zustimmung bei einer Skala mit fünf Antwortkategorien ab.

dies für die Dimension Islamfeindlichkeit nicht. Diese scheint zwar eine breiter in der Bevölkerung verankert zu sein, steht aber in einem geringeren Zusammenhang mit der Befürwortung von Gewalt für die von einem selbst als richtig erachteten Themen. Bemerkenswert ist der Zusammenhang mit Universalität. Während eigene Gewaltbereitschaft damit nicht zusammenhängt, befördert eine überzeugte Universalität durchaus die Befürwortung von Gewalt gegen Sachen und für einen Zweck. Dieser Effekt ist allerdings deutlich niedriger als derjenige der muslimfeindlichen Einstellungen. Letztere sind es, die das Potenzial für Radikalisierung eröffnen.

5.6 Fazit: Antimuslimische Einstellungen als rechte Brückens-ideologie und Verbote von Rassismus

Antimuslimische Einstellungen sind in Berlin etwas geringer ausgeprägt als im Bundesgebiet – wobei jedoch das Meinungsspektrum breit ist und einzelne antimuslimische Aussagen die Zustimmung von knapp 60% der Berliner:innen finden. Die Zustimmungshöhe ist von der Härte der Fragenformulierung abhängig. So würde zwar nur jede:r fünfte Berliner:in die Zuwanderung von muslimischen Migrant:innen unterbinden lassen, aber schon zwei von fünf Berliner:innen finden die Zahl der Muslim:innen in Deutschland zu hoch und 58% würden den Islam pauschal als frauenfeindlich einstufen. Überhaupt ist die pauschale Abwertung des Islam weiter verbreitet als die von Muslim:innen. Dies zeigt sich, wenn man nach Gruppen mit vollständiger Überzeugung sucht. Während 48% der Berliner:innen sich überzeugt islamfeindlich positionieren, sind nur 20% muslimfeindlich. Zwar ist dies möglicherweise zum Teil auf die größere Zahl an muslimfeindlichen Aussagen zurückzuführen, zeigt aber doch eine Differenz auf. Daneben konnten noch ein Bevölkerungsanteil von 38% identifiziert werden, der eine universalistische und offene Position zum Islam und zu Muslim:innen aufweist. Nimmt man die Referenzgruppe der Universalisten, dann öffnet sich ein Spektrum von 20% bis 72% der Berliner:innen, die zumindest teilweise antimuslimische Einstellungen vertreten.

Anhand von zwei Indikatoren ist es möglich, eine zeitliche Entwicklung in Hinblick auf die Muslimfeindlichkeit festzuhalten, wobei klar wird: Muslimfeindlichkeit nimmt zu. Bei beiden Indikatoren findet sich eine Zunahme der muslimfeindlichen Aussagen. Sie deuten auf eine Verschärfung des bestehenden antimuslimischen Rassismus – ablesbar an den islamfeindlichen Aussagen – in Richtung Handlungsbereitschaft, und sei dies nur die Wahl einer Partei der extremen Rechten. Trotz dieses Zuwachses bleiben die Ergebnisse in Berlin, insoweit vergleichbar, noch unter den Werten im Bund. Doch wie kommt es zu diesen in Berlin doch recht weit verbreiteten antimuslimischen Einstellungen?

Wichtig ist das Ausbleiben (und die Vermeidung) möglicher persönlicher Kontakte zu Muslim:innen und der Wunsch nach dem Erhalt gewohnter Hierarchien (soziale Dominanzorientierung, Autoritarismus). Hier zeigt sich eine Verbindung zwischen einem individuell geäußerten Rassismus und strukturellem Rassismus. Hoffnung gibt, dass diese Einstellungen in den nachwachsenden Generationen weit weniger verbreit-

tet sind als in den älteren Alterskohorten. Ein hohes Bildungsniveau hilft dagegen nur bedingt. Von Bedeutung ist zweifelsohne die mediale Präsenz von Muslim:innen und des Islams: Sie ist selten positiv und schürt eher Ängste. Terroranschläge in Israel oder anderen Gebieten der Welt befördern diese Ängste und werden auf „den Islam“ und schließlich „die Muslime“ übertragen, speziell, wenn Distanzierungen relativiert werden oder zu vage bleiben. Dies erleichtert die Übertragung eines bereits von negativen Stereotypen geprägten undifferenzierten Bildes über „den Islam“.

Diese Ängste sind Basis von Kampagnen der extremen Rechten und der AfD, die über die Mobilisierung antimuslimischer Überzeugungen Wähler:innen aktiviert. Pauschalisierung, Sündenbockfunktion und Stereotypisierung sind die angewandten Mittel. Würden sie allerdings nicht auf bestehende Vorurteile und abwertende Einstellungen in der Berliner (wie der deutschen) Bevölkerung zurückgreifen können, wären sie auch nicht so erfolgreich. Hier zeigen sich klar rassistische Strukturen. Gleichzeitig passt sich die Vorstellung einer von Muslim:innen freien Gesellschaft in ein antipluralistisches Weltbild ein, das auch der Demokratie insgesamt abweisend gegenübersteht. Damit werden antimuslimische Einstellungen – besonders deutlich die Muslimfeindlichkeit – zur zentralen Brückenideologie für rechte und antidemokratische Kräfte. Dies zeigen auch die Daten des Berlin-Monitor 2023. Will Berlin als vielfältige Großstadt anerkannt werden, dann dürfte noch ein langer Weg des Abbaus antimuslimischer Einstellungen notwendig sein.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Allen, C. (2010). *Islamophobia*. Burlington: Ashgate.
- Allport, G. W. (1979). *The nature of prejudice*. Reading: Addison Wesley.
- Arndt, S. (2017). Rassismus. Eine viel zu lange Geschichte. In K. Fereidooni & M. Al (Hrsg.), *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: Springer VS, 29–54.
- Arndt, S. (2020). *Rassismus. Die 101 wichtigsten Fragen*. München: C.H. Beck.
- Attia, I. & Keskinilic, O. (2018). Rassismus und Rassismuserfahrung. Entwicklung – Formen – Ebenen. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie* (S. 116–125). Jena: IDZ.
- Benedict, R. (2019 [1940]). *Race. Science and Politics*. Atlanta: University of Georgia.
- Bleich, E. (2011). What is islamophobia. And how much is there? Theorizing and measuring an emerging comparative concept. *American Behavioral Scientist* 55(12), 1581–1600.
- Blumer, H. (1958). Race Prejudice as a Sense of Group Position. *Pacific Sociological Review* 1(1), 3–7.
- Celik, K. & Pickel, G. (2022). Migration und demokratische politische Kultur in Berlin – Antimuslimischer Rassismus als Gefahr für die Demokratie. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRG/P)* 6 (2), 431–461.
- Ciftci, S. (2012). Islamophobia and threat perceptions. Explaining anti-Muslim sentiment in the west. *Journal of Muslim Minority Affairs* 32, 293–309.

- Delgado, R. & Stefancic, J. (2017). *Critical Race Theory*. New York: University Press.
- Diekmann, I. (2022). *Muslim*innen- und Islamfeindlichkeit. Zur differenzierten Betrachtung von Vorurteilen gegenüber Menschen und Religion*. Wiesbaden: Springer VS.
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5(4), 435–457.
- Essed, P. (1992). *Understanding Everyday Racism. An Interdisciplinary Theory*. London: Sage.
- Gomolla, M., Kollender, E. & Menk, M. (2018). *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hafez, K. (2013). *Freiheit, Gleichheit, Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Hafez, K. & Richter, C. (2007). Das Islambild von ARD und ZDF. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26–27, 40–46.
- Hafez, K. & Schmidt, S. (2015). *Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Hambauer, V. & Mays, A. (2018). Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 12(1), 133–154.
- Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial.
- Kallis, A. (2018). The Radical Right and Islamophobia. In J. Rydgren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right* (S. 42–60). Oxford: Oxford University Press.
- Kalmar, I. (2018). The battlefield is in brussels. Islamophobia in the visegrad four in its global context. *Patterns of Prejudice* 52(5), 406–419.
- Kaya, S. (2015). Islamophobia in Western Europe: a comparative, multilevel study. *Journal of Muslim Minority Affairs* 35(3), 450–465.
- Lavorano, S. (2019). *Rassismus*. Ditzingen: Beck.
- Melter, C. & Mecheril, P. (Hrsg.) (2011). *Rassismuskritik: Band 1: Rassismustheorie und Rassismusforschung*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Memmi, A. (2000 [1982]). *Racism*. Minnesota: University of Minnesota.
- Messerschmidt, A. (2018). Alltagsrassismus und Rechtspopulismus. In M. Gomolla, E. Kollender & M. Menk (Hrsg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen* (S. 80–92). Weinheim: Beltz Juventa.
- Mokros, N. & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In A. Zick, B. Küpper & N. Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S. 149–185). Bonn: Dietz.
- Öztürk, C. (2022). Medialisierte Muslim*innenfeindlichkeit? Über das Zusammenspiel parasozialer und realer Intergruppenkontakte und ihrer Bedeutung für antimuslimische Einstellungsmuster. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGp)* 6(2), 491–524.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2019). Islamophobic right-wing populism? Empirical insights about citizen's susceptibility to islamophobia and its impact on right-wing populist's electoral success. Eastern Europe in a comparative perspective. *Religion and Society in Central and Eastern Europe* 12(1), 39–62.

- Öztürk, C., Pickel, S., Schmitz-Vardar, M., Decker, O. & Pickel, G. (2023). Muslim:innenfeindliche Demokratieförner: Zur autoritären Dynamik antimuslimischer Einstellungen und ihrem gesellschaftlichen Radikalisierungspotential. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus, H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 261–292). Wiesbaden: Springer VS.
- Öztürk, C. & Pickel, G. (2023). Antisemitismus unter Muslim:innen: Ein Problemfeld potentieller Radikalisierung oder nur ein Instrument rechter Akteure. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus, H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (S. 351–398). Wiesbaden: Springer VS.
- Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. *Annual Review of Psychology* 49, 65–85.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. *European Journal of Social Psychology* 38, 922–934.
- Pickel, G. (2013). *Bertelsmann Religionsmonitor 2013. Religiosität im internationalen Vergleich*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, G. (2019). *Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Pickel, G. (2022). Religiöse Vielfalt als Bedrohung oder Bereicherung? Ergebnisse des Bertelsmann Religionsmonitors 2017 im Ländervergleich. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP)* 6(2), 749–779.
- Pickel, G., Huber, S., Liedhegener, A., Pickel, S., Yendell, A. & Decker, O. (2022). Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, Vorurteile und politische Kultur in der quantitativen Analyse. In EKD (Hrsg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur* (S. 24–98). Leipzig: EVA.
- Pickel, G., & Öztürk, C. (2022). Die Bedeutung antimuslimischer Ressentiments für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa – Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde. In M. Wohlrab-Sahr & L. Tezcan (Hrsg.), *Islam in Europa. Institutionalisierung und Konflikt* (S. 303–355). Baden-Baden: Nomos.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2018). Migration als Gefahr für die politische Kultur? Kollektive Identitäten und Religionszugehörigkeit als Herausforderung demokratischer Gemeinschaften. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP)* 12(1), 297–320.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2019). Der „Flüchtling“ als Muslim – und unerwünschter Mitbürger? In O. Hidalgo & G. Pickel (Hrsg.), *Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften* (S. 279–324). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2023). *Die Bürger in der Demokratie*. München: Kohlhammer.
- Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur. Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 89–118). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G. & Wandt, J. (2023). Antischwarzer Rassismus in der Berliner Bevölkerung. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 42–57). Springe: zu Klampen.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2016). Islam als Bedrohung? *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 10(3–4), 273–309. DOI: 10.1007/s12286-016-0309-6.

- Pickel, G. & Yendell, A. (2018). Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechts-extremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft* (S. 217–242). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahlen 2017* (S. 145–175). Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2022). *Demokratie*. München: Kohlhammer.
- Pickel, S., Pickel, G., Decker, O., Fritsche, I., Kiefer, M., Lütze, F., Spielhaus, R. & Uslucan, H.-H. (Hrsg.) (2023). *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Pollack, D., Müller, O., Rosta, G., Friedrichs, N. & Yendell, A. (2014). *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer VS.
- Putnam, R. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, R. & Campbell, D. (2011). *American Grace: How Religion Divides and Unites Us*. New York: Simon & Schuster.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70(2), 237–254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1.
- RIRA-Studie (2022). *RIRA-Bevölkerungsbefragung im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Duisburg: RIRA.
- Schlueter, E., Masso, A. & Davidov, E. (2020). What factors explain anti-Muslim prejudice? An assessment of the effects of Muslim population size, institutional characteristics and immigration-related media claims. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 1–16.
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stephan, W. G., Diaz-Loving, R. & Duran, A. (2000). Integrated Threat Theory and Intercultural Attitudes. *Journal of Cross-Cultural Psychology* 31(2), 240–249. DOI: 10.1177/0022022100031002006.
- Strabac, Z. & Listhaug, O. (2008). Anti-Muslim prejudice in Europe: a multilevel analysis of survey data from 30 countries. *Social Science Research* 37(1), 268–286.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In S. Worchel & W. G. Austin (Hrsg.), *Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Second Edition. Chicago: Nelson-Hall.
- Task Force FGZ-Datenzentrum (2022). *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*. Bremen: SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://doi.org/10.26092/elib/1739>.
- Uenal, F. (2016). Disentangling Islamophobia: The differential effects of symbolic, realistic, and terroristic threat perceptions as mediators between social dominance orientation and Islamophobia. *Journal of Social and Political Psychology* 4(1), 66–90. DOI: 10.5964/jssp.v4i1.463.
- Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (2023). *Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz*. Berlin: Bundesministerium des Inneren und der Heimat.

- Yendell, A. (2013). Muslime unerwünscht? Zur Akzeptanz des Islam und dessen Angehörigen. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. In G. Pickel & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* (S. 221–248). Wiesbaden: Springer VS.
- Yendell, A. & Pickel, G. (2019). Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys. *Journal of Contemporary European Studies*, 1–15.
- Zick, A. (2017). Das Vorurteil über Muslime. In P. Antes & R. Ceylan (Hrsg.), *Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen* (S. 39–57). Wiesbaden: Springer VS.

6 Transfeindlichkeit und Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin

Gert Pickel & Johanna Niendorf

6.1 Einführung – Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt sind ein zentraler Streitpunkt in der deutschen Gesellschaft geworden. Vor allem transgeschlechtliche Menschen sind in den letzten Jahren verstärkt Anfeindungen ausgesetzt – und dies auch in Berlin (Camino 2022; Lüter et al. 2022, S. 34; Näser-Lather et al. 2019). Sei es im Internet oder im offline-Leben, ihre Lebensweise wird als Herausforderung für die bisherige Norm der traditionellen Kernfamilie gesehen. Nicht nur die extreme Rechte hat dabei transgeschlechtliche Menschen als Ziel ihrer Kampagnen ausgemacht, auch aus Richtung von religiösen Fundamentalist:innen und gegen Transgeschlechtlichkeit agierenden Feminist:innen erfolgt Abwertung und politische Ablehnung (Goetz 2019; Hechler 2019; Kalkstein et al. 2022, S. 247–250; Strube et al. 2021). So bekundeten im LGBTI-Survey der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für 2019 62,5 Prozent der Befragten von Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihres Transseins (Lüter 2022, S. 234), während 44-38 Prozent homosexueller Personen Diskriminierungserfahrungen bekundete (Lüter 2022, S. 237).²⁰

Die Legalisierung und stärkere Sichtbarkeit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt mit dem Recht zum Leben der eigenen Geschlechtsidentität treffen somit auf massiven Widerstand in Teilen der deutschen Bevölkerung. Seitens rechtsextremer und rechts-populistischer Akteure wird von einer „Gender-Ideologie“ gesprochen, gegen die man sich unbedingt wehren müsse (Kovats & Poim 2015; Klammer & Bechter 2019; Engelmann 2019). Damit geht nicht allein die Forderung einher, die Lehre und Forschung der Gender Studies nicht weiter zu finanzieren, wie es im Parteiprogramm der AfD steht (AfD 2021, S. 154). Es wird auch die Angst vor einem Verführen von Kindern durch Homosexuelle oder Transpersonen propagiert (Angelides 2009; Mayer & Goetz 2019, S. 233–238; Niendorf & Wetzel 2023).

Die Akzeptanz dieser (rechten) Erzählungen, aber auch der Ablehnung einer größeren sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt reicht bis in die ‚Mitte‘ der Bevölkerung hinein. Sie findet sich auch in konservativen oder religiösen Milieus. Antimanzipa-

²⁰ Die LGBTI-Befragung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte beruht dabei in Deutschland 2019 auf insgesamt 16.119 Personen aus der LGBTQ-Community und 2.815 Transpersonen (Lüter 2022, S. 233).

torische Positionen werden damit zu einer Brückenideologie, die rechte, christlich-fundamentalistische und andere Gruppen der Gesellschaft miteinander verbinden (Pickel & Niendorf 2023, S. 58; Henninger et al. 2021, S. 1; Sauer 2017, S. 23). Rechte Akteure nutzen entsprechend die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und bezeichnen diese Positionen als „Antigenderismus“.²¹ Dieser Begriff vereint auf negative Weise die Ablehnung von Homosexualität, Transgeschlechtlichkeit, Bisexualität, LGBTQI+ und ist geprägt durch einen sichtbaren Antifeminismus. Seine Folge sind Hasskriminalität, Gewalt und Beleidigungen (Lüter 2022).

Diese Hasskriminalität ist Statistiken zufolge auch in Berlin in den letzten Jahren angestiegen (Lüter et al. 2022, S. 33-38). Aufgrund der wachsenden Bedeutung dieser Abgrenzungs- und Abwertungsdynamiken für rechte Mobilisierungen scheint eine Erhebung auch in Berlin angebracht. Bereits im Berlin-Monitor 2021 haben wir einen ersten Blick auf die Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berlin geworfen und enge Beziehungen in der Abwertung von Transgeschlechtlichkeit, Homosexualität und Antifeminismus, aber auch zu Antisemitismus, Autoritarismus und Verschwörungsmentalität gefunden (Pickel & Niendorf 2023, S. 64). Als Manko erwies sich die 2021 noch ungenügende Erhebung der Ablehnung und Abwertung von Transgeschlechtlichkeit. Um diesem Problem im Berlin-Monitor 2023 in Zusammenarbeit mit der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ (LADS) zu begegnen, haben wir die bislang eingesetzte, relativ schmale Erhebungsskala überarbeitet und insbesondere die bislang nicht adäquat erfasste Transfeindlichkeit mittels einer breiteren Skala erfasst. Sie begleitet erweiterte Erhebungsinstrumente zu Homosexuellenfeindlichkeit, und bewährte Instrumente zu Antifeminismus und traditionellen Sexismus. Zudem wurde über die Erfassung der gewaltvollen hegemonialen Männlichkeit ein wichtiger Erklärungsfaktor hinzugefügt. Damit wird die Erhebung von Haltungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu einem Schwerpunkt des Berlin-Monitors 2023.

6.2 Konzeptionelles zu Antifeminismus und Transfeindlichkeit

Nach Stefanie Mayer und Judith Goetz beschreibt der Begriff Antifeminismus eine eigenständige Ideologie der Ungleichheit, die sich durchaus widersprüchlich und je nach politischem Spektrum in anderer Ausformung zeigen kann, jedoch immer mit Vorstellungen von Ungleichwertigkeit und der Verteidigung von Hierarchien einhergeht und damit in enger Verbindung mit anderen Ungleichheitsideologien wie Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Homophobie, Transfeindlichkeit etc. steht (Mayer & Goetz 2019, S. 218). Antifeminismus bezeichnet eine ablehnende Haltung bis hin zur (organisierten) Gegnerschaft gegenüber feministischen Emanzipationsansprüchen, feministischen Bewegungen und frauenpolitischen Anliegen, auch verbunden mit dem

21 Gelegentlich wird dieser Begriff auch in wissenschaftlichen Publikationen angewandt. Wir verzichten hier darauf, da wir nicht auf aus dem rechten Spektrum kommende Kampfbegriffe zurückgreifen wollen. Begriffsdiskussionen finden sich bei (Henninger 2020, S. 13–16; Mayer & Goetz 2019, S. 210–213; Scheele 2016).

Ziel, bereits erreichte Verbesserungen zurückzunehmen (Schenk 1992; Planert 1998; Mayer & Goetz 2019). Damit lässt sich Antifeminismus einerseits von Misogynie und Sexismus abgrenzen, vor allem in Hinblick auf seine politischen und psychodynamischen Funktionen (Lang & Peters 2018; Schenk 1992; Schmincke 2018; Höcker et al. 2020). Andererseits sind diese Phänomene jedoch eng miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig (Kalkstein et al. 2022, S. 247). Sexismus, also die Zuschreibung von traditionellen Geschlechterrollen, in denen eine Überlegenheit des Mannes fixiert ist (Heitmeyer 2002, S.20), und Misogynie (Andersen 2015), verstanden als Frauenverachtung verbunden mit Vorstellungen von weiblicher Minderwertigkeit (Planert 1998) und einem Straf- und Kontrollbedürfnis gegenüber Frauen, die traditionelle Rollenerwartungen nicht erfüllen (Manne 2019), sind oft die Voraussetzung für Antifeminismus und drücken sich in ihm aus (Schmincke 2018).

Vergleichbar mit anderen Ungleichheitsideologien erweist sich auch Antifeminismus als modernisierungs- und anpassungsfähig (Mayer & Goetz 2019, S. 218; Lang & Peters 2018). Das zeigt sich gegenwärtig vor allem an der Bedeutung von ‚Anti-Gender‘-Mobilisierungen, die als eine aktuelle Form des Antifeminismus gefasst werden können (z. B. Fritsche 2022; Lang & Peters 2018, S. 18; Schmincke 2018, S. 29; Mayer et al. 2018, S. 56). Wie Mayer und Goetz herausstellen, haben sich hier vor allem die diskursiven Muster gewandelt – der Fokus liegt auf einer vermeintlichen ‚Natürlichkeit‘ von Geschlecht und Sexualität – wobei sich wenig an dem übergeordneten Ziel der Verteidigung einer heterosexuell-männlichen Vorherrschaft geändert hat (Mayer & Goetz 2019, S. 218). In diesem Zusammenhang zeigt sich eine Verschiebung „von einem männerzentrierten Antifeminismus hin zu einem familienzentrierten Antifeminismus, oder genauer: zu einem Vater-Mutter-Kind-zentrierten Antifeminismus“ (Scheele 2016, S. 5). Feminismus und Gender-Theorie wird die Zerstörung der (heterosexuellen Klein-)Familie vorgeworfen, besonders in Zusammenhang mit der Ablehnung zeitgenössischer sexualpädagogischer Ansätze und den rechtlichen Verbesserungen für nicht heterosexuell lebende Menschen und LGBTIQ+ (Mayer & Goetz 2019, S. 220).

Dominiert werden antifeministische Diskurse von einer (De-)Thematisierung von Sexualität: der Position, dass Sexualität, wenn überhaupt, dann nur im Privaten und nicht öffentlich thematisiert werden sollte und vor allem Kinder mit sexuellen Themen nicht in Berührung kommen dürften (Bitzan 2016, S. 352). Dabei wird ein immenses Bedrohungsszenario für die körperliche und psychische Unversehrtheit von Kindern ausgemacht, wobei diese Bedrohung von Feminismus und ‚Gender‘ – in personalisierter Feindbildkonstruktion insbesondere Homosexuelle und Transpersonen unter dem Vorwurf der Pädophilie – ausgehe (Angelides 2009; Mayer & Goetz 2019, S. 234; Römer 2021). Diese Sorge um Kinder und ihre antifeministische Verarbeitung ist einerseits in breiten Teilen der Bevölkerung anschlussfähig und andererseits ein Sprungbrett in rechtes Denken. Letzteres zeigt die normalisierte Verwendung des rechten Kampfbegriffs der ‚Frühsexualisierung‘ (Kämpf 2015; Mayer & Goetz 2019, S. 208; Niendorf & Wetzel 2023). Exemplarisch deutlich wird hier die Bedeutung von Antifeminismus als Brückenideologie (Meiering et al. 2018) bzw. seine Funktion als „Schanier“ für die

extreme Rechte und ihren Anschluss an breit diskutierte gesellschaftliche Debatten um Geschlecht und Sexualität (Lang 2018).

Zwischen antifeministischen und rechtsextremen Weltbildern besteht ein konstitutiver Zusammenhang (Häusler 2016, S. 161; Rommelspacher 2001; Bitzan 2016; Sigl 2021, S. 53–59). In der Ideologie der extremen Rechten nehmen „Vorstellungen zum ‚Wesen‘ der Geschlechter, zu geschlechtsspezifischen Rollen und zum Geschlechterverhältnis, aber auch zu Sexualität und Familie [...] einen zentralen Raum ein, nicht zuletzt, weil sie eng mit ideologischen Kernthemen wie ‚Rasse‘ und ‚Volksgemeinschaft‘ verbunden sind“ (Bitzan 2016). Zentral ist die antifeministische Konstruktion einer ‚natürlichen‘ hierarchischen Ordnung der Geschlechter, die mit Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität einhergeht (Bitzan 2016, S. 325). Die Legitimation dieser Ordnung kann biologistisch und mit Bezug auf die Erhaltung der ‚Volksgemeinschaft‘, aber beispielsweise auch fundamentalistisch unter Verweis auf eine göttliche Schöpfungsgeschichte erfolgen (Hidalgo 2021, S. 26-27; Strube et al. 2021). Wie Mayer und Goetz analysieren, beruhen aktuelle antifeministische Diskurse auf diesen zwei eng miteinander verbundenen normativ-wertenden Setzungen: „die Idee der ‚Natürlichkeit‘, die mit Ewigkeit und Unveränderbarkeit verbunden wird, und die daraus abgeleitete ‚Normalität‘ der heterosexistischen und patriarchalen gesellschaftlichen Ordnung“ (Mayer & Goetz 2019, S. 222). ‚Gut‘ ist in dieser Ordnung alles, was in ihrem Sinne als ‚Natur‘ deklariert werden kann, inklusive Vorstellungen von einem gesellschaftlichem ‚Normalzustand‘; ‚böse‘ und damit potenziell eine Bedrohung ist hingegen alles, was diesen Zustand verändern könnte (ebd.). Dieses Spannungsverhältnis zwischen einer unumstößlichen stabilen Ordnung einerseits und ihrer permanenten Bedrohung und Verletzlichkeit durch die vermeintlichen inneren und äußeren Feinde andererseits macht die ideologische und emotionale Dynamik, vor allem auch die Aggressivität rechten, antifeministischen Denkens aus (ebd.).

Zentral für dieses Denken ist die Vorstellung, dass die Einteilung der Menschen in ausschließlich zwei Geschlechter eine „naturebene‘ Tatsache“ und Heterosexualität die „einzige natürliche, gesunde und sinnvolle Sexualität“ sei (Bitzan 2016, S. 351 f.). Diese Verbindung aus Zweigeschlechterordnung und normativer Heterosexualität wird von der Queer Theory als Heteronormativität bezeichnet (Hartmann et al. 2007) und ist auch gesamtgesellschaftlich weit verbreitet (Bitzan 2016, S. 352). Im antifeministischen Denken kommen allerdings neben Bedrohungsszenarien noch Feindbildkonstruktionen hinzu: Es werden Widersacher:innen der vermeintlich natürlichen Ordnung identifiziert, personalisiert insbesondere in Imaginationen von Feminist:innen und Personen aus der LGBTIQ+ Community (Höcker & Niendorf 2022). Analytische Infragestellungen dieser Ordnung in Form von Queer- oder Gender Studies werden ebenso abgelehnt und angegriffen wie Praxen der Geschlechtsveränderung (Bitzan 2016, S. 341).

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wie eng antifeministische und transfeindliche Vorstellungen miteinander verbunden sind und dass Transfeindlichkeit grundlegender Bestandteil rechter Ideologie ist (Goetz 2019; Hechler 2019). Aus der spezifisch verengten normativen Naturkonzeption leiten sich Charakterisierungen von Transper-

sonen ab, die sie als ‚widernatürlich‘, als ‚Mischwesen‘, ‚krank‘ und ‚degeneriert‘ beschreiben (Niendorf & Wetzel 2023) und dabei an das sozialdarwinistische Theorem der Höherentwicklung anschließen (Hechler 2019, S. 97). Hier wird davon ausgegangen, „dass die Geschlechterdifferenz umso ausgeprägter sei, je höher eine Spezies in der Entwicklungsfolge der Lebewesen angesiedelt und je kulturell höherstehend eine ‚Menschenrasse‘ sei“ (Klöppel 2014, S. 108). Die Vorstellung eines geschlechtlichen ‚Mischwesens‘ wiederum schließt an antisemitische Geschlechterbilder an (Stögner 2017, S. 35). Die Nähe zum Antisemitismus zeigt sich auch in der weit verbreiteten Verschwörungserzählung, nach der hinter der ‚Transgender-Agenda‘ und ‚LGBTIQ+-Propaganda‘ ein ‚Umerziehungsprojekt‘ der ‚Globalisten‘ (als Chiffre für Juden und Jüdinnen) stehe (Niendorf & Wetzel 2023; Roepert 2022). Mit dem Begriff der ‚Umerziehung‘ drücken sich antikommunistische Ressentiments aus (Goetz 2019, S. 131; Autor:innenkollektiv FE.IN 2019, S. 51) und auch antiamerikanische Ressentiments werden bedient, wenn Transgeschlechtlichkeit als ein ‚Kult‘ oder ‚Trend‘ gedeutet wird, der aus den USA komme und mit Flüchtigkeit und Künstlichkeit assoziiert wird. In der Denkfigur des Kalten Krieges erfüllt Russland in dieser Erzählung die Figur des Gegenspielers und wird bewundert für ein Durchgreifen mit harter Hand gegenüber der LGBTIQ+-Bewegung (Steinberg 2023; Butt/Byman 2020).

Es lässt sich festhalten: Transfeindlichkeit bietet verschiedenste ideologische Anknüpfungspunkte, steht in enger Verbindung zu Antifeminismus, Homophobie und Antisemitismus und eignet sich zur Kommunikation diffuser Ressentiments, die mit gesellschaftlichem Wandel in Verbindung gebracht werden. Zentraler Gegenstand sind dabei Verhandlungen von ‚Natürlichkeit‘ und ‚Normalität‘, die an das Thema Geschlecht und Sexualität geknüpft werden und auch eine Sehnsucht nach Eindeutigkeit, klarer Identität und Orientierung ausdrücken (Hechler 2019, S. 113; Engelmann 2019, S. 20). In Verbindung mit projektiven Bedrohungsszenarien und Feindbildkonstruktionen legitimieren sich Vorstellungen von Ungleichheit und Aggressionen bis zum Einsatz von Gewalt. Dies geschieht bereits auf der Einstellungsebene, wo sich die entsprechenden Ein- und Vorstellungen festsetzen und Handeln steuern.

6.3 Antifeminismus und traditionaler Sexismus in Berlin

Für Berlin haben wir verschiedene Einstellungsdimensionen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhoben (Items im Fragebogen im Anhang; Methodik siehe Kapitel 2). Starten wir mit antifeministischen und sexistischen Überzeugungen. Antifeministische Einstellungen werden mit zwei, sexistische mit einem repräsentativen Item erhoben. Wir setzen sie – wo möglich – mithilfe der Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 in Relation zur Bundesebene (Kalkstein et al. 2022, S. 253; auch Hoecker et al. 2020, S. 258f.) sowie zum Berlin-Monitor 2021 (Pickel & Niendorf 2023, S. 59). Dabei greifen wir für den Vergleich auf Einzelitems zurück, die als repräsentativ für die Gesamtskalen Antifeminismus und traditionellen Sexismus angesehen werden können. Die empirischen Ergebnisse weisen drei zentrale Aussagen auf:

- 1) Jede:r fünfte Berliner:in stimmt zumindest einer antifeministischen Aussage zu und jede:r sechste Berliner:in fordert eine klassische Rollenverteilung, was wir als traditionellen Sexismus interpretieren.
- 2) Die Ergebnisse liegen weiterhin – wenn auch nur noch sehr knapp – unter der Zustimmung im Bundesgebiet.
- 3) Die Zustimmung hat sich seit 2021 bei allen Items teils deutlich erhöht.

Ob die Erhöhung der Zustimmung auf die derzeit umfänglichen Kampagnen rechter Akteure gegen den „Gender-Wahn“ zurückzuführen ist, muss hier offenbleiben (Sigl et al. 2021). Allerdings scheint sich das Fenster für die Äußerung antifeministischer Aussagen weiter geöffnet zu haben. Oder um es anders zu formulieren: Das Umfeld erleichtert es jetzt Berliner:innen, ihre Ablehnung des Feminismus und emanzipatorischer Bewegungen mit Bezug auf Frauenrechte leichter auszusprechen. Nicht jede Gruppe ist gleich anfällig für antifeministische Einstellungen. Neben Menschen mit einer rechten Ideologie wird gerade Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim:innen eine höhere Frauenfeindlichkeit vorgeworfen (58 Prozent bei Pollack et al. 2014). Auch Personen mit einem dogmatisch-fundamentalistischen Religionsverständnis sieht man als eher traditionalistisch. Letztere hatten wir allerdings im Berlin-Monitor 2021 nicht erfasst und konnten ihre Bedeutung nicht feststellen. Hinzu kommen Männer als Verteidiger patriarchaler Positionen und Menschen mit einem rechtsautoritären Weltbild, wie es potenziell von AfD-Wähler:innen vertreten wird.

Betrachten wir unsere drei Aussagen entlang dieser verschiedenen Vermutungen. Wenig überraschend ist Antifeminismus und Sexismus unter Männern etwas stärker verbreitet als in der Gesamtbevölkerung, allerdings sind die Unterschiede zur Gesamtbevölkerung 2023 nur noch gering. Antifeministische Einstellungen scheinen weniger

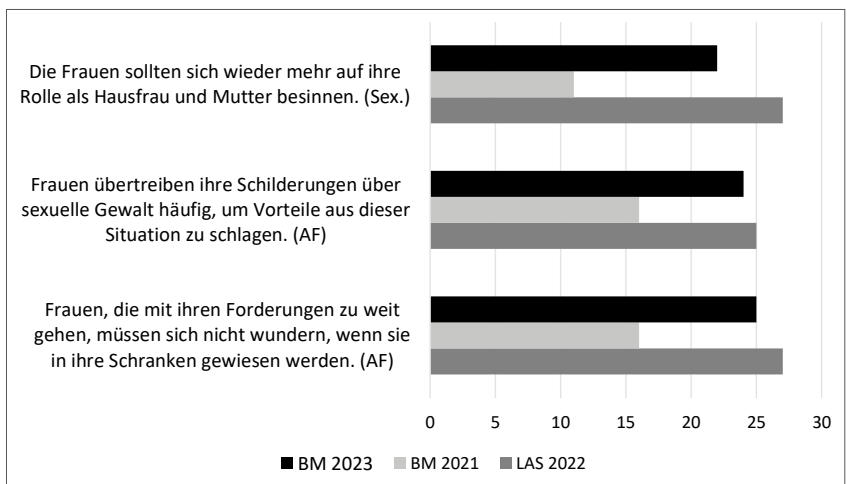


Abb. 6.1: Antifeministische und sexistische Einstellungen in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; AF = antifeministische Einstellungen; Sex. = sexistische Einstellungen.

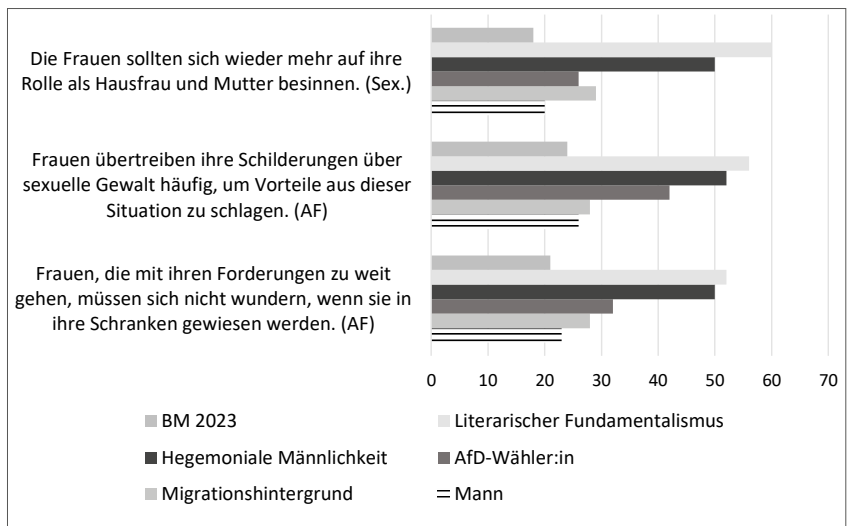


Abb. 6.2: Antifeministische und sexistische Einstellungen entlang verschiedener Merkmale

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; AF = antifeministische Einstellungen; Sex. = sexistische Einstellungen; n = 1.848.

eine Sache des Geschlechts als bestimmter Vorstellungen von Geschlechterhierarchien zu sein. Eine Migrationsbiografie stärkt die Nähe zum traditionellen Sexismus und zu antifeministischen Einstellungen. Gleichzeitig bleibt es bei einer Minderheit mit nur geringen Abständen zu den Werten der gesamten Berliner Bevölkerung.

Der stärkere Ausschlag in Abbildung 6.2 ist bei den Wähler:innen der AfD. Doch selbst unter AfD-Wähler:innen sind antifeministische Einstellungen ein Minderheitenphänomen, wenn auch einer teils stärkeren Minderheit: Immerhin mehr als ein Drittel der AfD-Wähler:innen reagiert positiv auf die antifeministische Ausrichtung ihrer Partei. Besonders stark fallen antifeministische Einstellungen aus, wenn ein fundamentalistisches Religionsverständnis (hier ein auf die nicht interpretierbare Gültigkeit der Schrift bezogenes literalistischer Fundamentalismus) vorliegt und das hegemoniale Männlichkeitsbild ein patriarchales und gewaltvolles ist (Connell 1995).²² In beiden Orientierungen wird Männlichkeit über Weiblichkeit gestellt (Kaiser 2020, S. 95–108). Unter Personen, die davon ausgehen, dass die soziale Ordnung durch eine Führung seitens der Männer und einer Unterordnung von Frauen, am besten in entsprechende Rollenverhältnissen, geprägt sein sollte, sind antifeministische Überzeugungen weit verbreitet. Die Hälfte der Berliner:innen mit derartigen Geschlechtervorstellungen weisen

²² Die Überlegungen von Connell (1995) zielen auf die Gesamtgesellschaft und behandeln strukturelle Aspekte. Gleichwohl scheint uns die Umsetzung in einen Typus angebracht, um bestimmte Haltungen in einer vielfältigen Gesellschaft aufzeigen zu können.

antifeministische Überzeugungen auf. Insgesamt zeigen sich mehrere Faktoren, die antifeministische und sexistische Einstellungen fördern. Sie führen immerhin dazu, dass ca. 20 Prozent der Berliner:innen entsprechende Einstellungen besitzen. Dies ist eine klare Minderheit, allerdings keine unwesentliche Gruppe.

6.4 Transgeschlechtlichkeit als das neue Feindbild

Antifeministische und sexistische Einstellungen sind keineswegs die einzigen Abwertungen im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. So sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LGBTIQ+) in Deutschland Tag für Tag Anfeindungen bis hin zur Gewalt ausgesetzt. Für das Berichtsjahr 2022 wurden bundesweit 1.005 Straftaten im Bereich Hasskriminalität aufgrund von Geschlecht/sexueller Identität (faktisch gegen LGBTIQ+) registriert, darunter 227 Gewaltdelikte. Das verzeichnet einen Anstieg von 15 Prozent gegenüber 2021 und steht im Trend einer kontinuierlichen Zunahme (Chronik LSVD 2022). Seit 2018 werden auch durch die Staatsanwaltschaft Berlin LSBTIQ+-feindliche Strafdaten systematisch erfasst. Auch dort findet sich seit 2018 eine kontinuierliche Zunahme an Verfahren aufgrund von LGBTIQ+-Feindlichkeit, die 2021 646 Ermittlungsverfahren umfasst (Lüter 2022, S. 66). Neben Beleidigungen geht es dabei um die Vergehen Bedrohung, Körperverletzung und auch schwere Körperverletzung (Lüter 2022, S. 70). Die Zahlen bezeugen die lebensbedrohliche Gefahr, die von queer- und transfeindlich motivierten Personen und der von ihnen verübten Gewalt ausgeht.

Homosexuelle, Intersexuelle und Transpersonen werden als Abweichung von der heterosexuellen Norm (Heteronormativität) mit ihren binären und teilweise hierarchischen Geschlechtsvorstellungen angesehen. Die Nichtakzeptanz dieser Abweichung vom heteronormativen Ideal lenkt Ablehnung und Hass auf Menschen aus der LGBTIQ+-Community, wobei Transpersonen in den letzten Jahren besonders im Fokus von Hass und Abwertung stehen. Im Berlin-Monitor 2023 haben wir transfeindliche und homosexuellenfeindliche Überzeugungen mit einer breiten Skala gemessen (Abb. 6.3). Auf Empfehlung der LADS unterscheiden wir drei Ebenen:

- 1) Die Einschätzung von Transgeschlechtlichkeit und Homosexualität als unnatürlich,
- 2) die Verweigerung von Schutz für die transgeschlechtliche und homosexuelle Community sowie
- 3) Vorurteile über Menschen, die nicht den heteronormativen Vorstellungen entsprechen.

Dieser Aufteilung haben wir weitere Indikatoren hinzugefügt (siehe Fragebogen im Anhang). In der Regel wird in Berlin die Schutzbedürftigkeit von Menschen mit nicht heteronormativen Geschlechtsidentitäten anerkannt. Allerdings sieht immerhin noch jede:r fünfte bis vierte Berliner:in einen Schutz für Transpersonen und Homosexuelle als überflüssig an.

Die Gewährleistung von Schutz bedeutet noch nicht eine Anerkennung oder positive Haltung gegenüber Homosexuellen und Transpersonen. Jede:r vierte Berliner:in hält

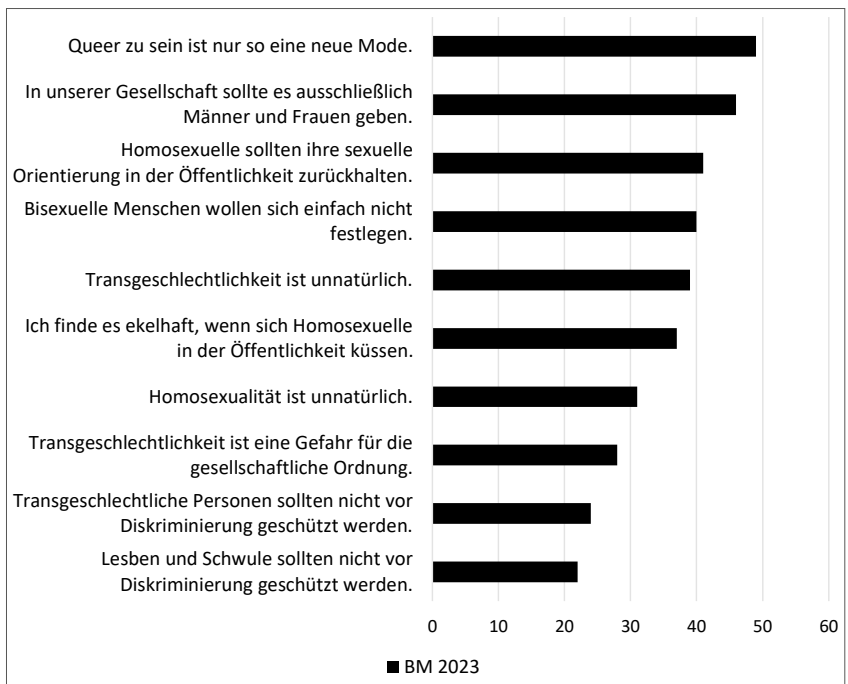


Abb. 6.3: Transfeindliche Einstellungen in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; n = 1.998.

Transgeschlechtlichkeit für eine Gefahr der politischen Ordnung und fast 40 Prozent halten sie für unnatürlich – 31 Prozent halten Homosexualität für unnatürlich. Da ist es nicht überraschend, dass fast ein Viertel der Berliner:innen eine traditionale Aufteilung in Männer und Frauen für den wünschenswerten Normalzustand hält. Knapp unter der Hälfte der Befragten sehen entsprechend auch Bisexualität oder Queerness als Modeerscheinung oder Ausdruck fehlender eigener Entscheidungskraft an – und nicht als natürliche, selbstgewählte Lebensform. Insgesamt sind die Zustimmungswerte zu trans- und homosexuellenfeindlichen Aussagen in Berlin weit von einer Mehrheit entfernt. *In der Breite der Berliner Bevölkerung wird sexuelle und geschlechtliche Vielfalt mittlerweile anerkannt. Es ist allerdings eine durchaus beachtliche Minderheit, die diese Anerkennung nicht teilen kann und will.*

Die Ablehnung richtet sich etwas stärker gegen Transpersonen als gegen Homosexuelle. Dies zeigt auch eine Nachfrage, inwieweit es einem unangenehm oder angenehm wäre, wenn die eigenen Kinder eine Transperson oder eine homosexuelle Person als Freund:in mit ins Elternhaus bringen würden. Empfinden 25 Prozent eine homosexuelle Partnerin bzw. einen homosexuellen Partner des eigenen Kindes als sehr und eher unangenehm, steigt diese Einschätzung als unangenehm bei einer: einem transgeschlechtlichen Freund:in auf 34 Prozent an (zum Vergleich, eine ähnliche Haltung ge-

gegenüber Jüd:innen besteht bei 20 Prozent der Berliner:innen, gegenüber Muslim:innen bei 35 Prozent der Berliner:innen).

Zur Nähe zwischen sexistischen und antifeministischen Einstellungen liegen bereits vertiefte Ergebnisse vor – beide sind eng miteinander verbunden (Kalkstein et al. 2022, S. 255; Pickel 2022, S. 45). Zu Transfeindlichkeit ist dies anders. Zwar wurde mit den Daten der Studie „Politische Kultur und Kirchenmitgliedschaft“ (Pickel et al. 2022) sowie der Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (Decker & Brähler 2020) eine Verbindung und Nähe zwischen Homosexuellenfeindlichkeit, Antifeminismus und Transfeindlichkeit festgestellt (Pickel et al. 2022, S. 45), allerdings gab es in dieser Analyse Einschränkungen; so war beispielsweise Transfeindlichkeit nur über ein Item erfasst worden, dessen Formulierung obendrein verbesserungswürdig war. Dem konnten wir im Berlin-Monitor 2023 begegnen und ausgewogene Skalen für Homosexuellenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit sowie eine konsolidierte Zwei-Item-Skala zu antifeministischen Einstellungen und eine repräsentative Ein-Item-Messung zu Sexismus einsetzen. Diese Qualitätssteigerung in der Messung drückt sich in belastbareren Ergebnissen und beachtlichen Zusammenhängen aus (Tab. 6.1).

Antifeministische Überzeugungen, Homosexuellenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit auf der Einstellungsebene finden sich häufig bei den gleichen Personengruppen und Personen. Dies zeigen die hohen Korrelationskoeffizienten. Es handelt sich allem Anschein nach um eine oft undifferenzierte Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die mit nur leichten Nuancen (etwas stärker gegenüber Transpersonen) gegenüber allen Gruppen auftritt, die von dem selbst verfolgten heteronormativen Ideal abweichen. Die rechtliche Öffnung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird von einer Zahl an Berliner:innen als abzulehnend und unpassend eingestuft.

Tabelle 6.1: Binnenbeziehungen zwischen Indikatoren sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

	Antifeminismus	Homosexuellenfeindlichkeit	Transfeindlichkeit
Sexismus	+ .69**	+ .69**	+ .70**
Antifeminismus		+ .71**	+ .75**
Homosexuellenfeindlichkeit			+ .88**

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$; alles Skalen bis auf Sexismus (Ein-Item-Messung).

Vor allem Homosexuellenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit überschneiden sich als Feindbild stark. Führt man für die verwendeten Items eine Faktorenanalyse durch, dann fügen sich alle zum Thema erhobenen Items zusammen und zeigen ein konsistentes Antwortverhalten in der Ablehnung oder Akzeptanz geschlechtlicher und

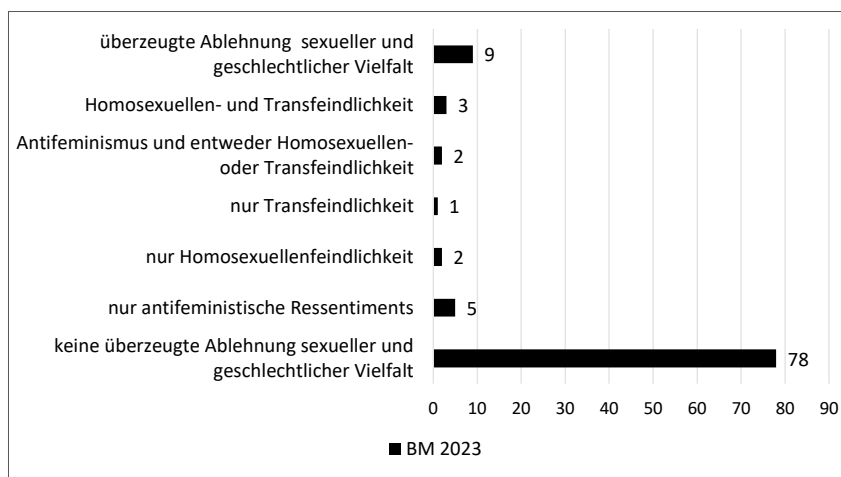


Abb. 6.4: Kategorisierung der überzeugten Ablehnung

Quelle: Eigene Berechnungen, Kombinatorik; Anteile der jeweiligen Gruppen an Berliner Bevölkerung; Werte in Prozent.

sexueller Vielfalt.²³ Methodisch gesagt, es ergibt sich eine gemeinsame Dimension der Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Allerdings geben Korrelationen keine Auskunft über die genauen Verbindungen. Entsprechend haben wir eine Kombinatorik überzeugter antifeministischer Einstellungen, Homosexuellenfeindlichkeit und Transfeindlichkeit erstellt.²⁴ Insgesamt 22 Prozent der Berliner:innen lehnen zumindest eine der drei untersuchten Gruppen überzeugt ab.

Nach den Korrelationsanalysen wenig überraschend gibt es einen beachtlichen Teil – 9 Prozent der Berliner:innen –, der sexuelle und geschlechtliche Vielfalt generell ablehnt. Daneben findet sich noch ein Part von 5 Prozent, der nur antifeministische Einstellungen aufweist, sowie einer von 3 Prozent, der sich auf Homosexuellen- und Transfeindlichkeit konzentriert. Zu diesen kann man noch die 3 Prozent der Berliner:innen zählen, die entweder überzeugt homosexuellenfeindlich oder überzeugt transfeindlich sind.

Da es sich bei der ausgewiesenen Gruppe nicht um Personen handelt, die da oder dort einmal zustimmen, sondern in ihrer Überzeugung geschlossen sind, gibt es einerseits eine beschränkte Vielfalt der spezifischen Ablehnung einer Gruppe, andererseits aber auch ein übergreifendes Phänomen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

²³ Eine Faktorenanalyse dient der Überprüfung der Eindimensionalität von hinter den einzelnen Items liegenden Überzeugungsstrukturen (Pickel & Pickel 2022).

²⁴ Überzeugte Ablehnung und Abwertung ergibt sich aus einer bestehenden Zustimmung zu allen Items. Bei der Skala Antifeminismus (Gesamtwerte 2-8) ist 4 der Schwellenwert, bei der Skala Transfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit (Gesamtwerte 4–16) ist 8 der Schwellenwert.

6.5 Triebkräfte in der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Zwischen einer politisch-ideologisch rechten Position und allen vier Unterdimensionen der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt liegen jeweils deutliche Zusammenhänge in Höhe von $+0.28$ bis $+0.31$ vor. Dies bestätigt die Annahme, dass die von rechts propagierte „Anti-Gender“-Positionierung als „Symbol für die Ablehnung gesellschaftlicher Liberalisierungstendenzen insgesamt“ zu deuten ist (Mayer 2021, S. 35; Tab. 6.2). Zudem dient diese Ausrichtung dazu, ideologisch rechts gerichtete Akteure miteinander zu verbinden und Hoffnung auf Gewinne im konservativen Lager zu nähren (Engelmann 2019). Ein solches Denken inkludiert Verbindungen zu Verschwörungserzählungen, autoritären Vorstellungen und dem Wunsch nach dem Erhalt von Hierarchien in der Gesellschaft (soziale Dominanzorientierung), die auch das Verhältnis zwischen Männern und Frauen regeln (Hoecker et al. 2020; Lang & Peters 2018; Schutzbach 2018; Kalkstein et al 2022, S. 262–264).

Normative Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen stabilisieren eine völkisch gedachte Gemeinschaft (Meiring et al. 2018, S. 22), dienen aber auch als Ausgangspunkt für den Wunsch nach mehr Kindern, um dem „Großen Austausch“ zu begegnen. Unter der Berufung auf „Naturgesetze“ werden essentialistische Wesensarten von zwei binären Geschlechtern konstruiert, aus denen sich spezifische Aufgaben und Funktionen zum Erhalt der Volksgemeinschaft ableiten – LGBTIQ+ haben darin grundsätzlich erstmal keinen Platz und intersexuelle sowie transgeschlechtliche Menschen werden als „Missbildung“ angesehen (Pickel & Niendorf 2023, S. 63; Hechler 2019, S. 96–100). Homosexuelle Männer werden in die symbolische Nähe von Frauen gerückt und ihre Sexualität wird als nicht fortpflanzungsorientiert – und damit „widernatürlich“ eingestuft (Bitzan 2016; Pohl 2004).

Die Ergebnisse aus dem Berlin-Monitor 2023 bestätigen diese Annahmen. Rechtsextreme Einstellungen korrelieren stark mit Sexismus, Antifeminismus, Transfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit (Tab. 6.2). Entsprechende, wenn auch etwas schwächere Beziehungen finden sich zwischen autoritären Überzeugungen und sexueller wie geschlechtlicher Vielfalt. Wichtig für diese Ablehnung ist auch der Wunsch nach dem Erhalt von existierenden Machtverhältnissen (soziale Dominanzorientierung).

So entspringen sexistische, homosexuellenfeindliche, antifeministische und transfeindliche Einstellungen einer allgemeinen sozialen Dominanzorientierung (Tab 6.2). Sie bildet den (von ca. einem Viertel der Berliner:innen geteilten) Wunsch nach Erhalt von Machthierarchien in der Gesellschaft ab. Eine davon ist die zwischen Männern und Frauen. Homosexuelle Männer oder Transpersonen werden als Verräter an ihrem Geschlecht verweiblicht und zusammen mit Frauen als in der gesellschaftlichen Hierarchie untergeordnet angesehen (Connell 1995). Deutlich wird die Angst vor Bedrohungsszenarien, die sich auf die Gefahr einer Zerstörung einer vermeintlich natürlichen Ordnung fokussieren (Roßhart 2007). Stefanie Mayer und Birgit Sauer beschreiben „Gender“ vor diesem Hintergrund als leeren Signifikanten, als unbestimmten Sammel-

Tabelle 6.2: Beziehungen zwischen rechtsextremen Überzeugungen, Verschwörungsmentalität, Autoritarismus, sozialer Dominanzorientierung und sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt

	Rechts- extremismus (Skala)	Autoritaris- mus (Skala)	Verschwörungs- mentalität (Skala)	Soziale Dominanz- orientierung (Skala)
Sexismus	+.70**	+.47**	+.48**	+.57**
Antifeminismus	+.71**	+.52**	+.56**	+.60**
Homosexuellen- feindlichkeit	+.72**	+.52**	+.38**	+.62**
Transfeindlichkeit	+.72**	+.51**	+.45**	+.65**

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt/Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$.

und Containerbegriff, der Auseinandersetzungen um Identität, Geschlecht, Sexualität und Familie miteinander verbindet (Mayer & Sauer 2017, S. 36) und gerade in seiner Unbestimmtheit Erzählungen über eine Verschwörung plausibilisiert.

In vielen Argumentationen ist die Annahme von „verdeckten Zielen der Gender-Ideologie“ von großer Bedeutung (Mayer et al. 2018, S. 52; Schlecht 2021, S. 85f.). Sie manifestiert sich in Vorstellungen um eine geheim agierende Gruppe, die eine destruktive Agenda für die „Nation“ verfolgt, unter denen die Zerstörung der traditionellen Familie und einer patriarchal geprägten westlichen Zivilisation die Spitzenplätze einnehmen. Jonas Fedders analysiert, wie sich in „Antigender“-Verschwörungserzählungen eine antifeministische Abwertung mit einer antisemitischen Überhöhung verbindet. „Emanzipations- und Gleichstellungsbemühungen werden nicht als Ziel für sich anerkannt, sondern nur als Vorwand für einen größeren, dahinter stehenden [...] Plan vermutet“ (Fedders 2018, S. 222). Diese Verschwörungserzählungen lassen sich gut mit der Idee einer „jüdischen Weltverschwörung“, aber auch einem „Großen Austausch“ verbinden. Karin Stögner (2014) vermutet, dass die gesellschaftliche Tabuisierung von Antisemitismus zu einer Umwegkommunikation über andere Ideologien führt (Stögner 2014, S. 288). Sie sieht die Binarität und Eindeutigkeit von männlichen und weiblichen Geschlechtsidentitäten als „einen wesentlichen Bestandteil nationalistisch-antisemitischer Selbstvergewisserung“ (Stögner 2020, S. 88; auch Pickel & Niendorf 2023). Folgt man Stögner, erfüllt die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und einer vermeintlichen „Gender-Ideologie“ eine „Stellvertreterfunktion“ für den weniger offen geäußerten Antisemitismus (Stögner 2020, S. 90). Im Berlin-Monitor 2023 haben wir Antisemitismus in drei Formen gemessen: primären bzw. tradierten Antisemitismus, sekundären (Schuldabwehr-)Antisemitismus und israelbezogenen Antisemitismus.

Tabelle 6.3: Beziehungen: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Antisemitismus

	Primärer Antisemitismus	Sekundärer Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus
Sexismus	+. 72^{**}	+. 46^{**}	+. 66^{**}
Antifeminismus	+. 68^{**}	+. 54^{**}	+. 63^{**}
Homosexuellenfeindlichkeit	+. 72^{**}	+. 51^{**}	+. 64^{**}
Transfeindlichkeit	+. 69^{**}	+. 51^{**}	+. 65^{**}

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$; Sexismus und sekundärer Antisemitismus sind Ein-Item-Messungen.

Wie in Tabelle 6.3 ersichtlich wird, sind antisemitische Ressentiments und die Ablehnung sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt (wie schon im Berlin-Monitor 2021) eng miteinander verbunden. Die Ergebnisse stützen für Berlin die Annahmen von Karin Stögner (2020) zur Beziehung zwischen Antisemitismus und – wenn man sie einmal so nennen will – „Anti-Gender“-Positionen. Am stärksten sind die Zusammenhänge von derlei Positionen mit dem primären oder traditionellen Antisemitismus ausgeprägt.

Um diese Zusammenhänge anschaulicher als in einer Korrelations-Tabelle darstellen zu können, haben wir ergänzend eine grafische Darstellung mit ausgewählten Einzelvariablen beigefügt. Abbildung 6.5 zeigt die allgemeine Zustimmung zu drei transfeindlichen Aussagen sowie den Anteil an befragten Personen, die diesen Aussagen

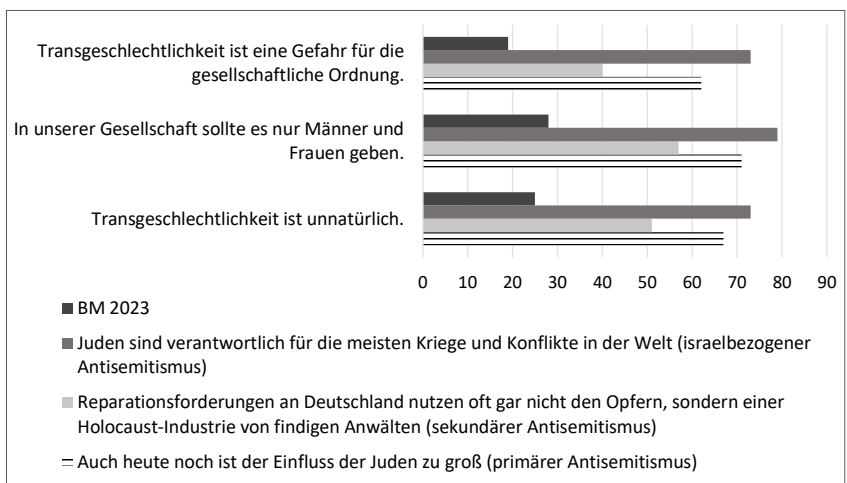


Abb. 6.5: Transfeindliche Einstellungen nach antisemitischen Ressentiments

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala; $n = 2.048$.

zustimmen und bei denen gleichzeitig antisemitische Ressentiments vorliegen, und verdeutlicht damit, welche Relevanz die in Tabelle 6.3 präsentierten Zusammenhangswerte besitzen. So übersteigt die Zustimmung zu transfeindlichen Items bei einem vorliegenden antisemitischen Ressentiment die durchschnittliche Nennung um 20 bis 50 Prozentpunkte. Antisemitische Ressentiments und die Ablehnung von Transpersonen sind eng miteinander gekoppelt.

Die schon aus ihrer Beziehung zu antisemitischen Ressentiments ablesbare Bedeutung der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als rechter Brückenideologie bestätigt sich in Tabelle 6.4. Zwischen allen Skalen, die wir zur Erfassung der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Antifeminismus, Sexismus, Transfeindlichkeit, Homosexuellenfeindlichkeit) erhoben haben, und dem Wunsch nach einer rechtsautoritären Diktatur (Offenheit für Diktatur, Einparteiensystem, starker Führer) bestehen starke bis sehr starke Beziehungen (auch Pickel et al. 2023, S. 208). Es ist daher nicht überraschend, dass sich manche Personen aus dem rechten Spektrum wünschen, dass Wladimir Putin nach Berlin kommt, um endlich das „Gender-Gaga“ zu beenden. Da dies kaum an einer echten Bedrohung aus transgeschlechtlichen Communities liegen kann, scheinen Männlichkeitsvorstellungen und Resouveränisierungswünsche, aber auch die Suche nach einem Sündenbock für die gesellschaftlich problematischen Krisenentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu wirken (Kaiser 2020). Bei den negativen Beziehungen zur Legitimität der Demokratie wird die antidemokratische Komponente ebenfalls erkennbar, wenn auch die Zusammenhänge zur Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie bemerkenswert sind. Entweder sind diese nicht signifikant oder, wie im Fall des Sexismus, sogar positiv. Was bedeutet dies? Zum einen, dass der Wunsch nach traditionellen Rollenbildern mit einer eher positiven Sicht auf das aktuelle System verbunden ist. Es bedeutet aber auch, dass es sich bei Homosexuellenfeindlichkeit, Transfeindlichkeit und Antifeminismus nicht um kurzfristige Reaktionen auf politische Entscheidungen handelt, sondern um grundlegende Vorstellungen von der Gesellschaft mit antidemokratischen Folgen.

Tabelle 6.4: Beziehungen: Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Autoritarismus

	Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie	Legitimität der Demokratie	Skala rechtsautoritäre Diktatur
Sexismus	+ .09**	-.08**	+ .61**
Antifeminismus	n. s.	-.12**	+ .62**
Homosexuellenfeindlichkeit	n. s.	-.13**	+ .63**
Transfeindlichkeit	n. s.	-.17**	+ .63**

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$; n. s. = nicht signifikant; Sexismus ist eine Ein-Item-Messung; Legitimität der Demokratie = „Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt“.

Dabei kommt es zu engen Verzahnungen mit alternativen, verschwörerischen Erzählungen aus der extremen Rechten – sowohl in Bezug auf eine Leugnung des Klimawandels ($r = .48$) als auch auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine ($r = .47$). Die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt wird von weiteren Verschwörungserzählungen ummantelt.

Geben bivariate Zusammenhangsanalysen einen guten Einblick in die Erklärungsfaktoren, in der Relation zueinander kann man die Einflüsse von Triebfaktoren nur in multivariaten Analysen – hier Regressionsanalysen – überprüfen. Wir wählen einen knappen Zugang und betrachten eine Komplettlösung mit allen unabhängigen Indikatoren. Das Ergebnis entspricht an vielen Stellen den bereits präsentierten bivariaten Analysen, bringt aber auch Überraschungen mit sich (Tab. 6.5). Zuerst wird die Dominanz rechtsextremer Einstellungen als zentrale Triebkraft für antifeministische Einstellungen sowie Homosexuellenfeindlichkeit erkennbar. Eine Verschwörungsmentalität stützt diese Wirkungsrichtung. Für Transfeindlichkeit ist der Effekt leicht schwächer, aber insgesamt immer noch deutlich signifikant. Quasi genauso starke Erklärungskraft besitzt ein Verständnis von Männlichkeit, welches dem Bild einer hegemonialen, patriarchalen und gewaltvollen Männlichkeit (Connell 1995) entspricht.²⁵ Das Streben nach Hegemonie ist auch das Stichwort bei dem starken Einfluss der sozialen Dominanzorientierung. Noch zusätzlich zu einem rechtsextremen Einfluss und über diesen hinausgreifend fördert der Wunsch nach einem Erhalt der gegenwärtigen Machtverhältnisse (hegemoniale gewaltvolle Männlichkeit) antifeministische Einstellungen, Transfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit. Letztere sogar besonders stark. Das für Analysen mit Umfragedaten extrem hohe R^2 weist auf eine sehr gute Erklärungskraft des Modells hin. Anders gesagt: Mit den einbezogenen Erklärungsfaktoren ist es uns möglich, den Großteil der Antriebskräfte für antifeministische Einstellungen, Transfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit zu erklären.

Neben den bereits genannten dominanten Erklärungsfaktoren wirkt noch der Status Mann steigernd und eine gute Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage hemmend auf die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Hinzu treten noch zwei anders gelagerte Faktoren – die Zugehörigkeit zum muslimischen Glauben und eine fundamentalistische Religionsauffassung. Sie legen einen eigenen Strang der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an. Die eingangs angesprochenen Annahmen eines ungünstigen Einflusses fundamentalistischer Religiosität bestätigen sich also (Strube et al. 2021; Kalkstein et al. 2022). Entsprechend gibt es verschiedene Pfade, die zur Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt führen, rechtsextreme

25 Die Skala wurde im Berlin-Monitor mit zwei Items erhoben „Männer haben einen rationaleren Blick auf Dinge als Frauen“ und „Ein Mann sollte dazu bereit sein, seine Frau und seine Kinder mit Gewalt zu verteidigen“ (siehe Kalkstein et al. 2022: 248–250). Die Zustimmung zur hegemonialen (gewaltvollen) Männlichkeit liegt bei um die 25 Prozent der Berliner:innen. Dies ist zweifelsohne diskutabel, da die Ursprungsüberlegungen von Connell sich auf ganze Gesellschaften beziehen und zudem andere Bilder, wie z.B. das einer Art hegemonialer Managermännlichkeit, Hierarchien ausbilden. Dies können wir hier nicht weiter ausführen, es erschien uns aber wichtig ein grundsätzliches Verständnis von Geschlechterhierarchien in der Analyse nicht außer Acht zu lassen.

Tabelle 6.5: Regressionsanalyse auf Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

	Antifeministische Einstellungen	Homosexuellenfeindlichkeit	Transfeindlichkeit
Geschlecht Mann	+ .04*	+ .04*	+ .04*
Alter	+ .07**	+ .08**	
Formal hohe Bildung			-.05*
Formal niedrige Bildung			
Migrationshintergrund			
Haushaltseinkommen			
Finanzielle Sorgen	+ .03*		
Fühle mich als Mensch zweiter Klasse behandelt	+ .08**		
Einschätzung Wirtschaftliche Lage	-.08**	-.09**	-.04*
Gerechter Anteil am Lebensstandard			
Soziales Vertrauen			
Politische Deprivation (kein Einfluss auf Regierung)	+ .08**		
Evangelische Religionszugehörigkeit		+ .06*	+ .04*
Muslimische Religionszugehörigkeit	+ .11**	+ .14**	+ .14**
Religiosität (Selbsteinschätzung)	-.04*		
Religiöser Fundamentalismus	+ .06*	+ .15**	+ .14*
Klassismus (Skala)	+ .11**	+ .08**	+ .08**
Autoritarismus (Skala)			
Esoterik (Skala)	+ .06*	+ .04*	
Verschwörungsmentalität (Skala)	+ .10**	+ .06*	+ .12**
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)		+ .04*	+ .03*
Rechtsextremismus (Skala)	+ .20**	+ .26**	+ .16**
Soziale Dominanzorientierung	+ .20**	+ .20**	+ .25**
Hegemoniale (gewaltvolle) Männlichkeit (Skala)	+ .18**	+ .18**	+ .19**
Gesamtmodellgüte R ²	.57	.61	.60

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$; Modell 1 = Erklärungsfaktoren ohne sozialpsychologische Skalen; Modell 2 = Erklärungsmodell unter Einbezug sozialpsychologischer Skalen.

Einstellungen und die Vorstellung, dass in der Gesellschaft vorhandene Hierarchien erhalten bleiben sollten, sind die zentralsten Triebkräfte.

6.6 Fazit: Markante Probleme der Geschlechterdemokratie

Die Ablehnung und Abwertung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist in Berlin 2023 Sache einer Minderheit, allerdings keiner kleinen. Selbst wenn nur ein Viertel der Berliner:innen vollständig antifeministische, transfeindliche oder homosexuellenfeindliche Einstellungen aufweisen, ist eine Größenordnung von Zustimmungen zu Einzeltens zwischen 20 Prozent und 47 Prozent nicht zu unterschätzen. Gut ist: Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird von der klaren Mehrheit der Berliner:innen anerkannt. Aus Sicht queerer, homosexueller oder transgeschlechtlicher Berliner:innen ist die schlechte Nachricht, dass es genügend Menschen mit ablehnenden Einstellungen in Berlin gibt, um sie in ihrem Leben zu beeinträchtigen und zu gefährden. Wenn bei einem Viertel der Berliner:innen transfeindliche und homosexuellenfeindlichen Einstellungen bestehen, dann ist die Grundlage für Hassverbrechen gelegt – zum einen in den Personen, die zu Gewalttaten, Beleidigungen oder Abwertung bereit sind, zum anderen durch die Duldung solcher Taten durch diesen Teil der Berliner Bevölkerung.

Hinter dieser Ablehnung steht ein breites Phänomen. Menschen, die zu Transfeindlichkeit neigen, werten oft auch Frauen und feministische Emanzipationsbewegungen ab. Sexismus, Antifeminismus und die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt kommen im Menschenbild einer beachtlichen Gruppe an Berliner:innen zusammen. Immerhin jede:r vierte Berliner:in würde es nicht akzeptieren, wenn das eigene Kind eine homosexuelle Person als Partner bzw. Partnerin mit nach Hause bringen würde, jede:r dritte Berliner:in antwortet gleiches bei einer Transperson. Dass hier Bedrohungsszenarien und der Glaube an Verschwörungserzählungen eine Bedeutung besitzen, kann klar gezeigt werden. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit antifeministischen Einstellungen und antisemitischen Ressentiments Hand in Hand gehen. Besonders häufig findet man die genannten Einstellungen im rechten politischen Spektrum. Antifeministische Einstellungen wie auch die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt existieren allerdings auch jenseits dessen. Eine fundamentalistische religiöse Einstellung, der Wunsch nach einem Erhalt der Dominanz patriarchaler Überzeugungen, das Streben nach männlicher Hegemonie sowie der generelle Wunsch danach, dass die als natürlich gesehene Hierarchien in der Gesellschaft erhalten bleiben (soziale Dominanzorientierung), sind zentrale Triebkräfte einer als Abwehrkampf verstandenen Aggression gegenüber Menschen mit anderen Vorstellungen ihrer Geschlechtlichkeit und Sexualität jenseits einer heteronormativen Ordnung.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- AfD (2021). Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.
- Anderson, K. (2015). *Modern Misogyny. Anti-Feminism in a Post-Feminist Era*. Oxford: Oxford University Press.
- Angelides, S. (2009). The Homosexualization of Pedophilia. In D. A. B. Murray (Hrsg.), *Homophobias: Lust and Loathing across Time and Space* (S. 64–81). New York: Duke University Press.
- Autor*innenkollektiv FE.IN (2019). *Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher-Verlag.
- Bitzan, R. (2016). Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 325–373). Wiesbaden: Springer VS.
- Butt, S. & Byman, D. (2020). Right-wing Extremism: The Russian Connection. *Survival* 62 (2), 137–152.
- Camino (2022). *Camino-Erhebung Transfeindlichkeit*. Berlin: Camino.
- Carrigan, T., Connell, R. & Lee, J. (1996). Ansätze zu einer neuen Soziologie der Männlichkeit. *BauSteineMänner*, 38–75.
- Chronik LSVD (2022). *Alltag: homophobe und transfeindliche Gewaltvorfälle in Deutschland. Chronik von Straftaten gegen Lesben, Schwule, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI)*, [02.03.2022].
- Connell, R. (2015). *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Connel, R. (1995). *Masculinities*. Cambridge: Polity.
- Connell, R. & Messerschmidt, J. W. (2005). Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept. *Gender & Society* 16, 829–859.
- Culina, K. (2018). Verschwörungsdanken, Antifeminismus, Antisemitismus. Die Zeitschrift Compact als antifeministisches Diskursorgan. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 91–115). Hamburg: Marta Press.
- Dohm, H. (1902). *Die Antifeministen*. Berlin: Dümmlers Verlagsbuchhandlung.
- Engelmann, H. (2019). *Antiqueere Ideologie*. Münster: Unrast.
- Fedders, J. (2018). „Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden“. Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 213–232). Hamburg: Marta Press.
- Fritzsche, C. (2021). Antifeminismus als ‚Männerproblem‘? Eine sozialpsychologische Diskussion. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1(2), 242–255.
- Fritzsche, C. (2022). Antifeminismus und Autoritärer Charakter. *Psychologie & Gesellschaftskritik* 46(1/2), 39–60.
- Goetz, J. (2019). ‚Sittliche Gefährdung samt Irreleitung des Geschlechtstriebes‘. Transfeindlichkeit und rechte Trans*personen in Österreich. In FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven* (S. 123–153). Wien/Berlin: Mandelbaum.

- Goetz, J. (2020). Der schwule Posterboy der Rechtsextremen. *Queer.de*, 26.09.2020. https://www.queer.de/detail.php?article_id=37164 (03.10.2023).
- Grubner, B. (2019). Antifeminismus und Rassismus. Denkhorizonte zum Verständnis einer beunruhigenden Liaison. In M. Lather-Näser, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 39–62). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Hark, S. & Villa, P.-I. (2015). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung*. Bielefeld: transcript.
- Hartmann, J., Klesse, C., Wagenknecht, P., Fritzsche, B. & Hackmann, K. (Hrsg.) (2007). *Heteronormativität. Empirische Studien zu Geschlecht Sexualität und Macht*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häusler, A. (2016). „Themen der Rechten“. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 135–180). Wiesbaden: Springer VS.
- Hechler, A. (2019). „Missbildung“. Interdiskriminierung in der extremen Rechten. In FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven* (S. 88–122). Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände 1* (S. 15–36). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Henninger, A. (2020). Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In A. Henninger & U. BirsI (Hrsg.), *Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?* (S. 9–42). Bielefeld: transcript.
- Henninger, A. & BirsI, U. (Hrsg.) (2020). *Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?* Bielefeld: transcript.
- Hessel, F. & Misiewicz, J. (2020). Antifeminismus und Antisemitismus in der Gegenwart – eine Fallanalyse zu Verschränkung und kultureller Codierung. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Band 8. Schwerpunkt Antisemitismus* (S. 168–179). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Höcker, C., Pickel, G. & Decker, O. (2020). Antifeminismus – Das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (S. 249–282). Gießen: Psychosozial.
- Höcker, C. & Niendorf, J. (2022). Antifeminismus als autoritäre Konfliktabwehr. *blog interdisziplinäre geschlechterforschung*, 14.06.2022. <https://www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismus-als-autoritaere-konfliktabwehr> (03.10.2023).
- Kaiser, S. (2020). *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kalkstein, F., Pickel, G., Niendorf, J., Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 245–270). Gießen: Psychosozial.
- Kemper, A. (2012). *Die Maskulinisten*. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. Münster: Unrast.
- Klammer, C. & Bechter, N. (2019). „Anti-Gender“ als kultureller Code? Theoretische Überlegungen zum gegenwärtigen Antifeminismus. In FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven* (S. 248–277). Wien/Berlin: Mandelbaum.

- Klöppel, U. (2014). Residuum der Queer History: Inter* als Restsymptom der Trennung der Geschlechter- und Sexualitätsgeschichte“. In Bundesstiftung M. Hirschfeld (Hrsg.), *Forschung im Queerformat. Aktuelle Beiträge der LSBTI*, Queer- und Geschlechterforschung* (S. 105–113). Bielefeld: transcript.
- Lang, J. (2017). Feindbild Feminismus: Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In S. Grigat (Hrsg.), *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Interdisziplinäre Antisemitismusforschung / Interdisciplinary Studies on Antisemitism*, 7 (S. 61–78). Baden-Baden: Nomos,.
- Lang, J. (2018). „Rechter“ Antifeminismus: Debatten um Geschlecht und Sexualität als Schanier in die „Mitte“ der Gesellschaft“. *Betrifft Mädchen Rechtspopulismus und Antifeminismus Nein danke!* (4), 148–153. DOI: 10.3262/BEM1804148.
- Lang, J. (2019): Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder Geschlecht als Kampfarena. <https://www.weiterdenken.de/de/2019/07/03/geschlecht-als-kampfarena> (07.05.2020).
- Lang, J. & Peters, U. (2018). Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 13–36). Hamburg: Marta Press.
- LSVD (2021). 2020 gab es drei schwulenfeindlich motivierte Morde in Deutschland, <https://www.lsvd.de/de/ct/5054-2020-gab-es-drei-schwulenfeindlich-motivierte-morde-in-deutschland> (02.03.2022).
- Lüter, A., Breitscheid, D., Greif, P., Imhof, W., Konradi, M. & Riese, S. (2022). *Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt. Zweite Ausgabe 2022. Schwerpunktthema Transfeindliche Gewalt*. Berlin: Camino.
- Lüter, A., Riese, S. & Sülzle, A. (2020). *Berliner Monitoring Trans- und homophobe Gewalt. Erste Ausgabe 2020. Schwerpunktthema Lesbenfeindliche Gewalt*. Berlin: Camino.
- Maihofer, A. & Schutzbach, F. (2015). Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- Manne, K. (2019). *Down Girl. Die Logik der Misogynie* Berlin: Suhrkamp.
- Mayer, S. (2021). Anti-Gender-Diskurse. Vom ‚gesunden Menschenverstand‘ zur ‚Politik mit der Angst‘. In S. A. Strube, R. Perintfalvi, R. Hemet, M. Metzke, C. Sahbaz (Hrsg.), *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation* (S. 35–49). Bielefeld: transcript.
- Mayer, S., Ajanovic, E. & Sauer, B. (2018). Kampfbegriff „Gender-Ideologie“. Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich. In J. Lang & U. Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 37–59). Hamburg: Marta Press
- Mayer, S. & Sauer, B. (2017). „Gender ideology“ in Austria. Coalitions around an empty signifier. In R. Kuhar & D. Paternotte (Hrsg.), *Anti-gender campaigns in Europe. Mobilizing against equality* (S. 23–40).
- Mayer, S. & Goetz, J. (2019). Mit Gott und Natur gegen geschlechterpolitischen Wandel. Ideologie und Rhetoriken des rechten Antifeminismus. In FIPU (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven* (S. 205–247). Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Meiering, D., Drizi, A. & Foroutan, N. (2018). Brückennarrative. Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. *PRIF-Report* Nr. 7-2018.
- Millet, K. (1959). *Sexual Politics*. New York: Doubleday.

- Mokros, N., Rump, M. & Küpper, B. (2021). Antigenderismus: Ideologie einer „natürlichen Ordnung“ oder Verfolgungswahn? In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die Geforderte Mitte. Rechts-extreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 246–261). Bonn: Dietz.
- Näser-Lather, M., Oldemeier, A. L. & Beck, D. (Hrsg.) (2019). Die Gesichter des Janus. Antifeminismus zwischen Backlash und anderer Moderne. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 7–38). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Niendorf, J. & Wetzel, G. (2023). Antifeminismus, ‚Anti-Gender‘ und Transfeindlichkeit in sächsischen Telegram-Kanälen und -Gruppen. *EFBI Digital Report 2023-3*.
- Notz, G. (2019). Der Antifeminismus der selbst ernannten „Lebensschützer“. In M. Näser-Lather, A. L. Oldemeier & D. Beck (Hrsg.), *Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft* (S. 235-258). Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- Pickel, G. (2022). Vorurteilsbelastete Kirchenmitglieder? Deskriptive Ergebnisse. In EKD (Hrsg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur* (S. 43–55). Leipzig: EVA.
- Pickel, G. & Niendorf, J. (2023). Die Haltung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 58–70). Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Huber, S., Liedhegener, A., Pickel, S., Yendell, A. & Decker, O. (2022). Kirchenmitgliedschaft, Religiosität, Vorurteile und politische Kultur in der quantitativen Analyse. In EKD (Hrsg.), *Zwischen Nächstenliebe und Abgrenzung. Eine interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur* (S. 24–98). Leipzig: EVA.
- Pickel, G., Schneider, V. & Decker, O. (2023). Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung. In S. Pickel, G. Pickel, O. Decker, I. Fritsche, M. Kiefer, F. Lütze, R. Spielhaus & H.-H. Uslucan (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung* (179–216). Wiesbaden: Springer VS.
- Planert, U. (1998). *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: V&R.
- Pohl, R. (2004). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. Hannover: Offizin.
- Rendtorff, B. (2004). Theorien der Differenz. Anregungen aus Philosophie und Psychoanalyse. In E. Glaser, D. Klika & A. Prengel (Hrsg.), *Handbuch Gender und Erziehungswissenschaften* (S. 102–112). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Roepert, L. (2022). Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild. *Aschkenas*, Vol. 32 (2), 279-301.
- Römer, M. (2021). Verleugnung und Projektion. In B. Heimerl (Hrsg.), *Unerhörte Stimmen. Psychoanalytische Erkundungen zu gesellschaftlichen Phänomenen* (S. 76–96). Gießen: Psychosozial.
- Rommelspacher, B. (2001). Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In W. Schubarth & R. Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz* (S. 199–219). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Roßhart, J. (2007). *Bedrohungsszenario Gender. Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming* [Magisterarbeit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Universität Potsdam]. <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/index/index/docId/1673> (03.10.2023).
- Sanders, E., Achterlik, K. & Jentsch, U. (2018). *Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der „Lebensschutz“-Bewegung*. Berlin: Verbrecher Verlag.

- Sauer, B. (2017). Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. *Politische Vierteljahresschrift* 58(1), 3–22.
- Scheele, S. (2016). *Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus‘? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe*. Gunda-Werner Institut der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin.
- Schenk, H. (1988). *Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland*. München: Beck.
- Schlecht, L. (2021). Antigenderistische Verhältnisse. Völkische Vergeschlechtlichung, Verschwörungsglaube und Antisemitismus. In A. Henninger, D. Bergold-Caldwell, S. Grenz, B. Grubner, H. Krüger-Kirn, S. Maurer, M. Näser-Lather & S. Beaufaÿs (Hrsg.), *Mobilisierungen gegen Feminismus und „Gender“. Erscheinungsformen, Erklärungsversuche und Gegenstrategien* (S. 76–91). Opladen/Berlin: Barbara Budrich
- Schmincke, I. (2018). Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17, 28–33.
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. New York: Cambridge University Press.
- Sigl, J. (2021). Zugriffe und Angriffe auf Feminismus durch die extreme Rechte. Zum Verhältnis von Antifeminismus und Rechtsextremismus. In J. Sigl, K. Kapitzka & K. Fischer (Hrsg.), *Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft* (S. 19–32). Hamburg: Alma Marta.
- Sigl, J., Kapitzka, K. & Fischer, K. (2021). *Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft*. Hamburg: Alma Marta.
- Steinberg, A. (2023). Sächsische Queerfeindlichkeit und russische Propaganda. *EFBI Digital Report* 2023-3.
- Stögner, K. (2014). *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden: Nomos.
- Stögner, K. (2017). Intersektionalität von Ideologien. Antisemitismus, Sexismus und das Verhältnis von Gesellschaft und Natur. *Psychologie & Gesellschaftskritik* 41(2), 25–45.
- Stögner, K. (2020). Von „Geldjuden“ und „Huren“. Kritik der antisemitisch-sexistischen Ideologie. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Band 8. Schwerpunkt Antisemitismus* (S. 86–93). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Streichhahn, V. (2020). Antifeminismus damals und heute: Eine Geschichte ohne Ende? In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Band 7. Schwerpunkt Kontinuitäten* (S. 14–25). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- Strube, S., Perintvali, R., Hemet, R., Metzke, M. & Sahbaz, C. (2021). *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*. Bielefeld: transcript.
- Thiessen, B. (2015). Gender Trouble Evangelisch. Analyse und Standortbestimmung. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzung* (S. 149–166). Bielefeld: transcript.
- Warner, M. (1993). *Fear of a Queer Planet: Queer Politics and Social Theory. Volume 6*. Minnesota: University Press.
- Wurthmann, C. (2023). The German transgender self-determination law: explanatory factors for support within the population. *European Journal of Politics and Gender*. <https://doi.org/10.1332/251510821X16702343170849>.

7 Multiple Krisen in Berlin und ihre Folgen. Einstellungen zum Klimawandel und russischen Angriffskrieg

Gert Pickel, Susanne Pickel & Heinrike Rustenbeck

7.1 Einführung – Aktuelle Krisen

Schlägt man heute eine Zeitung auf, dann begegnen einem zumeist Krisenmeldungen. Gleiches findet sich beim Anschalten eines Fernsehers oder Radios, zumindest wenn man Nachrichten konsumiert. Diese Meldungen erwecken den Eindruck, als würden die Krisen seit der Covid-19-Pandemie nicht mehr enden wollen. Die Pandemie schien so langsam überwunden zu sein (jenseits von weiterhin hohen Zahlen an Ansteckungen), da griff Russland die Ukraine an. Der russische Angriffskrieg wiederum brachte eine „Energiekrise“ mit sich. Diese Auseinandersetzungen zogen auch in Deutschland unterschiedliche Emotionen, Positionen und Auseinandersetzungen nach sich (Otteni & Weisskircher 2022). Finden die einen, dass man die Ukraine ohne Einschränkungen in ihrer Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg unterstützen soll, finden andere man solle doch auf eine möglichst schnelle Kompromisslösung drängen, damit z. B. auch das Gas wieder nach Deutschland fließe. Mit dem terroristischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 zündete nunmehr ein weiterer Krisenherd, der auch für das Leben in Deutschland und Berlin weitreichende Folgen hat. Und alle diese aktuellen Krisen werden von der Klimakrise oder gar „Klimakatastrophe“ eingerahmt.

Diese Auseinandersetzungen mit Krisen finden auch – und vielleicht ganz besonders – in Berlin statt. So ist Berlin die Bundeshauptstadt und der Ort für politische Auseinandersetzungen um Krisenphänomene. Im Berlin-Monitor 2023 haben wir verschiedene Einschätzungen der Bürger:innen gegenüber den genannten Krisenerscheinungen erhoben (Items im Fragebogen im Anhang; Methodik siehe Kapitel 2). Dabei konzentrieren wir uns auf die Haltungen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine sowie Einstellungen zum Klimawandel. Der Angriff der Hamas fand erst nach unserer Datenerhebung statt und somit können dessen Folgen für die Einstellungen der Berliner:innen hier nicht abgebildet werden. Allerdings wird in Kapitel 8 näher auf antisemitische Ressentiments eingegangen. Aussagen zur Covid-19-Pandemie hatten wir bereits im Berlin-Monitor 2021 aufgenommen und deswegen diesmal auf ein Item zur Corona-Verschwörungsmentalität beschränkt (Dilling & Celik 2023, S. 85–87; Pickel et al. 2019). Im Folgenden sollen die Wirkungen und Wechselwirkungen zwischen der Einschätzung der gegenwärtigen Krisenerscheinungen in der Berliner Bevölkerung mit Aspekten der politischen Kultur Berlins in Verbindung gesetzt werden.

7.2 Einstellungen zu aktuellen Krisen in Berlin

Beginnen wir unsere empirische Analyse mit der Haltung zum Klimawandel (Brettfeld et al. 2023). Neben der Frage nach gewünschten Maßnahmen gegenüber dem Klimawandel haben wir drei weitere Debatten mit Bezug zu diesem Themenfeld aufgenommen. Dies ist erstens die für eine grundsätzliche Positionierung zum Klimawandel zentrale Frage, ob es so etwas wie einen menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt (Pickel & Pickel 2022). Dieser Zusammenhang wurde in den letzten Jahren immer wieder von Seiten rechtsextremer Akteure bestritten (Otti & Weisskircher 2022; Wetzels et al. 2023). In eine ähnliche Richtung zielt die Aussage, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen übertrieben dargestellt werden. Hier werden Hinweise auf den Klimawandel als Panikmache eingeordnet. Eine zweite Dimension macht der Blick auf die besonderen Belastungen des globalen Südens auf. Diese Position wird gelegentlich als Klimarrassismus eingeordnet (Quendt et al. 2022). Man macht bei entsprechenden Aussagen deutlich, dass einem andere Länder, speziell Länder des globalen Südens nicht oder nur nachrangig interessieren. Drittens kann man in einer Politik gegen den Klimawandel auch Gefahren sehen. Ein gängiges Argument ist, dass der bestehende Wohlstand durch Klimaschutzmaßnahmen nicht gefährdet werden darf. Einer solchen Haltung wohnt eine Vorranghaltung der gerade lebenden Generation und ihrem Wohlstand gegenüber nachfolgenden Generationen inne, teilweise sind es finanzielle Sorgen, die hier bedeutsam sein können. Entsprechend wird in einem letzten Item eine Abwägung zwischen der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt eigenen Wohlstands aufgemacht (Abb. 7.1).

Darin, dass gegen den Klimawandel mehr unternommen werden müsste, sind sich die Berliner:innen relativ einig. Mehr als 80% sind zumindest etwas der Meinung, dass gegen den Klimawandel mehr unternommen werden müsste.²⁶ Über die Hälfte der Berliner:innen stimmen mehr Aktivität gegen den Klimawandel ausdrücklich und stark zu. Nicht wenige Berliner:innen wägen diese gewünschten Aktivitäten gegen den Klimawandel aber gegenüber anderen Faktoren ab. Mehr als die Hälfte von ihnen hat mindestens etwas Sorge vor Wohlstandsverlusten aufgrund von Maßnahmen gegen den Klimawandel. Es ist zu vermuten, dass die angestiegenen Energiepreise und die langen Debatten um das Heizungsgesetz des Bundeswirtschaftsministeriums ein Grund für diese Vorsicht sind. Dies schränkt allerdings den Wunsch nach Maßnahmen gegen den Klimawandel nur beschränkt ein: Auf solche Maßnahmen verzichten will nur jede:r fünfte Berliner:in.

Genauso viele Berliner:innen (20%) gehen ziemlich und häufiger davon aus, dass die Auswirkungen des Klimawandels übertrieben dargestellt werden. Gegner von Maßnahmen gegen den Klimawandel und Leugner:innen sind also in Berlin deutlich in der Minderheit. Und gerade einmal 22% stimmen zumindest etwas der Aussage zu: „Der

²⁶ Anders als in vorangegangenen Items wurden diese Haltungen nicht mit teils/teils als Mittelkategorie, sondern dem Zustimmungsggrad „etwas“ erhoben. Entsprechend ergibt sich für diese Frage eine höher Spannweite der Zustimmung. Diese wird in der Abbildung 7.1 dargestellt.

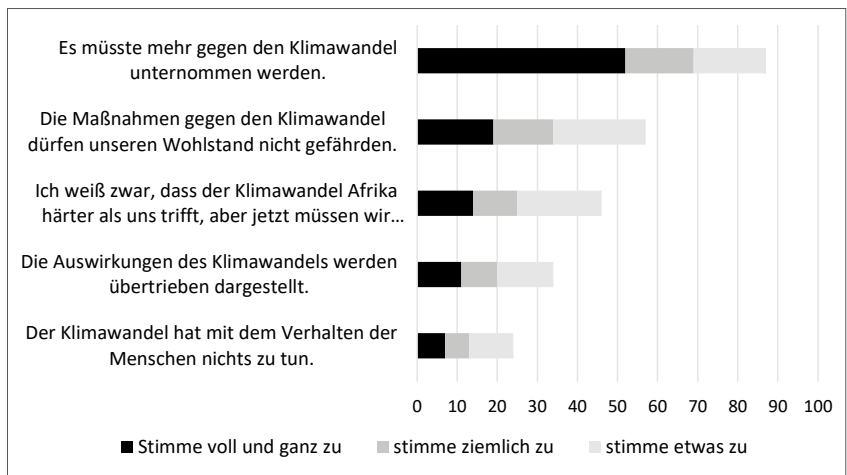


Abb. 7.1: Einstellungen zum Klimawandel in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Werte: Zustimmung in Prozent, nicht ausgewiesen: Stimme wenig zu und stimme gar nicht zu.

Klimawandel hat mit dem Verhalten der Menschen nichts zu tun“ (Abb. 7.1), wobei aber nur 13% der Berliner:innen von dieser Aussage stark bzw. ziemlich überzeugt sind. Dagegen ist die Wahrnehmung, dass der Mensch am Klimawandel maßgeblich beteiligt ist, in Berlin weit verbreitet. Bemerkenswert ist die Solidarität mit dem globalen Süden. Knapp mehr als die Hälfte der Berliner:innen setzen sich selbst nicht an die erste Stelle, was Klimaschutzmaßnahmen angeht. Jedoch stimmen immerhin 25% der Berliner:innen der hier abgefragten Vorrechtshaltung zu und befinden sich in gefährlicher Nähe zu einem Klimarassismus (zum Klimarassismus siehe auch Quendt et al. 2022). Allerdings muss man bei der Bewertung auch vorsichtig sein, da die Aussage nicht ganz eindeutig ist, kann sie doch auch suggerieren, dass man die Maßnahmen des Klimawandels nicht auf andere schieben kann. Welche Deutung die richtige ist, werden die Folgeanalysen in diesem Kapitel zeigen. Selbst wenn also die Bekämpfung des Klimawandels von der klaren Mehrheit der Berliner:innen als wichtiges Ziel angesehen wird, findet sich eine nicht kleine Minderheit, die zumindest Konditionen oder Einschränkungen für diese Maßnahmen sieht. Die Mehrheit der Berliner:innen erkennt aber die Dramatik des Klimawandels an.

Eine zweite Krise größeren Ausmaßes ist die des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Im Berlin-Monitor 2023 haben wir verschiedene Haltungen zum russischen Angriffskrieg und zur Ukraine abgefragt (Abb. 7.2). Die Berliner:innen positionieren sich zwar mehrheitlich auf der Seite der Ukraine, so zumindest der Eindruck, den man bei der Konsumtion von Medien hat, jedoch ist das Ergebnis unserer Befragung vielschichtiger. So haben die wiederholten Bedrohungen aus Moskau durchaus Einfluss auf das Denken und Fühlen der Berliner:innen. Diese Bedrohungslage wird deutlich wahrgenommen: Immerhin drei Viertel (76%) der Berliner:innen haben Angst, dass der Krieg in der Ukraine eskaliert. Mehr als ein Viertel stimmen sogar voll und ganz

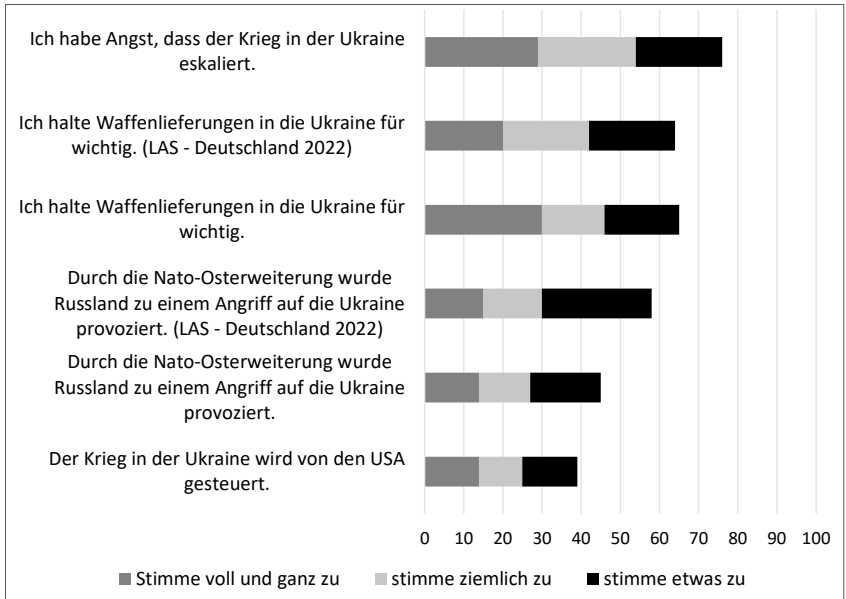


Abb. 7.2: Einstellungen zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Werte: Zustimmung in Prozent, nicht ausgewiesen: Stimme wenig zu und stimme gar nicht zu; Decker et al. (2022).

zu – und dokumentieren damit eine starke Angst vor eine Eskalation des Krieges in Europa. Vielleicht ist dies vor dem Hintergrund von Drohungen, Berlin dem Erdboden gleich zu machen, auch nachvollziehbar (Barkey 2023).

Trotz dieser Ängste ist aber eine knappe Mehrheit der Berliner:innen bereit, die Waffenlieferungen an die Ukraine als zumindest etwas wichtig zu akzeptieren. Dieser mehrheitlichen Haltung stehen allerdings gleich mehrere andere Aussagen entgegen oder begleiten sie. Und auch diese finden beachtliche Zustimmung. Ein Viertel der Berliner:innen sieht die Schuld für den russischen Angriff bei der Nato oder den USA. Weitere 14–18% stimmen den Aussagen „etwas“ zu. Damit liegen die Berliner Werte bei der Frage zur „Nato-Osterweiterung“ unter den gesamtdeutschen Zustimmungsraten, bei dem Item „Waffenlieferungen in die Ukraine sind wichtig“ hält sich das Berliner Ergebnis mit dem gesamtdeutschen Ergebnis die Waage.²⁷

Eine relative Einigkeit zwischen den Berliner:innen besteht also allein in der Angst, dass der Krieg in der Ukraine eskalieren könnte. Darüber hinaus spalten sie sich in ihrer Zustimmung auf, wobei die Befürworter:innen der Waffenlieferungen und damit

²⁷ Angesichts der unterschiedlichen Erhebungsformen beider Studien (Berlin: telefonisch und online; Deutschland: Selbstausfüller bei Face-to-Face-Zustellung) sollte man Unterschiede zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland an dieser Stelle jedoch mit Vorsicht interpretieren (Celik 2023, S. 10; Decker & Brähler 2020).

die Befürworter:innen der Politik der Bundesregierung die Mehrheit besitzen (Kolleck et al. 2022).

Nun haben wir zur Abbildung der Einstellungen zu den beiden Krisen relativ viele Items erhoben. Dies ist mit Blick auf eine breite Sicht auf die Haltungen zu den Krisen der Gegenwart gut, birgt aber für Analysen von Beziehungen und Erklärungen das Problem eines zu großen Spektrums. Zudem stecken hinter solchen Items in der Regel tieferliegende Überzeugungsstrukturen – in der empirischen Sozialforschung bezeichnet man diese als latente Dimensionen. Versucht man in diese Items eine Struktur zu bekommen und solche latenten Dimensionen zu entschlüsseln, schälen sich (in einer Faktorenanalyse) drei Dimensionen heraus.

Tabelle 7.1: Antwortdimensionen von Einstellungen zum Klimawandel und Krieg in der Ukraine

	Dimension gegen Maßnahmen gegen Klimawandel	Dimension Bedrohungsangst	Dimension Unterstützung Ukraine
Der Klimawandel hat mit dem Verhalten der Menschen nichts zu tun.	.84		
Die Auswirkungen des Klimawandels werden übertrieben dargestellt.	.82		
Die Maßnahmen gegen den Klimawandel dürfen unseren Wohlstand nicht gefährden.	.77		
Ich weiß zwar, dass der Klimawandel Afrika härter als uns trifft, aber jetzt müssen wir erst einmal auf uns schauen.	.73		
Es müsste mehr gegen den Klimawandel unternommen werden.	-.49	.60	
Ich habe Angst, dass der Krieg in der Ukraine eskaliert.		.81	
Ich halte Waffenlieferungen für die Ukraine für richtig.			.95
Der Krieg in der Ukraine wird von den USA gesteuert.			-.62
Durch die NATO-Osterweiterung wurde Russland zu einem Angriff auf die Ukraine provoziert.			-.58

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Berlin-Monitor 2023; Werte: Faktorwerte der Faktorenanalyse, Rotation oblimin bzw. schiefwinklig.

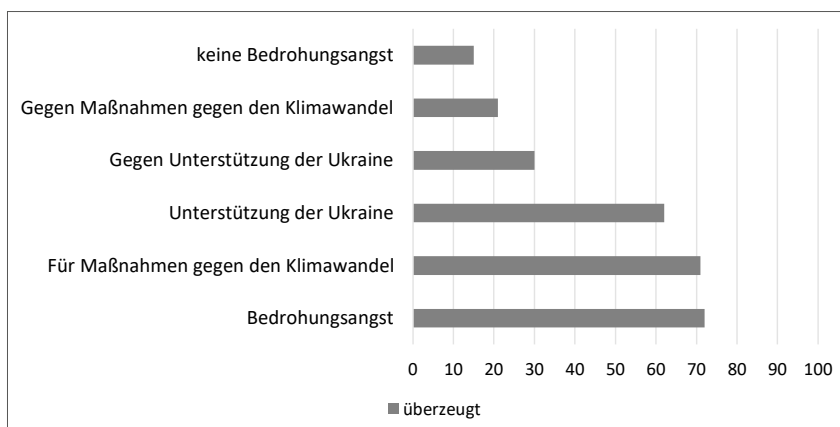


Abb. 7.3: Einstellungen zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in Berlin

Quelle: Eigene Berechnungen Berlin-Monitor 2023; Werte: Zustimmung in Prozent.

Als erstes manifestiert sich empirisch ein Gegensatz zwischen den Leugner:innen des Klimawandels und denen, die ihn als nachrangig gegenüber anderen ansehen, einerseits sowie jenen Berliner:innen, die wünschen, dass mehr gegen den Klimawandel unternommen werden muss, andererseits. Allerdings gilt dieser Gegensatz nur in Teilen. Den ein Teil derer, die mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel fordern, weist auch eine hohe Angst vor der Entwicklung des Krieges in der Ukraine auf. Man könnte sagen, dies ist eine Art Angst- oder Besorgnisfaktor vor den Krisen. Anders gesagt, die Krisen bereiten den Berliner:innen Sorgen, weil sie nur schwer in ihren Auswirkungen einzuschätzen sind. Als dritter Faktor spannt sich die Zustimmung zu Waffenlieferungen für die Ukraine mit dem Gegensatz zur Zuschreibung einer Verantwortlichkeit der NATO und der USA für den Krieg zu einer Dimension „Unterstützung der Ukraine“ auf (Tab. 7.1). Diese drei empirisch ermittelten Dimensionen werden nun für die weitere Analyse verwendet. Gelegentlich wird aus Anschaulichkeitsgründen noch auf Einzelindikatoren zurückgegriffen.

Betrachten wir die so zustande kommenden Gruppen (Abb. 7.3), so sehen sich 72% der Berliner:innen durch den Klimawandel und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zumindest herausgefordert. Da diese Dimension stärker durch die Angst vor der Eskalation des Krieges in der Ukraine getragen wird, bildet sich eine Bedrohungsangst aus. Immerhin noch 62% unterstützen konsistent die Hilfe für die Ukraine. 30% der Berliner:innen sehen die Unterstützung der Ukraine jedoch kritisch und 21% sind überzeugt gegen Maßnahmen gegen den Klimawandel (Abb. 7.3). Umgekehrt befürworten 71% solche Maßnahmen. Dabei gibt es eine gewisse Interkorrelation zwischen der Unterstützung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und Bedrohungsangst.

7.3 Klimawandel und russischer Angriffskrieg im Kontext

Es stellt sich nun die Frage, mit was diese Aussagen, die ja an aktuelle Bewertungen gebunden sind, in Beziehung stehen. Glaubt man öffentlichen Diskussionen, müssten Gegner:innen der Maßnahmen gegen den Klimawandel vor allem im rechten Spektrum zu finden und offen für Verschwörungserzählungen sein. Bei der Haltung zur Ukraine ist man sich uneinig, wer wo steht. Allerdings werden auch hier eine starke Offenheit für Russland und die Idee einer Beendigung des Krieges durch Druck auf die Ukraine mehr als misstrauisch betrachtet – und eher im Sektor extrem rechter Akteure vermutet. In Tabelle 7.2 setzen wir die zuvor gebildeten Dimensionen mit anderen Skalen in Verbindung.²⁸ Hierfür verwenden wir statistische Korrelationsanalysen.

Tabelle 7.2: Binnenbeziehungen: Rechtsextreme Angst vor Maßnahmen gegen den Klimawandel

	Dimension gegen Maßnahmen gegen Klimawandel	Dimension Bedrohungsangst	Dimension Unterstützung Ukraine
Tradierter Antisemitismus	+ .57	+ .35	– .35
Israelbezogener Antisemitismus	+ .52	+ .35	– .37
Verschwörungsmentalität	+ .58	+ .29	– .49
Skala Rechtsextremismus	+ .70	+ .29	– .42
Bedrohung: Russland	– .10	n. s.	+ .28
Soziale Distanz: Ukrainer:in	– .41	+ .08	– .30

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment-Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$.

Das Ergebnis ist recht klar: Ist man gegen Maßnahmen gegen den Klimawandel, dann besteht eine starke Affinität zu Verschwörungserzählungen und antisemitischen Ressentiments. Die statistischen Zusammenhänge sind beachtlich. Noch stärker sind die statistischen Beziehungen zur Rechtsextremismusskala: Je stärker sich die eigenen Einstellungen an ein rechtsextremes Denkgebäude annähern, desto fester verankert und häufiger besteht eine Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen. Je weniger man rechtsextremen Aussagen zustimmt, um so eher unterstützt man Maßnahmen gegen den Klimawandel. Da ist es dann auch nicht verwunderlich, dass Menschen, die eine politische, finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine befürworten, ein ähn-

²⁸ Korrelationsanalysen stellen Verbindungen zwischen zwei Items her, die in einer vollkommenen Übereinstimmung bei 1.00, in vollkommener Zusammenhangslosigkeit bei 0 landen. Sie sind eine wichtige Verknappung in der Darstellung von Ergebnissen, müsste man sonst für jede Zelle eine Kreuztabelle vorlegen.

Tabelle 7.3: Binnenbeziehungen: Mehr Klimaschutzmaßnahmen und Kriegsangst

	Es müsste mehr gegen den Klimawandel unternommen werden.	Ich habe Angst, dass der Krieg in der Ukraine eskaliert.
Tradierter Antisemitismus	-.05	+.19
Israelbezogener Antisemitismus	n. s.	+.18
Verschwörungsmentalität	-.18	+.21
Skala Rechtsextremismus	-.20	+.19
Bedrohung: Russland	+.08	+.08
Soziale Distanz: Ukrainer:in	-.21	+.07

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt-Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$.

liches Muster aufweisen – oder umgekehrt interpretiert: Die Gegner der Unterstützung der Ukraine sind häufiger offen für Verschwörungserzählungen und auch antisemitische Ressentiments. Die Zusammenhänge sind allerdings schwächer als die mit der Ablehnung von Maßnahmen gegen den Klimawandel. Auffällig ist auch die größere Offenheit oder geringere soziale Distanz gegenüber Ukrainer:innen sowie die erhöhte Bedrohungsangst vor Russland (gemessen über eine mehrere Items enthaltende Bedrohungsskala).²⁹ In dieser ordnen immerhin 53% der Berliner:innen Russland als eher oder sehr bedrohlich ein.

Die Bedrohungsängste stehen bemerkenswerterweise ebenfalls mit einer Verschwörungsmentalität und Antisemitismus in einer positiven Beziehung (Tab. 7.2). Dies überrascht etwas mit Bezug auf den ebenfalls in diesem Faktor enthaltenen Wunsch nach mehr Maßnahmen zum Klimaschutz. Deswegen haben wir die Korrelationen der beiden Einzelitems dieser Dimension noch einmal separat gerechnet (Tab. 7.3).

Das Ergebnis ist frappierend und erklärt die relativ schwachen Ergebnisse und die Ergebnisrichtung der Dimension Bedrohungsangst. Während der Wille, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen, mit einer geringeren sozialen Distanz zu Ukrainer:innen und einer geringeren Offenheit, an Verschwörungserzählungen zu glauben, zusammenhängt, ist dies bei der Angst davor, dass der Krieg in der Ukraine eskaliert, fast spiegelbildlich anders: Berliner:innen mit einer Angst vor einer Eskalation des Ukraine-Krieges weisen häufiger eine Verschwörungsmentalität auf, stehen rechts-extremen Einstellungen näher und besitzen öfter antisemitische Ressentiments. Aufgrund dieser Widersprüchlichkeit ist die Bestimmung dieser Dimension nicht einfach,

²⁹ Nur 13% der Berliner:innen würden es als unangenehm empfinden, wenn ein:e Ukrainer:in in die eigene Familie einheiratet würde. Dies ist ein beachtlich niedriger Wert.

aber zumindest erklärbar. Sie wird stärker durch die Angst vor einer Eskalation des russischen Angriffskrieges als von dem Wunsch nach Maßnahmen gegen den Klimawandel getragen.

Was prägt aber nun die entsprechenden Einstellungen? Will man die Triebkräfte für die ausgewiesenen Haltungen bestimmen, benötigt es eine multivariate Analyse. Hierzu haben wir in der Folge eine Regressionsanalyse eingesetzt (Tab. 7.4).

Am besten lassen sich Einstellungen gegen Maßnahmen gegen den Klimawandel erklären. Sie sind nicht nur im rechten politischen Spektrum verbreitet, was ein beta-Wert von .19 belegt, sondern korrespondieren mit allen Dimensionen einer autoritären Dynamik (Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, Aberglaube). Am stärksten von allen Indikatoren fällt der Wunsch nach einem Erhalt der bestehenden hierarchischen gesellschaftlichen Ordnung aus (soziale Dominanzorientierung). Hier scheint eine Resstitutionskraft gegen Veränderungen in der Gesellschaft wirksam, die durch das Festhalten an Positionen und Hierarchieverhältnissen Menschen Sicherheit zu geben scheint. Das Problem ist, dass auf diesem Wege gleichzeitig die Abwertung anderer sozialer Gruppen das eigene Selbstwertgefühl sichert. Das kann sich äußern in Sexismus, wo man Frauen eine untergeordnete Position in der Gesellschaft zuweist, Rassismus, wo man gleiches mit Menschen tut, die man als fremd liest, und Klassismus, wo Menschen in prekären Lebenslagen als leistungsscheu beschrieben werden (Meulenbelt 1987; Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2023). Männer oder Migrant:innen stehen den Maßnahmen gegen den Klimawandel etwas skeptischer gegenüber als andere soziale Gruppen. Aber generell ist der Einfluss der Sozialstruktur begrenzt. Dominant wirken sozialpsychologische Konstrukte sowie das Gefühl, politisch benachteiligt zu werden.

Noch stärker als bei der Abneigung gegenüber Maßnahmen gegen den Klimawandel wirkt die Verschwörungsmentalität negativ auf die Unterstützung der Ukraine. Sie ist der dominante Erklärungsfaktor für eine Gegnerschaft zur Unterstützung der Ukraine – und das Fehlen einer Verschwörungsmentalität der stärkste für eine Unterstützung der Ukraine. Hier sind es Verschwörungserzählungen, russische Fake News und Systemopposition, die sich der Unterstützung der Ukraine entgegenstellen. Gestützt werden sie wieder durch die soziale Dominanzorientierung (Sidanius & Pratto 1999). Eine formal hohe Bildung und das Gefühl, dass die Wirtschaftslage positiv ist, stärkt die Unterstützung der Ukraine. Eine ungünstige Wahrnehmung der Wirtschaftslage in Deutschland reduziert auch den Unterstützungswunsch.

Die Bedrohungsängste lassen sich erneut schwieriger erklären. Verschwörungsmentalität und die Offenheit für Aberglaube – zwei zentrale Elemente der Projektion in der autoritären Dynamik – erweisen sich als förderlich für diese Ängste (Adorno 1973; Kiess et al. 2022). Auch eine ungünstige Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und finanzielle Sorgen fördern die Bedrohungsangst. Hohe Bildung wirkt zumindest in geringem Umfang als Puffer. Untersucht man allein die Angst vor einer Eskalation des Krieges in der Ukraine (in Tab. 7.4 in Klammern), dann ist bei einem geringen Gesamterklärungsgrad (R-Quadrat) allein noch der Glauben an Aberglaube oder Verschwörungserzählungen von Relevanz. Sie steigern die Ängste vor einer Eskalation des Krieges.

Tabelle 7.4: Regressionsanalyse auf antimuslimische Einstellungen

	Dimension gegen Maßnahmen gegen Klimawandel	Dimension Bedrohungsangst (Angst, dass Krieg in Ukraine eskaliert)	Dimension Unterstützung Ukraine
<i>Sozialstrukturelle Indikatoren</i>			
Geschlecht: Mann	+ .09		
Alter (hoch)			
hohe formale Bildung		-.08	+ .09
niedrige formale Bildung			
Migrationshintergrund	+ .06		
Konfessionslosigkeit			
Ich bin religiös			+ .08
Haushaltseinkommen			
<i>Ökonomisches und soziales Kapital</i>			
Finanzielle Sorgen		+ .09	
Einschätzung Wirtschaftliche Lage im Land (positiv)		-.16	+ .16
Gerechter Anteil am Lebensstandard (gerecht)			
Soziales Vertrauen			+ .09
Engagement in einer zivilgesellschaftlichen Bewegung			
<i>Politische Faktoren</i>			
Politische Deprivation (kein Einfluss auf Regierung)	+ .14		
Rechts-Links-Skala (Ausrichtung: rechts)	+ .19	+ .18	
<i>Sozialpsychologische Skalen</i>			
Autoritarismus (Skala)	+ .15		
Aberglaube (Skala)	+ .16	+ .17 (+.09)	
Verschwörungsmentalität (Skala)	+ .15	+ .24 /+.21)	-.39
Soziale Dominanzorientierung	+ .20		-.14
Gesamtmodellgüte R²	.56	.21 (.07)	.30

Quelle: Eigene Berechnungen, standardisierte beta-Werte der linearen Regression; Methode: paarweise; ** signifikant bei $r < .001$; * signifikant bei $p < .05$; leere Zellen repräsentieren keinen statistischen Effekt; Überprüfung der Kollinearität ergab als höchsten VIF-Wert 1.8, womit keine Kollinearität vorliegt. In Regressionsanalysen wird statistisch ermittelt, welchen Einfluss ein Indikator oder eine Skala unter Berücksichtigung anderer Einflussfaktoren auf eine abhängige Variable besitzt.

Jedoch existieren diese Ängste im Allgemeinen und sind teils zufällig verteilt in der Berliner Bevölkerung. Und Sorgen muss man sich ja auch machen dürfen. Allein, die Sorgen werden durch Fake News befördert und verstärkt.

7.4 Krisen, Demokratie und demokratischer Zusammenhalt

Doch sind diese Haltungen zum Klimawandel und zum Krieg in der Ukraine nun für die Demokratie schädlich? Um dies zu prüfen, setzen wir unsere ermittelten Dimensionen sowie die beiden Einzelvariablen in der Bedrohungsdimension mit Faktoren der politischen Kulturforschung in Beziehung. Zum einen mit den Indikatoren für die Legitimität der Demokratie und der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie in Deutschland, zum anderen mit Items aus der Rechtsextremismusskala, die positive Haltungen zu einer rechtsautoritären Diktatur abbilden (Tab. 7.5). Damit erheben wir die Beziehungen zu dem Wunsch nach einem starken Führer, der Akzeptanz einer Diktatur und den Wunsch nach einer einzigen starken Partei, die eine imaginäre Volksgemeinschaft verkörpert (Einparteienherrschaft).

Das Ergebnis ist eindeutig: Berliner:innen, die Maßnahmen gegen den Klimawandel fordern, unterstützen die Demokratie als Staatsform und in ihrem gegenwärtigen

Tabelle 7.5: Beziehungen zu demokratischen und antidemokratischen Items

	Dimension gegen Maßnahmen gegen Klimawandel	Es müsste mehr gegen Klimawandel unternommen werden.	Dimension Bedrohungsangst	Habe Angst, dass Krieg in Ukraine eskaliert.	Dimension Unterstützung Ukraine
Legitimität der Demokratie	-.17	+.22	-.09	n. s.	+.30
Demokratiezufriedenheit	-.17	+.31	-.17	n. s.	+.35
Befürwortung Diktatur	+.49	-.08	+.26	+.13	-.28
Befürwortung starker Führer	+.54	-.09	+.26	+.12	-.31
Befürwortung Einparteienherrschaft	+.53	-.16	+.17	+.15	-.32

Quelle: Eigene Berechnungen, Pearsons Produkt/Moment Korrelationen; alle Werte signifikant bei $r < .001$.

Zustand (Hövermann et al. 2021). Dabei grenzen sie sich von Diktatur, einem Einparteiensystem oder auch einer starken Führungspersönlichkeit ab. Genau Spiegelbildlich gilt dies nun für die Gegner von Maßnahmen gegen den Klimawandel (Tab. 7.5; Dimension gegen Maßnahmen gegen Klimawandel). Sie äußern sehr oft autokratische Überzeugungen und ihr Verhältnis zur Demokratie ist insgesamt getrübt. Die Beziehungen zu den antidemokratischen, autoritären Überzeugungen fallen dabei weitaus stärker aus als die zur demokratischen politischen Kultur. Vermutlich sind unter den Befürwortern eines starken Führers auch Berliner:innen, die von sich sagen, eine Demokratie zu wollen. Aber eben eine zentral gelenkte, was mit Demokratietheorien nicht im Einklang steht (Pickel & Pickel 2023a; siehe auch Kapitel 4).

Auch der Ruf danach, die Ukraine zu unterstützen, findet sich häufiger unter Demokrat:innen. Die Befürwortung einer Diktatur oder eines starken Führers mindert den Wunsch nach Unterstützung der Ukraine – oder umgekehrt. Entsprechend lassen die unterschiedlichen Krisen auch antidemokratische Haltungen aufleben. Wobei es schwierig ist zu bestimmen, ob Menschen mit antidemokratischen Haltungen per se gegen Maßnahmen der Regierung votieren oder die Kausalrichtung von den Krisen zu den antidemokratischen Positionen läuft. Kaum leugnen kann man aber die wechselseitige Bestärkung. Am wenigsten lässt sich zur Bedrohungsangst sagen. Die Effekte sind am geringsten, wobei eine stärkere Offenheit für die Bedrohungsszenarien und die Angst vor einer Eskalation des Krieges bei antidemokratisch denkenden Berliner:innen erkennbar wird. Möglicherweise ist der schon belegte hohe Zusammenhang dieser Bedrohungsangst mit dem Glauben an Verschwörungserzählungen erklärbar. Diese stellen dann ein oder sogar das Bindeglied zwischen der Bedrohungsangst und antidemokratischen Positionen dar.

Insgesamt zeigt sich eine deutliche Verzahnung von aktuellen Positionen zu den Krisen und Maßnahmen in diesen Krisen mit demokratischen bzw. antidemokratischen Überzeugungen. Man kann zwar die Wirkungsrichtung nicht exakt bestimmen, aber eine Wechselbeziehung ist statistisch stabil zu erkennen. Anders gesagt: In Krisenzeiten treten demokratische oder antidemokratische Grundpositionen stärker zu Tage und die Krisen erweisen sich begrenzt als förderlich für eine Demokratie (siehe schon Lipset 1981).

Die beobachtbare Polarisierung bringt die Frage mit sich, wie die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien zum Umgang mit den beiden Krisen stehen (Kulin et al. 2021). Zur Illustration greifen wir im Folgenden auf Einzelvariablen zurück, da diese die Einstellungen etwas plastischer abbilden. Die Haltung, dass der Klimawandel nicht menschengemacht sei, wird in der Regel abgelehnt. Interessanterweise lehnen auch zwei von drei AfD-Anhänger:innen diese Aussage ab. Zwar ist der Anteil unter AfD-Wähler:innen, die den Klimawandel als nicht menschengemacht sehen, relational die höchste, aber eine Mehrheit der Wählerschaft ist dies nicht. Zudem ist man nur 6-Prozentpunkte von der Wählerschaft der FDP entfernt. Wenig überraschend ist die Zustimmung zu dieser Aussage unter den Anhänger:innen der Grünen am geringsten ausgeprägt (Abb. 7.5). Dort ist auch die Sorge, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel unseren Wohlstand gefährden, am geringsten. Die Struktur über die Wähler:

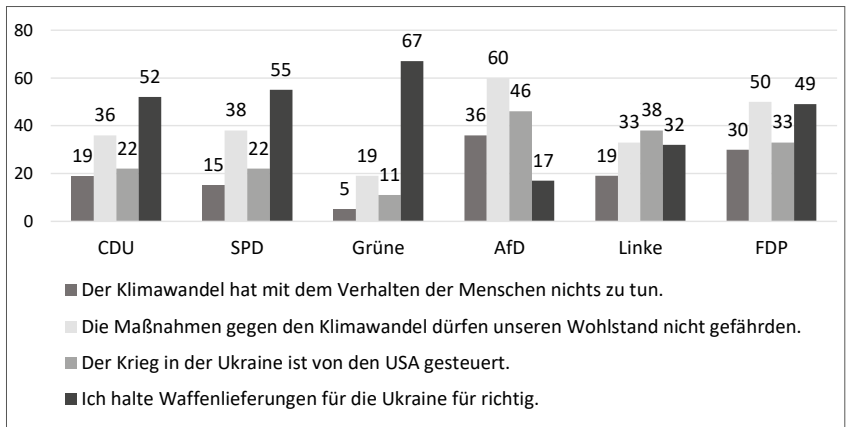


Abb. 7.4: Klima und Krieg nach Parteiwählerschaft

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in einer Anhängerschaft einer Partei in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala.

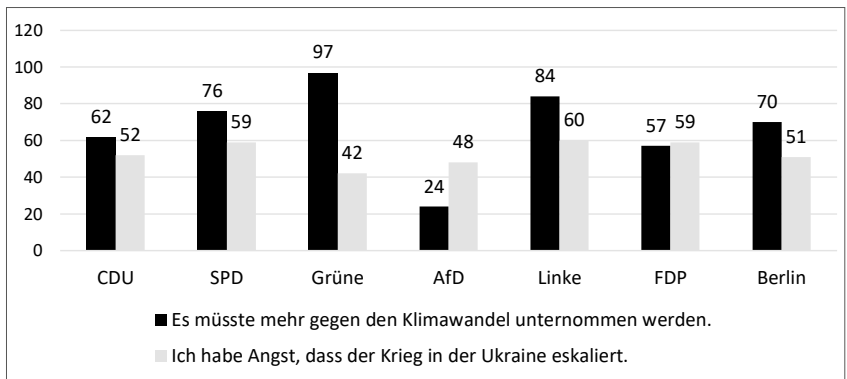


Abb. 7.5: Klima- und Kriegssorgen nach Parteiwählerschaft

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichteter Datensatz; Werte: Zustimmung in einer Anhängerschaft einer Partei in Prozent, stimme stark zu und stimme eher zu bei 4-Punkt-Antwortskala.

schaften der Parteien bleibt auch bei den Positionen zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine ähnlich. Allerdings werden die Distanzen größer. Während 67% der Grünen-Wähler:innen die Waffenlieferungen für richtig halten, gefolgt von den Wähler:innen SPD (55%) und der CDU (52%), fällt diese Zustimmung bei Wähler:innen der AfD auf 17%. Dafür sicherlich mitverantwortlich ist die Annahme bei 46% der AfD-Anhänger:innen, dass der Krieg in der Ukraine durch die USA gesteuert wird. Dies ist der mit Abstand höchste Wert unter allen Berliner Parteiwählerschaften. Gleichzeitig ist es nicht einmal die Hälfte der AfD-Wähler:innen, was auf eine gewisse Zerrissenheit hindeutet.

Schauen wir noch auf die Items der Bedrohungsdimension. Es ist intuitiv für kaum jemanden überraschend, dass sie Wähler:innen der AfD und der Grünen die jeweiligen Gegenpole in dem Wunsch nach Maßnahmen gegen den Klimawandel sind (Ottens & Weiskircher 2022, S. 321). Aber in allen Parteien außer der AfD unterstützen klare Mehrheiten den Wunsch nach mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel. Bei der Angst, dass der Krieg in der Ukraine möglicherweise eskaliert, ist die Struktur ähnlich, aber die Differenz viel geringer. Hier scheint es, dass es nur begrenzt parteipolitische Differenzierungen gibt und eher individuelle Ängste dominieren.

7.5 Fazit: Krisen als Nahrung für antidemokratische Einstellungen

Die multiplen Krisen werden von der Berliner Bevölkerung sehr wohl wahrgenommen – und beunruhigen viele Berliner:innen. So ist die Angst vor einer Eskalation des russischen Angriffskriegs in der Ukraine durchaus verbreitet, ist etwas häufiger aber in den Bevölkerungsteilen zu finden, die der Demokratie kritisch und autoritären Lösungen positiv gegenüberstehen. Nicht, dass man es falsch versteht: Dies gilt keineswegs für alle, die Angst vor einer Kriegseskalation haben. Kommt aber der Glaube an Verschwörungserzählungen hinzu, steigen die Ängste merklich an. Die russische Medienoffensive mit ihren Fake News zeigt an dieser Stelle Wirkung.

Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen auf breite Zustimmung, auch über die Anhängerschaften der meisten politischen Parteien hinweg. Allein die AfD weicht hier massiv vom Konsensbild ab, auch wenn in Konsequenz nur ein Drittel der AfD-Wähler:innen einen menschengemachten Klimawandel leugnet. Deutlich häufiger wird sowohl von ihnen als auch von den Anhänger:innen der FDP das Argument der Wohlstandsgefährdung durch Klimamaßnahmen zum Tragen gebracht. Insgesamt sehen die meisten Berliner:innen Maßnahmen gegen den Klimawandel als wichtig an. Allerdings wird dies von Differenzierungen gegenüber Hilfen für Länder des globalen Südens oder der Angst vor einem Wohlstandsverlust begleitet. Die Haltung zum Klimawandel eignet sich dabei gut als Keil, den man in die Bevölkerung schlagen kann – und potenziell für die Zukunft als Narrativ für eine Vertiefung bestehender Polarisierung (Pickel & Pickel 2023b).

Auch hinsichtlich der Waffenlieferungen in die Ukraine besteht eine überwiegende Zustimmung in Berlin. Diese ist allerdings niedriger als zu Maßnahmen gegen den Klimawandel. Und sie wird von massiven Ängsten über eine Eskalation des Krieges begleitet – und teilweise auch bestimmt. Fake News, russische Narrative und auch rechte politische Positionen befördern diese Ängste. So kursieren mittlerweile durchaus beachtete Verschwörungserzählungen über eine Steuerung des Krieges durch die USA und eine Auslösung durch die NATO. Solche Erzählungen wirken nicht Ängste reduzierend. Dies zeigt auch die multivariate Analyse: Eine Verschwörungsmentalität, also die Bereitschaft von Berliner:innen an Verschwörungstheorien zu glauben, ist der mit Abstand stärkste Faktor für die Ablehnung der Unterstützung der Ukraine, mit der darüber hinaus häufiger auch antidemokratische Einstellungen verbunden sind. Letztere korrelieren sogar noch stärker mit einer kritischen Position gegenüber Maßnahmen

gegen den Klimawandel. In beiden Fällen zeigt sich eine Polarisierung, die sich auch im Parteiensystem erkennen lässt und die bereits in den politischen Überzeugungen oder Haltungen gegenüber der Regierung angelegt sein dürfte. Allerdings bestärken Krisen diese Polarisierung und bieten ihnen neue Inhalte für Kampagnen (Pickel & Pickel 2023b).

Es ist nicht zu leugnen, dass die multiplen Krisen in der Berliner Bevölkerung Sorgen und Ängste hinterlassen. Nicht selten werden diese jedoch durch Verschwörungserzählungen und Fake News verstärkt. Daneben ordnen sich die Positionen oft entlang der bestehenden politischen Polarisierung und scheinen auch eine wahltaktische Bedeutung zu besitzen. Dass Krisen für eine Demokratie eine Herausforderung sind, kann man in Berlin gut erkennen. Gleichzeitig wird deutlich, dass niemand der für Maßnahmen gegen den Klimawandel in Berlin eintritt, in irgendeiner Minderheitenposition ist. Gleiches gilt für die Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen. Dass antidemokratische Kräfte dagegen mobilisieren, bleibt allerdings auch ein Fakt. Aufgabe der Politik wird in Zukunft daher sein, nicht nur die Krisen zu bekämpfen, sondern auch den Panik schürenden Erzählungen gute und klare Gegenerzählungen entgegenzusetzen. Denn in Teilen kann man in Krisen auch von einem „*rally around the flag*“-Effekt profitieren, wenn es einem gelingt, ein gemeinsames Narrativ aufzubauen (Kizilova & Norris 2023). Denn nichts ist für eine Demokratie toxischer als kursierende Verschwörungserzählungen – und dies besonders in Krisenzeiten.

Literatur

- Adorno, T. W. (1973). *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Barkey, S. (2023). Raketen auf den Bundestag und das Kanzleramt: Medwedew droht Berlin. *Berliner Zeitung*, 23.03.2023.
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, ., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). *Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels, Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz und Einstellungen zu Regelverletzung und zivilem Ungehorsam als Protestformen*. Wiesbaden: MOTRA-Verbund Monitoringssystem und Transferplattform Radikalisierung
- Celik, K. (2023). Stichprobe und Methode der Repräsentativbefragung. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 10–16). Springer: zu Klampen.
- Decker, O., Yendell, A., Heller, A. & Brähler, E. (2022): Krieg in Europa – Konflikte in der Welt. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & . Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 127–160). Gießen: Psychosozial.
- Dilling, M. & Celik, K. (2023). Antisemitismus und Verschwörungsmentalität während der Covid-19-Pandemie in Berlin. In G. Pickel, O. Decker & K. Reimer-Gordinskaya (Hrsg.), *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt* (S. 79–105). Springer: zu Klampen.
- Falk, A., Fallak, M. & Stötzer, L. (2022). Sorgen der Menschen um den Klimaschutz: Wie zufrieden sind die Deutschen mit der Klimapolitik? Wie groß ist die Sorge vor den Folgen des Klimawandels? *ECONtribute Policy Brief Series 038*. Bonn/Köln: www.econtribute.de.

- Hövermann, A., Kohlrausch, B. & Voss-Dahm, D. (2021). Anti-demokratische Einstellungen: Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. *Policy Brief der HBS-Forschungsförderung Nr. 7*, September 2021.
- Kizilova, K. & Norris, P. (2023). „Rally around the Flag“ effects in the Russian-Ukraine war. *European Political Science*; <https://doi.org/10.1057/s41304-023-00450-9>.
- Kolleck, N., Schuster, J. & Fobel, L. (2022). *Einstellungen Jugendlicher zum Krieg in der Ukraine*. Leipzig: Forschungsprojekt MetaKLuB – Metavorhaben zur Förderrichtlinie „Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen“. https://www.uni-leipzig.de/fileadmin/ul/projekte/metaklub/Einstellungen_Jugendlicher_zum_Krieg_in_der_Ukraine.pdf (23.11.2023).
- Kulin, J., Johansson Sevä, I. & Dunlap, R. (2021). Nationalist ideology, rightwing populism, and public views about climate change in Europe. *Environmental Policy* 30(7), 1111–1134.
- Meulenbelt, A. (1987). *Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus*. Reinbek: Rowohlt.
- Otteni, C. & Weisskircher, M. (2022). AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. *FJSB* 35(2), 317–335.
- Quendt, M., Richter, C. & Salheiser, A. (2022). *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. München: Piper.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2023a). *Die Bürger in der Demokratie*. München: Kohlhammer.
- Pickel, G. & Pickel, S. (2023b). From Prejudice to Polarization and Rejection of Democracy. *Analyse & Kritik* 45 (1), 55–84.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (Hrsg.) (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Die herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (Hrsg.) (2019). *Der Berlin-Monitor. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, S. & Pickel, G. (2022). Politische Unterstützung und Systempersistenz unter Einfluss des Klimawandels. In E. Baltz, S. Kosanke & S. Pickel (Hrsg.), *Parties, Institution and Preferences. The Shape and Impact of Partisan Politics* (S. 331–364). Wiesbaden: Springer VS.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2023). *Arm aber sexy? Klassismus in Berlin*. Springe: zu Klampen. (i.E.)
- Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). *Social dominance. An intergroup theory of social hierarchy and oppression*. New York: Cambridge University Press.
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023). *Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland* (MOTRA-Spotlight, 03/23). Wiesbaden: MOTRA-Verbund Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung.

8 Die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft

Rechtsextreme Einstellung, antisemitische Ressentiments und das autoritäre Syndrom in Berlin

Oliver Decker, Fiona Kalkstein, Kazim Celik & Gert Pickel

Gegenwärtig geht von einer rechtsextremen Ideologie die größte Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft aus. Verschiedene Elemente dieser Ideologie werden in weiten Teilen der Bevölkerung geteilt. Warum sie derart Verbreitung finden, gehört zu den drängenden Fragen. In diesem Kapitel werden die Verbreitung und Ausprägung von Elementen der rechtsextremen Einstellung aus dem Jahr 2023 berichtet und mit den vorhergehenden Erhebungen des Berlin-Monitors und den Leipziger Autoritarismus Studien verglichen. Am Beispiel des Antisemitismus und damit entlang einer der gefährlichsten antidemokratischen Brückenideologien bestimmen wir auch den Einfluss auf das Zustandekommen von Ressentiments.

Wir haben auch 2023 wieder den Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung eingesetzt (Decker et al. 2013; Heller, Brähler & Decker 2020), den Fokus aber auf vier der sechs Dimensionen gelegt (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, tradierten Antisemitismus, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit). Eine Dimension dieser Ideologie, der Antisemitismus, findet sich allerdings auch in Zusammenhang mit anderen politischen Orientierungen wieder. Da es sich beim Antisemitismus um ein Ressentiment mit einer psychischen und sozialen Funktion handelt und dabei seine Äußerung einer sozialen Sanktion unterliegt, ist es in seinen Erscheinungsformen äußerst wandelbar. Deshalb wurden zusätzlich zum tradierten Antisemitismus auch israelbezogener Antisemitismus und Schuldabwehrantisemitismus in die Erhebung aufgenommen (Decker, Kiess & Brähler 2018a; Kiess et al. 2020).

Als größter Einflussfaktor auf die rechtsextreme Einstellung konnte in der Vergangenheit der Autoritarismus beschrieben werden (zuletzt: Decker, Kiess & Brähler 2023). Die Elemente des autoritären Syndroms sind inhaltlich allerdings nicht an die rechtsextreme Ideologie gebunden, vielmehr sind die Betonung von Konventionen, der Wunsch nach einer Autorität, die Aggressionen gegen scheinbar abweichendes Verhalten genauso wie die Verschwörungsmentalität und der Aberglaube an höhere Mächte in den unterschiedlichsten politischen Milieus anzutreffen. Weil sie die Basis der liberalen Demokratie bedrohen, wurden sie ebenfalls mit erhoben und die Ergebnisse in diesem Kapitel berichtet.

8.1 Elemente der rechtsextremen Einstellung in Berlin 2023

Was als Rechtsextremismus bezeichnet wird, ist mit seiner ideologischen Orientierung auf die Ungleichwertigkeit von Menschen zwar inhaltlich zu begrenzen, nicht jedoch auf ein bestimmtes politisches Milieu. Darüber täuscht schon der Begriff selbst hinweg. „Extrem“ kennzeichnet als lateinisches Lehnwort etwas, was von außen kommt oder nach außen geht. Ob es sich um den Wunsch nach einer Diktatur handelt, den Antisemitismus oder die Ausländerfeindlichkeit (Greiffenhagen & Sozialwissenschaftliches Institut 1981; Bergmann & Erb 1991a; Lamnek 1993; Wittenberg 2000; Decker et al. 2022b), mit dem Begriff „Rechtsextremismus“ ging lange Zeit die lieb gewordene Fiktion der Abgrenzbarkeit dieser destruktiven Ideologie einher. Weil aber diese antidemokratische Einstellung gerade nicht ist, was der Begriff behauptet, sondern ihre Elemente vielmehr in der Breite der Bevölkerung vorhanden sind, haben wir bereits früh den Zusammenhang zur gesellschaftlichen „Mitte“ hergestellt (Decker, Niedermayer & Brähler 2003; Decker & Brähler 2006).

Mit dem Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung haben wir unter dem Eindruck der 1990er Jahre zum ersten Mal deren Verbreitung auf sechs Dimensionen gemessen (Decker, Niedermayer & Brähler 2003). Zum Einsatz kamen im Berlin-Monitor 2023 vier Dimensionen (s. Tab. 8.2; ohne Sozialdarwinismus und NS-Verharmlosung). Den Probanden steht dafür eine fünfstufige, unipolare Likert-Skalierung zur Verfügung. Für die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse werden zusammengefasste Prozentangaben berichtet. Da nicht alleine wichtig ist, wer zustimmt, sondern auch wie viele Menschen ablehnen bzw. teilweise zustimmen, werden die fünf Antwortmöglichkeiten zur besseren Vergleichbarkeit in drei Kategorien zusammengefasst: Ablehnung, latente sowie manifeste Zustimmung (siehe Tab. 8.1). Den Blick nur auf die ausdrückliche Zustimmung zu richten, hieße die Bedrohung der Demokratie zu unterschätzen.

Tabelle 8.1: Berechnung der manifesten und latenten Zustimmung entlang der verwendeten Skala

Antwortkategorie	Lehne völlig ab	Lehne überwiegend ab	Stimme teils zu/ teils nicht zu	Stimme überwiegend zu	Stimme voll und ganz zu
Skalenwert	1	2	3	4	5
Inhaltliche Zuordnung	Ablehnung		Latente Zustimmung	Manifeste Zustimmung	

Wir sprechen bei der mittleren Kategorie von latenter Zustimmung, da sie den Befragten die Möglichkeit gibt, sozial erwünscht zu antworten, und dennoch dem Inhalt der extrem rechten Aussagen in Teilen zuzustimmen. Entsprechend bildet die „teils/teils“-Antwortkategorie ein rechtsextremes Potenzial ab. Um dieses Potenzial in unseren

Analysen abzubilden, werden wir im Folgenden zwischen latenter und manifester Zustimmung differenzieren.

In Tabelle 8.2 haben wir die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen in der Gesamtbevölkerung 2022 (D) und in Berlin 2023 (B) abgebildet. Die rechtsextreme Einstellung wurde mit zwölf Items in vier Dimensionen erfasst. Diese umfassen die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und den tradierten Antisemitismus als Bestandteil der Neo-NS-Ideologie sowie Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus als Subdimension des Ethnozentrismus. Bei der vergleichenden Interpretation ist zu berücksichtigen, dass es zu sogenannten Mode-Effekten kommen kann: Denn während im Rahmen des Berlin-Monitors eine telefongestützte Erhebung durchgeführt wurde, stützt sich die Leipziger Autoritarismus Studie auf eine repräsentative Face-to-Face-Befragung in den Haushalten der Befragten, bei der die Befragten den Fragebogen mit den politischen Einstellungswerten ausgehändigt bekommen. In der Regel ist die Ausrichtung der gegebenen Antworten an die soziale Erwünschtheit in diesem Fall niedriger. Weiterhin erfolgte die Befragung im Rahmen des Berlin-Monitors zu einem deutlich späteren Zeitpunkt nach der Leipziger Autoritarismus Studie.

Mit der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur erfassen wir die Ablehnung einer pluralistischen und liberal-demokratischen Regierungsform und die gleichzeitige Hinwendung zu einer autoritären Gesellschaftsordnung, die gespeist wird durch das Phantasma einer homogenen Volksgemeinschaft. Ihre Befürwortung fällt höher aus als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tab. 8.2). Knapp 20% und damit einer von fünf Berlinerinnen und Berlinern stimmt der Aussage zu, dass es derzeit einen Führer braucht, „der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“.

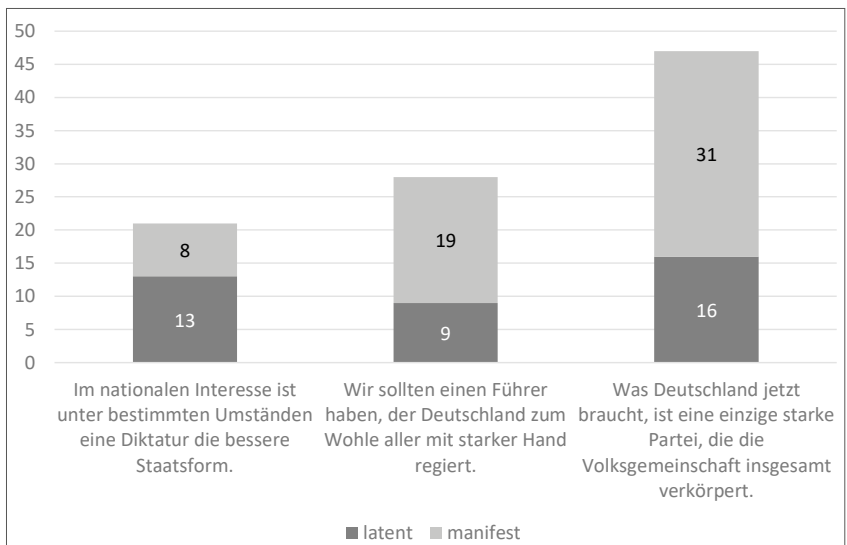


Abb. 8.1: Latente und manifeste Zustimmung zu den Aussagen der Dimension Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur in Berlin (in %)

Tabelle 8.2: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin 2023 verglichen mit der bundesweiten Verbreitung 2022 (in %)

	Ablehnung		Latente Zustimmung		Manifeste Zustimmung	
	D	B	D	B	D	B
Dimensionen der Neo-NS-Ideologie						
<i>Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur</i>						
1. Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	84	80	11	13	5	8
2. Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	78	72	15	9	7	19
3. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	61	53	24	16	15	31
<i>Tradiertem Antisemitismus</i>						
4. Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	71	73	22	12	7	15
5. Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	77	78	17	9	6	13
6. Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	76	79	17	9	7	13
Dimensionen des Ethnozentrismus						
<i>Ausländerfeindlichkeit</i>						
7. Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	43	42	30	30	27	28
8. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	55	65	24	17	21	18
9. Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	47	51	27	20	26	30

Tabelle 8.2: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin 2023 verglichen mit der bundesweiten Verbreitung 2022 (in %) (Fortsetzung)

	Ablehnung		Latente Zustimmung		Manifeste Zustimmung	
	D	B	D	B	D	B
<i>Chauvinismus</i>						
10. Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	41	36	29	21	30	44
11. Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	49	45	30	23	21	33
12. Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	51	50	30	20	19	30

„D“ = Ergebnisse für die Bundesrepublik aus der Leipziger Autoritarismus Studie 2022;

„B“ = Ergebnisse für Berlin, Erhebung im Rahmen des Berlin-Monitors 2023

Der Wunsch nach einer „starken Partei“ ist in Berlin 2023 am deutlichsten ausgeprägt. Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten wollen diese Aussage ablehnen, 16% stimmen ihr ausdrücklich zu. Der Ruf nach einem „Führer“ ist nicht ganz so deutlich ausgeprägt. Aber fast jeder achte Proband kann der Diktatur etwas abgewinnen (Abb. 8.1).

Die zweite Dimension der rechtsextremen Einstellung ist der tradierte Antisemitismus, der Ressentiments gegenüber Jüdinnen und Juden erfasst. In den Aussagen werden Bilder über jüdische Menschen kreiert, die schlussendlich deren aggressive Abwertung und Verfolgung legitimieren. Tradiertes Antisemitismus, der sich direkt äußert und ohne Umwege auf Jüdinnen und Juden bezieht, unterliegt in der Regel starker sozialer Reglementierung. Er ist – oder war es bis jetzt – sozial verpönt. Entsprechend fanden sich üblicherweise weniger manifeste als latente Zustimmungswerte, so auch in den zum Vergleich herangezogenen Ergebnissen der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (vgl. Tab. 8.2): bei allen drei Items zeigt sich ein höherer manifeste Zustimmungswert, die Äußerungen sind seltener in der Latenz.

Der Antisemitismus zeigt sich in Berlin also deutlich manifest ausgeprägt (Abb. 8.2). Jeder zehnte stimmt den Aussagen jeweils zu, mindestens jeder achte Befragte will sie nicht ablehnen. Die paranoide Phantasie eines „zu großen Einfluss von Juden“ lehnen nur 72% der Berliner ab.; Gerade bei dieser Einstellungsdimension ist die soziale Sanktion einer offenen Äußerung des Ressentiments sonst besonders hoch. Wir

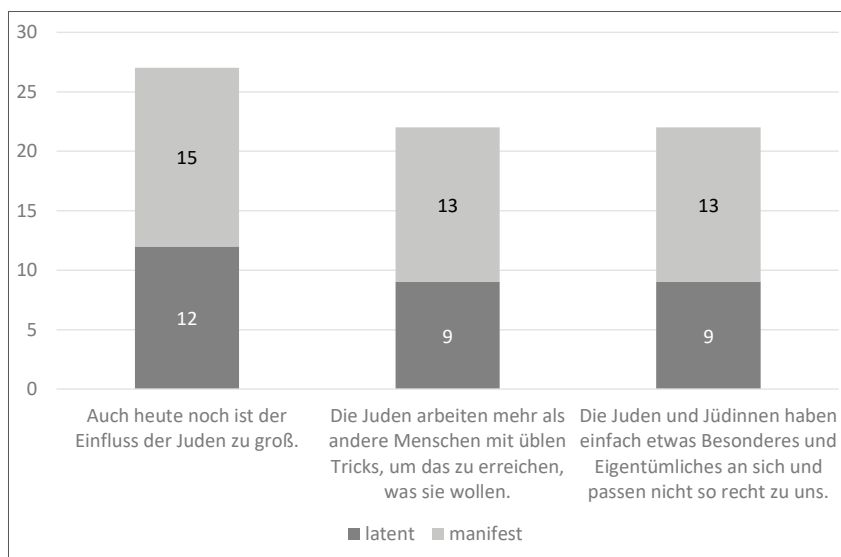


Abb. 8.2: Latente und manifeste Zustimmung zu den Aussagen der Dimension tradierter Antisemitismus in Berlin (in %)

können also davon ausgehen, dass wir den Zustimmungswert sogar noch unterschätzen. Bereits vor dem 7. Oktober 2023, dem Terrorüberfall der klerikal-faschistischen Hamas auf israelische Zivilisten, müssen wir in Berlin eine hohe offene Zustimmung zu antisemitischen Aussagen feststellen, er markiert eine anwachsende Bedrohung des jüdischen Lebens in Berlin: so ist gut jeder siebte der Auffassung, dass der „Einfluss der Juden zu groß“ sein, ähnlich viele stimmen auch den beiden anderen Items zu (13%). Bezieht man die latente Zustimmung mit ein, so sind wir bereits bei über 20% und damit mehr als einem von fünf, die den antisemitischen Aussagen teilweise oder gänzlich zustimmen.

Die beiden Dimensionen des *Ethnozentrismus* fassen ein übersteigertes Nationalgefühl und damit die Aufwertung der Eigengruppe (Chauvinismus) sowie mit der Ausländerfeindlichkeit die Abwertungsbereitschaft von „Fremden“. Da diese Prozesse psychodynamisch miteinander einhergehen, verwundert es nicht, dass die Dimensionen beide gleichzeitig hohe Zustimmung erreichen. Dies ist ein bekanntes Phänomen und entspricht auch den Erfahrungen aus früheren Umfragen (vgl. Tab. 8.2), das Ausmaß ist jedoch erheblich. Gut einer von vier Berliner Bürgerinnen und Bürgerin ist der Auffassung, „Ausländer“ kämen nur in die Bundesrepublik, „um den Sozialstaat auszunutzen“.

Wie Abbildung 8.3 zu entnehmen ist, ist das Ressentiment gegenüber Migranten in Berlin am deutlichsten ausgeprägt. Nur etwas mehr als jeder Dritte lehnt die Aussage ab, dass Migranten nur wegen des Sozialstaats zuwandern. Jeder zweite stimmt der völkischen These einer „Überfremdung“ der Bundesrepublik durch Zuwanderung zu. In Anbetracht des hohen Migrantenanteils in Berlin überraschen diese sehr deutlichen

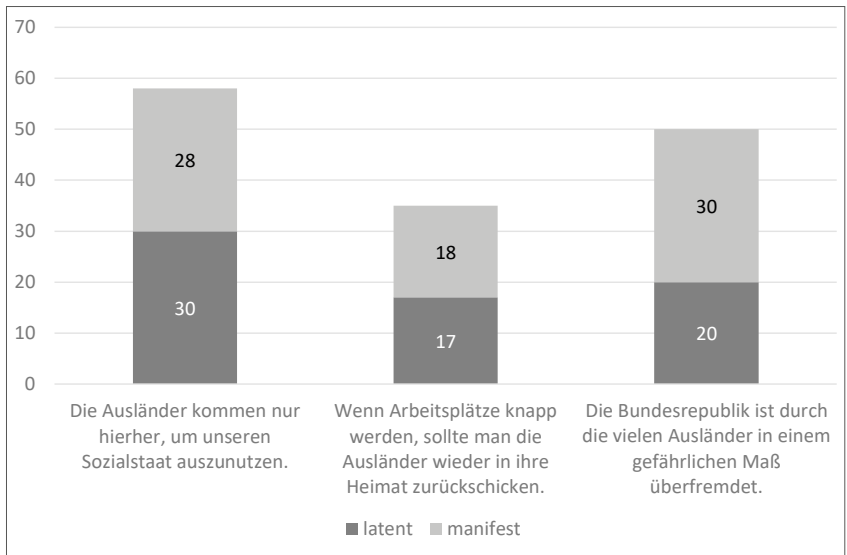


Abb. 8.3: Latente und manifeste Zustimmung zu den Aussagen der Dimension Ausländerfeindlichkeit in Berlin (in %)

Zustimmungswerte, widersprechen sie doch der „Kontakthypothese“, nach der Umgang mit diffamierten Gruppen Vorurteile abbauet. Hinzu kommt, dass bei dieser Dichte die Aussagen auch für Migranten selbst zustimmungsfähig sein müssen.

Diese besondere Attraktivität von ethnozentrischer Propaganda zeigt sich auch in der vierten Dimension, der Zustimmung zum Chauvinismus (vgl. Abb. 8.4). Ohne Abstriche kann jeweils mehr als jeder fünfte Befragte den Aussagen zustimmen, die Nähe zu diesen Inhalten geben mit ihrer latenten Zustimmung jeweils mindestens jeder Dritte zu erkennen. Im Grunde zeigt sich hier eine Idee von Volks- und Schicksalsgemeinschaft, die einen sehr großen Wunsch nach nationaler Identifikation teilt und auch zu erkennen gibt, dass sich dieser Wunsch auch in einem Dominanzverhältnis zu anderen Nationen realisieren soll.

Für Abbildung 8.5 wurden die Zustimmungswerte der einzelnen Items zu ihren jeweiligen Dimensionen zusammengefasst. Abgebildet sind die manifeste und die latente Zustimmung zur rechtsautoritären Diktatur, zum Chauvinismus, zu Ausländerfeindlichkeit und zum Antisemitismus. Wer über alle drei Aussagen einen Wert größer oder gleich 12 erreicht, hat eine manifest ausgebildete Einstellung in diesen Dimensionen, wer Werte größer acht und unter 12 erreicht, zeigt eine hohe Neigung zu diesen Aussagen, wir sprechen von einer latenten Einstellung. Durch diese Trennwerte wird die Zustimmung insgesamt konservativer geschätzt. Dennoch finden sich die hohen Werte der Einzelitems auch hier wieder.

Der Chauvinismus erfährt die höchsten manifesten und latenten Zustimmungswerte, mehr als die Hälfte der Berliner Bevölkerung stimmt den Aussagen gänzlichen oder

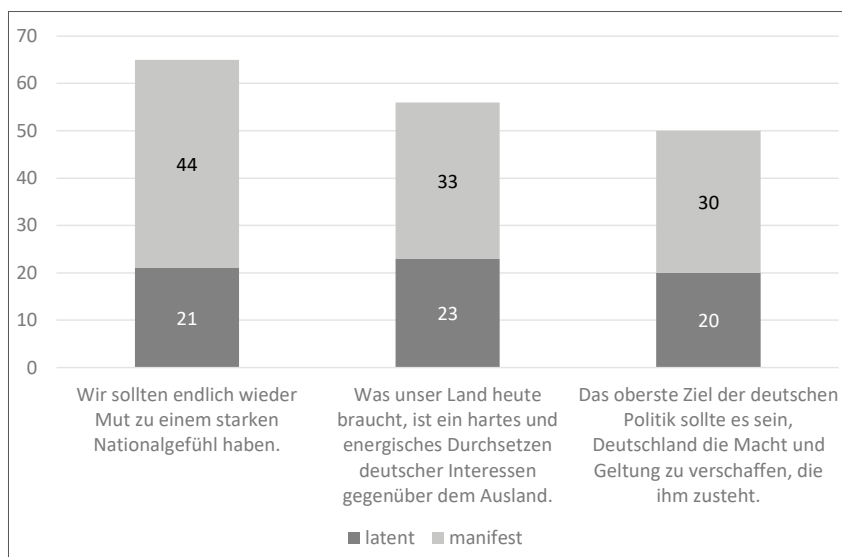


Abb. 8.4: Latente und manifeste Zustimmung zu den Aussagen der Dimension Chauvinismus in Berlin (in %)

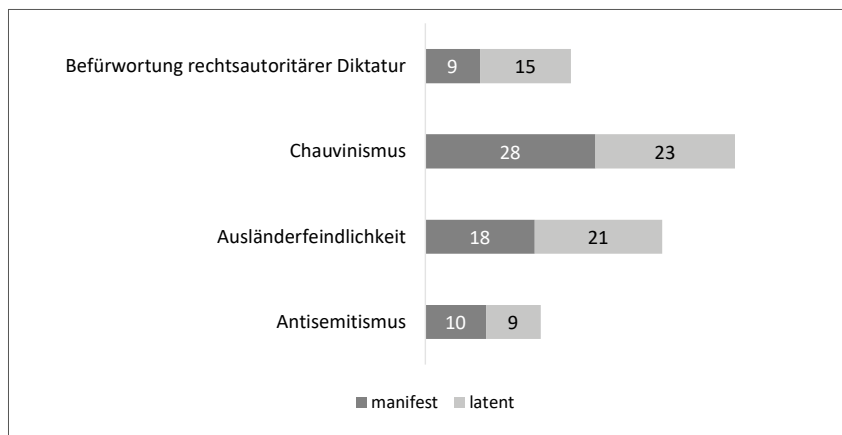


Abb. 8.5: Latente und manifeste Zustimmung zu allen drei Aussagen in den Dimensionen (in %)

teilweise zu. Gleich dahinter kommen die Ausprägungen der Ausländerfeindlichkeit, die manifest zwar deutlich niedriger ausgeprägt ist, sich jedoch durch weitere 21% latente Zustimmung auszeichnet. Die geringste latente Zustimmung erfährt der Antisemitismus, was ungewöhnlich ist. Erklären lässt es sich durch die hohen manifesten Zustimmungswerte. Wir fassen die latente Zustimmung als eine Form von Zustimmungspotenzial, welches sich radikalieren und zum Beispiel zu manifester Zustimmung werden kann. Diejenigen, die den Aussagen „teilweise“ zustimmen, sind unentschlossen,

wollen nicht zustimmen, sind aber auch nicht gänzlich überzeugt, dass die Aussagen falsch sind. Als solche „Wackelkandidaten“ können sie unter Umständen ihre Haltung festigen – und potenziell der rechtsextremen Einstellungen manifest zustimmen. Dass der Antisemitismus so wenig latente Zustimmung erfährt und gleichzeitig so hohe manifeste Ausprägungen erfasst wurden, spricht für diese Entwicklung. Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung in der Berliner Bevölkerung wollen wir nun genauer betrachten.

8.2 Die Entwicklung der rechtsextremen Einstellung über die Jahre 2019–2023

Im Folgenden gehen wir auf die Entwicklung der Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen im Zeitverlauf ein. Hierzu werden die Daten aus den Erhebungen 2019, 2021 und 2023 des Berlin Monitors für jede Dimension dargestellt (vgl. Pickel, Reimer-Gordinskaya & Decker 2019; Pickel, Decker & Reimer-Gordinskaya 2023). In den folgenden Grafiken geben die Prozentwerte den Anteil Befragter an, die den jeweiligen Aussagen im Mittel manifest zustimmen.

Bereits bei einer ersten Überschau wird sichtbar, dass in allen Dimensionen ein Anstieg zu verzeichnen ist. Ausnahmslos allen Items wird häufiger zugestimmt als noch vor zwei Jahren. Betrachtet man zusätzlich das Jahr 2019, so wird die steigende Tendenz für die letzten vier Jahre sichtbar. In Abbildung 8.6 sind die Zustimmungswerte der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ abgebildet. Während 2019 noch jeder Fünfte der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ zustimmte, war es 2021 bereits jeder vierte und 2023 knapp ein Drittel der Befragten. Auch die Zustimmung zu den anderen beiden Dimensionen hat sich im Vergleich zu 2019 verdoppelt.

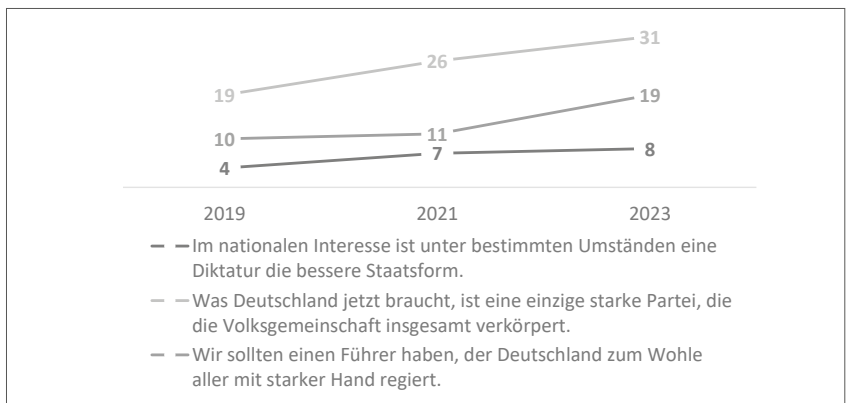


Abb. 8.6: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Berlin Monitor 2019, 2021 und 2023 (Neo-NS-Ideologie, in %)

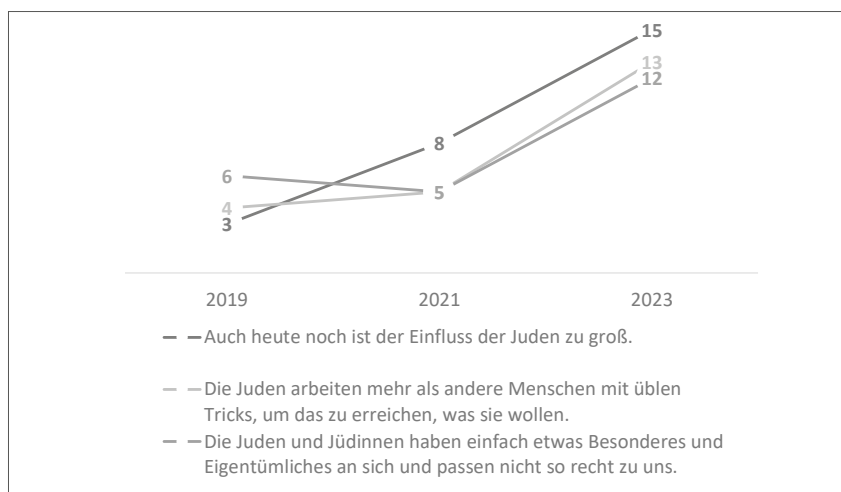


Abb. 8.7: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension Antisemitismus, Berlin Monitor 2019, 2021 und 2023 (Neo-NS-Ideologie, Zustimmung in %)

Betrachtet man die Zustimmungswerte zu den antisemitischen Aussagen, so ist der Anstieg noch frappierender (vgl. Abb. 8.7). Dem Eindruck, dass „auch heute noch [...] der Einfluss der Juden zu groß“ sei, wurde 2019 in Berlin lediglich von 3% der Bevölkerung manifest zugestimmt. Dieser Wert hat sich bis 2023 verfünffacht. Gut jeder siebte Berliner stimmt 2023 der Aussage zu. Nur einen geringfügig milderen Anstieg zeigen die anderen beiden Aussagen zum tradierten Antisemitismus: Dass die Juden mit üblen Tricks arbeiten, glauben dreimal so viele wie noch 2019, und davon, dass Juden und Jüdinnen „einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich“ haben, sind 12% überzeugt – doppelt so viele wie 2019. Die hohen Zustimmungswerte sind auch deshalb alarmierend, da der offene Antisemitismus seit den 1980er Jahren in Westdeutschland sozial unerwünscht ist. Dies bedeutet nicht, dass die Deutschen keine antisemitischen Ressentiments hegen, vielmehr halten sie diese nur für nicht sagbar und bedienen sich eher einer Umwegkommunikation, die wir im israelbezogenen und im Schuldabwehrantisemitismus erheben (s. u.). Die Möglichkeit des Sagbaren hat sich verschoben.

Einer solchen sozialen Erwünschtheit unterliegen ausländerfeindliche Einstellungen nicht (Abb. 8.8). Die manifeste Zustimmung ist sowohl im gesamten Bundesgebiet (vgl. Tab. 8.2) als auch in Berlin hoch. Galt Berlin jedoch in den letzten Jahren noch als „Insel“ mit verhältnismäßig geringen Zustimmungswerten, liegen sie dieses Jahr im bundesdurchschnitt – und sind damit im Zeitverlauf deutlich angestiegen. Die Überfremdungsangst der Berlinerinnen und Berliner hat sich von 2019 auf 2023 mit dreißig Prozent Zustimmung mehr als verdoppelt. Die Einschätzung, dass „Ausländer“ nur hierherkommen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“, sowie die Forderung, „Ausländer wieder in ihre Heimat zurück[zuschicken“, erfahren mit 18 bzw. 28% sogar dreimal mehr Zustimmung als noch 2019.



Abb. 8.8: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension Ausländerfeindlichkeit Berlin Monitor 2019, 2021 und 2023 (Ethnozentrismus, in %)

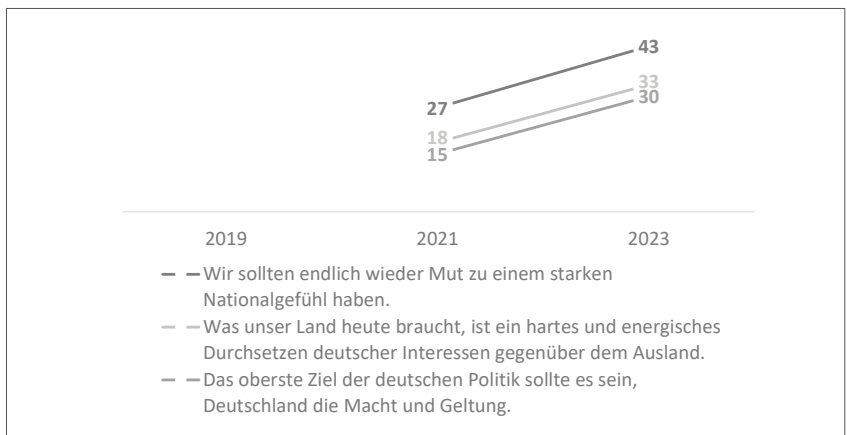


Abb. 8.9: Anteil der manifesten Zustimmung zur Dimension Chauvinismus Berlin Monitor 2021 und 2023 (Ethnozentrismus, in %)

Chauvinistische Einstellungen (Abb. 8.9) wurden im Jahr 2019 nicht erfasst, aber bereits der Vergleich zu den Zustimmungswerten 2021 zeigt einen Anstieg um 15 Prozentpunkte bei allen Aussagen – und dies bei einem bereits hohen Ausgangsniveau. Im überhöhten Nationalgefühl zeigt sich ein beträchtliches Mobilisierungspotenzial rechtsextremer Ideologie, welches unter bestimmten Umständen abrufbar wird.

8.3 Rechtsextreme Einstellungen nach Soziodemografie und Parteiwahlen

Neben der Häufigkeit rechtsextremer Einstellungen und der Entwicklung im Zeitverlauf soll im Folgenden ihre Verteilung je nach Bildungsgrad, Parteipräferenz und Migrationshintergrund in den Blick genommen werden. In Tabelle 8.3 sind die gebündelten Zustimmungswerte jeder Dimension je nach Bildungsgrad³⁰ illustriert.

Tabelle 8.3: Manifeste Zustimmung zu Rechtsextremen Einstellungen je nach Dimension und Bildungshintergrund (in %)

	Niedriger Bildungsgrad	Mittlerer Bildungsgrad	Hoher Bildungsgrad
<i>Neo-NS-Ideologie</i>			
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	9	5	11
Tradierter Antisemitismus	8	3	14
<i>Ethnozentrismus</i>			
Ausländerfeindlichkeit	22	19	16
Chauvinismus	36	23	28

Sichtbar wird, dass Bildung keineswegs vor rechtsextremen Einstellungen schützt. In den beiden Dimensionen der Neo-NS-Ideologie ist die Gruppe mit hohem Bildungsgrad auch diejenige, die am häufigsten manifest zustimmt. Die niedrigsten Zustimmungswerte zeigen diejenigen mit mittlerem Bildungsgrad, bei niedrigem Bildungsgrad steigen die Werte wieder leicht an. Besonders Auffällig ist dieses Muster beim Antisemitismus. Unter denjenigen mit geringer formaler Bildung liegt der mittlere Zustimmungswert bei 8%, dieser Wert sind noch einmal deutlich bei der Gruppe mit mittlerer formaler Bildung auf 3%. Bei denjenigen mit hoher formaler Bildung verfünffacht sich der Zustimmungswert auf annähernd 14%. In den ethnozentrischen Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus zeigen Personen mit geringer formaler Bildung die höchsten Werte, gut jeder vierte ist hier manifest ausländerfeindlich eingestellt und mehr als jeder dritte vertritt chauvinistische Haltungen.

³⁰ Bildungsgrade wurden je nach Schulabschluss aufgeteilt: Niedriger Bildungsgrad = von der Schule abgegangen ohne Haupt-/Volksschulabschluss oder Haupt-/Volksschulabschluss (oder frühere 8-klassige Schule); Mittlerer Bildungsgrad = Mittlere Reife/ Realschulabschluss, Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse oder Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschulabschluss); Hoher Bildungsgrad = die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur (Gymnasium bzw. EOS) ohne abgeschlossenes Hochschul-/Universität oder abgeschlossenes Universitäts-/ Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium.

Tabelle 8.4: Rechtsextreme Einstellungen im Berlin Monitor 2023 je nach Parteiwahl (Sonntagsfrage; in %)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	Die Linke	Grüne	AfD	Gehe nicht zur Wahl
<i>Neo-NS-Ideologie</i>							
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	8	16	8	10	8	20	2
Tradierter Antisemitismus	12	20	10	11	9	10	4
<i>Ethnozentrismus</i>							
Ausländerfeindlichkeit	18	18	12	14	6	55	25
Chauvinismus	29	35	39	22	14	63	41

Wie verbreitet die einzelnen Elemente der rechtsextremen Ideologie unter den Anhängern der verschiedenen Parteien sind, ist Tabelle 8.4 zu entnehmen. Hier wird deutlich, dass unter den Anhängern der AfD zwar der Anteil der ausländerfeindlich und chauvinistisch Eingestellten am größten ist – jeweils mehr als die Hälfte stimmt allen drei Aussagen dieser Dimensionen zu –, aber die Antworten bei anderen Dimensionen eine so klare Abgrenzung nicht zulässt. Eine rechtsautoritäre Diktatur kann sich jeder sechste SPD-Wähler vorstellen, unter den Linken ist es noch jeder Zehnte. Erschreckend ist der Befund, dass unter den Anhängern der CDU, SPD und der Linken sich jeweils so viele Menschen finden, die allen drei Aussagen mit tradiert-antisemitischen Inhalt ausdrücklich zustimmen können. Unter den Wählern der SPD teilt jeder Fünfte die Ressentiments offen. Und selbst der Anteil der Antisemiten unter den Wählern der Bündnisgrünen ist kaum von dem unter den AfD-Wählern zu unterscheiden.

Die Zustimmung zum tradierten Antisemitismus ist bei den Deutschen mit Migrationshintergrund am deutlichsten ausgeprägt, das gilt auch für die Dimensionen des Ethnozentrismus, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus. Der Anteil von Migranten an der Stichprobe bildet nicht ihren Anteil an der Bevölkerung ab, andererseits gewährleistet das repräsentative Sampling mit einer Zufallsstichprobe dennoch einen Einblick, der sonst nicht möglich ist. Die Zahlen weisen also ein in jedem Fall bestehendes Bedrohungspotential für die Demokratie aus und belegt noch einmal die von uns bereits seit Anfang der 2000er Jahre aufgestellte „Mitte“-These: Es gibt keine Milieus in der Gesellschaft, die als Schutzraum der Demokratie gegenüber den „extremen Rändern“ gelten können. Der Schutz des Gewonnenen und die Identifikation mit einer Nation sind als Wünsche offensichtlich stärker ausgeprägt und es fällt Deutschen mit Migrationshintergrund auch leichter, diese offen einzugestehen. Es bedarf der Solidarität mit den von der Diffamierung und Ausgrenzung Betroffenen – und das sind oft Migranten.

Tabelle 8.5: Manifeste Zustimmung zu Dimensionen des Rechtsextremismus je nach Migrationshintergrund (in %)

	Berliner Gesamtbevölkerung	Deutsch ohne Migrationshintergrund N = 1778	Deutsch mit Migrationshintergrund N = 172	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft N = 69
<i>Neo-NS-Ideologie</i>				
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	9	8	25	3
Tradierter Antisemitismus	10	9	26	0
<i>Ethnozentrismus</i>				
Ausländerfeindlichkeit	18	17	29	3
Chauvinismus	28	28	38	2

Trotzdem muss auch der Blick für die Tatsache geöffnet werden, dass autoritäre Dynamiken in der Gesellschaft in ihrer Wirkung nicht begrenzt sind – auch Migranten sind ihnen ausgesetzt und auch sie zeigen entsprechende autoritäre Reaktionen.

8.4 Das Bedürfnis nach Autorität und die autoritären Aggressionen – Autoritarismus in Berlin 2023

Autoritarismus gehört zu den Haupteinflussfaktoren auf die antidemokratische Einstellung. Das Konzept wurde in der Weimarer Republik entwickelt und findet in der Forschung nun seit gut 100 Jahren Verwendung und Bestätigung (zuerst: Horkheimer, Fromm & Marcuse 1936; Adorno et al. 1950). Kennzeichen dieses sowohl auf der Psychoanalyse als auch auf der Gesellschaftswissenschaft basierten Ansatzes ist, dass es eine gesellschaftliche Dynamik mit einer individuellen Reaktion verbindet (Decker, Schuler & Brähler 2018; Decker et al. 2020). Die autoritäre Dynamik in einer Gesellschaft – also die beständige Anpassungsforderung von Seiten gesellschaftlicher Institutionen – bringt im Individuum eine paradoxe Reaktion hervor: Im *autoritären Syndrom* finden wir sowohl den Wunsch nach Unterwerfung unter eine Gruppe und nach autoritärer Führerschaft als auch die Suche nach jenen, die sich nicht entsprechend anpassen oder zur eigenen Gruppe gehören. Das Bedürfnis nach Autorität besteht dabei unabhängig von der bewussten politischen Orientierung – es kann zwar gewissermaßen „leichter“ entlang einer Ideologie der Ungleichwertigkeit wie dem Rechtsextremismus Befriedigung finden, aber auch sozial-konforme oder progressive Ziele gestatten es, autoritäre Aggressionen gegenüber scheinbar Abweichenden zu befriedigen (Decker et al. 2022a; Decker 2023).

Tabelle 8.6: Sadomasochistische Dimensionen des autoritären Syndroms in der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 (D) und im Berlin Monitor 2023 (B) in %

Sadomasochistischer Autoritarismus	Lehne ab		Teils / teils		Stimme zu	
	D	B	D	B	D	B
1. Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind. (Autoritäre Aggression)	24	24	28	22	48	54
2. Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen. (Autoritäre Unterwürfigkeit)	48	52	30	25	22	23
3. Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden. (Konventionalismus)	37	47	36	24	28	29

Zur Erfassung autoritärer Einstellungen haben wir die drei Dimensionen des klassischen (sadomasochistischen) Autoritarismus erhoben (vgl. Beierlein et al. 2014; Heller et al. 2020). In Tabelle 8.6 haben wir die Ergebnisse dargestellt. *Autoritäre Unterwürfigkeit* erfasst das Verlangen danach, sich von einer starken Führungsperson führen zu lassen, die eigene Entscheidungsgewalt an diese abzugeben und sich (vermeintlich) Stärkeren unterzuordnen. Hier unterscheiden sich die Berliner Bürgerinnen und Bürger mit 23 % Zustimmung nicht groß von der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung. Ähnliches gilt für die Neigung, Konventionen überzubetonen und Traditionen nicht zu hinterfragen, die wir als *Konventionalismus* erfassen. Über die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner stimmt der Aussage, dass „bewährte Verhaltensweisen [...] nicht in Frage gestellt werden“ sollten, voll und ganz oder zumindest teilweise zu. Die andere Hälfte lehnt die Aussage ab. Hier liegen die Berliner sichtbar über dem Bundesdurchschnitt (37%). Unterwerfung und Anpassung sind Quellen der Aggression, da sie dem Subjekt auch immer Verzicht und Triebkontrolle abverlangen, die unangenehm sind. Da diese Aggression nicht gegenüber den Autoritäten, denen man sich unterwirft, ausgeglichen werden kann, entlädt sie sich gegenüber Schwächeren und Dissidenten. Diese *Autoritäre Aggression* ist in Berlin stärker ausgeprägt: Über die Hälfte der Bevölkerung ist der Ansicht, dass „Unruhestifter [...] deutlich zu spüren bekommen“ sollten, „dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind“. Weitere 20% stimmen der Aussage teilweise zu. Lediglich jeder vierte Berliner Bürger teilt die Ansicht nicht.

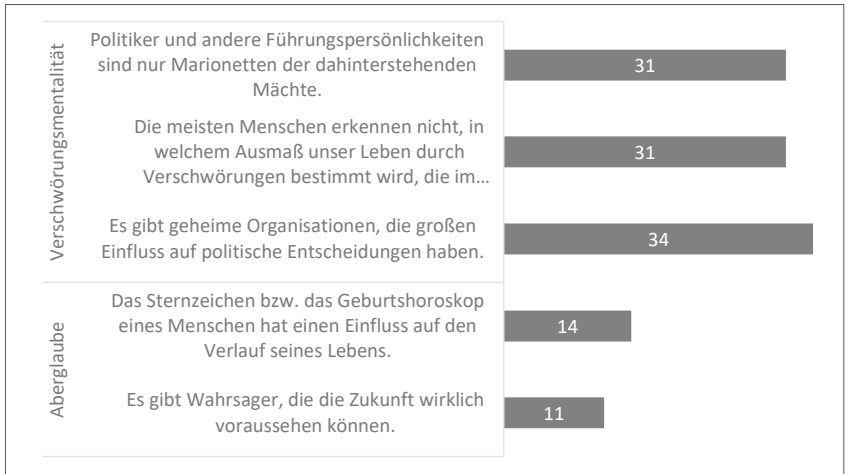


Abb. 8.10: Manifeste Zustimmung zu den Dimensionen Verschwörungsmentalität und Aberglaube im Berlin Monitor 2023 (in %)

Verschwörungsmentalität und *Aberglaube* gehören ebenfalls zum *autoritären Syndrom* und messen stärker die projektive Funktion. Gemeint ist damit die starke Neigung, die Realität so zu modellieren, dass innere Zustände ins Außen verlagert werden – wenn zum Beispiel aus einem inneren Bedrohungserleben eine Verschwörung im Außen wird. Dadurch kann auf paradoxe Weise – wie auch bei der Suche nach einer Autorität – das Bedürfnis nach Kontrolle befriedigt werden (Moscovici 1987): Zwar gibt es eine „mächtigen“ Gegner, aber das Wissen um seine Existenz verschafft bereits das Gefühl von Einfluss und gestattet legitimerweise, selbst diese phantasierten Mächte aggressiv zu verfolgen. Ähnlich verhält es sich beim Aberglauben, der ebenfalls das eigene Ohnmachtsgefühl durch den Glauben an vermeintlich magische Kräfte kompensiert wird. In Abbildung 8.10 ist die manifeste Zustimmung zu den einzelnen Items der beiden Dimensionen dargestellt. Etwa einer von drei Berliner Bürgerinnen und Bürgern stimmt den Aussagen zum Verschwörungsglauben zu: 31 % gehen davon aus, dass Politikerinnen und Politiker lediglich „Marionetten der dahinterstehenden Kräfte“ sind, ebenso viele teilen die Ansicht, dass das eigenen Leben in einem beträchtlichen Ausmaß „durch Verschwörungen bestimmt wird“. Die höchste Zustimmung erfährt die Aussage, dass geheime Organisationen existieren, „die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Der Aberglaube ist deutlich geringer ausgeprägt. Hier liegen die manifesten Zustimmungswerte zwischen 11 und 14%.

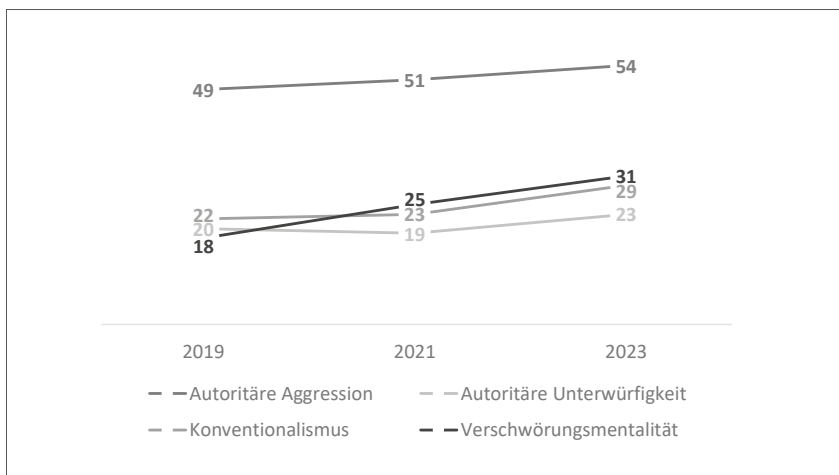


Abb. 8.11: Anteil der manifesten Zustimmung zu sadomasochistischen Dimensionen und Verschwörungsmentalität (Marionetten-Item) im Berlin Monitor 2019, 2021 und 2023 (Autoritarismus, Zustimmung in %)

8.5 Die Entwicklung des Autoritarismus über die Jahre 2019–2023

Abbildung 8.11 gibt die autoritäre Orientierung im Zeitverlauf der Jahre 2019–2023 wieder. Betrachtet man die Entwicklung des autoritären Syndroms, ist wie bereits bei den rechtsextremen Einstellungen ein Anstieg aller vier Dimensionen zu verzeichnen – jedoch in unterschiedlichem Umfang. Während die autoritäre Aggression bei 49% manifester Zustimmung einem bereits hohen Ausgangsniveau gestartet ist und in den letzten vier Jahren um 5 Prozentpunkte angestiegen ist (54%), erhalten die drei anderen Dimensionen weniger Zuspruch. Am sichtbarsten angestiegen ist die manifeste Verschwörungsmentalität, lag sie 2019 noch bei 18%, sind es aktuell bereits 31% der Berlinerinnen und Berliner, die den Aussagen zustimmen. Auf einem vergleichbaren Niveau ist der Konventionalismus angesiedelt, die im Vergleich zu 2021 ebenfalls um 6 Prozent manifester Zustimmung gestiegen ist und nun bei 29 Prozent liegt.

Insgesamt zeigt sich in diesem steigenden Bedürfnis nach autoritärer Orientierung, dem zunehmenden autoritären Aggressionen und der Suche nach Kontrollrestitution die Wirkung einer Gesellschaft in der Dauerkrise. Die rechtsextreme Einstellung – und die Wahl einer völkisch-nationalistischen Partei – ist eine Möglichkeit, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Aber auch wenn sie sich in anderen Zielen im politischen Raum realisieren können, stellen sie eine beständige Bedrohung der Demokratie dar. Nicht erst mit dem Wirksamwerden der Destruktivität, sondern bereits bei der Orientierung auf Gruppenidentität geht ein Verlust der Anerkennung des Anderen einher. Es ist aber die Voraussetzung des demokratischen Aushandlungsprozesses, dass die grundsätzliche Berechtigung der Interessen eines Gegenübers anerkannt wird. Die anhaltende Fragmentierung der Gesellschaft und Sortierung nach Gruppenzugehörigkeit ist bereits ein deutliches Zeichen der Gefahr.

8.6 Zustimmung zu weiteren Erscheinungsformen des Antisemitismus im Berlin-Monitor 2023

Zum Abschluss soll diese Bedrohung der Demokratie entlang des Antisemitismus untersucht werden. Der Grund hierfür ist, dass Antisemitismus innerhalb moderner Gesellschaften immer schon als Brückennideologie zwischen verschiedenen anti-modernen Milieus funktioniert hat (Stern 1961; Volkov 2000). Entlang dieses Ressentiments können sich auch in ansonsten fragmentierten Gesellschaften autoritäre Bündnisse bilden.

Antisemitismus gehört zu den zentralen Identifikationsmomenten einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, wie sie in der rechtsextremen Einstellung zum Ausdruck kommt. Antisemitismus ist einerseits aber nicht auf die von uns regelmäßig erhobene, tradierte Erscheinungsform des Ressentiments beschränkt, wie er andererseits nicht nur bei offenen völkischen Nationalisten anzutreffen ist. Antisemitismus ist ein Ressentiment mit einer psychischen und sozialen Funktion (Horkheimer & Adorno 1944; Volkov 2000) und unterläuft deshalb in modernen Gesellschaften einen beständigen Wandlungsprozess (vgl. ausführlich: Decker, Kiess & Brähler 2018b; Kiess et al. 2020). Selbst wenn er geächtet wird, sucht sich das Bedürfnis seine Ausdrucksmöglichkeiten (Bergmann & Erb 1986; Bergmann & Erb 1991b). Bereits dokumentiert sind die israelbezogenen Äußerungsformen und der sekundäre Antisemitismus. Im ersten Fall äußert sich der Antisemitismus einer Dämonisierung Israels (Sharansky 2013), nimmt Israel als Projektionsfläche für die antisemitischen Tropen, etwa von „jüdischer Rachsucht“ oder „Kindermördern“ und damit als „kollektiven Juden“ (Klug 2003). Im Fall



Abb. 8.12: Latente und manifeste Zustimmung zu antisemitischen Ressentiments (in %)

des Sekundäranisemitismus finden wir eine Form des Antisemitismus, der auch als Schuldabwehrantisemitismus bezeichnet wird (Schönbach 1961): Der Antisemitismus äußert sich in diesem Fall über eine Schuldumkehr und Betonung „eigener Opfer“ unter Deutschen. Es hat sich gezeigt, dass die Variabilität des Ressentiments sehr weit geht und aller Wahrscheinlichkeit nach derzeitigen Erscheinungsformen etwa in linken politischen Milieus wahrscheinlich nicht ausreichend erfasst werden.

Die Zustimmungen in den von uns ausgewählten Fragen zur Messung des Antisemitismus in der Umwegkommunikation fallen erwartungsgemäß noch einmal höher aus, als beim tradierten Antisemitismus. Zwei Aussagen fallen als besonders Zustimmungsfähig ins Auge, beim Schuldabwehrantisemitismus und bei einer Aussage des israelbezogenen Antisemitismus. Da sie von fast einem Drittel ausdrücklich und von mindestens ein Viertel latent geteilt werden, liegt der Schluss nahe, dass die Ächtung des Antisemitismus in Berlin nicht mehr greift. Für die Einordnung ist zu berücksichtigen, dass das israelbezogene Items gleichzeitig eine Täter-/Opfer-Umkehr zum Inhalt und Bezug auf Israel hat. Als Brückenideologie ist es deshalb wahrscheinlich besonders geeignet, was sich in der Zustimmung von mehr als jedem zweiten Berliner abgebildet findet.

Bevor wir die Ergebnisse im Langzeitverlauf betrachten, möchten wir noch einmal in Erinnerung rufen, dass unsere Erhebung vor dem Terrorangriff auf Israel am 7.10.2023 stattgefunden hat. Das ist besonders wichtig, um den massiven Anstieg der beiden eben schon ausführlicher betrachteten Aussagen zu bewerten. Der NS-Vergleich von Israelischer Politik und die Schuldabwehr sind im Langzeitverlauf massiv angestiegen.

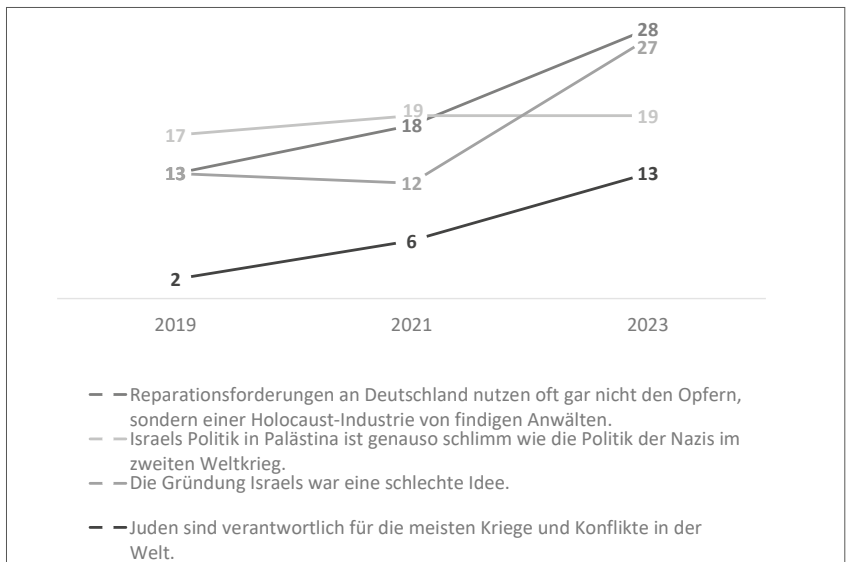


Abb. 8.13: Anteil der manifesten Zustimmung zu Items des Schuldabwehrantisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus und Welterklärungsantisemitismus im Berlin Monitor 2019, 2021 und 2023 (Antisemitismus, Zustimmung in %)

Dasselbe gilt auch für die Dämonisierung von Juden als verantwortlich für die meisten Kriege. Was wir hier sehen ist mehr als nur Tendenz, der Anstieg des Antisemitismus ist massiv. Zur weiteren Bewertung bedarf es eine Analyse, welche im nächsten Schritt mittels der Regressionsanalyse erfolgt. Wir verweisen deshalb schon jetzt auf die abschließende Diskussion am Ende des Kapitels.

Wie schon bei den Dimensionen der rechtsextremen Einstellung finden wir auch beim Antisemitismus eine höhere Zustimmung zu antisemitischen Aussagen bei deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund. Selbst der Schuldabwehrantisemitismus ist bei dieser Gruppe oft und häufiger anzutreffen, als bei der restlichen deutschen Wohnbevölkerung.

Tabelle 8.7: Antisemitismus im Berlin Monitor 2023 nach Migrationshintergrund in %

	Deutsch ohne Migrationshintergrund	Deutsch mit Migrationshintergrund	Ohne deutsche Staatsbürgerschaft
<i>Schuldabwehrantisemitismus</i>			
1. Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.	28	40	15
<i>Israelbezogener Antisemitismus</i>			
2. Die Gründung Israels war eine schlechte Idee.	17	39	11
3. Israels Politik in Palästina ist genauso schlimm wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg.	25	42	37
<i>Welterklärungsantisemitismus</i>			
4. Juden sind verantwortlich für die meisten Kriege und Konflikte in der Welt.	11	29	6

Um die Einflussfaktoren auf die Einstellung mittels ausgewählter, von uns ebenfalls erhobener Fragebögen und soziodemographischer Merkmale zu bestimmen, haben wir zwei Regressionsanalysen gerechnet. Dieses statistische Verfahren gestattet es, den Einfluss verschiedener Variablen auf die Ausprägung eines relevanten Merkmals, hier des Antisemitismus, zu untersuchen. Wir haben uns mit Blick auf die aktuelle politische Situation entschieden, den Einfluss auf das Zustandekommen eines tradierten Antisemitismus und des israelbezogenen Antisemitismus zu untersuchen. Tabelle 8.8 sind die Ergebnisse dieser linearen Regressionsanalysen zu entnehmen (AV1 = Tradiertter Antisemitismus, AV2 = Israelbezogener Antisemitismus; Ausgewiesen sind standardi-

*Tabelle 8.8: Einflussfaktoren auf die Ausbildung des antisemitischen Ressentiments in Berlin (Signifikanz: * = $p < 0,05$; ** = $p < 0,01$)*

	Tradierter Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus
<i>Religion und Migration</i>		
Muslime (Ref. Alle Anderen)	0,17**	0,17**
Christen (Ref. Alle Anderen)	0,06**	0,03
Migrationshintergrund	-0,006	0,003
<i>Psychodynamik</i>		
Autoritäre Aggressionen	0,08**	0,09**
Autoritäre Unterwürfigkeit	0,10**	0,07**
Konventionalismus	0,10**	0,06**
Verschwörungsmentalität	0,27**	0,31**
Aberglaube	0,21**	0,15**
<i>Sozio-ökonomische Faktoren</i>		
Wirtschaftliche Lage (Ref. Schlechte Einsch.)	0,12**	0,09**
Haushaltseinkommen	0,05**	0,01
Frauen (Ref. Männer)	-0,05**	0,03
Abitur (Ref. Kein Abitur)	0,07**	0,04*
Alter	-0,06**	-0,09**
<i>Aspekte des politischen Alltagsbewusstseins</i>		
Links-Rechts-Selbsteinschätzung (Ref. Links)	0,07**	0,009
Politische Deprivation	0,07**	0,10**
	N = 1.552; korr. R ² = ,614	N = 1.327; korr. R ² = ,519

sierte Koeffizienten (Beta); die Daten sind gewichtet). Beide Modelle weisen eine sehr hohe Erklärungskraft auf, es werden jeweils etwas mehr als 50% der Varianz erklärt, also mit den verwendeten Variablen mehr als die Hälfte der Einflussfaktoren bereits abgebildet.

Bei der Verbreitung des antisemitischen Ressentiments in diesem Kapitel fiel bisher besonders der migrantische Teil der Berliner Bevölkerung ins Auge. Unter ihm fanden sich die Aggressionen gegen Juden besonders häufig. Berücksichtigen wir mehrere Einflussfaktoren, hat aber der Migrationshintergrund keinen Einfluss. Es wird deutlich,

dass den größten Einfluss die psychodynamischen Aspekte eines autoritären Syndroms haben. Die drei Dimensionen des klassischen Autoritarismus (Unterwürfigkeit, Aggressionen, Konventionalismus) erklären zusammen genommen 28% der Varianz, als Einzelfaktor hat aber die Verschwörungsmentalität bereits genau denselben Einfluss, der Glaube an höhere Mächte folgt dicht darauf. Über alle Bevölkerungsgruppen hinweg ist der Autoritarismus damit die deutlichste Ursache des Antisemitismus.

Konfessionelle Bindung erklärt einen gewissen Grad des tradierten Antisemitismus, besonders unter Angehörigen einer muslimischen Glaubensgemeinschaft findet sich unabhängig vom autoritären Syndrom häufiger antisemitischen Ressentiments. Dieser Einfluss findet sich auch bei Christen, aber deutlich seltener als bei Muslimen. Berücksichtigen wir, dass eine christlich-konfessionelle Bindung immer noch häufiger bei Deutschen ohne Migrationshintergrund anzutreffen ist, wird dieser geringere Wert mit Sicherheit auch mit einer immer noch hohen Akzeptanz der sozialen Ächtung des Antisemitismus zu tun haben, welche wiederum mit einer geringeren Bereitschaft assoziiert ist, den bestehenden Antisemitismus zu äußern (s.o.). Die Verbreitung eines muslimischen Antisemitismus lässt sich durch die Verbreitung von antimuslimischen Ressentiments (siehe Kapitel 5 in diesem Buch) weder erklären noch ist er damit erledigt (Öztürk et al 2023). Gerade weil der Islam zu einem festen Bestandteil der deutschen Kultur geworden ist, stellt sich hier eine große Herausforderung.

Auffallend ist der Einfluss der Befürchtung einer ökonomischen Krise. In den letzten Jahren hat sich immer mehr herauskristalliert, dass die Legimitation des politischen Systems sich durch die nationale wirtschaftliche Lage am deutlichsten ergibt (Decker 2019). Die Ursachen dieses ökonomischen Fetischismus lassen sich hier nicht ausführlich diskutieren, man kann aber feststellen, dass sie grundsätzlich und nicht nur in Deutschland zu Gesellschaften mit kapitalistischer Warenproduktion gehören. Dass nach Finanzkrisen regelhaft extrem-rechte Parteien Wahlen gewinnen, verdeutlicht diese enge Verbindung von Ökonomie und Legitimation des politischen Systems (Funke et al. 2018) und auch der Zusammenhang mit dem Antisemitismus ist bereits diskutiert worden (Postone 1982).

Je weiter sich die Probanden politisch als Rechts einstufen, um so höher fällt ihre Zustimmung zu antisemitischen Aussagen aus. Sehr deutlich ist dieser Zusammenhang aber nicht. Das kann nicht verwundern, berücksichtigen wir, wie stark gerade der tradierte Antisemitismus über alle Parteien hinweg ist. Der Einfluss der politischen Deprivation – also des Erlebens, keinen Einfluss auf Politiker und Regierung zu haben – kann vor diesem Hintergrund auch verstanden werden als weiterer Ausdruck generell vorherrschender Ressentiments (Ranc 2016; Jensen 2017).

8.7 Diskussion

In der Gesamtschau fällt die rasante Zunahme der rechtsextremen Einstellung in Berlin auf. In allen von uns erhobenen Dimensionen müssen wir einen massiven Anstieg der Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen feststellen. Die manifesten Zustimmungsg-

werte haben sich im Grunde bei jeder Aussage mehr als verdoppelt. Der ausdrückliche Wunsch nach einer starken Partei, die Diffamierung von Migranten und auch der Antisemitismus finden in Berlin gegenwärtig eine weite Verbreitung. Das gilt nicht nur für die Anhänger der AfD, sondern wir finden auch unter Anhängern der SPD und CDU entsprechend hohe Zustimmungswerte.

Dem entspricht auch der starke Anstieg der Autoritarismus-Werte. Die Sehnsucht nach autoritärer Lösung, die Bereitschaft zu autoritären Aggressionen, die Betonung der Normen der eigenen Gruppe und entsprechend auch die Verschwörungsmentalität sind weit verbreitet. Wie in der gesamten Bundesrepublik ist die Ausländerfeindlichkeit eine der am sichtbarsten ausgeprägten Anschlussstellen für die Propaganda von völkisch-neonazistischen und nationalistischen Parteien wie der AfD. Dass diese auch von Migranten selbst geteilt werden, ist einerseits nicht überraschend – gelten doch die Ursachen für das Zustandekommen dieser Diffamierung nicht weniger für sie. Andererseits zeichnet sich damit ab, dass die Wählerpotentiale autoritärer Parteien in der Bundesrepublik durch die Mobilisierung von Migranten noch höher liegen.

Der massive Anstieg des israelbezogenen und Schuldabwehrantisemitismus gestattet eine weitergehende Einordnung der momentan in vielen Wortmeldungen offen verbreiteten antisemitischen Bilder: Sie stiegen schon vor der auf den Terrorangriff auf Israel und der folgenden kriegerischen Auseinandersetzung im Gaza-Streifen an. Begründet liegt also auch der jetzt nur scheinbar so überraschende Anstieg an anderem Ort. Schon innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Justizreform in Israel werden paradoxerweise beigetragen haben, diese Ressentiments freizulegen. Paradoxerweise, weil zwar die Innenpolitik der israelischen Regierung während des Jahres 2023 sehr in die Kritik geraten ist, aber es dennoch festzuhalten bleibt, dass sich der stärkste Protest gegen die Veränderung im Justizsystem aus der israelischen Zivilgesellschaft selbst äußerte. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser zivile und eben in einem demokratischen Land auch mögliche Protest, für Antisemiten trotzdem die Legitimation lieferte, ihre Ressentiments offener zu artikulieren. Wohlgermerkt: die Kritik dieser Justizreformen an sich würde eine Qualifizierung als antisemitisch aus unserer Sicht nicht begründen. Allerdings legt die Bereitschaft, diese politische Auseinandersetzung in einem demokratischen Staat zur Dämonisierung Israels und zur Schuldabwehr zu nutzen, den Blick auf die Wurzeln dieser und anderer „Israelkritik“ frei. Auch in vielen gegenwärtigen Wortmeldungen zum Terrorkrieg gegen Israel legen die Tropen die antisemitische Motivation frei.

Vor diesem Hintergrund der Verbreitung des autoritären Syndroms ist es nicht überraschend, dass die Entstehung des Antisemitismus in seiner tradierten und in seiner israelbezogenen Form gerade durch diese verbreiteten Bedürfnisse gut erklärt wird. Das bedeutet aber auch, dass Antisemitismus zunehmend die beunruhigende Funktion zukommt, innerhalb einer fragmentierten Gesellschaft über die Diffamierung von und Ressentiments gegen Juden politische Bündnisse zu bilden. Die immer noch existierende Ächtung des Antisemitismus schreckt nicht mehr von dessen Äußerung ab. Das wird bei dauerhaft hoher Präsenz im öffentlichen Raum auch weiter Menschen motivieren, ihre bestehenden Ressentiments offen zu äußern oder entsprechend zu handeln. Diese

Zunahme kann zu einem Kipppunkt führen, an dem die Maße der Zustimmung zum Antisemitismus die soziale Ächtung aushöhlt.

Und gerade mit Blick auf die erschreckende Opfer-Täter-Umkehr und die Artikulation von antisemitischen Ressentiments nach dem Pogrom an der israelischen Bevölkerung im Oktober 2023 muss die Messung von Antisemitismus überarbeitet werden. Die Rationalisierung des antisemitischen Ressentiments mit Motiven der postcolonial studies, der „black-live-matter“-Bewegung oder der „queeren“ und Kimaschutzbewegung bedarf zusätzlicher empirischer und theoretischer Analysen.

Die Verbreitung des Antisemitismus wird in unserer Erhebung also eher unterschätzt. Um einen Eindruck von der tatsächlichen Verbreitung zu bekommen, sollte die Abstufung der quasi-metrischen Skalierung immer Berücksichtigung finden, also Antworten jenseits der vollständigen Ablehnung der jeweiligen Aussagen nicht außen vor gelassen werden (Liebig 2023). Auskunft über die Verbreitung von Antisemitismus kann die Forschung zur Wahrnehmung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft geben Sie führte schon vor dem 7. Oktober 2023 vor Augen, dass eine beständige Erfahrung der „Befremdung“ zum Alltag von jüdischen Berlinern gehörte (Reimer-Gordinskaya & Tzschiesche 2021). Auf diese europaweit bestehende Forschungslücke wurde jüngst hingewiesen, wir sehen sie in unserer Erhebung bestätigt (Kahn-Harris & Boyd 2023).

Berlin war auch in diesem Punkt noch nie die Insel der Seligen, als die sie manchmal phantasiert wurde. Auch der Titel unserer Gruppendiskussionsstudie brachte das 2022 aus Sicht einer jüdischen Teilnehmerin unserer Studie zum Ausdruck: „Ich habe noch nie auf einer ruhigen Insel gelebt“ (Decker, Höcker & Schuler 2022). Die aktuellen Ergebnisse zur rechtsextremen Einstellung, Autoritarismus und Antisemitismus bestätigen diesen Befund erneut.

Literatur

- Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. J. & Sanford, R. N. (Hrsg.) (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.
- Beierlein, C., Asbrock, F., Kauff, M. & Schmidt, P. (2014). *Die Kurzsкала Autoritarismus (KSA-3). Ein ökonomisches Messinstrument zur Erfassung dreier Subdimensionen autoritärer Einstellungen, GESIS Working Papers 35*. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1986). Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38, 223–246.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991a). *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946 – 1989*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bergmann, W. & Erb, R. (1991b). „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm“. Kommunikationslatenz und Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 502–519.
- Decker, O. (2019). Secondary authoritarianism – the economy and right-wing extremist attitudes in contemporary Germany. *Journal of Psychosocial Studies* 12, 203–2013.

- Decker, O. (2023). Autoritäre Dynamiken und binäre Ordnungen. *Zeitschrift für kritische Theorie* 56–57, 231–254.
- Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*, 197–212. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Höcker, C. & Schuler, J. (Hrsg.) (2022). „*Ich habe noch nie auf einer ruhigen Insel gelebt*“. *Berlin als Interaktions- und Konfliktraum in den Gruppendiskussionen des Berlin-Monitors*. Sprunge: zu Klampen.
- Decker, O., Kalkstein, F., Schuler, J., Celik, K., Brähler, E., Clemens, V. & Fegert, J. (2022a). Polarisierung und autoritäre Dynamiken während der Pandemie. *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, 91–126. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2018a). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, 179–217. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2018b). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, 179–216. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2023). *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern*, Leipzig: EFBI-Policy Paper 2-2023.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022b). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022 – Methode, Ergebnisse, Langzeitverlauf. In Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* 31–90. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Niedermayer, O. & Brähler, E. (2003). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, 65–77.
- Decker, O., Schuler, J. & Brähler, E. (2018). Das autoritäre Syndrom heute. In Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, 117–156. Gießen: Psychosozial.
- Decker, O., Schuler, J., Yendell, A., Schliessler, C. & Brähler, E. (2020). Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, 179–210. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Funke, M., Schualrick, M. & Trebesch, C. (2018). Going to extremes: Politics after financial crises, 1870-2014. *CESifo Working Paper*, No. 5553, Center for Economic Studies and ifo Institute (CESifo), Munich.
- Greiffenhagen, M. & Sozialwissenschaftliches Institut (1981). *5 Millionen Deutsche, „wir sollten wieder einen Führer haben“: die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Heller, A., Brähler, E. & Decker, O. (2020). Rechtsextremismus – ein einheitliches Konstrukt? Ein Beitrag zur Frage der Operationalisierung anhand des Fragebogens Rechtsextremismus – Leipziger Form (FR-LF). In Heller, A., Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland*, 151–172. Gießen: Psychosozial.

- Heller, A., Decker, O., Schmalbach, B., Beutel, M., Fegert, J. M., Brähler, E. & Zenger, M. (2020). Detecting Authoritarianism Efficiently: Psychometric Properties of the Screening Instrument Authoritarianism – Ultra Short (A-US) in a German Representative Sample. *Frontiers in Psychology* 11, <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.533863>.
- Horkheimer, M. & Adorno, T. W. (1944). Die Dialektik der Aufklärung. In Schmid Noerr, G. (Hrsg.), *Max Horkheimer – Gesammelte Schriften* Bd. 5, Frankfurt/M.: Fischer.
- Horkheimer, M., Fromm, E. & Marcuse, H. (1936). *Studien über Autorität und Familie*. Springe: zu Klampen (Reprint, 1987).
- Jensen, U. (2017). *Zornpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Kahn-Harris, K. & Boyd, J. (2023). The field of research on contemporary antisemitism and Jewish life. Working towards a European research hub. Independent Expert Report. *European Commission. Directorate-General for Research and Innovation Directorate D – People, Unit D4 – Democracy & European Value*.
- Kiess, J., Decker, O., Heller, A. & Brähler, E. (2020). Antisemitismus als antimodernes Ressentiment: Struktur und Verbreitung eines Weltbildes. In Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, 211–248. Gießen: Psychosozial.
- Klug, B. (2003). The collective Jew: Israel and the new antisemitism. *Patterns of Prejudice* 37, 117–138.
- Lamnek, S. (1993). Ausländerfeindlichkeit als Syndrom – Multidimensionalität des Phänomens und Interdisziplinarität der Analyse. In Albrecht, P.-A., Ehlers, A. P. F., Lamott, F., Pfeiffer, C., Schwind, H.-D. & Walter, M. (Hrsg.), *Festschrift für Horst Schüler-Springorum zum 65. Geburtstag*, 91–110. Köln/München: Heymann.
- Liebig, S. (2023). Antisemitische Einstellungen in Deutschland: Eine Forschungsnotiz zu den Desiderata einstellungsbezogener Antisemitismus-Forschung. In Faas, T., Huber, S., Krewel, M. & Roßteutscher, S. (Hrsg.), *Informationsflüsse, Wahlen und Demokratie: Festschrift für Rüdiger Schmitt-Beck*, 583–615. Baden-Baden: Nomos.
- Moscovici, S. (1987). The conspiracy mentality. In Graumann, C. F. & Moscovici, S. (Hrsg.), *Changing conceptions of conspiracy*, 151–169. New York: Springer.
- Öztürk, C., Pickel, S., Schmitz-Vardar, M., Decker, O. & Pickel, G. (2023). Muslimfeindliche Demokratiefierne: Zur autoritären Dynamik antimuslimischer Einstellungen und ihrem gesellschaftlichen Radikalisierungspotenzial. In Pickel, S., Pickel, G., Decker, O., Fritsche, I., Kiefer, M., Lütze, F. M., Spielhaus, R. & Uslucan, H.-H. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, 261–291. Wiesbaden: Springer.
- Pickel, G., Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, K. (2023). *Der Berlin-Monitor 2021. Herausgeforderte Demokratie der Großstadt*. Springe: zu Klampen.
- Pickel, G., Reimer-Gordinskaya, K. & Decker, O. (2019). *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Springe: zu Klampen.
- Ranc, J. (2016). „Eventuell nicht gewollter Antisemitismus.“ *Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern*. Münster: Westfälische Dampfboot.
- Reimer-Gordinskaya, K. & Tzschiesche, S. (2021). *Antisemitismus – Heterogenität – Allianzen. Jüdische Perspektiven auf Herausforderungen der Berliner Zivilgesellschaft*. Springe: zu Klampen.
- Schönbach, P. (1961). *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960*. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Sharansky, N. (2013). Der 3D – Test auf Antisemitismus: Dämonisierung, doppelte Standards, Delegitimierung. *CFCA – Das Koordinierungsforum zur Bekämpfung des Antisemitismus*. <https://antisemitism.org.il/de/82464/> (Stand: 09.07.2020).

- Stern, F. (1961). *Kulturpessimismus als Politische Gefahr: Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Klett-Cotta (2018).
- Volkov, S. (2000). *Antisemitismus als kultureller Code: zehn Essays*. München: Beck.
- Wittenberg, R. (2000). Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 1998. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)* 52, 118–131.

9 Fazit: Einstellungen in Berlin 2023

Gert Pickel und Oliver Decker

Mit dem vorliegenden Band präsentieren wir die repräsentative Befragung Berlin-Monitor 2023, der zum dritten Mal die Einstellungen der Berliner:innen erfasst. Diese sind 2023 geprägt durch vielfältige Krisen, die in der Bevölkerung nicht geringe Sorgen hinterlassen. Dominiert in der Klimakrise der Wunsch, ihr stärker zu begegnen, blicken viele Berliner:innen mit Sorge auf den Krieg in der Ukraine und die Gefahr einer Eskalation der russischen Angriffspolitik. So fürchten drei von vier Berliner:innen zumindest etwas eine Eskalation des Krieges (Kapitel 7). Hinzu tritt der Konflikt im Nahen Osten, der auch auf deutschem Boden zu Auseinandersetzungen führt. Dieses Ereignis war zwar nach und außerhalb unserer Erhebungszeit, ein Blick auf die Verbreitung von Antisemitismus (Kapitel 8) oder auch antimuslimischen Rassismus (Kapitel 5) zeigt aber sowohl die schon bestehende Existenz als auch die Überlebensfähigkeit von Überzeugungen und Ressentiments, die in Krisenphasen aktiviert werden können.

Dies drückt sich auch in den konkreten wie kritischen Haltungen zu den Krisen aus. 39% der Berliner:innen sehen die USA in der Verantwortung für den Krieg, noch etwas mehr die NATO. In solchen Positionen bilden sich Spannungen in Berlin ab, die im ungünstigsten Fall Anschlusspunkte für die extreme Rechte und Verschwörungserzählungen bieten. Derlei Anschlusspunkte zeigen sich auch bei den zwei zentralen Schwerpunkten des Berlin-Monitors 2023: den antimuslimischen Einstellungen (Kapitel 5) und der Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Kapitel 6). Beide Bereiche erweisen sich als zentrale Brückenideologien, die Berliner:innen mit der extremen Rechte in Verbindung bringen können. Beide Einstellungsbündel sind in Berlin weiter verbreitet als nur in Kreisen der extremen Rechten. Sie sind gleichzeitig für Akteure der extremen Rechten anschlussfähig und eröffnen diesen die Möglichkeit, Wähler:innen oder Unterstützer:innen zu mobilisieren. So werden speziell abwertende Debatten über Transpersonen oder Muslim:innen schnell politisch aufgeladen und in Kampagnen integriert. Diese Beziehungen können wir anhand von breiteren Erhebungsskalen zu antimuslimischen Einstellungen und zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt belegen. Speziell zur Messung von Transfeindlichkeit konnten wir in Absprache mit der Landesstelle für Gleichstellung ein neues Instrument der Messung zum Einsatz bringen.

Sowohl antimuslimische Einstellungen, die nicht selten von einem antimuslimischen Rassismus getragen werden, als auch Transfeindlichkeit, Homosexuellenfeindlichkeit, Antifeminismus und Sexismus erweisen sich für eine demokratische politische Kultur als schädlich. Toxisch werden sie, wenn sie mit Verschwörungserzählungen verbunden werden. Diese Prozesse nehmen in Krisenzeiten zu. Insgesamt ist die politische Kultur

in Berlin aber deutlich demokratisch geprägt (Kapitel 3). Auch das Verständnis von Demokratie in Berlin basiert überwiegend auf demokratische Grundprinzipien und ist besonders stark auf persönliche Freiheit ausgerichtet (Kapitel 4). Jedoch zeigen schon die öffentlichen Debatten und Äußerungen zu Einschränkungen der Meinungsfreiheit, wie schnell solch zuerst unverfänglich erscheinenden Debatten einen für eine liberale Demokratie problematischen Charakter annehmen können. Die hohe Zustimmung zur Demokratie schließt also keineswegs Unzufriedenheiten mit der aktuellen Demokratie und die Wirksamkeit antidemokratischer Brückenideologien aus.

Insgesamt zeigt sich für die Demokratie in Berlin das Bild einer weitgehend demokratisch denkenden Stadt, in der allerdings sichtbare Gruppen existieren, die von Vorurteilen, Abwertung anderer und sozialer Distanz geprägt sind. Diese Melange beinhaltet Konfliktpotenzial, welches sich in den gerade stattfindenden multiplen Krisen stückweise zu einer Polarisierung verschärfen kann. Erste Anzeichen sind im Berlin-Monitor 2023 durchaus zu erkennen: so beispielsweise ein gestiegener Antifeminismus und Antisemitismus, aber auch eine bei jeder:m fünften Berliner:in bestehende Transfeindlichkeit. Und erst recht zeigt sich eine solche Polarisierung in einem im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen häufigeren Wunsch nach einem starken Führer, eine stärkere autoritäre Dynamik und einem eben nicht mehr vollständig demokratischen Demokratieverständnis. So muss es einem bedenklich stimmen, wenn die rechtsextremen Überzeugungen anwachsen – selbst wenn es sich um Minderheiten handelt. Insgesamt wird deutlich, dass die multiplen Krisen der Gegenwart auch in Berlin Herausforderungen für die Demokratie bereithalten. Und diese Herausforderungen scheinen derzeit härter zu werden.

1) Die große Mehrheit der Berliner:innen unterstützt die Demokratie – gleichwohl zeigt sich eine Zunahme der Befürwortung autoritärer Einstellungen!

Auch 2023 sehen nur kleine Minderheiten der Berliner:innen die Demokratie nicht als die passende Staatsform an. Selbst die Zufriedenheit mit der Demokratie ist in Berlin mit 70% hoch. Allerdings findet sich im Zeitvergleich seit 2019 eine Zunahme in der Zustimmung zu autoritären Alternativen zur Demokratie. So stimmen immerhin 31% der Berliner:innen der Herrschaft einer starken Partei, die die Volksgemeinschaft verkörpert, zu. Hatten wir 2021 nur eine begrenzte Mobilisierung antidemokratischen Potentials gesehen, werden nun die Zeichen für eine zunehmende Mobilisierung von Berliner:innen in Richtung eines (rechts)autoritären Systems deutlicher erkennbar.

2) Die große Mehrheit der Berliner:innen hat recht genaue Vorstellungen davon, wie eine Demokratie beschaffen sein sollte!

Die große Mehrheit der Berliner:innen hat recht genaue Vorstellungen davon, wie eine Demokratie ihrer Meinung nach beschaffen sein sollte. Vor allem sind es prozedurale Aspekte, wie Meinungsfreiheit und Freiheit, die im

Demokratieverständnis der Berliner:innen dominieren. Dabei ist gerade die Deutung der Umsetzung der Meinungsfreiheit unter Anhänger:innen verschiedener Parteien höchst unterschiedlich. Die Wahrnehmung der Umsetzung ist es dann auch, welche einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit dem aktuellen demokratischen System besitzt. Eine Demokratie lebt nicht allein von Werten, sie müssen in den Augen der Bürger:innen auch Umsetzung finden.

3) Antidemokratisches Potenzial entsteht aus wirtschaftlicher Unzufriedenheit, aber auch Verschwörungsglauben!

Antidemokratische Einstellungen werden zum einen stark geprägt durch eine Unzufriedenheit mit der allgemein wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Diese ist in Berlin seit 2019 um 30 Prozentpunkte gesunken, was sich auch auf die Haltung zur Demokratie – dort besonders die Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie – auswirkt. Für die grundsätzliche Legitimität der Demokratie erweist sich die Verschwörungsmentalität oder ein Verschwörungsglauben, die bei rund 30% der Berliner:innen anzutreffen sind, als toxisch.

4) Nur wenige Berliner:innen haben ein geschlossenes rechtsextrems Weltbild, rechtsextreme Haltungen haben allerdings erkennbar zugenommen!

Ein geschlossenes rechtsextrems Weltbild weisen zwar weiterhin nur wenige Berliner:innen auf. Allerdings ist in Berlin seit 2021 ein deutlicher Anstieg in der Zustimmung zu rechtsautoritären Aussagen und zu rechtsextremen Überzeugungen festzustellen. Dem entspricht auch ein starker Anstieg der Zustimmung zu Autoritarismus. Einzelne Elemente des Rechtsextremismus weisen dabei sichtbar höhere Zustimmungsggrade auf (z. B. die Dimension Chauvinismus).

5) Antisemitische Ressentiments haben einen Aufschwung und sind eng mit einer autoritären Dynamik verbunden!

Dieser Aufschwung autoritärer Einstellungen und eine autoritäre Dynamik sind auch mit verantwortlich für einen beachtlichen Anstieg im tradierten und israelbezogenen Antisemitismus. So stieg z. B. die Zustimmung zum Item „der Einfluss der Juden ist zu groß“ von 8% im Jahr 2021 auf 15% im Jahr 2023. Besonders sticht die Dimension der Verschwörungsmentalität hervor. Sie ist eng mit antisemitischen Ressentiments verbunden. Anders gesagt, antisemitische Ressentiments sind von Verschwörungserzählungen durchtränkt. Ein rechter Antisemitismus wird von einem etwas höheren Antisemitismus unter Muslim:innen begleitet. Allerdings sind antisemitische Ressentiments keineswegs auf diese Gruppe beschränkt. Antisemitismus kommt so zunehmend mehr die Funktion zu, innerhalb einer fragmentierten Gesellschaft über die Diffamierung von und Ressentiments gegen Juden:Jüdinnen politische Bündnisse zu bilden.

6) Antimuslimische Einstellungen sind in Berlin verbreitet, 20% weisen ein geschlossen muslimfeindliches, rassistisches Denken auf, 48% lehnen den Islam ab!

Antimuslimische Einstellungen sind in Berlin etwas geringer ausgeprägt als im Bundesgebiet – jedoch ist das Meinungsspektrum breit und einzelne antimuslimische Aussagen finden die Zustimmung von knapp 60% der Berliner:innen. Ein geschlossenes muslimfeindliches Verständnis findet sich bei ca. 20% der Berliner:innen, während eine überzeugte Ablehnung des Islam – bzw. die Zuschreibung als rückständig und frauenfeindlich – bei 48% liegt. Jede:r fünfte Berliner:in würde ohne Begründung oder zu erfüllende Konditionen Muslim:innen die Zuwanderung nach Deutschland verbieten. Auch dies liegt unter dem Bundesschnitt, allerdings nicht viel.

7) Antimuslimische Einstellungen und auch antimuslimischer Rassismus sind getragen durch den Wunsch des Erhalts einer Dominanzgesellschaft, aber auch rechte Verschwörungsglauben und fehlende persönliche Kontakte!

Untersucht man die Hintergründe muslimfeindlicher Einstellungen, die mit Blick auf die abgefragten Items inhaltlich als antimuslimischer Rassismus interpretiert werden können, dann sind es der Wunsch nach dem Erhalt der gerade bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien (soziale Dominanzorientierung), autoritäre Überzeugungen, die Offenheit für Verschwörungserzählungen und mediale, parasoziale Kontakte statt persönlichen Kontakten, die antimuslimischen Rassismus fördern. Eine schlechte Sicht auf den Islam besteht besonders unter älteren Berliner:innen und bei fehlenden Kontakten mit Muslim:innen.

8) Die Ablehnung und Abwertung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist in Berlin 2023 Sache einer Minderheit, allerdings keiner kleinen!

Ein Fünftel bis ein Viertel der Berliner:innen weist eine überzeugte antifeministische, transfeindliche oder homosexuellenfeindliche Einstellung auf. Die Zustimmungswerte zu Einzelitems liegen zwischen 20% und 47%. Fast 40% der Berliner:innen empfinden Transgeschlechtlichkeit als unnatürlich, 31% sehen gleiches für Homosexuelle. Aus Sicht queerer, homosexueller oder transgeschlechtlicher Berliner:innen ist die schlechte Nachricht, es gibt genügend Menschen mit ablehnenden Einstellungen in Berlin, um sie in ihrem Leben zu beeinträchtigen und zu gefährden.

9) Zunehmender Antifeminismus und Transfeindlichkeit sind Kernideologie rechter Akteure, aber auch Konsequenz der Verteidigung bestehender Machthierarchien!

Der Berlin-Monitor 2023 zeigt einen Anstieg an Antifeminismus seit 2021, der von Transfeindlichkeit und einer breiten Debatte um Transgeschlechtlichkeit begleitet wird. Beide Abwertungen sowie auch Homosexuellenfeindlichkeit werden zum einen durch eine rechtsextreme Gesinnung, zum anderen

durch den Wunsch nach dem Erhalt von sozialen Hierarchien geprägt. Dies umfasst hierarchische Männlichkeitsvorstellungen, welche Frauen, Feminist:innen und auch Homosexuelle wie Transpersonen auf ihren (untergeordneten) Platz in der Gesellschaft zurückverweisen wollen. Es umfasst aber auch die Vorstellung einer hierarchischen Gesellschaft, die sich nicht wandeln soll.

10) Brückenideologien werden durch Krisenwahrnehmungen und dem Gefühl einer sich verschlechternden Wirtschaftslage gestärkt!

Die Wahrnehmung von Krisen wie dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine oder dem Klimawandel und die daraus resultierenden Bedrohungslagen befördern Ablehnungshaltungen gegenüber anderen sozialen Gruppen. Gleichzeitig dienen die Haltungen zu diesen Krisen und dem Umgang mit ihnen als Kulminationspunkte für eine bereits bestehende Polarisierung in der Gesellschaft – und somit auch in Berlin. So weisen Kräfte der extremen Rechten darauf hin, dass der Klimawandel nicht menschengemacht ist und stimmen gelegentlich in den Chor ein, der die USA oder die NATO als Schuldige für den russischen Angriffskrieg ausmacht. Diesen Positionen steht jedoch die Mehrheit der Berliner:innen gegenüber, die sowohl die die Ukraine mit Waffen unterstützten als auch den Klimawandel bekämpfen wollen.

11) Berliner:innen möchten mehr gegen die Klimakrise unternommen sehen und fürchten eine Ausbreitung des russischen Angriffskrieges!

Mehr als 80% der Berliner:innen wünschen sich stärkere Maßnahmen gegen den Klimawandel. Nur eine deutliche Minderheit sieht ihn als nicht vom Menschen gemacht an. Gleichzeitig möchte auch rund die Hälfte der Berliner:innen durch die Maßnahmen gegen den Klimawandel ihren Wohlstand nicht gefährdet sehen. Ähnlich kompliziert ist die Situation beim russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Drei Viertel der Berliner:innen haben Angst, dass dieser eskaliert. Trotz dieser Gefährdung halten 65% die Waffenlieferungen an die Ukraine für zumindest etwas für wichtig. Allerdings halten auch um die 40% der Berliner:innen die NATO oder die USA zumindest für etwas schuldig an diesem Konflikt. Diese Einstellungen sind politisch nicht ungleich verteilt und repräsentieren in gewisser Hinsicht die bestehende Polarisierung in der deutschen Gesellschaft und auch Berlin.

Fragebogen „Erhebung Berlin-Monitor 2023“

Vorab haben wir einige Fragen zu Ihrer Person.

1. Welches Geschlecht haben Sie?

Männlich	<input type="checkbox"/>
Weiblich	<input type="checkbox"/>
Weitere Geschlechtsidentitäten	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

2. Welches biologische Geschlecht haben Sie und wo würden Sie Ihre geschlechtliche Identifikation einordnen?

transmännlich	<input type="checkbox"/>
transweiblich	<input type="checkbox"/>
Trans* oder transgeschlechtlich	<input type="checkbox"/>
Nicht-binär	<input type="checkbox"/>
intergeschlechtlich	<input type="checkbox"/>
Anderes, und zwar:	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

3. In welchem Jahr sind Sie geboren?

Geburtsjahr:	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

4. In welchem Land ist Ihre Mutter geboren?

In Deutschland	<input type="checkbox"/>
In einem anderen Land	<input type="checkbox"/>
weiß nicht	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

5. In welchem Land ist Ihr Vater geboren?

In Deutschland	<input type="checkbox"/>
In einem anderen Land	<input type="checkbox"/>
weiß nicht	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

6. In welchem Stadtbezirk von Berlin leben Sie?

01 Charlottenburg-Wilmersdorf	<input type="checkbox"/>
02 Friedrichshain-Kreuzberg	<input type="checkbox"/>
03 Lichtenberg	<input type="checkbox"/>
04 Marzahn Hellersdorf	<input type="checkbox"/>
05 Mitte	<input type="checkbox"/>
06 Neukölln	<input type="checkbox"/>
07 Pankow	<input type="checkbox"/>
08 Reinickendorf	<input type="checkbox"/>
09 Spandau	<input type="checkbox"/>
10 Steglitz-Zehlendorf	<input type="checkbox"/>
11 Tempelhof-Schöneberg	<input type="checkbox"/>
12 Treptow-Köpenick	<input type="checkbox"/>
13 Andere Bezeichnung:	<input type="checkbox"/>
bin nicht sicher	<input type="checkbox"/>
wohne nicht in Berlin	<input type="checkbox"/>

7. Seit wann leben Sie hauptsächlich in Deutschland?

(Jahr des Zuzugs, z. B. 2002. Nicht Anzahl der Jahre.)

Seit Ihrer Geburt	<input type="checkbox"/>
Jahreszahl:	<input type="checkbox"/>
weiß nicht	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

8. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Deutsch	<input type="checkbox"/>
Andere, und zwar:	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

9. Würden Sie sich selbst als Migrant bzw. Person mit Migrationshintergrund bezeichnen?

Ja	<input type="checkbox"/>
Nein	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

10. Unabhängig davon, ob Sie Mitglied oder Angehörige(r) einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind, fühlen Sie sich einer bestimmten Religion oder Konfession zugehörig?

christlich-katholisch	<input type="checkbox"/>	muslimisch-schiitisch	<input type="checkbox"/>
christlich-protestantisch	<input type="checkbox"/>	muslimisch-alewitisch	<input type="checkbox"/>
christlich-orthodox	<input type="checkbox"/>	Andere, und zwar:	<input type="checkbox"/>
jüdisch	<input type="checkbox"/>	keiner Religionsgemeinschaft	<input type="checkbox"/>
muslimisch-sunnitisch	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>

11. Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, eher, eher nicht oder gar nicht zu?

	sehr	eher	eher nicht	gar nicht	keine Angabe
Ich bin religiös.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich glaube an Gott.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es gibt nur eine wahre Religion.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die heilige Schrift meiner Religion ist wortwörtlich zu verstehen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Unabhängig davon, ob Sie wahlberechtigt sind oder nicht:**Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?***(Antwortstufen NICHT vorlesen! Nur eine Nennung!)*

CDU/CSU	<input type="checkbox"/>	Andere Partei:	<input type="checkbox"/>
SPD	<input type="checkbox"/>	Weiß nicht welche Partei	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	Wähle ungültig	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	Gehe nicht wählen	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	Weiß noch nicht, ob ich wählen gehe	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>

Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu? Trifft die jeweilige Aussage ...*(Skala jeweils vorlesen!)*

		trifft über- haupt nicht zu	trifft eher nicht zu	trifft eher zu	trifft voll und ganz zu	keine Angabe
13	(1) Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14	(2) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15	(3) Alles in allem kann man Politikern doch vertrauen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16	(4) Ich bin mit der Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland existiert, alles in allem zufrieden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17	(5) Alles in allem gesehen, kann man den meisten Menschen vertrauen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18	(6) Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland?**Ist sie ...**

sehr gut	<input type="checkbox"/>	sehr schlecht	<input type="checkbox"/>
gut	<input type="checkbox"/>	weiß nicht	<input type="checkbox"/>
teils gut/teils schlecht	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>
schlecht	<input type="checkbox"/>		

20. Und wie glauben Sie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?**Wird sie ...**

wesentlich besser als heute	<input type="checkbox"/>	wesentlich schlechter als heute sein	<input type="checkbox"/>
etwas besser als heute	<input type="checkbox"/>	weiß nicht	<input type="checkbox"/>
gleichbleibend	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>
etwas schlechter als heute	<input type="checkbox"/>		

55. Viele Leute verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen.

Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten auf einer Skala von 1-Links bis 10-Rechts einstufen?

Links				Mitte- links	Mitte- rechts					Rechts	keine Angabe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren ...
(Vorgaben bitte vorlesen!)

gerechten Anteil erhalten,	<input type="checkbox"/>
mehr als Ihren gerechten Anteil erhalten,	<input type="checkbox"/>
etwas weniger oder	<input type="checkbox"/>
sehr viel weniger erhalten?	<input type="checkbox"/>
weiß nicht	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

**57. Hatten Sie schon einmal den Eindruck, dass Sie in irgendeiner Weise diskriminiert wurden?
z. B. wegen ...** (Vorgaben bitte vorlesen!)

Ihres Geschlechts	<input type="checkbox"/>
Ihrer Herkunft	<input type="checkbox"/>
Ihrer sexuellen Orientierung	<input type="checkbox"/>
Ihrer Geschlechtsidentität	<input type="checkbox"/>
Ihrer Hautfarbe	<input type="checkbox"/>
aufgrund einer körperlichen Einschränkung / Behinderung	<input type="checkbox"/>
Ihrer Religion	<input type="checkbox"/>
Ihrer beruflichen oder ökonomischen Lage	<input type="checkbox"/>
Nein, wurde noch nie diskriminiert	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

58. Was haben Sie dann getan? (Mehrfachantworten möglich)*(Vorgaben bitte vorlesen!)*

Habe mich an einen Beauftragten oder Antidiskriminierungsstelle gewandt.	<input type="checkbox"/>
Habe mit Freunden über das Erlebte gesprochen.	<input type="checkbox"/>
Habe diejenigen, die mich diskriminiert haben, angezeigt.	<input type="checkbox"/>
Habe ein Gespräch mit der Person gesucht.	<input type="checkbox"/>
Habe meinen Wohnort oder meine Lebensweise verändert.	<input type="checkbox"/>
Habe seitdem solche Situationen zu vermeiden versucht.	<input type="checkbox"/>
Habe nichts getan.	<input type="checkbox"/>
Nein, wurde noch nie diskriminiert.	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

59. Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? (Skala vorlesen!)

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Ich engagiere mich in einem Verein oder in einer anderen sozialen Gruppe.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe Kontakte zu Muslimen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Von Muslimen erfahre ich eigentlich nur etwas in den Medien.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe Kontakte zu homosexuellen oder transgeschlechtlichen Menschen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich bin häufig allein, bzw. habe zu wenige Kontakte.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört.**Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen ... (Skala vorlesen!)**

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Ukrainische Flüchtlinge müssen in Deutschland immer willkommen sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Syrische Flüchtlinge müssen in Deutschland immer willkommen sein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten verbannt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Schwarze Menschen sind besonders gute Sportler.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schwarze Menschen gehören nicht nach Deutschland.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

61. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört.

Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen ... (Skala vorlesen!)

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Wir können es uns nicht leisten, alle unproduktiven Menschen durchzufüttern.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rangunterschiede zwischen Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unabhängig von seinen Leistungen, sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In der heutigen Zeit durchschaue ich nicht mehr, was eigentlich passiert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr weitergeht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Manchmal wird in dieser Gesellschaft Gewalt gegen Sachen notwendig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

62. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört.**Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen ... (Skala vorlesen!)**

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Ich finde es ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Homosexuelle sollten ihre sexuelle Orientierung in der Öffentlichkeit zurückhalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lesben und Schwule sollten nicht vor Diskriminierung geschützt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Queer zu sein ist nur so eine neue Mode.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frauen übertreiben ihre Schilderungen über sexuelle Gewalt häufig, um Vorteil aus der Situation zu schlagen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transgeschlechtliche Personen sollten nicht vor Diskriminierung geschützt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Homosexualität ist unnatürlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört.**Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen ... (Skala vorlesen!)**

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Die Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle als Hausfrau und Mutter besinnen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frauen, die mit ihren Forderungen zu weit gehen, müssen sich nicht wundern, wenn sie wieder in ihre Schranken gewiesen werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bisexuelle Menschen wollen sich einfach nicht festlegen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transgeschlechtlichkeit ist eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich bin dafür, dass Gender-Sternchen in Texte eingefügt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transgeschlechtlichkeit ist unnatürlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
In unserer Gesellschaft sollte es ausschließlich Männer und Frauen geben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

64. Jetzt nenne ich Ihnen eine Reihe von Feststellungen darüber, in welcher Beziehung gesellschaftliche Gruppen zueinanderstehen sollten.

Gesellschaftliche Gruppen können z. B. soziale Gruppen, ethnische Gruppen, politische Gruppen oder auch Geschlechtergruppen sein.

Bitte geben Sie an, wie stark Sie den folgenden Aussagen zustimmen. (Skala vorlesen!)

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
Wir sollten tun, was wir können, um gleiche Lebensbedingungen für alle zu schaffen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einige Gruppen sind einfach weniger wert als andere.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich muss mir finanziell keine Sorgen machen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Manchmal fühle ich mich wie ein Mensch 2. Klasse behandelt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Männer haben einen rationaleren Blick auf die Dinge als Frauen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Mann sollte dazu bereit sein, seine Frau und seine Kinder mit Gewalt zu verteidigen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich würde mir wünschen, dass sich nicht so viel verändert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

65. Wie angenehm oder unangenehm wäre es Ihnen, wenn folgende Person in ihre Familie einheiraten würde? (Skala vorlesen!)

	sehr unangenehm	eher unangenehm	eher nicht unangenehm	gar nicht unangenehm	keine Angabe
ein Muslim, eine Muslima	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Jude, eine Jüdin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Christ, eine Christin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Mensch mit islamkritischen Ansichten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Mensch der homosexuell ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eine Transperson	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Ukrainer, eine Ukrainerin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Russe, eine Russin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Mensch aus Asien	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ein Sinti oder ein Roma	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wie beurteilen Sie die folgenden Meinungen, die man immer wieder hört.

Sagen Sie uns bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen ... (Skala vorlesen!)

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
66 (1) Der Islam ist in allen seinen Ausprägungen frauenfeindlich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
67 (2) Der Islam ist eine rückständige Religion, unfähig sich an die Gegenwart anzupassen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
68 (3) Islam und Christentum teilen die gleichen ethischen Prinzipien.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
69 (4) Muslime setzen sich für unsere offene Gesellschaft ein.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
70 (5) Ich glaube, dass die meisten muslimischen Jugendlichen islamistischen Terror gut finden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
71 (6) Muslime planen den Westen Schritt für Schritt zu islamisieren.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
72 (7) Auch wenn manche Frauen das Kopftuch freiwillig tragen, sollte man nicht außer Acht lassen, dass das Kopftuch für manche Frauen auch Zwang bedeutet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Angabe
73	(8) Es ist ein Skandal, dass in einigen Ländern die Nichteinhaltung der religiösen Regeln des Islam irdische Strafen nach sich zieht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
74	(9) Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
75	(10) Die Anzahl der Muslime in Deutschland ist zu hoch.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
76	(11) Eigentlich streben die Muslime danach die Scharia in Deutschland einzuführen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

77. Für wie bedrohlich halten Sie folgende soziale Gruppen?

(Skala vorlesen!)

	überhaupt nicht bedrohlich	eher nicht bedrohlich	eher bedrohlich	sehr bedrohlich	keine Angabe
Christen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Muslime	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Juden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Asiaten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sinti und Roma	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Muslimfeindliche Menschen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rechtsextreme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linksextreme	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Russland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

78. Zum Schluss habe ich noch einige Fragen zur Statistik:

Welchen Schulabschluss haben Sie?

Hier sind keine beruflichen Ausbildungsabschlüsse, wie Berufsschule oder Handelsschule gemeint.

von der Schule abgegangen ohne Haupt-/Volksschulabschluss	<input type="checkbox"/>
den Haupt-/Volksschulabschluss (oder frühere 8-klassige Schule)	<input type="checkbox"/>
Mittlere Reife/Realschulabschluss	<input type="checkbox"/>
den Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse	<input type="checkbox"/>

den Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschulabschluss)	<input type="checkbox"/>
die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife / Abitur (Gymnasium bzw. EOS) ohne abgeschlossenes Hochschul- / Universitätsstudium	<input type="checkbox"/>
ein abgeschlossenes Universitäts- / Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium (bzw. Fachschulabschluss mit Anerkennung als Fachhochschulabschluss)	<input type="checkbox"/>
einen anderen Schulabschluss, und zwar:	<input type="checkbox"/>
Ich bin Schüler(in) einer allgemeinbildenden Schule	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

79. Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...?

verheiratet und leben mit Ihrem Ehepartner zusammen	<input type="checkbox"/>
verheiratet und leben getrennt	<input type="checkbox"/>
verwitwet	<input type="checkbox"/>
geschieden	<input type="checkbox"/>
ledig	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

80. Und in welche Gruppe würden Sie Ihren Haushalt vom gesamten monatlichen Nettoeinkommen her einordnen?

Ich meine dabei die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.

weniger als 750 EUR	<input type="checkbox"/>
750 bis unter 1.250 EUR	<input type="checkbox"/>
1.250 bis unter 2.000EUR	<input type="checkbox"/>
2.000 bis unter 2.750 EUR	<input type="checkbox"/>
2.750 bis unter 3.500 EUR	<input type="checkbox"/>
über 3.500 EUR	<input type="checkbox"/>
keine Angabe	<input type="checkbox"/>

81. Über wie viele Mobilfunkrufnummern sind Sie privat regelmäßig erreichbar?

Einer Nummer	<input type="checkbox"/>	mehr als vier Rufnummern	<input type="checkbox"/>
Zwei Rufnummern	<input type="checkbox"/>	keine Mobilfunknummer	<input type="checkbox"/>
Drei Rufnummern	<input type="checkbox"/>	weiß nicht	<input type="checkbox"/>
Vier Rufnummern	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>

82. Mit wie vielen Rufnummern ist Ihr Haushalt im Festnetz telefonisch erreichbar?

Einer Nummer	<input type="checkbox"/>	mehr als vier Rufnummern	<input type="checkbox"/>
Zwei Rufnummern	<input type="checkbox"/>	keine Festnetznummer	<input type="checkbox"/>
Drei Rufnummern	<input type="checkbox"/>	weiß nicht	<input type="checkbox"/>
Vier Rufnummern	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>

83. Zum Abschluss noch eine Frage:

Wären Sie auch bereit, mit anderen Befragten über Ihr Leben in Berlin zu sprechen? Für die Teilnahme an einem zweiten Teil der Studie wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 20 € bezahlt. Diese würde zu Beginn 2024 stattfinden. Hierfür würden Sie telefonisch kontaktiert und ein Termin entsprechend Ihrer Prioritäten abgestimmt.

Zustimmung an weiterer Teilnahme	<input type="checkbox"/>
keine weitere Teilnahme	<input type="checkbox"/>

84. Wir würden gerne Ihren Namen und Ihre Telefonnummer für die spätere Einladung notieren. Diese Angabe ist freiwillig und Sie verpflichten sich nicht zu einer weiteren Teilnahme.

Name:	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>
Die gewählte Nummer verwenden.	<input type="checkbox"/>		
Andere Telefonnummer bevorzugt?	<input type="checkbox"/>	keine Angabe	<input type="checkbox"/>